

Sicherheit 2022

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Stefano De Rosa,
Thomas Ferst, Jacques Robert, Patric Rohr

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizer Armee

ETH zürich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation

Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J., Rohr, P. (2022). *Sicherheit 2022 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.

Die Reihe «Sicherheit» der Militärakademie und des Center for Security Studies sind im Internet im Volltext verfügbar:
www.css.ethz.ch / www.milak.ch.

Die der Studie zugrundeliegenden Datensätze sind archiviert SWISSUbase
<https://www.swissubase.ch/de>

Hrsg.: Tibor Szvircev Tresch und Andreas Wenger
Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich

© 2022 ETH Zürich
Center for Security Studies
Haldeneggsteig 4, IFW
8092 Zürich
E-Mail: css.info@sipo.gess.ethz.ch

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
Kaserne, 8903 Birmensdorf
E-Mail: tibor.szvircev@vtg.admin.ch

Layout: Miriam Dahinden-Ganzoni, Rosa Guggenheim

Schriftarten: «Adobe Garamond pro» und «Neue Helvetica»

Alle Rechte vorbehalten.

Die in der Reihe «Sicherheit» wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 978-3-905696-86-8
ISSN 1424-5698

Sicherheit 2022

Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Stefano De Rosa,
Thomas Ferst, Jacques Robert, Patric Rohr

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger
Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Condensé	12
Sintesi	15
Executive Summary	18
Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2022»	21
Résumé de l'étude «Sécurité 2022»	33
Riassunto del sondaggio «Sicurezza 2022»	45
Summary of the Survey “Security 2022”	57
1 Modernisierung der Studienreihe «Sicherheit»	67
2 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2021	73
2.1 COVID-19-Pandemie – Rivalität der Grossmächte – politische Fragmentierung im Westen – anhaltende Krisen an Europas Peripherie	73
2.2 Aussenpolitik: Strategie und COVID-19 – Frieden und Sicherheit – UNO – Verhandlungen Schweiz-EU	75
2.3 Verteidigungspolitik: WEA und COVID-19 – Rüstungspolitik – Auslandseinsätze – Cyber-Verteidigung	80
2.4 Innere Sicherheit: Sicherheitspolitischer Bericht – Terrorismusbekämpfung – COVID-19 Abstimmungen – Schengen, Asyl, Migration – Cyber-Sicherheit – subsidiäre Armeeeinsätze	84
3 Untersuchungsdesign	89
4 Datenbasis	91

5	Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt	99
5.1	Allgemeines Sicherheitsempfinden	99
5.2	Zukunftseinschätzung der Schweiz	103
5.3	Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	106
6	Vertrauen in ausgewählte öffentliche Institutionen und Behörden	109
6.1	Institutionen-Vertrauensindex	112
6.2	Politikversagen	118
6.3	Verhältnis zwischen Vertrauen, Sicherheitsgefühl und Zukunftsoptimismus	120
7	Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen	125
7.1	Konzepte der Studienreihe «Sicherheit»	125
7.2	Theoretische Erklärungsansätze der IB	126
7.3	Die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz – Eine Aussenpolitikanalyse	129
7.4	Erhebung der Aussen- und Sicherheitspolitik in der Studienreihe «Sicherheit»	132
7.5	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bilateraler Weg oder Beitritt zur Europäischen Union	133
7.6	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	140
7.7	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Beteiligung innerhalb der UNO	142
7.8	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen (UNO, NATO)	147
7.9	Betonung nationaler und militärischer Autonomie	151

8 Die Neutralität	157
8.1 Die Schweizer Neutralität	157
8.2 Unterscheidung zwischen Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik	159
8.2.1 Neutralitätsrecht	159
8.2.2 Neutralitätspolitik und Neutralitätsverständnis	161
8.3 Die Schweizer Neutralität aus theoretischer Perspektive	164
8.4 Erhebung der Neutralität in der Studienreihe «Sicherheit»	165
8.5 Allgemeine Zustimmung zur Neutralität	166
8.6 Neutralitätsfunktionen	169
8.7 Neutralität: Instrument der Aussenpolitik, finaler Wert oder Hindernis?	174
9 Das Verhältnis Armee und Gesellschaft	179
9.1 Notwendigkeit der Armee	180
9.2 Ausrüstung und Ausbildung der Armee	183
9.3 Gesellschaftliche Rolle der Armee	186
9.4 Wehr- und Rekrutierungsform	189
9.5 Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee	195
9.6 Verteidigungsausgaben	197
10 Obligatorischer Orientierungstag für Schweizerinnen	201
11 Freiheit versus Sicherheit	213
11.1 Freiheit versus Sicherheit	213
11.2 Theoretische Erklärungsansätze der individuellen Sicherheits- und Freiheitspräferenz	214
11.3 Die Meinungsbildung der Schweizer Stimmbevölkerung zur Debatte Freiheit versus Sicherheit	216

Literaturhinweise	225
Verwendete Literatur	225
Quellenhinweise nach chronologischer Reihenfolge zu den Daten der Erhebungsreihe «Sicherheit 2022»	240
Anhang I Methode	245
I Variablen und deren Eigenschaften	245
II Korrelationen und Koeffizienten	246
III Cronbachs Alpha	247
IV Das Testen von Zusammenhangshypothesen mittels χ^2 -Test	248
V Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels Mittelwert-Tests	248
VI Einfache und multivariate Regressionsanalyse	249
VII Rundungsalgorithmus für Grafiken und Mittelwerte	250
Anhang II Erhebung 2022	251
I Sicherheit 2022 – Fragebogen	251

Vorwort

Mit der Studie «Sicherheit 2022» halten Sie die 24. Ausgabe der seit 1999 unter dem Titel «Sicherheit» erscheinenden Studienreihe in Ihren Händen. Konzeptuell basiert die Studienreihe «Sicherheit» auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1993 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Durch jährlich durchgeführte repräsentative Telefonbefragungen werden Momentaufnahmen, Tendenzen und längerfristige Trends der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Stimmbevölkerung gemessen und aufgezeigt. Damit stellen die Herausgeber, die Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit aufbereitetes Wissen über die Einstellungen des Stimmvolkes zur Verfügung. Da die aktuelle Studie «Sicherheit 2022» im Zeichen der Optimierung und Modernisierung steht, wird die Modernisierung der Studienreihe «Sicherheit» im folgenden Kapitel beschrieben. Im Anschluss finden Sie die Zusammenfassungen der wichtigsten Ergebnisse in Deutsch, Französisch, Italienisch sowie Englisch und die «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2021». Anschliessend werden die im Januar 2022 erhobenen Daten analysiert und im Einzelnen ausgewiesen. Rund 80% der Fragen des Fragebogens der Studienreihe «Sicherheit» sind wiederkehrende Standardfragen, welche jährlich erhoben werden. In gewohnter Weise werden mit zirka 20% des Fragebogens Fragen zu aktuellen sicherheitspolitisch relevanten Themen gestellt und damit abgedeckt. 2022 liegt der Fokus auf einem *möglichen obligatorischen Orientierungstag für Frauen*, sowie auf dem *Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit*. Aufgrund der andauernden COVID-19-Pandemie ist anzumerken, dass wie bereits bei der Datenerhebung im Vorjahr auch während des Befragungszeitraums der Studie «Sicherheit 2022» im Januar 2022 zahlreiche Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Kraft waren bzw. während der Befragung verschärft wurden. Die hier vorgestellten Daten stellen die «normale Lage» dar. Inwieweit die russische Invasion in die Ukraine (24. Februar 2022) das aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung der Schweizer Stimmbevölkerung beeinflusst hat, könnte mittels einer Nachbefragung aufgezeigt werden.

Die Autoren und die Herausgeberschaft bedanken sich bei Miriam Dahinden-Ganzoni für die Erstellung des Layouts. Für die Anfertigung der Grafiken wird Rosa Guggenheim und Miriam Dahinden-Ganzoni gedankt. Ernestina Soares

Imoberdorf wird für die französische, dem Zentralen Sprachdienst Italienisch des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) wird für die italienische und Andrew Clarke wird für die englische Übersetzung gedankt. Dank gebührt auch Oliver Roos für das Korrekturlesen des Manuskripts. Andreas Wenger und Oliver Roos wird für die Zusammenstellung, Aufbereitung der Daten und das Verfassen der «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2021» gedankt.

Dr. phil. Tibor Szvircsev Tresch
Militärakademie (MILAK)
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger
Center for Security Studies (CSS),
ETH Zürich

Kurzzusammenfassung

Allgemeine Bemerkung: Die Daten der Studie «Sicherheit 2022» wurden zwischen dem 4. und 20. Januar 2022 erhoben. Die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Folgen sowie die Spannungen zwischen dem Nordatlantikpakt (NATO) und Russland aufgrund der Ukraine-Krise könnten einen Einfluss auf das Antwortverhalten gehabt haben. Der Stichprobenfehler der Umfrage beträgt ± 2.9 Prozentpunkte bei 1217 befragten stimmberechtigten Personen. Veränderungen zum Vorjahr, welche statistisch signifikant und damit bedeutsam sind, werden explizit im Text erwähnt.

Sicherheitsempfinden und Wahrnehmung der Schweiz und der Welt: Anfang 2022 verharrt das Sicherheitsempfinden auf hohem Niveau. Neun von zehn Schweizerinnen und Schweizern fühlen sich im Allgemeinen sicher. Gegenüber dem Vorjahr ist der Zukunftsoptimismus für die Schweiz gestiegen. Im Gegenzug schätzen Befragte die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage gleich ein wie 2021.

Vertrauen in Behörden und Institutionen, Gefühl des Politikversagens: Beim Vertrauen in die Behörden und Institutionen sind keine Veränderungen gegenüber 2021 zu verzeichnen. Damit bestätigt sich das hohe Vertrauen in alle hier erfragten Institutionen. Schweizerinnen und Schweizer vertrauen der Polizei und der Wissenschaft am meisten. Die Gerichte und der Bundesrat platzieren sich an dritter und vierter Stelle. Im Mittelfeld liegen die Schweizer Wirtschaft, das Eidgenössische Parlament sowie die Armee. Die politischen Parteien und die Medien erreichen die geringsten Vertrauenswerte. Entsprechend dem hohen Vertrauen in die Behörden und Institutionen ist auch das Gefühl, dass die Politik in entscheidenden Dingen meistens versage, schwach ausgeprägt.

Autonomie und Öffnungsbereitschaft: Gegenüber dem Vorjahr bleibt die Öffnungsbereitschaft der Schweizerinnen und Schweizer unverändert und gering. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU wird deutlich befürwortet. Ein EU-Beitritt wird zwar stärker bejaht, aber insgesamt weiterhin deutlich abgelehnt. Unverändert unterstützt eine Bevölkerungsmehrheit weiche Kooperationsformen ohne institutionelle Bindungen, wie «Gute Dienste», vermehrte Konfliktvermittlung und verstärkte Entwicklungshilfe. Obwohl das Engagement der Schweiz

innerhalb der UNO (Sitz im UNO-Sicherheitsrat, Engagement für UNO-Anliegen, Schweizer UNO-Friedenstruppen) signifikant weniger stark unterstützt wird, werden die drei Kooperationsformen mit der UNO weiterhin mehrheitlich befürwortet. Ein Beitritt der Schweiz zur NATO wird von einem Viertel der Bevölkerung gefordert. Die Zustimmung zur Auffassung, dass sich die Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen mit anderen Staaten fernhalten sollte, ist gesunken und wird von weniger als einem Drittel der Befragten gefordert. Vier von zehn Befragten unterstützen die militärische Autonomie (sich nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen).

Neutralität: Anfang 2022 stimmen Schweizerinnen und Schweizer der Neutralität unverändert stark und beinahe einstimmig zu. Der differenziellen Neutralität stimmt eine knappe Mehrheit zu und die Solidaritäts- und Identitätsfunktionen werden unverändert von einer deutlichen Mehrheit bejaht. Die Zustimmung, dass die Neutralität heute nicht mehr glaubhaft geschützt werden könne, ist zwar gestiegen, wird aber nur von einer Minderheit befürwortet. Für die Befragten ist und bleibt die Neutralität ein Wert an sich, welcher aus Sicht der Stimmbevölkerung deutlich mehr Vor- als Nachteile mit sich bringt.

Freiheit versus Sicherheit: Im Allgemeinen fällt im Vergleich zu 2018 das aktuelle Spannungsverhältnis zwischen den gesellschaftlichen Grundwerten Freiheit und Sicherheit zu Gunsten der Sicherheit aus. Dabei ist der Anteil an Personen, welche der Freiheit den Vorzug gegenüber der Sicherheit geben, gesunken. Diese Auffassung wird nun nur noch von einer Minderheit geteilt. Die Zustimmung zur Aussage, dass der Staat in der heutigen Zeit immer mehr Aufgaben übernehmen muss, ist gegenüber 2008 gesunken und wird von 50% der Befragten geteilt. Ebenfalls gesunken ist die Zustimmung, dass wir «in der Schweiz bald soweit sind, dass sich der Staat überall einmischt, alles reglementiert und die Freiheit des einzelnen verloren geht». Während 2007 fast die Hälfte der Befragten dieser Aussage zustimmte, vertritt 2022 ein Drittel der Schweizerinnen und Schweizer diesen Standpunkt.

Einstellungen gegenüber der Schweizer Armee: Eine klare Mehrheit der Bevölkerung befürwortet 2022 die Notwendigkeit der Armee. Die Zustimmung, dass die Schweiz eine «sehr gut ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee unterhalten sollte, hat deutlich zugenommen und erreicht jeweils einen Höchstwert. Die Stimmbevölkerung favorisiert eine Milizarmee gegenüber einer Berufsarmee. Die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee ist gestiegen und überdurchschnittlich

hoch. Die Abschaffung der Wehrpflicht ist ein Anliegen, das nur eine Minderheit teilt. Die Verteidigungsausgaben werden Anfang 2022 von einer relativen Mehrheit als «gerade richtig» betrachtet und das Militär wird als gesellschaftlich zentral eingestuft.

Obligatorischer Orientierungstag für Frauen: 2022 zeigt sich eine bereits 2018 festgestellte indifferente Haltung bei Schweizerinnen und Schweizern bezüglich eines Obligatoriums eines Orientierungstages für Frauen. Im Vergleich zu 2018 unterstützt die Schweizer Bevölkerung einen obligatorischen Orientierungstag für Schweizer Frauen weniger stark – er wird aber tendenziell weiterhin von einer Mehrheit befürwortet. Gleichzeitig möchte aber auch eine Mehrheit den Orientierungstag für Frauen nach wie vor auf freiwilliger Basis belassen.

Condensé

Commentaire d'ordre général: Les données de l'étude «Sécurité 2022» ont été collectées entre le 4 et le 20 janvier 2022. La pandémie de COVID-19 et ses conséquences, ainsi que les tensions entre l'Organisation du traité de l'Atlantique Nord (OTAN) et la Russie en raison de la crise ukrainienne, pourraient avoir eu une influence sur le comportement de réponse. L'erreur d'échantillonnage du sondage est de $\pm 2,9$ points de pourcentage pour 1217 personnes interrogées ayant le droit de vote. Les changements par rapport à l'année précédente, qui sont statistiquement significatifs et donc importants, sont explicitement mentionnés dans le texte.

Sentiment de sécurité et perception de la Suisse et du monde: Début 2022, le sentiment de sécurité se maintient à un niveau élevé. Neuf Suissesses et Suisses sur dix se sentent en général en sécurité. Par rapport à l'année précédente, l'optimisme quant à l'avenir de la Suisse a augmenté. En revanche, les personnes interrogées évaluent l'évolution future de la situation politique mondiale de la même façon qu'en 2021.

Confiance dans les autorités et les institutions, sentiment de défaillance politique: La confiance dans les autorités et les institutions n'a pas changé par rapport à 2021. La confiance élevée se confirme donc avec la question sur les institutions analysées. Les Suissesses et Suisses font le plus confiance à la police et à la science. Les tribunaux et le Conseil fédéral se placent en troisième et quatrième position. L'économie suisse, le Parlement fédéral et l'armée se situent au milieu du classement. Les partis politiques et les médias obtiennent les valeurs de confiance les plus faibles. Conformément à la confiance élevée dans les autorités et les institutions, le sentiment que la politique échoue la plupart du temps dans les domaines décisifs est également profond.

Autonomie et volonté d'ouverture: Par rapport à l'année précédente, la volonté d'ouverture des Suissesses et Suisses reste inchangée et faible. La coopération économique avec l'UE est clairement approuvée. L'adhésion à l'UE est certes plus fortement approuvée, mais dans l'ensemble clairement rejetée. Une majorité de la population continue à soutenir des formes douces de coopération sans liens institutionnels, comme les «bons offices», une médiation accrue des conflits et une aide au développement renforcée. Bien que l'engagement de la Suisse au sein de l'ONU (siège au Conseil de sécurité de l'ONU, engagement pour les causes défendues par

l'ONU, troupes suisses de maintien de la paix de l'ONU) soit nettement moins soutenu, les trois formes de coopération avec l'ONU continuent d'être majoritairement approuvées. L'adhésion de la Suisse à l'OTAN est demandée par un quart de la population. L'opinion selon laquelle la Suisse devrait se tenir à l'écart des alliances et des regroupements avec d'autres Etats a diminué et est soutenue par moins d'un tiers des personnes interrogées. Quatre sur dix personnes interrogées soutiennent l'autonomie militaire (ne compter que sur sa propre défense nationale).

Neutralité: Début 2022, les Suissesses et Suisses continuent d'approuver fortement et presque unanimement la neutralité. La neutralité différentielle est approuvée par une faible majorité et les fonctions de solidarité et d'identité sont approuvées sans changement par une nette majorité. L'idée selon laquelle la neutralité ne peut plus être protégée de manière crédible aujourd'hui a certes augmenté, mais n'est approuvée que par une minorité. Les personnes interrogées considèrent que la neutralité est et reste une valeur en soi qui, du point de vue de l'électorat, apporte toujours plus d'avantages que d'inconvénients.

Liberté versus sécurité: En général, par rapport à 2018, la tension actuelle entre les valeurs fondamentales de la société que sont la liberté et la sécurité penche en faveur de la sécurité. À cet égard, la proportion de personnes qui privilégient la liberté à la sécurité a diminué et n'est désormais plus partagée que par une minorité. L'approbation de l'affirmation selon laquelle l'État doit assumer de plus en plus de tâches à l'heure actuelle a baissé par rapport à 2008 et est partagée par 50% des personnes interrogées. L'opinion selon laquelle «en Suisse, nous en sommes bientôt au point où l'État s'immisce partout, réglemente tout et la liberté de l'individu se perd» a également baissé. Alors qu'en 2007 près de la moitié des personnes interrogées étaient d'accord avec cette affirmation, en 2022 un tiers des Suisses partagent cet avis.

Attitudes à l'égard de l'armée suisse: La nécessité de l'armée est soutenue en 2022 par une nette majorité de la population suisse. L'opinion selon laquelle la Suisse devrait entretenir une armée «très bien formée» et «entièrement équipée» a nettement augmenté et atteint à chaque fois une valeur maximale. L'électorat préfère une armée de milice à une armée professionnelle. La satisfaction à l'égard des prestations de l'armée a augmenté et est supérieure à la moyenne. L'abrogation du service militaire obligatoire est une requête qui n'est partagée que par une minorité. Début 2022, les dépenses de défense sont considérées par une majorité relative comme «juste ce qu'il faut» et l'armée est jugée centrale pour la société.

Journée d'orientation obligatoire pour les femmes: En 2022, comme c'était déjà le cas en 2018, on constate chez les Suissesses et Suisses une attitude indifférente concernant l'obligation d'une journée d'orientation pour les femmes. Par rapport à 2018, la population suisse soutient moins fortement une journée d'orientation obligatoire pour les femmes suisses, mais cela continue à être préconisé par une majorité. Mais en même temps, une majorité souhaite que la journée d'orientation pour les femmes reste facultative.

Sintesi

Osservazioni generali: i dati dello studio «Sicurezza 2022» sono stati rilevati dal 4 al 20 gennaio 2022. Sulle risposte fornite dalle persone intervistate potrebbero aver influito la pandemia di COVID-19, le relative conseguenze e le tensioni tra l'Organizzazione del Trattato dell'Atlantico del Nord (NATO) e la Russia a seguito della crisi in Ucraina. Nel quadro dell'inchiesta sono state intervistate 1217 persone aventi diritto al voto: il margine di errore della campionatura ammonta a $\pm 2,9$ punti percentuali. Le variazioni rispetto all'anno precedente significative a livello statistico – e, pertanto, di rilievo – sono esplicitamente indicate nel testo.

Senso di sicurezza e percezione della Svizzera e del mondo: all'inizio del 2022 il senso di sicurezza delle persone intervistate continua a situarsi a un livello elevato. Si sentono al sicuro, in generale, nove su dieci cittadini e cittadine svizzeri. Rispetto all'anno precedente si registra un maggiore ottimismo nei confronti del futuro della Svizzera. Per contro, lo sviluppo futuro della situazione politica a livello mondiale è stato valutato come nel 2021.

Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni, sensazione di fallimento della politica: per quanto concerne la fiducia nelle autorità e nelle istituzioni, non si registrano cambiamenti rispetto al 2021. La fiducia rimane elevata nei confronti di tutte le istituzioni e autorità oggetto dell'inchiesta. I cittadini e le cittadine svizzeri hanno fiducia soprattutto nella polizia e negli ambienti scientifici. Al terzo e al quarto posto seguono i tribunali e il Consiglio federale. Nei ranghi intermedi si trovano l'economia svizzera, il Parlamento federale e l'esercito. I partiti politici e i media registrano i più bassi valori di fiducia. La sensazione che la politica fallisca di solito nelle questioni di decisiva importanza si situa a un livello basso, conformemente all'elevato livello di fiducia espresso nei confronti delle autorità e delle istituzioni.

Autonomia e disponibilità all'apertura: rispetto all'anno precedente, la disponibilità all'apertura dei cittadini e delle cittadine svizzeri non registra cambiamenti e rimane a un livello basso. La collaborazione economica con l'UE è sostenuta da una netta maggioranza. L'adesione all'UE raccoglie maggiori consensi, ma è tutt'ora netamente respinta. Come sinora, la maggioranza della popolazione continua a sostenere forme blande di cooperazione senza vincoli istituzionali, quali i «buoni servizi», ed è favorevole a un maggior impegno nella mediazione di con-

flitti e nell'aiuto allo sviluppo. Benché l'impegno della Svizzera in seno all'ONU (seggio nel Consiglio di sicurezza dell'ONU, impegno a favore delle questioni di competenza dell'ONU, truppe di pace dell'ONU svizzere) godano di un sostegno significativamente inferiore, le tre forme di cooperazione con l'ONU sono tutt'ora approvate dalla maggioranza. L'adesione della Svizzera alla NATO è auspicata da un quarto della popolazione. L'opinione secondo cui la Svizzera dovrebbe evitare alleanze e unioni con altri Stati ha perso consensi ed è ora condivisa da meno del terzo delle persone intervistate. Quattro su dieci persone intervistate appoggiano l'autonomia militare (limitarsi alla difesa della propria nazione).

Neutralità: all'inizio del 2022 la neutralità continua a essere sostenuta da una decisa maggioranza, vicina all'unanimità, dei cittadini e delle cittadine svizzeri. Un'esigua maggioranza è favorevole alla «neutralità differenziale»; come sinora, una netta maggioranza ritiene che la neutralità sia funzionale alla solidarietà e all'identità. La percentuale convinta che oggi giorno la neutralità non può più essere difesa in maniera credibile è aumentata; tuttavia, si tratta di un'opinione condivisa soltanto da una minoranza. Per le persone intervistate la neutralità è e resta un «valore intrinseco», che agli occhi dell'elettorato continua a portare decisamente più vantaggi che svantaggi.

Libertà versus sicurezza: rispetto al 2018, nella polarità attualmente riscontrabile tra due valori fondamentali della nostra società, la libertà e la sicurezza, prevale ora in generale la sicurezza. La percentuale che ritiene che la libertà sia da preferire alla sicurezza è diminuita. Tale convinzione è condivisa soltanto ancora da una minoranza. Rispetto al 2008, raccoglie minori consensi l'opinione che di questi tempi lo Stato debba assumere sempre più compiti: è ora condivisa dal 50 per cento degli intervistati. Nel contempo, suscita minori consensi anche l'affermazione secondo cui in Svizzera si raggiungerà presto un punto in cui lo Stato «si intrometterà in tutto e regolamenterà tutto a scapito della libertà dei singoli individui». Nel 2007, quasi la metà delle persone intervistate era di questo parere: nel 2022 è ancora di questo avviso un terzo dei cittadini e delle cittadine svizzeri.

Atteggiamento nei confronti dell'Esercito svizzero: nel 2022 una chiara maggioranza della popolazione ritiene che l'esercito sia necessario. Le affermazioni secondo cui la Svizzera dovrebbe disporre di un esercito «molto ben istruito» e «completamente equipaggiato» hanno raccolto un numero nettamente maggiore di consensi, registrando un grado di approvazione mai rilevato sinora. L'elettorato preferisce un esercito di milizia a un esercito di professionisti. La percentuale

soddisfatta delle prestazioni dell'esercito è aumentata; il livello di approvazione è superiore alla media. Soltanto una minoranza ritiene che l'obbligo di prestare servizio militare debba essere abolito. All'inizio del 2022 una maggioranza relativa ritiene che le spese per la difesa siano «proporzionate» (per la difesa la Svizzera spende «il giusto») e l'esercito è considerato un elemento centrale della società.

Giornata informativa obbligatoria per le donne: come già rilevato nel 2018, anche nel 2022 i cittadini e le cittadine svizzeri non hanno una posizione precisa riguardo all'introduzione di una giornata informativa obbligatoria per le donne. Rispetto al 2018, l'obbligatorietà della giornata informativa per le donne gode di minori consensi, ma è tuttora tendenzialmente sostenuta da una maggioranza. Nel contempo, una maggioranza delle persone intervistate nel quadro dell'inchiesta desidera tuttavia che la giornata informativa per le donne rimanga volontaria.

Executive Summary

General Remarks: The data for the study “Security 2022” were collected between 4 and 20 January 2022. The COVID-19-pandemic and related consequences, as well as tensions between the North Atlantic Treaty Organization (NATO) and Russia due to the Ukraine crisis, may have had an impact on response behavior. The sampling error of the survey is ± 2.9 percentage points with 1217 eligible voters surveyed. Changes compared to the previous year, which are statistically significant and therefore important, are explicitly mentioned in the text.

Sense of Security and Perception of Switzerland and the World: At the beginning of 2022, the perception of security remains at a high level. Nine out of ten Swiss people generally feel secure. Compared with the previous year, optimism about the future of Switzerland has increased. In contrast, respondents assess the future development of the global political situation to be the same as in 2021.

Trust in Authorities and Institutions: Feeling of Policy Failure: There have been no changes in trust towards authorities and institutions compared with 2021. This confirms the high level of trust in all the institutions surveyed here. The Swiss trust the police and the scientific community the most. The courts and the Federal Council rank third and fourth. The Swiss economy, the Swiss Parliament and the armed forces rank in the middle. The political parties and the media achieve the lowest trust ratings. In line with the high level of trust in the authorities and institutions, the feeling that politics usually fails in crucial matters is also low.

Autonomy and Willingness to Open Up: Compared to the previous year, the willingness of the Swiss to open up remains unchanged and low. There is clear support for economic cooperation with the EU. There is greater support for joining the EU, but it is still clearly rejected overall. A majority of the population continues to support soft forms of cooperation without institutional ties, such as the use of Switzerland’s “good offices”, increased conflict mediation and intensified development aid. Although Switzerland’s commitment within the UN (seat on the UN Security Council, commitment to UN causes, Swiss UN peacekeeping forces) enjoys significantly less support, the majority continues to support the three forms of cooperation with the UN. One quarter of the Swiss population supports their country joining NATO. Support for the view that Switzerland should keep away

from alliances and unions with other states has fallen and is called for by less than a third of respondents. Four out of ten respondents support military autonomy (relying only on one's own national defense).

Neutrality: At the beginning of 2022, the Swiss still strongly and almost unanimously approve of neutrality. A slight majority approves of differential neutrality, and a clear majority still approves of its solidarity and identity functions. Agreement that neutrality can no longer be credibly protected has increased, but this view is upheld by only a minority. For the respondents, neutrality is and remains a value in itself, which, from the point of view of the voting population, clearly brings more advantages than disadvantages.

Freedom versus Security: In general, compared to 2018, the current tension between the fundamental social values of freedom and security lies in favor of security. The proportion of people who favor freedom over security has fallen. This view is now shared by only a minority. Agreement with the statement that the state must take on more and more tasks in today's world has fallen compared with 2008 and is shared by 50% of respondents. Agreement that "in Switzerland we will soon be at the point where the state interferes everywhere, regulates everything and the freedom of the individual is being lost" has also fallen. While almost half of respondents agreed with this statement in 2007, one-third of the Swiss hold this view in 2022.

Attitudes toward the Swiss Armed Forces: A clear majority of the population in 2022 supports the necessity of the armed forces. Agreement that Switzerland should maintain a "very well-trained" and "fully equipped" armed forces has increased significantly, reaching a peak in each case. The electorate favors a militia armed forces over a professional armed forces. Satisfaction with the performance of the armed forces has increased and is above average. The abolition of compulsory military service is a concern shared by only a minority. Defense spending is considered "just right" by a relative majority at the beginning of 2022, and the military is rated as central to society.

Compulsory Orientation Day for Women: In 2022, an ambivalent attitude among Swiss men and women regarding a compulsory orientation day for women, which was already noted in 2018, is evident. Compared to 2018, the Swiss population is less supportive of a mandatory orientation day for Swiss women – but it still tends to be supported by a majority. At the same time, however, a majority would still like the orientation day for women to be voluntary.

Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2022»

Ziele und Datenbasis

Die Studienreihe «Sicherheit», die von der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich herausgegeben wird, beruht auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1991 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Damit wird dem Studienkonzept Rechnung getragen, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Stimmbevölkerung anhand von repräsentativen Befragungen sichtbar zu machen. 2022 liegt der Fokus auf einem möglichen obligatorischen Orientierungstag für Frauen, sowie auf dem Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit. Die Daten der Studie «Sicherheit 2022» wurden zwischen dem 4. und dem 20. Januar 2022¹ durch das Meinungsforschungsinstitut LINK erhoben. Hierfür wurden insgesamt 1217 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der drei grossen Sprachregionen der Schweiz (Deutschschweiz, Westschweiz, Tessin) telefonisch befragt. Aufgrund der pandemiebedingten geltenden Massnahmen der Homeoffice-Pflicht des Bundes wurden die Interviews als auch die Schulungen der Interviewerinnen und Interviewer mehrheitlich im Homeoffice durchgeführt. Das Antwortverhalten der 1217 Befragten könnte durch untenstehende nationale und internationale Ereignisse beeinflusst worden sein:

Nationale Ereignisse:

- Öffentlicher Diskurs über die Massnahmen zur Eindämmung von COVID-19 in der Schweiz wie Impfwoche, Einführung des COVID-19-Zertifikats am 1. Juli 2021, Umsetzung der 3G-Regel (geimpft, genesen, getestet) respektive 2G-Regel für Restaurants, Museen, öffentliche Veranstaltungen und Kinos.
- Die politische und gesellschaftliche Aufarbeitung der beiden Abstimmungen über das COVID-19-Gesetz (13. Juni 2021, 28. November 2021). Am 13. Juni 2021 wurde das COVID-19-Gesetz mit 60.2% und am 28. November 2021 dessen Änderungen mit 62.01% vom Volk angenommen.

1 Der Erhebungszeitpunkt liegt somit vor der russischen Invasion in die Ukraine am 24. Februar 2022, weshalb die Reaktionen der Stimmbevölkerung auf die anschliessenden innenpolitischen und weltpolitischen Entwicklungen in dieser Zusammenfassung nicht abgebildet werden können.

- Die Unterschriftensammlung der Stopp-Kampffjet-Initiative gegen den Kauf des F-35-Modells als neues Kampfflugzeug.
- Gestaffelter Start der Rekrutenschule: Zwei Drittel der Rekrutinnen und Rekruten der Rekrutenschulen 22/1 rückten am 17. Januar 2022 ein. Am 31. Januar 2022 folgte das letzte Drittel.²
- Zwei Armeeeinsätze zu Gunsten ziviler Behörden zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie in der Schweiz im Jahr 2021 (November 2020 bis Februar 2021 und Dezember 2021 bis März 2022).³

Internationale Ereignisse:

- Weltweite Reise- und Ausgangsbeschränkungen aufgrund der anhaltenden globalen COVID-19-Pandemie sowie weitere nationale Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie.
- Wiederaufflammender Konflikt zwischen der Ukraine und Russland und damit einhergehende Spannungen zwischen dem Nordatlantikpakt (NATO) und Russland.
- Nach dem gescheiterten Rahmenabkommen Neudefinition der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU).

In Klammern ist mit \pm Prozentpunkten (Pp) die Differenz zur Januarerhebung des Vorjahres 2021 angegeben. Bei einer Stichprobengrösse von $N=1217$ liegt der mögliche Stichprobenfehler bei der 2022er-Befragung bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei ± 2.9 Pp. Das bedeutet, dass ein von uns gemessener Wert von 50% für X mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zur Grundgesamtheit (Schweizer Stimmbevölkerung) gehört und dass die Streuung von X zwischen 47.1% und 52.9% liegt. Häufigkeitsveränderungen zum Vorjahr, welche statistisch signifikant sind, werden explizit im Text erwähnt. Ebenfalls wird bei den meisten Aussagen auch der Durchschnitt (\emptyset) der letzten zehn Jahre (2012–2022) angegeben, um einen mittelfristigen Trend auszuweisen und Vergleiche zum aktuellen Jahr zu ziehen. Im Allgemeinen wurden die Einstellungen anhand einer 4er-Skala («sehr», «eher», «eher nicht», «überhaupt nicht») erhoben. Die Prozentzahlen beziehen sich auf die Gesamtheit aller 1217 Befragten, wobei die Antwortkategorien «weiss nicht» und «keine Antwort» ebenfalls als gültige Antworten gezählt werden.

2 <https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/coronavirus.html#medienmitteilungen>

3 <https://www.vtg.admin.ch/de/armee.detail.nsb.html/86299.html>

Trends und Tendenzen

1. Sicherheits- und Bedrohungsempfinden und Vertrauen in Institutionen

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz: Schweizerinnen und Schweizer blicken im Januar 2022 optimistischer in die Zukunft der Schweiz als noch im Jahr 2021. Mit 86% (+3 Prozentpunkte) liegt der aktuelle Zukunftsoptimismus für die Schweiz leicht über dem Mittelwert der letzten zehn Jahre von 83%. 10% (+3 Pp) sind «sehr» optimistisch und 76% (± 0 Pp) «eher» optimistisch eingestellt. Insgesamt beurteilen 13% (-4 Pp) der Befragten die Zukunft der Schweiz pessimistisch, davon sind 12% (-4 Pp) «eher» und 1% (± 0 Pp) «sehr» pessimistisch eingestellt.

Einschätzung der weltpolitischen Lage: Gleich viele Schweizerinnen und Schweizer beurteilen die Entwicklung der weltpolitischen Lage Anfang 2022 so pessimistisch wie im Vorjahr (68%, +3 Prozentpunkte). 6% (± 0 Pp) halten die Zukunft der weltpolitischen Lage für «sehr» pessimistisch, 62% (+3 Pp) antworten mit «eher» pessimistisch. Damit liegt der aktuelle Wert im Rahmen der acht letzten Erhebungen (\emptyset : 69%). Rund ein Drittel (31%, -4 Pp) schaut optimistisch in die Zukunft der Welt. Hierbei antworten 1% (-1 Pp) der Befragten mit «sehr» und 30% (-3 Pp) mit «eher» optimistisch.

Allgemeines Sicherheitsempfinden: Im Januar 2022 verbleibt das allgemeine Sicherheitsempfinden unverändert auf hohem Niveau. Damit liegt es knapp über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 92%. 94% (-1 Prozentpunkt) der Befragten fühlen sich im Allgemeinen sicher. Dabei geben 36% (+1 Pp) an, sich «sehr» und 58% (-2 Pp) sich «eher» sicher zu fühlen. 6% (+1 Pp) der Befragten geben an, sich «eher» und 0% (± 0 Pp) sich «ganz» unsicher zu fühlen.

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Das Gesamtvertrauen in die Schweizer Behörden und Institutionen verbleibt seit mehreren Jahren auf einem sehr hohen Niveau (2022: 6.8, ± 0.0 im Vergleich zu 2021; \emptyset 2007–2022: 6.5, +0.3).⁴ Am deutlichsten über dem Durchschnitt liegt der Bundesrat (2022: 7.3, ± 0.0 ; \emptyset 2007–2022: 6.8, +0.5). Gegenüber dem Vorjahr gibt es bei keiner der hier erfragten Institutionen und Behörden Veränderungen bei den Vertrauenswerten. Nach wie

4 Die Werte entsprechen jeweils dem gerundeten Mittelwert der gültigen Antworten, welche anhand einer Skala von 1 bis 10 (1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen») erhoben wurden.

vor am stärksten ist das Vertrauen in die Polizei (7.9, ± 0.0), in die Wissenschaft (7.8, ± 0.0) und in die Gerichte (7.6, ± 0.0). Hinter dem Bundesrat, im Mittelfeld der Vertrauensrangliste, liegen die Schweizer Wirtschaft (7.0, $+0.1$), das Eidgenössische Parlament (6.8, -0.1) sowie die Schweizer Armee (6.7, -0.1). Klar das geringste Vertrauen geniessen die politischen Parteien (5.5, -0.1) und die Medien (5.4, -0.1).

Gefühl des Politikversagens: Aufgrund der durch die COVID-19-Pandemie entstandene Situation, in der die gesamte Bevölkerung regelmässig unmittelbar von politischen Entscheidungen in verschiedensten Lebensbereichen betroffen war, wurde in der diesjährigen Umfrage nach dem empfundenen Politikversagen gefragt. Selbstverständlich beziehen sich die Antworten nicht zwingend nur auf die Pandemie. Als Vergleichswerte dienen die Jahre von 2006 bis 2008, als diese Frage im Rahmen der damaligen Sicherheitsstudien bereits erhoben wurde.

Das Gefühl, die Politik versage in entscheidenden Dingen, ist im Vergleich zu der Zeit vor gut 15 Jahren weniger stark verbreitet. Laut einem Viertel der Schweizerinnen und Schweizer versagt im Januar 2022 die Politik selten oder nie («nie»: 1%, ± 0 Prozentpunkte im Vergleich zu 2008; «selten»: 24%, $+10$ Pp). Gemäss 65% (-7 Pp) ist dies «ab und zu» der Fall. 9% (-3 Pp) der Befragten sind der Ansicht, die Politik versage «meistens» in entscheidenden Dingen.

2. Aussen- und Sicherheitspolitik

Beziehung zur EU: Schweizerinnen und Schweizer stimmen nach wie vor und überdurchschnittlich stark der pragmatischen Sichtweise einer ausschliesslich wirtschaftlichen Annäherung an die Europäische Union (EU) zu. Unverändert teilen 83% (± 0 Prozentpunkte) der Schweizer Stimmbevölkerung die Ansicht, dass die Schweiz der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken sollte. Der 2022 gemessene Wert liegt knapp über dem Zehnjahreschnitt (\emptyset : 81%). Obwohl die Zustimmung zu einem vorbehaltlosen EU-Beitritt gestiegen ist, wird dieser nur von einer Minderheit von 16% ($+3$ Pp) gefordert und liegt damit im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (\emptyset : 16%).

Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen: Auch im Januar 2022 wird das internationale und humanitäre Engagement ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen der Schweiz, die sogenannte «weiche Kooperation», seitens des Schweizer Elektors deutlich unterstützt. 75% ($+4$ Prozentpunkte) der Schweizerinnen und Schweizer sprechen sich für eine verstärkte Vermittlung in Konflikten aus und 66% ($+1$ Pp) teilen die

Auffassung, dass die Schweiz verstärkt Entwicklungshilfe leisten sollte. Beide Einstellungen liegen damit leicht über dem Zehnjahresschnitt (Ø vermehrte Konfliktvermittlung: 73%; Ø verstärkte Entwicklungshilfe: 64%).

Schweizer Beteiligung innerhalb der UNO: Seit dem UNO-Beitritt der Schweiz 2002 sind Schweizerinnen und Schweizer gegenüber einer verstärkten Beteiligung der Schweiz innerhalb der UNO positiv eingestellt. 63% (–4 Prozentpunkte) der Befragten sprechen sich im Januar 2022 für einen Sitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat aus. Die Zustimmung zur Ansicht, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen sollte, liegt Anfang 2022 bei 62% (–2 Pp). Obwohl beide möglichen Kooperationsformen mit der UNO mehrheitlich von der Stimmbevölkerung unterstützt werden, werden sie weniger stark bejaht als im Vorjahr. Statistisch betrachtet bewegen sich beide Zustimmungswerte im langjährigen Durchschnitt (Ø 2012–2022) von jeweils 63%.

Zustimmungen zu Schweizer UNO Friedenstruppen und zu einem NATO-Beitritt: Im Januar 2022 ist die Zustimmung, dass die Schweiz der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte, gesunken, wird aber immer noch von einer knappen Mehrheit (55%, –4 Prozentpunkte) der Schweizerinnen und Schweizer unterstützt und bewegt sich im Zehnjahresschnitt (Ø: 56%). Unverändert wird ein Beitritt der Schweiz zur NATO von einer Minderheit (26%, +1 Pp) der Befragten gefordert. Der aktuelle Wert liegt aber deutlich über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 20%.

Militärische und nationale Autonomie: Gegenüber dem Vorjahr bleibt im Januar 2022 die Zustimmung (41%, –1 Prozentpunkt) zur militärischen Autonomie – in dem Sinne, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen sollte – unverändert. Die Zustimmung der nationalen Autonomie ist im Vorjahresvergleich gesunken. Anfang 2022 stimmen 29% (–3 Pp) der Ansicht zu, dass sich die Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten sollte. Beide Zustimmungswerte liegen damit unter dem Zehnjahresschnitt von 46% (militärische Autonomie) respektive 35% (nationalen Autonomie).

3. Neutralität

Neutralität: Die Neutralität wird Anfang 2022 nach wie vor unverändert stark befürwortet. Mit 97% (+1 Prozentpunkt) sprechen sich Schweizerinnen und Schweizer beinahe einstimmig für die Beibehaltung der Neutralität aus. Diese

Auffassung liegt 2022 im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (\emptyset : 96%). Ebenfalls unverändert ist die Einstellung gegenüber der «differenziellen Neutralität», welche eine klare Stellungnahme bei politischen Konflikten im Ausland fordert und Neutralität bei militärischen Konflikten verlangt. Im Januar 2022 befürworteten 55% (–2 Pp) der Befragten die «differenzielle Neutralität». Der Zehnjahresschnitt liegt bei 57%.

Solidaritäts- und Identifikationsfunktion der Neutralität: Statistisch unverändert gegenüber dem Vorjahr verharren im Januar 2022 die Einstellungen gegenüber der Solidaritäts- und Identifikationsfunktion der Neutralität. 95% (+1 Prozentpunkt) der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Schweiz dank der Neutralität in Konflikten vermitteln und international «Gute Dienste» leisten kann. Damit liegt diese Einstellung im Schnitt der letzten zehn Jahre (\emptyset : 94%). Ausserdem sprechen Schweizerinnen und Schweizer der Neutralität als Bestandteil der Schweizer Identität eine grosse Bedeutung zu. Für 87% (+3 Pp) der Befragten ist die Neutralität untrennbar mit dem Staatsgedanken der Schweiz verbunden. Die Einstellung gegenüber der Identifikationsfunktion der Neutralität liegt 2022 leicht über dem langjährigen Durchschnitt (\emptyset 2012–2022) von 84%.

Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität: Die Ansichten, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird und dass die Neutralität heute nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann, werden in der Studienreihe «Sicherheit» zur sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität gezählt. 69% (–2 Prozentpunkte) stimmen im Januar 2022 der Aussage zu, dass die Schweiz aufgrund der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird. Der für das aktuelle Jahr gemessene Wert liegt leicht über dem Zehnjahresschnitt von 66%. Während die erste sicherheitspolitische Funktion gegenüber dem Vorjahr statistisch betrachtet unverändert bleibt, ist die Zustimmung, dass die Neutralität heute nicht mehr militärisch glaubhaft geschützt werden kann, signifikant gestiegen. Mit einer Zustimmung von 47% (+6 Pp) zeigen sich Schweizerinnen und Schweizer im Januar 2022 uneinig. Der aktuelle Wert liegt im langjährigen Durchschnitt (\emptyset 2012–2022) von 46%.

Neutralität und internationale Verflechtung: Auch dieses Jahr zeigt sich erneut, dass eine kritische Sichtweise zur Neutralität in der Schweizer Stimmbevölkerung wenig verbreitet ist. 29% (+2 Prozentpunkte) der Schweizerinnen und Schweizer stimmen im Januar 2022 der Sichtweise zu, dass die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Nationen die Neutralität verunmöglicht.

Der gemessene Wert liegt statistisch betrachtet im Zehnjahresschnitt (\emptyset : 31%). Der Aussage, dass die Schweiz die Neutralität aufgeben sollte, sobald diese keine Vorteile mehr mit sich bringen würde, stimmen 2022 signifikant weniger Schweizerinnen und Schweizer zu. Mit 12% (- 3 Pp) wird ein historischer Tiefstwert gemessen, welcher unter dem Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2022 von 16% liegt. Für die Schweizer Stimmbevölkerung ist Anfang 2022 die Neutralität weiterhin ganz klar ein («finaler») Wert an sich.

4. Verteidigungspolitik

Notwendigkeit der Armee: Schweizerinnen und Schweizer bewerten die Armee positiv. Die Einstellung gegenüber der Notwendigkeit der Armee bleibt unverändert gegenüber dem Vorjahr (75%, +2 Prozentpunkte). Im Zehnjahresvergleich liegt die Zustimmung Anfang 2022 aber unter dem Durchschnitt von 79%.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind die 18–34-Jährigen gegenüber der Notwendigkeit der Armee skeptischer eingestellt. Für 61% (+1 Pp) dieser Gruppe ist die Armee notwendig. Im Vergleich zu den letzten zehn Jahren (\emptyset : 68%) ist dies ein unterdurchschnittlicher Wert.

Die ab 35-Jährigen befürworten mit 79% (+2 Pp) am stärksten die Notwendigkeit der Armee (\emptyset 2012–2022: 81%).

Ausbildung und Ausrüstung der Armee: Seit 2015 wird jeweils mit je einem Item die Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung hinsichtlich der Ausbildung und der Ausrüstung der Schweizer Armee gemessen. 88% (+15% Prozentpunkte) der Schweizerinnen und Schweizer stimmen im Januar 2022 der Aussage zu, «die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten». Weitere 70% (+12 Pp) der Befragten bejahen die Ansicht, dass die Schweiz eine vollständig ausgerüstete Armee unterhalten sollte. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zustimmung zu beiden Aussagen deutlich zugenommen. Für beide Ansichten werden auch im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2022 höhere Zustimmungsraten gemessen (Ausbildung \emptyset : 2015–2022: 78%; Ausrüstung \emptyset : 2015–2022: 63%).

Gesellschaftliche Rolle der Armee: Seit 1976 wird die gesellschaftliche Rolle der Schweizer Armee mit den drei Antwortmöglichkeiten gemessen, ob das Militär als zentraler Teil der Gesellschaft, als ein notwendiges Übel oder als eine abschaffungswürdige Institution betrachtet wird. Dabei bleibt die gesellschaftliche Rolle der Armee Anfang 2022 unverändert. Für 48% (+3 Prozentpunkte) der Schweizerinnen und Schweizer spielt das Militär 2022 «eine zentrale Rolle». 38% (-1 Pp)

der Befragten erachten das Militär als «ein notwendiges Übel» und 14% (± 0 Pp) der Befragten befürworten die Abschaffung des Militärs. Im Januar 2022 liegt die Zustimmung zum Zentralitätsgedanken über (\emptyset : 44%) und zum notwendigem Übel unter (\emptyset : 42%) dem Durchschnitt von 2012 bis 2022. Die Betrachtungsweise, dass das Militär ruhig abgeschafft werden könnte, liegt dabei statistisch im Zehnjahresdurchschnitt von 13%.

Milizarmee versus Berufsarmee: Eine deutliche Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung favorisiert seit 2013 die Milizarmee gegenüber einer Berufsarmee. Im Vorjahresvergleich bleibt die Zustimmung zur Milizarmee im Januar 2022 statistisch unverändert und liegt mit 60% (+2 Prozentpunkte) leicht über dem Durchschnitt von 57% (\emptyset 2012–2022). Eine Berufsarmee wird von 34% (–3 Pp) der Befragten favorisiert. Hier wird Anfang 2022 ein unterdurchschnittlicher Wert gemessen (\emptyset : 37%).

Die Zustimmung der Kohorte der Wehrpflichtigen (18–34-Jährige) zur Berufsarmee bleibt gegenüber 2021 unverändert und liegt bei 44% (–4 Pp). Wurde diese Forderung von der jüngsten Altersgruppe in der Zeit vor 2013 mehrheitlich unterstützt, zeigt sich seither, dass dieses Anliegen nur noch von einer Minderheit gefordert wird und im Zehnjahresschnitt bei 46% liegt.

Abschaffung der Wehrpflicht: 35% (–3 Prozentpunkte) der Schweizer Stimmbevölkerung stimmen im Januar 2022 der Abschaffung der Wehrpflicht zu. Damit bleibt der Wert gegenüber dem Vorjahr unverändert und ist im Zeitvergleich unterdurchschnittlich tief (\emptyset 2012–2022: 38%).

Die Kohorte der Wehrpflichtigen (18–34-Jährige) ist sich in der Frage nach der Abschaffung der Wehrpflicht mit 49% (–4 Pp) uneinig. Dies entspricht auch dem Schnitt der letzten 10 Jahre (\emptyset : 49%). Gegenüber dem Vorjahr ist die Zustimmung der ab 35-Jährigen gesunken und liegt bei 30% (–4 Pp). Dieser Wert liegt unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (\emptyset : 34%).

Seit der im Jahr 2013 durch das Schweizer Stimmvolk abgelehnten Wehrpflichtabschaffungsinitiative steht die Bevölkerung wieder deutlicher hinter der Wehrpflicht als Rekrutierungsform für die Schweizer Armee.

Zufriedenheit mit der Leistung der Armee: Seit 2011 wird die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee auf einer Skala von 1 bis 10 erfragt, wobei 1 «überhaupt nicht zufrieden» und 10 «sehr zufrieden» bedeuten. Während die Zufriedenheit zwischen 2011 und 2013 im Vergleich zu den Folgejahren tiefer ausfiel, stieg sie ab 2014 an, wobei die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee 2018 wahrscheinlich

in Folge der Einführung der *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* zwischenzeitlich sank und 2019 wieder anstieg. Zwischen 2020 und der im Juli 2020 durchgeführten Nachbefragung stieg die Zufriedenheit signifikant aufgrund des ersten Corona-Einsatzes der Schweizer Armee an und sank 2021 wieder auf den Durchschnittswert von 6.4. Gegenüber dem Vorjahr wie auch gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2022 sind Schweizerinnen und Schweizer im Januar 2022 zufriedener mit der Leistung der Armee (6.6, +0.2).

Verteidigungsausgaben: Gegenüber dem Jahr 2021 bleibt die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben im Januar 2022 unverändert. Der Anteil derer, welche die Verteidigungsausgaben als «gerade richtig» bemessen, liegt bei 46% (± 0 Prozentpunkte). Die Auffassung, dass die Schweiz «viel zu viel / zu viel» Geld für ihre Verteidigung ausgibt, wird von 42% (-1 Pp) der Befragten geteilt. 7% (-1%,) der Schweizerinnen und Schweizer vertreten den Standpunkt, dass die Schweiz «zu wenig / viel zu wenig» Geld für die Verteidigung ausgibt. Damit liegt die anfangs 2022 gemessene Einstellung im Zehnjahresschnitt (\emptyset «viel zu viel / zu viel»: 38%; «gerade richtig»: 47%; «zu wenig / viel zu wenig»: 10%).

Obligatorischer Orientierungstag für Frauen: Derzeit ist der Besuch des Orientierungstages für junge Männer obligatorisch und die Teilnahme für junge Frauen freiwillig. Generell sind gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2018 Veränderungen der Einstellungen zu einem obligatorischen Orientierungstag für Frauen ersichtlich. Weniger Befragte (60%, -5 Prozentpunkte) sind mit folgender Aussage sehr oder eher einverstanden: «Staatsbürgerinnen und Staatsbürger haben Rechte und Pflichten, welche für Männer und Frauen die gleichen sein sollten. Deswegen sollten auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssen». Weiter erhält die generelle Einführung des obligatorischen Orientierungstages für Frauen mit 56% (-7 Pp) ebenfalls weniger Unterstützung. Der Aussage, dass «in unserer heutigen Zeit Sicherheit immer wichtiger wird und darum sollten auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssen» stimmen ebenso weniger Befragte zu (54%, -7 Pp).

Wird die Frageformulierung geändert, und die Freiwilligkeit hervorgehoben, finden es mit 58% (+4 Pp) mehr Befragte gut, «dass junge Frauen den Orientierungstag weiterhin nur freiwillig besuchen können». Es zeigt sich somit, dass eine Indifferenz gegenüber der Thematik vorhanden ist. Die Stärke und Eindeutigkeit der Zustimmung zu einem obligatorischen Orientierungstag für Frauen ist jedoch im Vergleich zu 2018 gesunken. Generell scheint es aber so, dass ein Obligatorium auch 2022 mehr Zustimmung erhält, vor allem wenn die Argumentation die

gleichen Rechte und Pflichten betont. Sofern der Orientierungstag für Frauen obligatorisch wäre, würde nach wie vor knapp ein Viertel der Befragten (23%, +2 Pp) es befürworten, dass ein separater Orientierungstag nur für Frauen durchgeführt werden sollte.

Freiheit versus Sicherheit: Im Vergleich zu 2018 sind 57% (+1 Prozentpunkt) der Schweizerinnen und Schweizer im Januar 2022 der Meinung, dass der Staat die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger auch auf Kosten der persönlichen Freiheit garantieren sollte. Gegenüber dem Vergleichsjahr 2018 ist 2022 die Zustimmung zur Aussage, «wenn ich wählen müsste, dann wäre mir meine persönliche Freiheit letztlich wichtiger als meine persönliche Sicherheit» gesunken und wird noch von 45% (-9 Pp) der Befragten geteilt. Die Auffassung, «in der Schweiz sind wir bald soweit, dass sich der Staat überall einmischt, alles reglementiert und die Freiheit des einzelnen verloren geht» ist gegenüber 2007 ebenfalls gesunken. 2022 wird diese Aussage von rund einem Drittel der Schweizer Stimmbevölkerung bejaht (33%, -12 Pp). 2008 wurde zum letzten Mal die Einstellung zur Ansicht «wir kommen nicht mehr darum herum, dass der Staat in der heutigen Zeit immer mehr Aufgaben übernehmen muss» erfragt und von einer Mehrheit von 57% befürwortet. 2022 ist diese Zustimmung deutlich gesunken und Befragte zeigen sich hier uneinig, was die Zustimmung von 50% (-7 Pp) zeigt.

Fazit

Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich im Januar 2022 unverändert sehr sicher und der Zukunftsoptimismus für die Schweiz ist hoch und im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage wird gleich pessimistisch wie im Jahr 2021 eingeschätzt. Das allgemeine Vertrauen in Schweizer Behörden und Institutionen ist überdurchschnittlich hoch.

Aussenpolitisch setzt sich die geringe Öffnungsbereitschaft der Schweizer Stimmbevölkerung fort. Während harte Kooperationsformen (EU- und NATO-Beitritt) deutlich abgelehnt werden, wird die «weiche Kooperation» («Gute Dienste», Konfliktvermittlung, Entwicklungshilfe, wirtschaftliche Kooperation mit der EU) deutlich befürwortet. Obwohl eine Zusammenarbeit mit der UNO weniger stark bejaht wird, wird das Engagement der Schweiz vom Elektorat weiterhin mehrheitlich befürwortet. Eine Minderheit unterstützt die Aussage, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung konzentrieren soll. Ein Drittel ist der Ansicht, dass sich die Schweiz von Bündnissen und Kooperationen mit anderen Staaten fernhalten sollte (nationale Autonomie).

Auch Anfang 2022 zeigt und festigt sich der Trend der vergangenen Jahre, dass die Schweizer Stimmbevölkerung geschlossen und fast einstimmig an der Neutralität festhält. Obwohl rund ein Drittel der Befragten die Neutralität auch kritisch bewertet, ist und bleibt die Neutralität für Schweizerinnen und Schweizer «ein (finaler) Wert an sich». Mehr Befragte sind im Januar 2022 der Auffassung, dass die Neutralität auch dann beibehalten werden soll, wenn sie keine Vorteile mehr mit sich bringt. Die Ansicht, dass die Schweiz die Neutralität militärisch nicht mehr glaubhaft schützen könne, hat zwar zugenommen, wird aber nach wie vor nur von einer Minderheit unterstützt.

Im Januar 2022 sind die Befragten gegenüber der Schweizer Armee positiv eingestellt. Schweizerinnen und Schweizer erachten die Armee als notwendig, befürworten das Milizsystem und attestieren ihr eine zentrale Rolle für die Schweizer Gesellschaft. Sie sind zufriedener mit ihrer Leistung und die Forderungen nach einer «sehr gut ausgebildeten» und «vollständig ausgerüsteten» Armee sind deutlich gestiegen und werden grossmehrheitlich unterstützt.

Im Vergleich zu 2018 ist die Befürwortung eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen gesunken. Eine Mehrheit spricht sich in der Tendenz jedoch dafür aus.

Das aktuelle Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit fällt anders als noch 2018 zu Gunsten der Sicherheit aus. Der Anteil jener, welche die persönliche Freiheit wichtiger als die persönliche Sicherheit erachten, ist gesunken. Befragte sind sich uneinig, ob der Staat immer mehr Aufgaben übernehmen sollte und rund ein Drittel hat das Gefühl, dass sich der Staat immer mehr einmischt und reglementiert.

Synthese: Das Schweizer Elektorat zeigt sich im Januar 2022 nach wie vor zufrieden mit dem «Sonderfall Schweiz». In der Schweiz fühlen sich Befragte sehr sicher, haben ungebrochen grosses Vertrauen in die Institutionen und blicken der Zukunft der Schweiz optimistischer entgegen. Die Entwicklung der weltpolitischen Lage wird pessimistisch beurteilt. Während harte aussenpolitische Kooperationen lediglich von einer Bevölkerungsminderheit befürwortet werden, werden weiche Kooperationsformen von einer Bevölkerungsmehrheit unterstützt. Auf einer allgemeinen Ebene ziehen Schweizerinnen und Schweizer 2022 Sicherheit der Freiheit vor. Der Armee steht die Stimmbevölkerung positiv gegenüber.

Résumé de l'étude «Sécurité 2022»

Objectifs et base de données

La série d'études «Sécurité», publiée par l'Académie militaire à l'EPF de Zurich (ACAMIL) en collaboration avec le Center for Security Studies (CSS) de l'EPFZ, repose sur un noyau de questions et de données qui remontent à 1991 et en partie encore avant cette date. Il est ainsi tenu compte du concept d'études qui, par des sondages représentatifs, a pour but de rendre visible l'opinion de la population suisse ayant le droit de vote sur les tendances et les courants à long terme en matière de politique extérieure, de politique de sécurité et de politique de défense. En 2022, l'accent se concentre sur une éventuelle journée d'orientation obligatoire pour les femmes, ainsi que sur la relation entre liberté et sécurité. Les données de l'étude «Sécurité 2022» ont été recueillies entre le 4 et le 20 janvier 2022¹ par l'institut de sondage LINK. Pour ce faire, 1217 électeurs et électrices des trois grandes régions linguistiques de Suisse (Suisse alémanique, Suisse romande, Tessin) ont été interrogés par téléphone. En raison des mesures en vigueur de la Confédération liées à la pandémie concernant le télétravail obligatoire, les interviews ainsi que les formations des enquêteurs et enquêtrices ont été en majorité réalisées en télétravail. Les réponses des 1217 personnes interrogées ont pu être influencées par les événements nationaux et internationaux suivants :

Événements nationaux :

- Discours public sur les mesures visant à endiguer le COVID-19 en Suisse telles que la semaine de vaccination, l'introduction du certificat COVID-19 le 1er juillet 2021, l'application de la règle des 3G (vacciné, guéri, testé) ou de la règle des 2G pour les restaurants, les musées, les manifestations publiques et les cinémas.
- La mise à jour politique et sociale des deux votations sur la loi COVID-19 (13 juin 2021, 28 novembre 2021). Le 13 juin 2021, la loi COVID-19 a été approuvée par le peuple à 60.2% et le 28 novembre 2021 ses modifications ont été acceptées à 62.01%.

1 Le moment de l'enquête se situe avant l'invasion russe de l'Ukraine le 24 février 2022, raison pour laquelle les réactions de l'électorat aux développements ultérieurs en matière de politique intérieure et mondiale ne peuvent pas être représentées dans ce résumé.

- La collecte de signatures de l'initiative «stop les avions de combat» contre l'achat du modèle F-35 comme nouvel avion de combat.
- Début échelonné de l'école de recrues: deux tiers des recrues des écoles de recrues 22/1 sont entrées en service le 17 janvier 2022. Le dernier tiers est entré en service le 31 janvier 2022.²
- Deux engagements de l'armée au profit des autorités civiles pour endiguer la pandémie COVID-19 en Suisse, en 2021 (de novembre 2020 à février 2021 et de décembre 2021 à mars 2022).³

Événements internationaux:

- Restrictions des sorties et des voyages dans le monde entier en raison de la persistance de la pandémie mondiale de COVID-19 et autres mesures nationales de lutte contre la pandémie.
- La reprise du conflit entre l'Ukraine et la Russie et les tensions entre l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord (OTAN) et la Russie.
- Redéfinition des relations entre la Suisse et l'Union européenne (UE) après l'échec de l'accord-cadre.

La différence par rapport au relevé effectué en janvier 2021 est indiquée entre parenthèses avec des \pm points de pourcentage (pp). Dans le sondage de 2022, avec une taille de l'échantillon de $N=1217$, l'erreur d'échantillonnage avec un degré de certitude de 95% est dans le pire des cas de ± 2.9 pp. Cela signifie qu'une valeur mesurée par nous de 50% pour X appartient avec une probabilité de 95% à une population cible (la population suisse ayant le droit de vote) et que la fréquence X se situe entre 47.1% et 52.9%. Les changements de fréquence statistiquement significatifs par rapport à l'année précédente sont explicitement mentionnés dans le texte. De même, la moyenne (\bar{X}) des dix dernières années (2012–2022) est également indiquée pour la plupart des déclarations, afin de montrer une tendance à moyen terme et de faire des comparaisons avec l'année en cours. En général, les opinions ont été recueillies sur une échelle de 1 à 4 («très», «plutôt», «plutôt pas», «pas du tout»). Les pourcentages se rapportent à l'ensemble des 1217 personnes interrogées, les catégories de réponses «ne sait pas» et «pas de réponse» étant également comptées comme des réponses valables.

2 <https://www.vtg.admin.ch/fr/actualite/coronavirus.html#communiqués>

3 <https://www.vtg.admin.ch/de/armee.detail.nsb.html/86299.html>

Courants et tendances

1. Perception de la sécurité et de la menace et confiance dans les institutions

Estimation de l'avenir proche de la Suisse: En janvier 2022, les Suissesses et Suisses sont nettement plus optimistes quant à l'avenir de la Suisse qu'en 2021. Avec 86% (+3 points de pourcentage), l'optimisme actuel quant à l'avenir de la Suisse est légèrement supérieur à la moyenne de 83% des dix dernières années. 10% (+3 pp) sont «très» optimistes et 76% (± 0 pp) «plutôt» optimistes. Dans l'ensemble, 13% (-4 pp) des personnes interrogées sont pessimistes quant à l'avenir de la Suisse, dont 12% (-4 pp) «plutôt» pessimistes et 1% (± 0 pp) «très» pessimistes.

Estimation de la situation politique mondiale: Les Suissesses et les Suisses sont aussi nombreux que l'année précédente à juger l'évolution de la situation politique mondiale début 2022 avec autant de pessimisme (68%, +3 points de pourcentage). 6% (± 0 pp) sont «très» pessimistes quant à l'avenir de la situation politique mondiale, 62% (+3 pp) répondent d'être «plutôt» pessimistes. La valeur actuelle se situe donc dans le cadre des huit dernières enquêtes (\emptyset : 69%). Environ un tiers (31%, -4 pp) est optimiste quant à l'avenir du monde. A cet égard, 1% (-1 pp) des personnes interrogées disent être «très» optimistes et 30% (-3 pp) «plutôt» optimistes.

Sentiment général de sécurité: Le sentiment général de sécurité reste aussi en janvier 2022 très élevé. Il se situe ainsi juste au-dessus de la moyenne de 92% des dix dernières années. 94% (-1 point de pourcentage) des personnes interrogées déclarent se sentir généralement en sécurité dont 36% (+1 pp) «très» en sécurité et 58% (-2 pp) «plutôt» en sécurité. 6% (+1 pp) des personnes interrogées disent se sentir «plutôt» en insécurité et 0% (± 0 pp) «tout à fait» en insécurité.

Confiance dans les institutions et les autorités publiques: La confiance globale dans les autorités suisses et les institutions reste depuis plusieurs années à un niveau très élevé (2022: 6.8, ± 0.0 en comparaison avec 2021; \emptyset 2007-2022: 6.5, +0.3).⁴ Le Conseil fédéral se situe nettement au-dessus de la moyenne (2022: 7.3, ± 0.0 ; \emptyset 2007-2022: 6.8, +0.5). Par rapport à l'année précédente, aucun changement n'a été observé dans les valeurs de confiance accordée aux institutions et aux autorités.

4 Les valeurs correspondent à la moyenne arrondie des réponses valables recueillies sur une échelle de 1 à 10 (1 = «aucune confiance», 10 = «confiance totale»).

Comme auparavant, la confiance dans la police (7.9, $\pm 0,0$), la science (7.8, $\pm 0,0$) et les tribunaux (7.6, $\pm 0,0$) reste la plus forte. Derrière le Conseil fédéral, en milieu de classement, se trouvent l'économie suisse (7.0, $+0,1$), le parlement fédéral (6.8, $-0,1$) et l'armée suisse (6.7, $-0,1$). Les partis politiques (5.5, $-0,1$) et les médias (5.4, $-0,1$) sont ceux qui bénéficient de la confiance la plus faible.

Sentiment de défaillance politique: En raison de la situation créée par la pandémie COVID-19, à cause de laquelle l'ensemble de la population a été directement et régulièrement touchée par les décisions politiques dans les domaines les plus divers de la vie, l'enquête de cette année a porté sur le sentiment de défaillance politique. Bien entendu, les réponses ne se rapportent pas forcément seulement à la pandémie. Les années de 2006 à 2008, période pendant laquelle cette question avait déjà été posée dans le cadre des précédentes études de sécurité, servent de valeurs de comparaison. Le sentiment que face à des enjeux importants la politique se solde par des échecs est moins répandu qu'il y a un peu plus de 15 ans. En janvier 2022, un quart des Suissesses et Suisses trouvent que la politique échoue rarement ou jamais («jamais»: 1%, ± 0 point de pourcentage par rapport à 2008; «rarement»: 24%, $+10$ pp). 65% (-7 pp) considèrent que c'est le cas «quelquefois». 9% (-3 pp) des personnes interrogées sont d'opinion que la politique échoue «presque toujours» quand il s'agit de questions décisives.

2. Politique extérieure et politique de sécurité

Relations avec l'UE: Les Suissesses et Suisses continuent d'approuver, dans une proportion supérieure à la moyenne, la vision pragmatique d'un rapprochement exclusivement économique avec l'Union européenne (UE). 83% (± 0 point de pourcentage) des électrices et électeurs suisses continuent de souscrire à l'idée que la Suisse ne devrait pas adhérer à l'UE, mais devrait renforcer sa coopération économique avec l'UE. La valeur mesurée en 2022 se situe juste au-dessus de la moyenne des dix dernières années (\emptyset : 81%). Bien que l'approbation d'une adhésion inconditionnelle à l'UE ait augmenté, celle-ci n'est réclamée que par une minorité de 16% ($+3$ pp) et se ainsi situe dans la moyenne des dix dernières années (\emptyset : 16%).

Coopération internationale sans liens institutionnels susceptibles de restreindre la souveraineté: L'engagement international et humanitaire de la Suisse sans liens institutionnels susceptibles de restreindre la souveraineté, la soi-disant la «coopération douce», continue de bénéficier d'un soutien nettement majoritaire de l'électorat suisse en janvier 2022. 75% ($+4$ points de pourcentage) des

Suissesses et Suisses se prononcent en faveur d'un renforcement de la médiation dans les conflits et 66% (+1 pp) sont d'avis que la Suisse devrait renforcer son aide au développement. Les deux attitudes se situent ainsi légèrement au-dessus de la moyenne sur dix ans (Ø médiation accrue dans les conflits: 73%; Ø aide renforcée au développement: 64%).

Participation suisse au sein de l'ONU: Depuis l'adhésion de la Suisse à l'ONU en 2002, les Suissesses et Suisses sont favorables à une participation accrue de la Suisse au sein de l'ONU. En janvier 2022, 63% (-4 points de pourcentage) des personnes interrogées se déclarent favorables à un siège suisse au Conseil de sécurité de l'ONU. Le pourcentage de ceux qui estiment que la Suisse devrait s'engager activement et en première ligne dans la défense des intérêts de l'ONU s'élève à 62% (-2 pp) au début de 2022. Bien que les deux formes de coopération possibles avec l'ONU soient soutenues par la majorité des votants, elles sont moins fortement approuvées que l'année précédente. D'un point de vue statistique, les deux taux d'approbation se situent chacun à 63% dans la moyenne sur plusieurs années (Ø 2012-2022).

Approbation de la participation de troupes suisses aux opérations de maintien de la paix de l'ONU et d'une adhésion à l'OTAN: En janvier 2022, l'approbation de la mise à disposition de l'ONU de troupes suisses de maintien de la paix a baissé, mais elle est toujours soutenue par une petite majorité des Suissesses et Suisses (55%, -4 points de pourcentage) et se situe dans la moyenne des dix dernières années (Ø: 56%). Une minorité (26%, +1 pp) des personnes interrogées réclame toujours l'adhésion de la Suisse à l'OTAN. La valeur actuelle est toutefois nettement supérieure à la moyenne de 20% des dix dernières années.

Autonomie militaire et nationale: Par rapport à l'année dernière, l'approbation de l'autonomie militaire (41%, -1 point de pourcentage) – dans le sens où la Suisse ne devrait compter que sur sa propre défense nationale – reste inchangée en janvier 2022. L'approbation de l'autonomie nationale a baissé par rapport à l'année précédente. Début 2022, 29% (-3 pp) sont d'accord avec l'idée que la Suisse devrait se tenir à l'écart d'alliances et de regroupements de toute sorte avec d'autres États. Les deux taux d'approbation sont ainsi inférieurs à la moyenne décennale de 46% (autonomie militaire) et de 35% (autonomie nationale).

3. Neutralité

Neutralité: Début 2022, le soutien à la neutralité reste fort. Avec 97% (+1 point de pourcentage), les Suissesses et Suisses se prononcent presque unanimement en faveur du maintien de la neutralité, une opinion qui reste en 2022 dans la moyenne des dix dernières années (\bar{O} : 96%). L'attitude envers la «neutralité différentielle», qui exige une prise de position claire en cas de conflits politiques à l'étranger et préconise la neutralité en cas de conflit militaire, reste également inchangée. En janvier 2022, 55% (-2 pp) des personnes interrogées sont favorables à la «neutralité différentielle». La moyenne sur dix ans est de 57%.

Fonction de solidarité et d'identité de la neutralité: En janvier 2022, les attitudes envers la fonction de solidarité et d'identité de la neutralité restent statistiquement inchangées par rapport à l'année précédente. 95% (+1 point de pourcentage) des personnes questionnées sont d'accord avec l'affirmation selon laquelle la neutralité permet à la Suisse de jouer un rôle de médiateur dans les conflits et de fournir de «bons services» au niveau international, une position qui se situe donc dans la moyenne des dix dernières années (\bar{O} : 94%). En outre, les Suissesses et Suisses accordent une grande importance à la neutralité en tant que composante de l'identité suisse. Pour 87% (+3 pp) des personnes interrogées, la neutralité est indissociable de l'idée d'État. En 2022, l'attitude envers la fonction d'identité de la neutralité est légèrement supérieure à la moyenne sur plusieurs années (\bar{O} 2012–2022) de 84%.

Fonctions de la neutralité en matière de politique de sécurité: Les points de vue selon lesquels la Suisse n'est pas entraînée dans des conflits internationaux grâce à la neutralité et que la neutralité ne peut plus être protégée de manière crédible aujourd'hui sont considérés comme faisant partie de la fonction de la neutralité en matière de politique de sécurité dans la série d'études «Sécurité». En janvier 2022, 69% (-2 points de pourcentage) des personnes questionnées sont d'accord avec l'affirmation selon laquelle la Suisse n'est pas impliquée dans des conflits internationaux en raison de sa neutralité. La valeur mesurée pour l'année en cours est légèrement supérieure à la moyenne décennale de 66%. Alors que la première fonction en matière de politique de sécurité reste statistiquement inchangée par rapport à l'année précédente, l'opinion selon laquelle la neutralité ne peut plus être protégée de manière crédible par des moyens militaires a augmenté de manière significative. Avec un taux d'approbation de 47% (+6 pp), l'opinion des Suissesses et Suisses en janvier 2022 est partagée. La valeur actuelle se situe dans la moyenne sur plusieurs années (\bar{O} 2012–2022) de 46%.

Neutralité et interdépendance internationale: Cette année encore, on constate que la vision critique de la neutralité est peu répandue au sein de l'électorat suisse. En janvier 2022, 29% (+2 points de pourcentage) des Suissesses et Suisses partagent le point de vue selon lequel l'étroite interdépendance politique et économique avec d'autres nations rend la neutralité impossible. D'un point de vue statistique, la valeur mesurée se situe dans la moyenne des dix dernières années (\emptyset : 31%). En 2022, les Suissesses et Suisses sont significativement moins nombreux à soutenir l'idée selon laquelle la Suisse devrait abandonner la neutralité dès que celle-ci n'apporterait plus d'avantages. Avec 12% (-3 pp), on mesure une valeur historiquement basse, inférieure à la moyenne de 16% mesurée entre 2012 et 2022 ou début 2022, pour l'électorat suisse, la neutralité reste clairement une valeur («finale»).

4. Politique de sécurité

Nécessité de l'armée: Les Suissesses et les Suisses portent un jugement positif sur l'armée. L'opinion sur la nécessité de l'armée reste inchangée par rapport à l'année précédente (75%, +2 points de pourcentage). Début 2022, en comparaison sur dix ans, l'approbation est toutefois inférieure à la moyenne de 79%. Par rapport à l'ensemble de la population, les 18–34 ans sont plus sceptiques quant à la nécessité de l'armée. Pour 61% (+1 pp) de ce groupe, l'armée est nécessaire. En comparaison avec les dix dernières années (\emptyset : 68%), il s'agit d'une valeur inférieure à la moyenne. Les personnes âgées de 35 ans et plus sont les plus favorables à la nécessité de l'armée, avec 79% (+2 pp) (\emptyset 2012–2022: 81%).

Équipement et formation de l'armée: Depuis 2015, l'attitude de l'électorat suisse concernant la formation et l'équipement de l'armée suisse est à chaque fois mesurée à l'aide d'un item. En janvier 2022, 88% (+15 points de pourcentage) des Suissesses et Suisses sont d'accord avec l'affirmation selon laquelle «la Suisse devrait entretenir une armée très bien formée». En outre, 70% (+12 pp) des personnes interrogées sont d'accord avec l'opinion selon laquelle la Suisse devrait entretenir une armée entièrement équipée. Par rapport à l'année précédente, l'approbation concernant ces deux affirmations a nettement augmenté. Pour les deux points de vue, des taux d'approbation plus élevés sont également mesurés par rapport à la moyenne des années 2015 à 2022 (formation \emptyset : 2015–2022: 78%; équipement \emptyset : 2015–2022: 63%).

Rôle sociétal de l'armée: Le rôle social de l'armée suisse est mesuré depuis 1976 à l'aide de trois options de réponse possibles, à savoir: l'armée est considérée comme un élément central de la société, comme un mal nécessaire ou comme une insti-

tution qui doit être abolie. Dans ce contexte, début 2022, le rôle social de l'armée reste inchangé. Pour 48% (+3 pp) des Suissesses et Suisses, l'armée joue en 2022 «un rôle central». 38% (-1 pp) des personnes interrogées considèrent l'armée comme «un mal nécessaire» et 14% (± 0 pp) des personnes interrogées sont favorables à la suppression de l'armée. En janvier 2022, le taux d'approbation de l'idée de centralité est supérieur (\bar{O} : 44%) et celui du mal nécessaire inférieur (\bar{O} : 42%) à la moyenne mesurée entre 2012 et 2022. Le point de vue selon lequel l'armée pourrait être facilement supprimée se situe statistiquement dans la moyenne décennale de 13%.

Armée de milice versus armée professionnelle: Depuis 2003, une nette majorité de l'électorat suisse préfère l'armée de milice à une armée professionnelle. En comparaison avec l'année précédente, l'approbation de l'armée de milice en janvier 2022 reste statistiquement inchangée et se situe, avec 60% (+2 points de pourcentage), légèrement au-dessus de la moyenne de 57% (\bar{O} 2012–2022). Une armée professionnelle est favorisée par 34% (-3 pp) des personnes interrogées. Début 2022, la valeur mesurée est inférieure à la moyenne (\bar{O} : 37%). Le soutien de la cohorte des conscrits (18–34 ans) à l'armée professionnelle reste inchangé par rapport à 2021 et se situe à 44% (-4 pp). Si cette revendication était majoritairement soutenue par le groupe d'âge le plus jeune avant 2013, on constate depuis lors que cette demande n'est plus réclamée que par une minorité et que la moyenne décennale est de 46%.

Abrogation de l'obligation de servir: 35% (-3 points de pourcentage) de l'électorat suisse approuve l'abrogation du service militaire obligatoire en janvier 2022. Cette valeur reste donc inchangée par rapport à l'année précédente et est inférieure à la moyenne dans le temps (\bar{O} 2012–2022: 38%). La cohorte des conscrits (18–34 ans) est avec 49% (-4 pp) en désaccord sur la question de l'abrogation du service militaire obligatoire. Cela correspond également à la moyenne des dix dernières années (\bar{O} : 49%). Par rapport à l'année précédente, le taux d'approbation des 35 ans et plus a baissé et se situe à 30% (-4 pp). Cette valeur est inférieure à la moyenne des dix dernières années (\bar{O} : 34%). Depuis le rejet de l'initiative sur l'abrogation du service militaire obligatoire par le peuple suisse en 2013, la population soutient à nouveau plus clairement le service militaire obligatoire comme forme de recrutement pour l'armée suisse.

Satisfaction par rapport aux prestations de l'armée: Depuis 2011, on mesure la satisfaction par rapport aux prestations de l'armée sur une échelle de 1 à 10, où 1 correspond à «pas du tout satisfait» et 10 à «très satisfait». Alors que le taux de satisfaction était comparativement plus faible entre 2011 et 2013, il a augmenté de

façon continue à partir de 2014 bien que la satisfaction par rapport aux prestations de l'armée ait à nouveau diminué suite à l'introduction du *développement de l'armée (DEVA)* en 2018, avant de remonter en 2019. Entre 2020 et l'enquête de suivi menée en juillet 2020, la satisfaction a augmenté de manière significative en raison du premier engagement Corona de l'armée suisse, avant de retomber à la valeur moyenne de 6,4 en 2021. Par rapport à l'année précédente et à la moyenne des années 2011 à 2022, en janvier 2022 les Suissesses et Suisses sont plus satisfaits des prestations de l'armée (6,6, +0,2).

Dépenses en matière de défense : En janvier 2022, l'attitude à l'égard des dépenses en matière de défense reste inchangée par rapport à 2021. La part de ceux qui estiment que les dépenses de défense sont «juste comme il faut» s'élève à 46% (± 0 pt). L'opinion selon laquelle la Suisse dépense «beaucoup trop / trop» d'argent pour sa défense est partagée par 42% (-1 pp) des personnes interrogées. 7% (-1%,) des Suissesses et Suisses estiment que la Suisse dépense «trop peu / beaucoup trop peu» d'argent en matière de défense. L'attitude mesurée au début de l'année 2022 se situe ainsi dans la moyenne des dix dernières années (\emptyset «beaucoup trop / trop» : 38% ; «juste comme il faut» : 47% ; «trop peu / beaucoup trop peu» : 10%).

Journée d'orientation obligatoire pour les femmes : Actuellement, la participation à la journée d'orientation est obligatoire pour les jeunes hommes et facultative pour les jeunes femmes. De manière générale, les attitudes vis-à-vis de la journée d'orientation obligatoire pour les femmes ont évolué depuis la dernière enquête de 2018. Moins de personnes interrogées (60%, -5 points de pourcentage) sont tout à fait d'accord ou plutôt d'accord avec l'affirmation suivante : «Les citoyennes et les citoyens ont des droits et des devoirs qui devraient être les mêmes pour les hommes et les femmes. C'est pourquoi les jeunes femmes devraient aussi être obligées de suivre la journée d'orientation». D'ailleurs, l'introduction générale d'une journée d'orientation obligatoire pour les femmes est également moins soutenue, avec 56% (-7 pp). L'affirmation selon laquelle «de nos jours, la sécurité est de plus en plus importante et c'est pourquoi les jeunes femmes devraient également être obligées de participer à la journée d'orientation» est également moins soutenue (54%, -7 pp). Si l'on modifie la formulation de la question et que l'on met l'accent sur le caractère facultatif, 58% (+4 pp) des personnes interrogées estiment que c'est bien que «les jeunes femmes puissent continuer de participer à la journée d'orientation, mais seulement sur une base facultative». Cela montre donc qu'il existe une indifférence à l'égard de cette thématique. L'intensité et la clarté du soutien à une journée d'orientation obligatoire pour les femmes ont toutefois diminué par

rapport à 2018. Mais de manière générale, il semble qu'une obligation recueille toujours plus d'approbation en 2022, surtout si l'argumentation met l'accent sur l'égalité des droits et des devoirs. Si la journée d'orientation pour les femmes était obligatoire, à peine un quart des personnes interrogées (23%, +2 pp) seraient toujours favorables à ce qu'une journée d'orientation séparée soit organisée uniquement pour les femmes.

Liberté versus sécurité: Par rapport à 2018, 57% (+1 point de pourcentage) des Suissesses et Suisses estiment en janvier 2022 que l'Etat devrait garantir la sécurité de ses citoyens, même au détriment de la liberté personnelle. Par rapport à 2018, le taux d'approbation de l'affirmation «si je devais voter, ma liberté personnelle serait finalement plus importante que ma sécurité personnelle» a baissé en 2022 et n'est encore partagée que par 45% (-9 pp) des personnes questionnées. L'opinion selon laquelle «en Suisse, nous en sommes bientôt au point où l'État s'immisce partout, régleme tout et restreint la liberté individuelle» a également baissé par rapport à 2007. En 2022, environ un tiers de l'électorat suisse soutient cette affirmation (33%, -12 pp). En 2008, pour la dernière fois, la question qui portait sur l'affirmation «nous ne pouvons pas éviter qu'aujourd'hui l'État assume de plus en plus de tâches» était soutenue par une majorité de 57%. En 2022, cette attitude a nettement baissé et les personnes interrogées se montrent partagées à ce sujet, comme le montre le taux d'approbation de 50% (-7 pp).

Conclusion

En janvier 2022, les Suissesses et Suisses se sentent toujours très en sécurité et l'optimisme pour l'avenir de la Suisse est élevé et en hausse par rapport à l'année précédente. L'évolution future de la situation politique mondiale est jugée avec le même pessimisme qu'en 2021. La confiance générale dans les autorités et les institutions suisses est supérieure à la moyenne.

Par rapport à la politique étrangère, la volonté d'ouverture de l'électorat suisse reste faible. Alors que les formes de coopération dure (adhésion à l'UE et à l'OTAN) sont clairement rejetées, la «coopération douce» («bons offices», médiation de conflits, aide au développement, coopération économique avec l'UE) est nettement approuvée. Bien qu'une collaboration avec l'ONU soit moins fortement approuvée, l'engagement de la Suisse continue d'être majoritairement soutenu par l'électorat. Une minorité soutient l'affirmation selon laquelle la Suisse ne doit se concentrer que sur sa propre défense nationale. Un tiers est d'avis que la Suisse devrait se tenir à l'écart d'alliances et de coopérations avec d'autres États (autonomie nationale).

Au début de l'année 2022, la tendance des années précédentes se confirme : le peuple suisse reste uni et presque unanimement attaché à la neutralité. Bien que près d'un tiers des personnes interrogées la jugent également de manière critique, la neutralité est et reste pour les Suissesses et Suisses «une valeur (finale) en soi». En janvier 2022, un plus grand nombre des personnes interrogées sont d'avis que la neutralité doit être maintenue même si elle n'apporte plus d'avantages. L'opinion selon laquelle la Suisse ne peut plus protéger la neutralité de manière crédible sur le plan militaire a certes progressé, mais elle n'est toujours soutenue que par une minorité.

En janvier 2022, les personnes interrogées ont une opinion positive de l'armée suisse. Les Suissesses et Suisses considèrent l'armée comme nécessaire, approuvent le système de milice et lui attribuent un rôle central dans la société suisse. Les répondants sont plus satisfaits des prestations de l'armée et le souhait d'une armée «très bien formée» et «entièrement équipée» a nettement augmenté et est soutenu par une grande majorité.

Par rapport à 2018, le soutien à une journée d'orientation obligatoire pour les femmes a diminué. Toutefois, une majorité tend à se prononcer en faveur de cette mesure.

Le rapport actuel entre la liberté et la sécurité diffère de 2018 et montre que la sécurité gagne de l'importance. La part de ceux qui considèrent la liberté personnelle comme plus importante que la sécurité personnelle a diminué. Les personnes interrogées ne sont pas d'accord sur le fait que l'État assume de plus en plus de tâches et environ un tiers d'entre elles ont le sentiment que l'État s'immisce et réglemente de plus en plus.

Synthèse : En janvier 2022, l'électorat suisse se montre toujours satisfait du «cas particulier de la Suisse». Les personnes interrogées se sentent très en sécurité en Suisse, ont toujours une grande confiance dans les institutions et envisagent l'avenir de la Suisse avec plus d'optimisme. L'évolution de la situation politique mondiale est jugée avec plus de pessimisme. Alors que seule une minorité de la population est favorable à des coopérations extérieures dures, une majorité de la population soutient des formes de coopération douces. Sur un plan général, les Suissesses et Suisses préfèrent la sécurité à la liberté en 2022 et expriment une opinion favorable à l'égard de l'armée.

Riassunto del sondaggio «Sicurezza 2022»

Obiettivi e base di dati

La serie di studi «Sicurezza», pubblicata dall'Accademia militare in seno al Politecnico federale di Zurigo (ACMIL), in collaborazione con il Center for Security Studies (CSS) del PFZ, si fonda su un nucleo di domande e di dati che risalgono fino al 1991 e, in parte, persino ad anni ancora più lontani. L'impostazione a lungo termine consente allo studio di perseguire l'intento di rendere note, mediante inchieste rappresentative, le tendenze attuali e sul lungo periodo nel processo di formazione dell'opinione in seno all'elettorato svizzero, relativamente agli ambiti della politica estera, della politica di sicurezza e della politica di difesa. Nel 2022, l'attenzione si concentra su una possibile giornata di orientamento obbligatorio per le donne, così come sul rapporto tra libertà e sicurezza. I dati dello studio «Sicurezza 2022» sono stati rilevati tra il 4 e il 20 gennaio 2022¹ dall'istituto demoscopico «LINK». A tale scopo sono stati intervistati telefonicamente 1217 cittadini e cittadine aventi diritto di voto residenti nelle tre grandi regioni linguistiche del Paese (Svizzera tedesca, Svizzera romanda e Ticino). A causa delle misure adottate nel quadro della pandemia e dell'obbligo del telelavoro sancito dalla Confederazione, le interviste e la formazione degli intervistatori e delle intervistatrici sono state svolte nella maggior parte dei casi in modalità home office. Sulle risposte fornite dalle 1217 persone intervistate potrebbero aver influito i seguenti eventi nazionali e internazionali:

Eventi nazionali:

- pubblico dibattito sulle misure per il contenimento della pandemia di COVID-19 in Svizzera, quali la settimana di vaccinazione, l'introduzione del certificato COVID-19 il 1° luglio 2021, l'applicazione della regola «3G» (vaccinati, guariti o test negativo) oppure «2G» (vaccinati o guariti) per i ristoranti, i musei, le manifestazioni pubbliche e i cinema.
- Elaborazione politica e sociale delle due votazioni sulla legge COVID-19 (13 giugno 2021, 28 novembre 2021). Il popolo ha approvato la legge COVID-19 con

1 I dati sono stati rilevati prima dell'invasione russa dell'Ucraina in data 24 febbraio 2022; le reazioni dell'elettorato ai successivi sviluppi a livello di politica interna e internazionale non hanno pertanto potuto confluire nel presente riassunto.

il 60,2 per cento di voti favorevoli il 13 giugno 2021 e le relative modifiche con il 62,01 per cento di voti favorevoli il 28 novembre 2021.

- Raccolta di firme per l'iniziativa popolare «Stop F-35» contro l'acquisto dei nuovi aerei da combattimento F-35.
- Inizio scaglionato della scuola reclute: il 17 gennaio 2022 sono entrate in servizio due terzi delle reclute previste per le scuole reclute 22/1. Il terzo rimanente è entrato in servizio il 31 gennaio 2022.²
- Due impieghi dell'esercito a favore delle autorità civili per il contenimento della pandemia di COVID-19 in Svizzera nell'anno 2021 (da novembre 2020 a febbraio 2021 e da dicembre 2021 a marzo 2022).³

Eventi internazionali:

- restrizioni di viaggio e di movimento a livello mondiale a causa della persistente pandemia globale di COVID-19 nonché ulteriori misure nazionali di lotta contro la pandemia.
- Recrudescenza del conflitto tra l'Ucraina e la Russia e conseguenti tensioni tra l'Organizzazione del Trattato dell'Atlantico del Nord (NATO) e la Russia.
- Ridefinizione dei rapporti tra la Svizzera e l'Unione europea (UE) in seguito al fallimento dell'accordo quadro.

La differenza rispetto al rilevamento effettuato nel mese di gennaio del 2021 è indicata tra parentesi in punti percentuali (\pm pp). Nel quadro del presente sondaggio del 2022, l'entità del campione è pari a $n = 1217$, il grado di attendibilità si situa al 95 per cento e, in caso sfavorevole, il margine di errore della campionatura ammonta a $\pm 2,9$ punti percentuali. Ciò significa che un valore misurato del 50 per cento per «X» corrisponde con una probabilità del 95 per cento al parere della popolazione target (elettorato svizzero) e che la dispersione dei valori di «X» si situa tra il 47,1 per cento e il 52,9 per cento. Le variazioni rispetto all'anno precedente significative a livello statistico sono esplicitamente indicate nel testo. Per la maggior parte delle affermazioni sottoposte alle persone intervistate è inoltre indicata la media (\emptyset) calcolata sull'arco degli ultimi dieci anni (2012–2022), al fine di cogliere una tendenza a medio termine e in funzione di un confronto con l'anno attuale. In linea di principio i pareri sono rilevati sulla base di una scala da 1 a 4 («molto», «piuttosto», «poco», «per niente»). Le cifre percentuali sono riferite all'insieme dei 1217 intervistati; sono considerate valide e pertanto conteggiate anche le categorie di risposta «non so» e «nessuna risposta».

2 <https://www.vtg.admin.ch/it/attualita/coronavirus.html#comunicati>

3 <https://www.vtg.admin.ch/de/armee.detail.nsb.html/86299.html>

Tendenze

1. Percezione di sicurezza e di minacce e fiducia nelle istituzioni

Valutazione del futuro prossimo della Svizzera: nel mese di gennaio del 2022 i cittadini e le cittadine svizzeri mostrano più ottimismo per il futuro della Svizzera rispetto al 2021. L'86 per cento (+3 punti percentuali) è ottimista in merito al futuro del Paese: una quota leggermente superiore alla media degli ultimi dieci anni (Ø: 83%). Il 10 per cento (+3 pp) si dichiara «molto» ottimista e il 76 per cento (±0 pp) «piuttosto» ottimista. È pessimista riguardo al futuro della Svizzera complessivamente il 13 per cento degli intervistati (-4 pp): il 12 per cento (-4 pp) si dice «piuttosto» pessimista e l'1 per cento (±0 pp) «molto» pessimista.

Valutazione della situazione politica mondiale: all'inizio del 2022 la percentuale di cittadini e cittadine svizzeri pessimisti riguardo allo sviluppo della situazione politica mondiale si attesta al livello dell'anno precedente (68%, +3 punti percentuali). Il 6 per cento (±0 pp) è «molto» pessimista sugli sviluppi politici mondiali, il 62 per cento (+3 pp) si dichiara «piuttosto» pessimista. Il valore attuale è vicino alla media delle ultime otto inchieste (Ø: 69%). Circa un terzo (31%, -4 pp) guarda con ottimismo al futuro mondiale: l'1 per cento degli intervistati (-1 pp) si dice «molto» ottimista e il 30 per cento (-3 pp) «piuttosto» ottimista.

Senso generale di sicurezza: nel mese di gennaio del 2022 il senso generale di sicurezza permane a un livello molto elevato, leggermente superiore alla media degli ultimi dieci anni (Ø: 92%). Il 94 per cento degli intervistati (-1 punto percentuale) dichiara di sentirsi sicuro in generale: il 36 per cento (+1 pp) si sente «molto» sicuro e il 58 per cento (-2 pp) «piuttosto» sicuro. Il 6 per cento degli intervistati (+1 pp) dichiara di sentirsi «piuttosto» insicuro e lo zero per cento (±0 pp) «molto» insicuro.

Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni: la fiducia complessiva nelle autorità e nelle istituzioni svizzere si situa da numerosi anni a un livello molto elevato (2022: 6,8; ±0,0 rispetto al 2021; Ø 2007-2022: 6,5; +0,3)⁴. Il maggior divario positivo rispetto al valore medio si registra confrontando i dati del Consiglio federale (2022: 7,3; ±0,0; Ø 2007-2022: 6,8; +0,5). Per nessuna delle istituzioni e autorità oggetto dell'inchiesta si registrano cambiamenti sostanziali rispetto all'anno precedente.

4 I valori corrispondono di volta in volta alla media arrotondata delle risposte valide, rilevate in base a una scala da 1 a 10 (1 = «nessuna fiducia», 10 = «piena fiducia»).

Come sinora, la polizia gode del massimo livello di fiducia (7,9; $\pm 0,0$); al secondo e terzo posto seguono la scienza (7,8; $\pm 0,0$) e i tribunali (7,6; $\pm 0,0$). Dopo il Consiglio federale si situano ai ranghi intermedi l'economia svizzera (7,0; $+0,1$), il Parlamento federale (6,8; $-0,1$) e l'Esercito svizzero (6,7; $-0,1$). Il minor livello di fiducia, con valori nettamente inferiori, è raccolto dai partiti politici (5,5; $-0,1$) e dai media (5,4; $-0,1$).

Sensazione di fallimento della politica: durante la pandemia di COVID-19 sono state regolarmente adottate scelte politiche con ripercussioni immediate per tutta la popolazione, nei più svariati ambiti dell'esistenza; per questo motivo, nel quadro dell'inchiesta del 2022 è stato chiesto agli intervistati se avessero l'impressione che la politica compiesse scelte fallimentari. Ovviamente le risposte non sono state necessariamente solo influenzate dalla pandemia. I valori comparativi sono stati rilevati negli anni 2006–2008: la medesima domanda era già stata posta nel quadro degli studi sulla sicurezza svolti in quel periodo.

La sensazione che la politica fallisca nelle questioni di decisiva importanza è meno diffusa rispetto a 15 anni fa. Nel mese di gennaio del 2022 un quarto dei cittadini e delle cittadine svizzeri ritiene che la politica fallisca di rado o non fallisca mai («mai»: 1%, ± 0 punti percentuali rispetto al 2008; «raramente»: 24%, $+10$ pp). Il 65 per cento (-7 pp) è del parere che la politica fallisca «ogni tanto». Il 9 per cento degli intervistati (-3 pp) ritiene che la politica fallisca «quasi sempre» nelle questioni di decisiva importanza.

2. Politica estera e politica di sicurezza

Rapporti con l'UE: come sinora, i cittadini e le cittadine svizzeri approvano, con una percentuale superiore alla media, l'approccio pragmatico consistente in un avvicinamento esclusivamente economico all'Unione europea (UE). Anche nel 2022 l'83 per cento dell'elettorato svizzero (± 0 punti percentuali) condivide il parere che la Svizzera non dovrebbe aderire all'UE, ma rafforzare la collaborazione economica con l'Unione. Il valore rilevato quest'anno è leggermente superiore alla media decennale (\emptyset : 81%). Benché i consensi a un'adesione senza riserve all'UE siano aumentati, soltanto una minoranza è di questo avviso (16%, $+3$ pp); la percentuale rilevata nel 2022 si situa nella media dell'ultimo decennio (\emptyset : 16%).

Cooperazione internazionale senza vincoli istituzionali che riducano la sovranità: anche nel mese di gennaio del 2022 l'elettorato svizzero approva nettamente l'impegno internazionale e umanitario della Svizzera senza vincoli istituzionali che

ne riducano la sovranità, la cosiddetta «cooperazione in forma blanda». Il 75 per cento dei cittadini e delle cittadine svizzeri (+4 punti percentuali) auspica un maggiore impegno nelle negoziazioni in caso di conflitti e il 66 per cento (+1 pp) condivide l'opinione secondo cui la Svizzera debba prestare maggiori aiuti allo sviluppo. I due valori rilevati nel 2022 sono leggermente superiori alla media decennale (Ø maggiore impegno nelle negoziazioni in caso di conflitti: 73%. Ø maggiori aiuti allo sviluppo: 64%).

Partecipazione svizzera all'ONU: dall'adesione della Svizzera all'ONU nel 2002, i cittadini e le cittadine svizzeri considerano positivamente un eventuale maggiore impegno della Svizzera a favore dell'ONU. Nel mese di gennaio del 2022 il 63 per cento degli intervistati (-4 punti percentuali) è favorevole a un eventuale seggio della Svizzera nel Consiglio di sicurezza dell'ONU. L'affermazione secondo cui la Svizzera dovrebbe impegnarsi attivamente e in prima linea negli affari dell'ONU è condivisa all'inizio del 2022 dal 62 per cento (-2 pp). Ambedue le forme di cooperazione con l'ONU sono appoggiate dalla maggioranza dell'elettorato; tuttavia, la percentuale di favorevoli è meno elevata rispetto all'anno precedente. Statisticamente, le due quote di consenso si situano nella media pluriennale (Ø 2012-2022), nei due casi pari al 63 per cento.

Consensi per truppe di pace svizzere a disposizione dell'ONU e per l'adesione alla NATO: nel mese di gennaio del 2022 si registra un calo della percentuale secondo cui la Svizzera dovrebbe mettere delle truppe di pace a disposizione dell'ONU; tuttavia, tale affermazione è ancora condivisa da una debole maggioranza dei cittadini e delle cittadine svizzeri (55%, -4 punti percentuali), sulla scia della media decennale (Ø: 56%). Come sinora, l'adesione della Svizzera alla NATO è auspicata da una minoranza degli intervistati (26%, +1 pp). Il valore attuale si situa tuttavia al di sopra della media riscontrata nell'ultimo decennio, pari al 20 per cento.

Autonomia militare e nazionale: nel mese di gennaio del 2022, la percentuale favorevole all'autonomia militare – nel senso che la Svizzera dovrebbe fare affidamento solo sulla propria difesa nazionale – rimane praticamente invariata rispetto all'anno precedente (41%, -1 punto percentuale). L'autonomia nazionale, per contro, raccoglie meno consensi. All'inizio del 2022, l'affermazione secondo cui la Svizzera dovrebbe evitare alleanze e unioni di qualsiasi tipo con altri Stati è condivisa dal 29 per cento (-3 pp). Le due quote di consenso si situano al di sotto della media decennale, pari rispettivamente al 46 per cento (Ø autonomia militare) e al 35 per cento (Ø autonomia nazionale).

3. Neutralità

Neutralità: all'inizio del 2022, come sinora, la neutralità raccoglie elevati consensi. Il 97 per cento dei cittadini e delle cittadine svizzeri (+1 punto percentuale), quasi l'unanimità, ritiene che la Svizzera dovrebbe mantenere la propria neutralità. La quota di favorevoli nel 2022 rimane nella media degli ultimi dieci anni (Ø: 96%). Sono rimasti praticamente immutati anche i consensi per la «neutralità differenziale», che esige una chiara posizione in caso di conflitti politici all'estero e neutralità in caso di conflitti militari. Nel mese di gennaio del 2022 il 55 per cento degli intervistati (-2 pp) sostiene la «neutralità differenziale». La media decennale si situa al 57 per cento.

Funzioni della neutralità a livello di solidarietà e identità: nel mese di gennaio del 2022, la quota di intervistati che ritiene che la neutralità sia funzionale alla solidarietà e all'identità non ha subito mutamenti, dal punto di vista statistico, rispetto all'anno precedente. Il 95 per cento degli intervistati (+1 punto percentuale) condivide l'affermazione secondo cui «grazie alla neutralità, la Svizzera può fare da mediatrice fra le parti in conflitto e offrire buoni servizi a livello internazionale». La percentuale si situa nella media degli ultimi dieci anni (Ø: 94%). Inoltre, i cittadini e le cittadine svizzeri considerano molto importante la neutralità in quanto parte dell'identità svizzera. Per l'87 per cento degli intervistati (+3 pp) «la neutralità è collegata indissolubilmente alla nostra idea di Stato». La quota di persone che nel 2022 condividono tale opinione è leggermente superiore alla media pluriennale (Ø 2012-2022: 84%).

Funzioni della neutralità a livello di politica di sicurezza: nel quadro della serie di studi «Sicurezza», le due affermazioni secondo cui, da un lato, la neutralità fa sì che la Svizzera non venga coinvolta in conflitti internazionali e, dall'altro, la neutralità attualmente non può più essere protetta in modo credibile, sono annoverate tra le «funzioni della neutralità a livello di politica di sicurezza». Nel mese di gennaio del 2022 la prima affermazione (conflitti internazionali) è condivisa dal 69 per cento (-2 p punti percentuali). Il valore rilevato nell'anno in esame è leggermente superiore alla media decennale (Ø: 66%) ed è statisticamente equivalente al valore dell'anno precedente. La seconda affermazione, concernente l'impossibilità di difendere in maniera credibile la neutralità a livello militare, raccoglie un numero nettamente superiore di consensi (47%, +6 pp). Su questa tematica, l'opinione pubblica è divisa in due campi pressoché uguali nel mese di gennaio del 2022. La quota di consenso raccolta attualmente dalla seconda affermazione si situa nella media pluriennale (Ø 2012-2022: 46%).

Neutralità e rete di interconnessioni a livello internazionale: anche nell'anno in esame, una posizione critica nei confronti della neutralità è poco diffusa tra l'elettorato svizzero. Nel mese di gennaio del 2022 il 29 per cento dei cittadini e delle cittadine svizzeri (+2 punti percentuali) è del parere che «il nostro stretto coinvolgimento politico ed economico con altri Stati rende la neutralità impossibile». Statisticamente, il valore rilevato rientra nella media decennale (Ø: 31%). L'affermazione secondo cui «non appena la neutralità non porterà più vantaggi alla Svizzera dovremmo rinunciarvi» raccoglie nettamente meno consensi nel 2022. La percentuale rilevata quest'anno (12%, -3 pp) è la quota di consenso più bassa mai registrata sinora per tale affermazione ed è inferiore alla media degli anni 2012-2022 (Ø: 16%). All'inizio del 2022 l'elettorato svizzero è chiaramente ancora dell'avviso che la neutralità è un valore in sé, per sé, e di per sé.

4. Politica di difesa

Necessità dell'esercito: i cittadini e le cittadine svizzeri valutano positivamente l'esercito. La quota di consensi riguardo alla necessità dell'esercito è rimasta immutata rispetto all'anno precedente (75%, +2 punti percentuali). All'inizio del 2022 è tuttavia inferiore alla media decennale (Ø: 79%). In confronto all'insieme della popolazione, gli intervistati di età compresa tra i 18 e i 34 anni sono maggiormente scettici riguardo alla necessità dell'esercito. Il 61 per cento di questa categoria (+1 pp) ritiene necessario l'esercito. Il valore del 2022 è inferiore alla media degli ultimi dieci anni (Ø: 68%). Gli intervistati di età uguale o superiore ai 35 anni costituiscono la categoria maggiormente convinta della necessità dell'esercito (79%, +2 pp. Ø 2012-2022: 81%).

Equipaggiamento e istruzione dell'esercito: dal 2015 il parere dell'elettorato svizzero sull'istruzione e sull'equipaggiamento dell'Esercito svizzero è rilevato mediante due affermazioni distinte. Nel mese di gennaio del 2022, l'88 per cento dei cittadini e delle cittadine svizzeri (+15 punti percentuali) ritiene che «la Svizzera dovrebbe disporre di un esercito molto ben istruito». Il 70 per cento (+12 pp) degli intervistati condivide l'affermazione secondo cui «la Svizzera dovrebbe disporre di un esercito completamente equipaggiato». Le quote di consenso per le due affermazioni sono nettamente aumentate rispetto all'anno precedente. In ambedue i casi i valori rilevati sono superiori alla media degli anni 2015-2022 (Ø istruzione 2015-2022: 78%. Ø equipaggiamento 2015-2022: 63%).

Ruolo sociale dell'esercito: dal 1976 il parere sul ruolo sociale dell'Esercito svizzero è rilevato mediante tre possibili risposte, conformemente alle quali l'esercito è ritenuto un elemento centrale della società, un male necessario o un'istituzione che andrebbe abolita. All'inizio del 2022 il parere sul ruolo sociale dell'esercito non è mutato. Per il 48 per cento dei cittadini e delle cittadine svizzeri (+3 punti percentuali), l'esercito riveste «un ruolo centrale» nel 2022. Il 38 per cento degli intervistati (-1 pp) è dell'avviso che sia «un male necessario» e il 14 per cento (± 0 pp) è favorevole alla sua abolizione. Nel mese di gennaio del 2022, l'affermazione sul «ruolo centrale dell'esercito» è maggiormente condivisa rispetto alla media degli anni 2012-2022 (\emptyset : 44%); per contro, una percentuale inferiore alla media decennale (\emptyset : 42%) aderisce all'affermazione secondo cui l'esercito sia un male necessario. La quota di persone dell'avviso che l'esercito potrebbe essere tranquillamente abolito si situa invece nella media pluriennale (\emptyset : 13%).

Esercito di milizia o esercito di professionisti: dal 2013 una chiara maggioranza dell'elettorato svizzero preferisce un esercito di milizia a un esercito di professionisti. Nel mese di gennaio del 2022 la quota di consenso per l'esercito di milizia è statisticamente invariata rispetto all'anno precedente: pari al 60 per cento (+2 punti percentuali), è leggermente superiore alla media (\emptyset 2012-2022: 57%). Il 34 per cento degli intervistati (-3 pp) preferirebbe un esercito di professionisti. Il valore rilevato all'inizio del 2022 è inferiore alla media (\emptyset : 37%).

Il 44 per cento (-4 pp) delle persone potenzialmente soggette all'obbligo di prestare servizio militare (di età compresa tra i 18 e i 34 anni) predilige un esercito di professionisti, senza variazioni a livello statistico rispetto al 2021. Prima del 2013, la richiesta di un esercito di professionisti era condivisa dalla maggioranza della classe di età più giovane; da allora, l'esercito di professionisti è auspicato soltanto ancora da una minoranza (con una media decennale pari al 46%).

Abolizione dell'obbligo di prestare servizio militare: nel mese di gennaio del 2022, il 35 per cento dell'elettorato svizzero (-3 punti percentuali) è favorevole all'abolizione dell'obbligo di prestare servizio militare. Dal punto di vista statistico, il valore rilevato nell'anno in esame è invariato rispetto all'anno precedente e inferiore alla media (\emptyset 2012-2022: 38%). La classe di età delle persone soggette all'obbligo di prestare servizio militare (18-34 anni) è divisa in due campi pressoché uguali: il 49 per cento (-4 pp) auspica l'abolizione dell'obbligo di prestare servizio militare, sulla scia della media decennale (\emptyset : 49%). Rispetto all'anno precedente, la quota di consenso tra le persone di età uguale o superiore a 35 anni è scesa al 30 per cento (-4 pp). Tale valore è inferiore alla media degli ultimi dieci anni (\emptyset : 34%). Nel 2013

l'elettorato svizzero ha respinto l'iniziativa «Si all'abolizione del servizio militare obbligatorio»; da allora la popolazione è di nuovo nettamente favorevole all'obbligo di prestare servizio militare quale forma di reclutamento per l'Esercito svizzero.

Soddisfazione per le prestazioni dell'esercito: dal 2011, l'indice di soddisfazione per le prestazioni dell'esercito è rilevato sulla base di una scala da 1 a 10, in cui 1 significa «molto insoddisfatto» e 10 «molto soddisfatto». Rispetto agli anni successivi, tra il 2011 e il 2013 è stato rilevato un basso indice di soddisfazione. Dal 2014 l'indice ha ripreso a salire, con un provvisorio calo nel 2018, dovuto probabilmente alla concretizzazione dell'*ulteriore sviluppo dell'esercito (USEs)*. Nel 2019 l'indice di soddisfazione è di nuovo aumentato. A causa del primo impiego dell'Esercito svizzero per la lotta al coronavirus, è stata registrata una significativa crescita tra il 2020 e il sondaggio supplementare svolto nel luglio 2020. Dopodiché, nel 2021 l'indice di soddisfazione è di nuovo sceso al valore medio di 6,4 punti. Rispetto all'anno precedente e alla media degli anni 2011–2022, nel mese di gennaio del 2022 i cittadini e le cittadine svizzeri sono maggiormente soddisfatti delle prestazioni dell'esercito (6,6, +0,2).

Spese per la difesa: nel mese di gennaio del 2022 il parere sulle spese per la difesa non ha subito mutamenti rispetto al 2021. La percentuale di coloro che ritengono che per la difesa si spenda «il giusto» ammonta al 46 per cento (± 0 punti percentuali). L'affermazione secondo cui la Svizzera spende «decisamente troppo / troppo» per la sua difesa è condivisa dal 42 per cento degli intervistati (-1 pp). Il 7 per cento dei cittadini e delle cittadine svizzeri (-1 pp) è del parere che la Svizzera spenda «troppo poco / decisamente troppo poco» per la difesa. I valori rilevati all'inizio del 2022 rientrano nelle medie decennali (\emptyset «decisamente troppo / troppo»: 38%. \emptyset «il giusto»: 47%. \emptyset «troppo poco / decisamente troppo poco»: 10%).

Giornata informativa obbligatoria per le donne: attualmente la partecipazione alla giornata informativa è obbligatoria per i giovani uomini e facoltativa per le giovani donne. Rispetto all'ultimo sondaggio in cui è stata trattata questa tematica, risalente al 2018, si constata in generale un'evoluzione delle opinioni al riguardo. Un minor numero di intervistati (60%, -5 punti percentuali) è molto d'accordo o piuttosto d'accordo con l'affermazione secondo cui le cittadine e i cittadini hanno diritti e doveri che «dovrebbero essere gli stessi per gli uomini e per le donne [...] e per tale ragione anche le giovani...» donne dovrebbero partecipare obbligatoriamente alla giornata informativa». Gode di minori sostegni (56%, -7 pp) pure l'introduzione a livello generale della giornata informativa obbligatoria per le donne.

Lo stesso vale per l'affermazione secondo cui «nei nostri tempi attuali la sicurezza diventa sempre più importante [...] e per tale ragione anche le giovani...» donne dovrebbero partecipare obbligatoriamente alla giornata informativa», condivisa dal 54 per cento degli intervistati (-7 pp). Riformulando l'affermazione appena menzionata in modo da sottolineare il carattere facoltativo della partecipazione delle donne, si ottiene un maggior numero di consensi: il 58 per cento degli intervistati (+4 pp) ritiene positivo che «le donne possano continuare a partecipare alla giornata informativa solo a titolo volontario». Risulta quindi evidente che i cittadini e le cittadine svizzeri non hanno una posizione precisa al riguardo. Benché il consenso nei confronti di una giornata informativa obbligatoria per le donne non sia più così elevato e chiaro come nel 2018, si ha in generale l'impressione che anche nel 2022 l'introduzione di un obbligo raccolga un numero maggiore di consensi, segnatamente se nell'affermazione sottoposta agli intervistati si evidenzia che uomini e donne dovrebbero avere i medesimi diritti e doveri. Come sinora, se la giornata informativa per le donne fosse obbligatoria quasi un quarto degli intervistati (23%, +2 pp) sarebbe favorevole a una giornata informativa svolta separatamente solo per le donne.

Libertà versus sicurezza: nel mese di gennaio del 2022 il 57 per cento dei cittadini e delle cittadine svizzeri (+1 punto percentuale rispetto al 2018) è del parere che lo Stato dovrebbe garantire la sicurezza dei suoi cittadini e delle sue cittadine anche a scapito della libertà individuale. L'affermazione «se dovessi scegliere, la mia libertà personale sarebbe per me alla fine più importante della mia sicurezza personale» gode di minori consensi nel 2022 (45%, -9 pp rispetto al 2018). Dal 2007, anno di riferimento, è diminuita anche la quota di consenso nei confronti dell'affermazione secondo cui «in Svizzera ci troveremo ben presto ad un punto in cui lo Stato si intrometterà in tutto e regolamenterà tutto a scapito della libertà dei singoli individui». Nel 2022 tale affermazione è condivisa da circa un terzo dell'elettorato svizzero (33%, -12 pp). I consensi per l'affermazione «al giorno d'oggi è inevitabile che lo Stato si assuma un sempre maggior numero di compiti» sono stati rilevati per l'ultima volta nel 2008: in quell'anno tale affermazione era condivisa dalla maggioranza degli intervistati (57%). Nel 2022 la quota di consenso è nettamente inferiore (50%, -7 pp) e gli intervistati sono divisi in due campi uguali.

Conclusione

Nel mese di gennaio del 2022, come sinora, i cittadini e le cittadine svizzeri si sentono molto sicuri. L'ottimismo nei confronti del futuro del Paese è elevato ed è aumentato rispetto all'anno precedente. Lo sviluppo futuro della situazione politica a livello mondiale è valutato con pessimismo, come nel 2021. La fiducia generale nelle autorità e nelle istituzioni svizzere si attesta a livelli superiori alla media.

La disponibilità all'apertura a livello di politica estera rimane ai livelli bassi sin qui registrati. Le forme intense di cooperazione (adesione all'EU e alla NATO) sono respinte in modo deciso; le forme blande di cooperazione («buoni servizi», mediazione nei conflitti, aiuto allo sviluppo, cooperazione economica con l'UE) ricevono per contro un chiaro sostegno. La cooperazione con l'ONU gode di minori appoggi, ma è tuttora approvata dalla maggioranza dell'elettorato. Una minoranza condivide l'affermazione secondo cui «la Svizzera dovrebbe fare affidamento solo sulla propria difesa nazionale». Un terzo è del parere che «la Svizzera dovrebbe evitare alleanze e unioni con altri Stati» (autonomia nazionale).

Conformemente al trend degli ultimi anni, anche all'inizio del 2022 l'elettorato svizzero appoggia la neutralità in maniera compatta e quasi all'unanimità. Benché circa un terzo degli intervistati esprima anche giudizi critici sulla neutralità, quest'ultima è e rimane per i cittadini e le cittadine svizzeri un valore in sé, per sé, e di per sé. Nel mese di gennaio del 2022 è aumentato il numero di intervistati che ritengono che la neutralità vada mantenuta anche qualora non recasse più vantaggi alla Svizzera. La quota di consenso per l'affermazione secondo cui la Svizzera, attualmente, non può più proteggere la neutralità in modo credibile con mezzi militari è aumentata, ma è tuttora l'espressione di una minoranza.

Nel mese di gennaio del 2022 gli intervistati hanno una buona opinione dell'esercito. I cittadini e le cittadine svizzeri considerano l'esercito necessario, sono favorevoli al sistema di milizia e ritengono che l'esercito svolga un ruolo centrale nella società svizzera. La soddisfazione per le prestazioni dell'esercito è cresciuta e l'auspicio che l'esercito sia «molto ben istruito» e «completamente equipaggiato» è condiviso da un numero nettamente maggiore di persone, all'interno di una grande maggioranza.

Rispetto al 2018 è calato il numero di intervistati favorevole a una giornata informativa obbligatoria per le donne. La maggioranza è tuttavia tendenzialmente favorevole a una sua introduzione.

Nella polarità attualmente riscontrabile tra due valori fondamentali, la libertà e la sicurezza, prevale ora in generale la sicurezza, contrariamente a quanto rilevato nel 2018. La quota di coloro che ritiene più importante la libertà individuale rispetto alla sicurezza personale è diminuita. L'opinione è divisa in due nei confronti dell'affermazione secondo cui lo Stato dovrebbe assumere sempre più compiti e circa un terzo ha l'impressione che lo Stato tenda sempre di più a «intromettersi in tutto» e a «regolamentare tutto».

Sintesi: nel mese di gennaio del 2022 l'elettorato svizzero è tuttora soddisfatto della Svizzera nella sua caratteristica di «caso particolare» («Sonderfall»). Gli intervistati si sentono molto sicuri in Svizzera, hanno una fiducia intatta ed elevata nelle istituzioni e guardano con ottimismo al futuro del Paese. Lo sviluppo futuro della situazione politica a livello mondiale è valutato con pessimismo. Le forme intense di cooperazione nella politica estera sono appoggiate soltanto da una minoranza della popolazione; per contro, le forme blande di cooperazione godono del sostegno della maggioranza. In linea generale, nel 2022 i cittadini e le cittadine svizzeri preferiscono la sicurezza alla libertà. L'elettorato ha un atteggiamento positivo nei confronti dell'esercito.

Summary of the Survey “Security 2022”

Goals and Database

The study series “Security”, which is published by the Military Academy (MILAC) at the ETH Zurich in cooperation with the Center for Security Studies (CSS) of the ETH Zurich, is based on a core of questions and data going back to 1991 and, in some respects, even further. This approach is in line with the overall study concept, which aims to uncover tendencies and long-term trends in the formation of opinion on foreign, security and defense policy in Switzerland based on representative surveys of the Swiss electorate. In 2022, the focus rests on a possible compulsory orientation day for women, as well as on the relationship between freedom and security. The data for the study “Security 2022” were collected between 4 and 20 January 2022¹ by the LINK opinion research institute. For this purpose, a total of 1217 voters in the three major language regions of Switzerland (German-speaking Switzerland, French-speaking Switzerland, Ticino) were interviewed by telephone. Due to the pandemic-related compulsory home office measures of the federal government, the interviews as well as the training of the interviewers were mostly conducted in home office. The response behavior of the 1217 respondents may have been influenced by national and international events listed below:

National Events:

- Public discourse on measures to contain COVID-19 in Switzerland such as vaccination week, introduction of the COVID-19 certificate on 1 July 2021, implementation of the 3G rule (vaccinated, recovered, tested) and 2G rule for restaurants, museums, public events, and cinemas, respectively.
- The political and social handling of the two votes on the COVID-19 law (13 June 2021, 28 November 2021). On 13 June 2021, the COVID-19 law was approved by the electorate with 60.2% and on 28 November 2021, its amendments were approved with 62.01%.
- The petition for the Stop-the-Fighter-Jet Initiative directed against the purchase of the F-35 model as a new fighter aircraft.

1 The survey date is therefore before the Russian invasion of Ukraine on 24 February 2022, which is why the reactions of the voting population to subsequent domestic and global political developments cannot be reflected in this summary.

- Staggered start of recruit school: Two thirds of the recruits to attend recruit schools 22/1 reported for duty on 17 January 2022. The final third followed on 31 January 2022.²
- Two armed forces deployments in support of civilian authorities to contain the COVID-19 pandemic in Switzerland in 2021 (November 2020 to February 2021 and December 2021 to March 2022).³

International Events:

- Worldwide travel and outdoor activity restrictions due to the ongoing global COVID-19-pandemic as well as further national measures to combat the pandemic.
- Renewed conflict between Ukraine and Russia and associated tensions between the North Atlantic Treaty Organization (NATO) and Russia.
- Following the failed framework agreement, redefinition of relations between Switzerland and the European Union (EU).

The difference from the January survey of the previous year 2021 is indicated in brackets with \pm percentage points (pp). With a sample size of $N=1217$, the possible sampling error for the 2022 survey at a confidence level of 95% is ± 2.9 pp in the worst case. In other words, there is a probability of 95% that a value of x that we measured as 50% belongs to the population (Swiss electorate) and that the dispersion of X is between 47.1% and 52.9%. Changes in frequency compared to the previous year, which are statistically significant, are explicitly mentioned in the text. The average (\bar{X}) of the last ten years (2012–2022) is also given for most statements in order to show a medium-term trend and to draw comparisons with the current year. In general, attitudes were surveyed using a 4-point scale (“very”, “quite”, “rather not”, “not at all”). The percentages refer to the total of all 1217 respondents, whereby the answer categories “don’t know” and “no answer” are also counted as valid answers.

2 <https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/coronavirus.html#medienmitteilungen>

3 <https://www.vtg.admin.ch/de/armee.detail.nsb.html/86299.html>

Trends and Tendencies

1. Security and Threat Perceptions and Trust in Institutions

Assessment of Switzerland’s Near Future: In January 2022, the Swiss are more optimistic about the future of Switzerland than they were in 2021. At 86% (+3 percentage points), current optimism about the future of Switzerland is slightly above the average of 83% over the past ten years. 10% (+3 pp) are “very” optimistic and 76% (± 0 pp) are “quite” optimistic. Overall, 13% (−4 pp) of respondents are pessimistic about the future of Switzerland, of which 12% (−4 pp) are “rather” pessimistic and 1% (0 pp) are “very” pessimistic.

Assessment of the Geopolitical Situation: The same number of Swiss assess the development of the geopolitical situation at the beginning of 2022 as pessimistically as in the previous year (68%, +3 percentage points). 6% (± 0 pp) are “very” pessimistic about the future of the geopolitical situation, while 62% (+3 pp) respond with “rather” pessimistic. This puts the current figure in line with the eight most recent surveys (average: \emptyset : 69%). Around one-third (31%, −4 pp) are optimistic about the future of the world. Here, 1% (−1 pp) of respondents answered with “very” and 30% (−3 pp) with “quite” optimistic.

General Sense of Security: In January 2022, the general sense of security remains unchanged at a high level. This is just above the average of 92% over the past ten years. 94% (−1 percentage point) of respondents generally feel safe. Of these, 36% (+1 pp) say they feel “very” safe and 58% (−2 pp) “quite” safe. 6% (+1 pp) of respondents say they feel “rather” unsafe and 0% (± 0 pp) “totally” unsafe.

Trust in Authorities and Institutions: Overall trust in Swiss authorities and institutions has remained at a very high level for several years (2022: 6.8, ± 0.0 compared with 2021; 2007–2022 average: 6.5, +0.3).⁴ The Federal Council is most clearly above the average (2022: 7.3, ± 0.0 ; 2007–2022 average: 6.8, +0.5). Compared to the previous year, there have been no changes in the trust ratings of any of the institutions and authorities surveyed here. Trust in the police (7.9, ± 0.0), in science (7.8, ± 0.0) and in the courts (7.6, ± 0.0) remains the strongest. Behind the Federal Council, mid-range in the rankings, are the Swiss economy (7.0, +0.1), the

4 The values correspond in each case to the rounded mean of the valid answers collected using a scale from 1 to 10 (1 = “no trust”, 10 = “full confidence”).

Swiss parliament (6.8, -0.1) and the Swiss Armed Forces (6.7, -0.1). The political parties (5.5, -0.1) and the media (5.4, -0.1) clearly enjoy the lowest level of trust.

Sense of Policy Failure: Due to the situation created by the COVID-19-pandemic, in which the entire population was regularly directly affected by political decisions in various areas of life, this year's survey asked about perceived policy failure. Of course, the answers do not necessarily refer to the pandemic, but can include all political issues. The years 2006 to 2008, when this question was previously asked as part of the security studies at that time, serve as comparative values. The feeling that politics is failing in crucial matters is less widespread than it was a good 15 years ago. According to a quarter of the Swiss, policy rarely or never failed in January 2022 ("never": 1%, ± 0 percentage points compared with 2008; "rarely": 24%, +10 pp). According to 65% (-7 pp), this is the case "now and then". 9% (-3 pp) of respondents believe that politics "usually" fails in crucial matters.

2. Foreign and Security Policy

Relations with the EU: The Swiss continue to agree strongly, and above average, with the pragmatic view of closer ties with the European Union (EU) in exclusively economic matters. As before, 83% (± 0 percentage points) of the Swiss electorate share the view that Switzerland should not join the EU but should strengthen economic cooperation with it. The figure measured in 2022 is just above the ten-year average (\emptyset : 81%). Although support for unconditional EU membership has risen, this is only demanded by a minority of 16% (+3 pp) and is thus in line with the average of the past ten years (\emptyset : 16%).

International Cooperation without Sovereignty-Diminishing Institutional Ties: In January 2022, Switzerland's international and humanitarian engagement without sovereignty-diminishing institutional ties, so-called "soft cooperation", continues to receive distinct support from the Swiss electorate. 75% (+4 percentage points) of the Swiss are in favor of increased mediation in conflicts and 66% (+1 pp) share the view that Switzerland should provide more development aid. Both attitudes are thus slightly above the ten-year average (\emptyset increased conflict mediation: 73%; \emptyset increased development aid: 64%).

Swiss Participation within the UN: Since Switzerland joined the UN in 2002, Swiss people have been positively inclined towards increased Swiss participation within the UN. 63% (-4 percentage points) of respondents are in favor of a Swiss seat on the UN Security Council in January 2022. Agreement with the view that

Switzerland should be active and at the forefront of UN concerns stands at 62% (–2 pp) at the beginning of 2022. Although both possible forms of cooperation with the UN are supported by a majority of the electorate, they are less strongly affirmed than in the previous year. Statistically, both approval ratings are within the long-term average (Ø 2012–2022) of 63% in each case.

Approval of Swiss UN Peacekeepers and NATO Membership: In January 2022, approval of Switzerland providing the UN with Swiss peacekeepers has fallen, but is still supported by a narrow majority (55%, –4 percentage points) of Swiss respondents and is in line with the ten-year average (Ø: 56%). A minority (26%, +1 pp) of respondents continue to call for Switzerland to join NATO. However, the current figure is well above the average of 20% over the past ten years.

Military and National Autonomy: Compared with the previous year, approval (41%, –1 percentage point) for military autonomy – in the sense that Switzerland should rely only on its own national defense – remains unchanged in January 2022. Approval of national autonomy has fallen in comparison with the previous year. At the beginning of 2022, 29% (–3 pp) agree that Switzerland should keep away from alliances and unions of any kind with other states. Both approval ratings are thus below the ten-year average of 46% (Ø military autonomy) and 35% for national autonomy.

3. Neutrality

Neutrality: Support for neutrality remains as strong as ever at the beginning of 2022. At 97% (+1 percentage point), the Swiss are almost unanimously in favor of maintaining neutrality. In 2022 this view is in line with the average of the past ten years (Ø: 96%). Also unchanged is the attitude toward "differential neutrality", which calls for taking a clear position in political conflicts abroad and demands neutrality in military conflicts. In January 2022, 55% (–2 pp) of respondents favor "differential neutrality". The ten-year average is 57%.

Solidarity and Identification Function of Neutrality: In January 2022, attitudes toward the solidarity and identification function of neutrality remained statistically unchanged from the previous year. 95% (+1 percentage point) of respondents agree with the statement that Switzerland can mediate in conflicts and provide "good offices" internationally thanks to neutrality. This attitude is thus in line with the average of the last ten years (Ø: 94%). Furthermore, the Swiss attribute great importance to neutrality as a component of Swiss identity. For 87% (+3 pp) of

respondents, neutrality is inextricably linked to the idea of Switzerland as a state. The attitude toward the identification function of neutrality in 2022 is slightly above the long-term average ($\bar{\emptyset}$ 2012–2022) of 84%.

Security Policy Functions of Neutrality: The views that Switzerland is not drawn into international conflicts thanks to neutrality and that neutrality can no longer be credibly maintained today are counted as security policy functions of neutrality in the “Security” study series. 69% (–2 percentage points) agree in January 2022 with the statement that Switzerland is not drawn into international conflicts because of its neutrality. The value measured for the current year is slightly above the ten-year average of 66%. While the first security policy function remains statistically unchanged from the previous year, agreement that neutrality can no longer be credibly upheld militarily has risen significantly. With an approval rating of 47% (+6 pp), the Swiss show themselves to be divided in January 2022. The current value is in line with the long-term average ($\bar{\emptyset}$ 2012–2022) of 46%.

Neutrality and International Interdependence: This year again shows that the critical view of neutrality is not very widespread among the Swiss voting population. 29% (+2 percentage points) of the Swiss in January 2022 agree with the view that close political and economic ties with other nations make neutrality impossible. The value measured is statistically in line with the ten-year average ($\bar{\emptyset}$: 31%). Significantly fewer Swiss agree in 2022 with the statement that Switzerland should give up neutrality as soon as it no longer brings any advantages. At 12% (–3 pp), a historic low is measured, which is below the average of 16% for the years 2012 to 2022. For the Swiss electorate, neutrality is still clearly an (“ultimate”) value in itself at the beginning of 2022.

4. Defense Policy

Necessity of the Swiss Armed Forces: The Swiss rate the armed forces positively. Attitudes toward the necessity of the armed forces remain unchanged from the previous year (75%, +2 percentage points). In a ten-year comparison, however, approval at the beginning of 2022 is below the average of 79%. Compared with the population as a whole, the 18–34 age group is more skeptical about the need for the armed forces. For 61% (+1 pp) of this group, the armed forces is necessary. Compared to the last ten years ($\bar{\emptyset}$: 68%), this is a below-average figure. At 79% (+2 pp), the 35+ age group most strongly supports the necessity of the armed forces (2012–2022 average: 81%).

Training and Equipment of the Armed Forces: Since 2015, one item each has been used to measure the attitude of the Swiss electorate toward the training and equipment of the Swiss armed forces. In January 2022, 88% (+15 percentage points) of Swiss respondents agreed with the statement that "Switzerland should maintain very well-trained armed forces". Another 70% (+12 pp) of respondents affirm the view that Switzerland should maintain a fully equipped armed forces. Compared with the previous year, agreement with both statements has increased significantly. Higher approval rates are also measured for both views compared with the average for 2015 to 2022 (training Ø: 2015–2022: 78%; equipment Ø: 2015–2022: 63%).

Societal Role of the Swiss Armed Forces: Since 1976 the societal role of the Swiss Armed Forces has been measured on the basis of three multiple-choice questions as to whether the military is regarded as a central part of society, a necessary evil or an institution worthy of abolition. The societal role of the armed forces remains unchanged at the beginning of 2022. For 48% (+3 percentage points) of the Swiss, the military plays "a central role" in 2022. 38% (–1 pp) of respondents consider the military to be "a necessary evil", and 14% (±0 pp) of respondents favor abolishing the military. In January 2022, the view that the armed forces is a central component of society is above (Ø: 44%) while the view of it being a necessary evil is below (Ø: 42%) the 2012–2022 average. The view that the military could be abolished by all means lies statistically within the ten-year average of 13%.

Militia Armed Forces versus Professional Armed Forces: Since 2013, a clear majority of the Swiss electorate has favored a militia armed forces over a professional armed forces. In comparison to the previous year, support for the militia armed forces in January 2022 remains statistically unchanged and, at 60% (+2 percentage points), is slightly above the average of 57% (Ø 2012–2022). A professional armed forces is favored by 34% (–3 pp) of respondents. Here, a below-average value is measured at the beginning of 2022 (Ø: 37%). Consent for a professional armed forces among the cohort of conscripts (18–34 year-olds) remains unchanged from 2021 and stands at 44% (–4 pp). While this demand was supported by a majority of the youngest age group in the period prior to 2013, it has since become apparent that this concern is now only demanded by a minority and stands at 46% on average over the ten-year period.

Abolition of Compulsory Military Service: 35% (–3 percentage points) of the Swiss electorate approve of abolishing compulsory military service in January 2022. This figure remains unchanged from the previous year and is below average

when compared over time (Ø 2012–2022: 38%). The cohort of conscripts (18–34 year-olds) is divided on the question of abolishing conscription at 49% (–4 pp). This is also in line with the average over the past 10 years (Ø: 49%). Compared with the previous year, approval among those aged 35 and older has fallen to 30% (–4 pp). This value is below the average of the last ten years (Ø: 34%). Since the Swiss electorate rejected the initiative to abolish conscription in 2013, the population is once again more clearly in favor of conscription as a form of recruitment for the Swiss Armed Forces.

Satisfaction with the Performance of the Armed Forces: Since 2011, satisfaction with the performance of the armed forces has been surveyed on a scale of 1 to 10, with 1 meaning “not at all satisfied” and 10 “very satisfied”. While satisfaction was lower between 2011 and 2013 compared to the following years, it increased from 2014 onwards before falling again in 2018, probably as a result of the introduction of the Further Development of the Armed Forces (*Weiterentwicklung der Armee [WEA]*) in the meantime. In 2019 satisfaction increased again. Between 2020 and the follow-up survey conducted in July 2020, satisfaction rose significantly due to the first Corona deployment of the Swiss Armed Forces and fell back to the average value of 6.4 in 2021. Compared to the previous year as well as with the average of the years 2011 to 2022, Swiss citizens are more satisfied with the performance of the Armed Forces in January 2022 (6.6, +0.2).

Defense Spending: Compared with 2021, attitudes toward defense spending in January 2022 remain unchanged. The proportion of respondents who consider defense spending to be “just right” is 46% (±0 percentage points). The view that Switzerland spends “far too much / too much” money on its defense is shared by 42% (–1 pp) of respondents. 7% (–1 pp) of the Swiss hold the view that Switzerland spends “too little / far too little” money on defense. This puts the attitude measured at the beginning of 2022 in line with the ten-year average (Ø “far too much / too much”: 38%; “just right”: 47%; “too little / far too little”: 10%).

Compulsory Orientation Day for Women: Currently, attendance at the orientation day is mandatory for young men and voluntary for young women. In general, changes in attitudes toward a mandatory orientation day for women are evident compared to the last survey in 2018. Fewer respondents (60%, –5 percentage points) strongly or somewhat agree with the following statement: “Citizens have rights and responsibilities that should be the same for men and women. Therefore, young women should also be required to attend the orientation day”.

Further, the general introduction of the compulsory orientation day for women also receives less support, with 56% (–7 pp). The statement that “in today’s world security is becoming increasingly important and therefore young women should also be required to attend the orientation day” also received less support (54%, –7 pp). If the question wording is changed and the voluntary nature is emphasized, more respondents (58%, +4 pp) agree that “young women be able to continue to attend the orientation day only on a voluntary basis”. Thus, it can be seen that there is an ambivalence towards the issue. However, the strength and unambiguity of approval for a compulsory orientation day for women has decreased compared to 2018. In general, however, it appears that a compulsory day will continue to receive more support in 2022, especially if the argument emphasizes equal rights and responsibilities. If the orientation day were mandatory for women, just under a quarter of respondents (23%, +2 pp) would still support having a separate orientation day for women only.

Freedom versus Security: Compared with 2018, 57% (+1 percentage point) of Swiss respondents in January 2022 believe that the state should guarantee the security of its citizens even at the expense of personal freedom. Relative to the reference year 2018, in 2022 agreement with the statement “if I had to choose, my personal freedom would ultimately be more important to me than my personal security” has fallen and is still shared by 45% (–9 pp) of respondents. The view that “in Switzerland we will soon have reached the point where the state interferes everywhere, regulates everything and individual freedom is lost” has also fallen compared with 2007. In 2022, this statement is affirmed by around one-third of the Swiss electorate (33%, –12 pp). In 2008, attitudes toward the view that “we can no longer avoid the fact that the state has to take on more and more tasks in today’s world” were surveyed for the last time and were supported by a majority of 57%. In 2022, this approval has dropped significantly and respondents show disagreement here, as shown by the approval rate of 50% (–7 pp).

Conclusion

In January 2022, the Swiss continue to feel very secure, and optimism about the future of Switzerland is high and has increased compared with the previous year. The future development of the global political situation is assessed in equally pessimistic terms as in 2021. The general level of trust in Swiss authorities and institutions is above average.

In terms of foreign policy, the Swiss electorate's low willingness to open up continues. While hard forms of cooperation (EU and NATO membership) are clearly rejected, "soft cooperation" ("good offices", conflict mediation, development aid, economic cooperation with the EU) is clearly favored. Although there is less support for cooperation with the UN, the majority of the electorate is still in favor of Switzerland's involvement. A minority supports the statement that Switzerland should concentrate only on its own national defense. One third is of the opinion that Switzerland should keep away from alliances and cooperation with other states (national autonomy).

At the beginning of 2022, the trend over the past few years with regard to the Swiss electorate being united and almost unanimous in its adherence to neutrality is also evident and has consolidated. Although around one-third of respondents are also critical of neutrality, neutrality is and remains "an (ultimate) value in itself" for the Swiss. More respondents in January 2022 believe that neutrality should be maintained even if it no longer brings any advantages. The view that Switzerland can no longer credibly protect neutrality militarily has increased, but is still supported by only a minority.

In January 2022, respondents have a positive attitude toward the Swiss Armed Forces. The Swiss consider the armed forces to be necessary, support the militia system and believe it plays a central role in Swiss society. They are more satisfied with its performance, and the demands for a "very well trained" and "fully equipped" armed forces have increased significantly and are supported by a large majority.

Compared to 2018, support for a compulsory orientation day for women has decreased. However, a majority tends to be in favor of it.

The current relationship between freedom and security differs from that of 2018 in favor of security. The proportion of those who consider personal freedom more important than personal security has fallen. Respondents disagree on whether the state should take on more and more tasks, and around one-third feel that the state is interfering and regulating more and more.

Synthesis: In January 2022, the Swiss electorate continues to be satisfied with the "special case of Switzerland". In Switzerland, respondents feel very secure, have an unquestionably high level of trust in the institutions and are more optimistic about the future of Switzerland. The development of the global political situation is assessed pessimistically. While only a minority of the population supports hard foreign policy cooperation, a majority of the population supports soft forms of cooperation. On a general level, the Swiss prefer security to freedom in 2022. The electorate has a positive attitude toward the armed forces.

1 Modernisierung der Studienreihe «Sicherheit»

Bei der seit 1999 in diesem Format bestehenden Studienreihe «Sicherheit» werden im Jahr 2022 Änderungen im Sinne einer Modernisierung und Anpassung an geänderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen vorgenommen. Das Kommunikationsverhalten der Bevölkerung hat sich verändert, und diesem Faktum möchte die Studienreihe «Sicherheit» gerecht werden.

In den Jahren 1999 bis 2006 nahm die Nutzung der Mobiltelefonie in der Schweiz stetig zu. Seit 2007 gibt es in der Schweiz eine grössere Dichte an Mobiltelefonen als an Festnetzanschlüssen. Die offizielle Statistik des Bundesamts für Statistik (BfS) zur Telefoninfrastruktur verdeutlicht, dass zwischen 2016 (43%) und 2022 (37%) der Anteil der Festnetzanschlüsse markant gesunken ist. Im selben Zeitraum ist der Anteil an Mobiltelefonen konstant geblieben (BfS 2021a). Aufgrund der veränderten Erreichbarkeit von Befragten über das Festnetz wurden bereits seit 2016 unsere Befragungen auch via Mobiltelefonie durchgeführt (siehe Tabelle 1.1).

Zwischen 2016 und 2022 wurden durchschnittlich 29% der Interviews der Studienreihe «Sicherheit» über Mobiltelefone geführt. Damit wird garantiert, dass die wahlberechtigten Schweizerinnen und Schweizer unabhängig von ihren genutzten Telefonverbindungen repräsentativ abgebildet werden können.

Tabelle 1.1: **Telefontypen 2016–2022: Eingetragener, nichteingetragener Festnetzanschluss, Mobile only**

Jahr	Realisierte Interviews via eingetragenen Festnetzanschluss in %	Realisierte Interviews via nichteingetragenen Festnetzanschluss in %	Realisierte Interviews via Mobile only in %
2016	76.3	12.1	11.6
2017	80.6	8.2	11.2
2018	61.2	8.4	30.4
2019	65.3	3.7	31.0
2020	50.6	9.9	39.5
2020/II	47.0	12.3	40.7
2021	53.5	14.5	32.0
2022	56.2	8.1	35.7
Ø	61.3	9.7	29.0

Daten werden heutzutage in einer noch nie so dagewesenen Form als eine der wichtigsten Ressourcen für die Steuerung von Wirtschaft, Politik und Regierung ange-

sehen (Diaz-Bone 2019, 131). Die grosse Nachfrage nach Umfragedaten trifft jedoch auf eine wachsende Skepsis gegenüber wissenschaftlicher Umfrageforschung, welche zu einer grundsätzlichen Veränderung des «Umfrage-Klimas» (ebd., 130) geführt hat. Unter anderem hat die Nachfrage nach Daten zu einer Übersättigung der Gesellschaft mit Umfragen geführt und die Folge davon zeigt sich in einer höheren Teilnahmeverweigerung. Um der Teilnahmeverweigerung eines Telefoninterviews entgegenzuwirken, wurde der bis 2021 eingesetzte Fragebogen (mit einer für die Jahre 1999 bis 2021 durchschnittlichen Befragungsdauer von 26 Minuten) gekürzt.

Es wurden zwölf Items des Standardfragebogens gestrichen und damit die Befragungszeit der Standardfragen von 18 Minuten auf 15 Minuten gesenkt. Damit wird dem selbstdefinierten Ziel einer maximal 20 Minuten dauernden Befragung Rechnung getragen, wenn jeweils die alljährlich wechselnden Fokusthemen dazugerechnet werden. Die durchschnittliche Befragungsdauer der Studie «Sicherheit 2022» liegt bei 16.8 Minuten (Ø Fokusthemen: 3 Minuten). Ausserdem wurden teilweise Einleitungstexte zu den Fragebatterien gekürzt und vereinfacht und gewisse Items aus inhaltlichen Aspekten in Fragebatterien zusammengefasst (vgl. Anhang II). In Tabelle 1.2 sind die gestrichenen Items aufgeführt, sowie eine Begründung für deren Streichung angegeben.

Tabelle 1.2: **Zwölf gestrichene Items****Kapitel**

Haupt- und Unterdimension Item	Begründung
Sicherheits- und Bedrohungsempfinden	
Sicherheitsempfinden: Standardindikator Kriminalitätsfurcht	
«Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss in Ihrer Wohngegend unterwegs sind? Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?»	Obwohl diese Variable inhaltlich umstritten ist, da sie mit «Angst vor dem Alleinsein» und «Angst im Dunkeln» auf Furcht vor Kriminalität schliesst, wurde sie zwischen 2016 bis 2021 regelmässig gestellt, da sie häufig in vielen Dunkelfeldstudien verwendet wird. Aufgrund konzeptioneller Unschärfe wird diese Frage aus dem Standardfragenblock entfernt.
Sicherheitsempfinden: Subjektives Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum	
«Wie sicher fühlen Sie sich an öffentlichen Orten, wo es viele Leute hat. Zum Beispiel an Bahnhöfen, auf öffentlichen Plätzen oder in Einkaufszentren? Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?»	Aufgrund der gestiegenen terroristischen Bedrohung in Europa wurde 2016 diese Frage eingeführt. Aufgrund des Rückgangs terroristischer Anschläge in Europa und des gefestigten Antwortverhalten wird dieses Item gestrichen und nur noch gestellt, wenn gezielt auf die Bedrohungswahrnehmung fokussiert wird.

Öffnung versus Autonomie

Beziehungen zur EU: Politische Annäherung an die EU

«Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.»

Seit 1993 werden sowohl Einstellungen gegenüber einer Annäherung als auch zu einem Beitritt zur Europäischen Union (EU) erfragt. Die Frage zur EU-Annäherung wird gestrichen, da sie zum einen unspezifisch formuliert ist, und zum anderen stark mit der Frage zum EU-Beitritt korreliert (Cramer's $V=0.48$)¹

Autonomie: Wirtschaftlich-politische Autonomie

«Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.»

Bislang wurde die Einstellung zur Autonomie mittels der wirtschaftlichen, politischen, militärischen und absoluten Autonomie gemessen. Die Formulierung der wirtschaftlichen und politischen Autonomie ist unpräzise und ungünstig, da mit wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit zwei unterschiedliche Konzepte in einer Frage gemessen werden. Die Autonomie wird nun nur noch anhand der militärischen und absoluten Autonomie gemessen.

Sicherheitspolitische Kooperationen: Annäherung an die NATO

«Die Schweiz sollte sich der NATO annähern.»

Seit 1993 werden sowohl Einstellungen gegenüber einer Annäherung als auch zu einem Beitritt zum Nordatlantikpakt (NATO) erfragt. Da die Frage zur NATO-Annäherung mit der Frage zum NATO-Beitritt korreliert, wird sie gestrichen ($V=0.53$). Aufgrund des Ukrainekrieges 2022 wird diese Variable aber ab 2023 wieder in die Umfrage aufgenommen.

Weiche Kooperation: Aktivere Rolle an internationalen Konferenzen

«Die Schweiz sollte bei internationalen Konferenzen eine aktivere Rolle spielen.»

Die weiche Kooperation wird seit 1989/1990 mit drei Items gemessen. Dabei hat das nebenstehende Item eine ähnliche Formulierung wie die Items «Gute Dienste» und «in Konflikten vermitteln» und weist damit konzeptionell wenig Trennschärfe auf. Daher wird dieses Item gestrichen und die weiche Kooperation fortan nur noch mit zwei Items gemessen.

1 Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V=0.1$ kleiner Effekt, $V=0.3$ mittlerer Effekt, $V=0.5$ grosser Effekt.

Neutralität

Allgemeine Einstellung zur Neutralität: De-facto Aufgabe der Neutralität

«Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.»

Die Frage zur de-facto Aufgabe der Neutralität wird gestrichen, da dies die Gegenfrage zur Frage des Neutralitätsprinzips («Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten») ist und damit abgedeckt wird.

Kritische Betrachtungen der Neutralität: Neutralität als Handlungshindernis

«Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.»

Die Formulierung «europäische Nachbarn» ist unspezifisch und im Zuge der EU Osterweiterung unklar. Waren in den 1990er Jahren die direkten EU Nachbarstaaten (Deutschland, Frankreich, Österreich) der Schweiz damit gemeint, betrifft dies durch die EU-Osterweiterung 2004, 2007 und 2013 wesentlich mehr Staaten. Fortan wird die kritische Betrachtung der Neutralität nur noch mit den beiden Items «Interdependenz verhindert Neutralität» und «Neutralität als finaler Wert» gemessen.

Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität:

Neutralität als Stabilisator der Sicherheitslage in Europa

«Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.»

Europa ist seit dem Ende des Kalten Krieges 1989 und durch die EU-Osterweiterung (2004, 2007, 2013) «grösser» geworden, was sich in der wachsenden Zahl der EU-Mitgliedsstaaten zeigt. Seit ihrer Gründung 1952 ist die EU um 21 Mitglieder angewachsen. Aufgrund dessen ist unklar, was die Befragten schlussendlich unter Europa verstehen. Da das Item zu wenig trennscharf ist, wird es gestrichen. Fortan wird die sicherheitspolitische Funktion nur noch mit zwei («Dank Neutralität keine Konflikte» und «Bewaffnete Neutralität nicht glaubhaft»), anstatt deren vier Items erhoben.

Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität:

Schutzwirkung eines militärischen Bündnisses

«Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung von der Neutralität.»

Das Konstrukt eines europäischen Verteidigungsbündnisses ist ein politisches Bestreben, was bis heute nicht umgesetzt wurde. Mit der Frage nach dem NATO-Beitritt wird bereits nach einem Verteidigungsbündnis gefragt. Aufgrund dessen wird dieses Item gestrichen.

Fragen zur Person

Muttersprache

«Welches ist Ihre Muttersprache, d.h. die Sprache, in der Sie normalerweise denken? »

Die Muttersprache wird automatisch aufgenommen, da die interviewende Person in der jeweiligen Sprache auch das Interview durchführt.

Persönliches Netto-Haushaltseinkommen

«Wie viel verdienen Sie etwa («öppe») im Monat? Denken Sie dabei an das effektive Netto-Einkommen, also das, was Sie aus allen Einkünften zusammen pro Monat ausbezahlt bekommen.»

Bei der Einkommensfrage handelt es sich einerseits um eine sensible Frage, bei der Befragte häufig keine Angaben machen (Ø 2009–2021: 11%). Andererseits wird das Einkommensniveau einer Person durch das Bildungsniveau ($V=0.24$) und Geschlecht ($V=0.15$) beeinflusst. Aufgrund dessen wird dieses Item gestrichen.

Die oben beschriebenen gestrichenen Items werden in der Studie «Sicherheit 2022» nicht mehr in der jeweiligen Grafik aufgeführt.

Aus ökologischen Gründen wird bewusst darauf verzichtet, die Breaktabellen in der Buchversion zu drucken. Die Breaktabellen sind ausschliesslich in der Online-Version abgebildet und online abrufbar unter <https://css.ethz.ch/publications/sicherheit.html>.

Weiter wird die traditionell verwendete dreiteilige Alterskategorie durch eine neue vierteilige Kategorisierung des Alters abgelöst (siehe Tabelle 1.3). Anhand der neuen Alterskategorisierung werden die Altersgruppen (Kohorte der Wehrpflichtigen², AHV-Rentner und AHV-Rentnerinnen³) gemäss den offiziellen Zahlen dargestellt. Die vergleichsweise grosse Altersspannweite der mittleren Alterskohorte wird neu in zwei Kategorien aufgeteilt, welche jeweils 14 Jahre abdecken. Die erste Kategorie hat mit 16 Jahren eine grössere Spannweite als die beiden mittleren Alterskategorien. Je nachdem, wie alt die älteste befragte Person ist, kann die Kategorie 65+ eine kleinere oder grössere Altersspannweite aufweisen.

- 2 Da seit 1995 alle militärischen Positionen für Männer und Frauen zugänglich sind, wird in der Kohorte der Wehrpflichtigen nicht nach Geschlecht unterschieden. Dazu folgende Überlegungen: 2021 liegt der Sollbestand der Armee bei 101 182 Angehörigen der Armee. Differenziert nach militärischen Gradgruppen sind dies 12 002 Offiziere (11.9%), 3 417 Höhere Unteroffiziere (3.4%), 13 504 Unteroffiziere (13.3%) und 72 259 Soldaten (71.4%; Personelles der Armee 2021, 99). Während Soldaten als auch Unteroffiziere rund zehn Jahre in der Armee eingeteilt sind, ist die Einteilungsdauer von Höheren Unteroffizieren und Offizieren mit steigendem militärischen Grad um einiges länger (Personelles der Armee 2021, 11). Unter Berücksichtigung der Flexibilisierung der Rekrutierung und Rekrutenschule sowie Dienstverschiebungsgesuchen, wird die Altersspanne 18–34-Jährige als die Kohorte der Wehrpflichtigen begründet. Sie umfasst sowohl die Gradgruppen Soldat (71.4%) als auch Unteroffizier (13.3%). Die 18–34-Jährigen machen damit insgesamt 84.7% des Sollbestands der Armee aus.
- 3 Gemäss der SAKE Erhebung 2020 liegt das durchschnittliche Alter beim Ausstieg aus dem Arbeitsleben bei 65.2 Jahren (BfS 2021b, 9).

Tabelle 1.3: Alte und neue Alterskategorien

1999–2021	Ab 2022	Bemerkungen
18–29-Jährige	18–34-Jährige	Diese Altersgruppe bildet die Kohorte der Wehrpflichtigen besser ab.
30–59-Jährige	35–49-Jährige	Aufteilung der ehemals mittleren Altersgruppe
60+	50–64-Jährige	Aufteilung der ehemals mittleren Altersgruppe
–	65+	AHV-Rentnerinnen und AHV-Rentner

Zudem wurden die Grafiken überarbeitet und mit einem neuen Layout versehen und ein neuer Rundungsalgorithmus angewendet. Daher können bei vereinzelt Items für gewisse Jahre prozentuale Abweichungen von ± 1 Prozentpunkte (Pp) entstehen. Die Werte aller abgebildeten Grafiken wurden entsprechend angepasst und sind in der vorliegenden Publikation korrekt dargestellt. Der angewendete Rundungsalgorithmus wird detailliert in Anhang I (Methode) beschrieben. Zudem wurde jeweils in den Abbildungen auf der rechten Seite der Durchschnittswert der letzten zehn Jahre angegeben.

Auch für die Tabellen mit Mittelwerten (Vertrauen in Behörden und Institutionen, Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee) wurde ein neuer Rundungsalgorithmus angewendet: Dabei wird neu auf drei Stellen nach dem Komma anstatt wie in der Vergangenheit auf deren zwei gerundet. Aufgrund dessen können die Mittelwerte in den Tabellen der Studie «Sicherheit 2021» und «Sicherheit 2022» minim unterschiedlich ausfallen. Auch dieser Algorithmus wird in Anhang I (Methode) detailliert beschrieben.

Zu Beginn der Standardkapitel werden neu die verwendeten Fragen in einer Übersichtstabelle nach Haupt- und Unterdimension aufgeteilt sowie die entsprechende Frageformulierung (Item) aufgeführt. In den Kapiteln «Öffnung versus Autonomie», «Neutralität» und «Verhältnis Armee und Gesellschaft» werden zudem zentrale Konzepte und Definitionen vorgestellt.

2 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2021

Das Interesse der Schweizerinnen und Schweizer an sicherheitspolitischen Themen kann kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Da sich dieser Zusammenhang bereits in früheren Jahren gezeigt hat, wird der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis eine «Chronologie meinungsbildender Ereignisse des Jahres 2021» vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Die Angaben beruhen auf einer Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich auf der Basis der Medienmitteilungen des Bundes, der Chronologie der Vorjahre sowie weiterer Materialien erstellt.

2.1 COVID-19-Pandemie – Rivalität der Grossmächte – politische Fragmentierung im Westen – anhaltende Krisen an Europas Peripherie

Das zentrale globale Thema im Berichtsjahr 2021 war wie bereits im Vorjahr das Coronavirus. Dabei zeigte sich immer deutlicher, wie tiefgreifende Auswirkungen die globale Gesundheitskrise sowohl auf die innere Entwicklung der Gesellschaften als auch auf die Internationalen Beziehungen hatte. Im Zuge der Pandemiebewältigung dominierten vielerorts die innenpolitischen Herausforderungen. In autoritären Systemen erweiterten die staatlichen Eliten ihre Kontrollinstrumente, während die Spielräume für oppositionelle Gruppierungen und Minderheiten kleiner wurden. Sowohl im zunehmenden Nationalismus der Volksrepublik China als auch in der Verhaftung vom 18. Januar 2021 des nach Russland zurückkehrenden russischen Oppositionspolitikers und Aktivisten Alexei Nawalny und der verstärkten staatlichen Repression landesweiter Proteste liessen sich solche Tendenzen erkennen. Auch demokratische Systeme taten sich schwer mit der Gratwanderung zwischen der Durchsetzung wirksamer und drastischer Massnahmen und der Achtung ziviler und persönlicher Freiheiten. Vollerorts bekam der soziale Kitt Risse und der politische Diskurs zwischen Gegnerinnen und Gegner und Befürworterinnen und Befürworter einschneidender Eindämmungsmassnahmen wurde unzivilisierter und rauer. In der bereits vor Ausbruch der COVID-19-Krise tief gespaltenen Gesellschaft der Vereinigten Staaten Amerikas (USA) eskalierte der Kulturstreit

im vom abgewählten US-Präsidenten Donald Trump angeheizten Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021.

Im Kontext der Dominanz des Innenpolitischen beschleunigte sich in der internationalen Politik das Ringen der Grossmächte um regionale Interessensphären und globalen Einfluss. Um seine wachsende militärische Macht zu demonstrieren, schickte China Mitte des Jahres 2021 28 Kampfflugzeuge in Richtung Taiwan. Nur wenige Monate später schlossen Australien, das Vereinigte Königreich und die USA einen trilateralen Sicherheitspakt (AUKUS) ab, um dem steigenden militärischen Einfluss Chinas im Pazifik entgegenzuwirken. Auch in und um die Ostukraine spitzte sich die Lage schrittweise zu. In Belarus (Weissrussland) intensivierte die Regierung von Präsident Alexander Lukaschenko die gewaltsame Repression gegen oppositionelle Gruppierungen und baute gleichzeitig die militärische Zusammenarbeit mit Russland aus. Darüber hinaus förderte der belarussische Präsident aktiv die Migration in die Europäische Union (EU) über Weissrussland, um politischen Druck auf die europäischen Staaten auszuüben. Russland wiederum zog bereits im Frühjahr und dann ein zweites Mal im Winter weit über 100 000 Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammen. Kurz vor Jahresende veröffentlichte Russland Vertragsentwürfe für künftige Abkommen über sogenannte Sicherheitsgarantien mit den USA und dem Nordatlantikpakt (NATO). Nach der Wahl und dem Amtsantritt des US-Präsidenten Joe Biden im Januar 2021 hatten sich die USA und Russland darauf geeinigt, den Abrüstungsvertrag Strategic Arms Reduction Treaty (New START) um weitere fünf Jahre zu verlängern. Zwar trafen sich der US-Präsident Joe Biden und der russische Präsident Wladimir Putin im Juni 2021 in Genf zu einem Gipfeltreffen, eine Annäherung der Positionen in Fragen der europäischen Sicherheit konnte jedoch nicht erzielt werden.

In den europäischen Hauptstädten wiederum dominierten die innenpolitische Nabelschau und die Suche nach einem eigenständigeren aussen- und sicherheitspolitischen Kurs. Am 1. Januar 2021 wurde der endgültige Bruch zwischen Grossbritannien und der EU vollzogen. In Deutschland gewann die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) die Wahlen und mit der abtretenden deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel fiel die letzte Klammer des alten Westens weg. Während in Österreich Bundeskanzler Sebastian Kurz im Kontext einer Korruptionsaffäre überraschend zurücktrat, erlebte Italien unter der Führung von Ministerpräsident Mario Draghi eine Phase der wirtschaftlichen und politischen Stabilität. Zwar hatten sich die transatlantischen Beziehungen mit dem Amtsantritt von US-Präsident Joe Biden überraschend schnell vom Tiefpunkt der Ära des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump erholt. Insbesondere Frankreich zeigte sich aber über den Mangel an Konsultation durch Washington und den überraschenden

Abschluss des trilateralen Sicherheitspaktes AUKUS tief verstimmt. Auch der überstürzte Abzug der USA aus Afghanistan wurde seitens der EU-Mitgliedstaaten als Weckruf verstanden, die militärische Handlungsfähigkeit der EU zu verbessern. Vorerst vermochten sich die EU-Mitgliedstaaten aber nicht auf konkrete Schritte im Verteidigungsbereich zu einigen.

Auch im Süden Europas waren die Entwicklungen wie bereits in den Vorjahren von anhaltenden Krisen und struktureller Instabilität geprägt. In der Türkei stieg der Unmut der Bevölkerung angesichts der durch Präsident Recep Tayyip Erdogan beschleunigten Wirtschaftskrise markant an. In Jemen eskalierte der Bürgerkrieg zwischen der schiitischen Gruppierung der Huthi und der Zentralregierung in einen saudisch-iranischen Stellvertreterkrieg. Im Konflikt um den Gazastreifen feuerte die radikalislamische und durch den Iran unterstützte Hamas mehr als tausend Raketen auf Israel ab, das mit Gegenangriffen der eigenen Armee reagierte. Unter Vermittlung von Ägypten konnte ein Waffenstillstand ausgehandelt werden. In Syrien wurde Baschar al-Assad offiziell wiedergewählt, während sich die humanitäre und wirtschaftliche Situation für weite Teile der Bevölkerung nach wie vor dramatisch präsentierte. Im Irak flogen US-Kampfflugzeuge mehrere Einsätze gegen vom Iran unterstützte und mit Drohnen bewaffnete Milizen. Auch die europäischen Vermittlungsversuche zur Rettung des Atomabkommens mit dem Iran verliefen im Berichtsjahr weiterhin ergebnislos.

2.2 Aussenpolitik: Strategie und COVID-19 – Frieden und Sicherheit – UNO – Verhandlungen Schweiz-EU

Die aussenpolitischen Aktivitäten der Schweiz konzentrierten sich im Berichtszeitraum auf drei Schwerpunkte: den Abbruch der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen und die Europapolitik, die Zusammenarbeit in der Bekämpfung der Folgen der COVID-19-Pandemie und auf das Engagement im Bereich Frieden und Sicherheit. Im Aussenpolitischen Bericht 2020 legte der Bundesrat gleich zu Beginn des Jahres Rechenschaft über die wichtigsten aussenpolitischen Aktivitäten der Schweiz im Vorjahr ab (13.01.2021). Diese waren stark durch die COVID-19-Pandemie geprägt gewesen. Daneben hatten auch die Europapolitik sowie die Umsetzung der «Aussenpolitischen Strategie 2020–2023» im Fokus der Aufmerksamkeit von Bundesrat, Verwaltung und Parlament gestanden.

Im Kontext des durch Bundesrat Ignazio Cassis voran getriebenen aussenpolitischen Strategiefindungsprozesses wurde zu Jahresbeginn erstmals eine Strategie für Subsahara-Afrika verabschiedet. Der Bundesrat trug damit der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung des Kontinents Rechnung und anerkannte die Vielfalt

der Region mit all ihren Herausforderungen und Chancen (13.01.2021). Im Frühjahr folgte mit der China-Strategie bereits die nächste geografische Folgestrategie (19.03.2021), mit der die Kohärenz der Schweizer Aussenpolitik gestärkt werden sollte. Im Kontext der angespannten geopolitischen Lage definierte die Strategie die Ziele und Massnahmen der Schweizer China-Politik für die Jahre 2021–2024. Die Schweiz betrachte China als Schwerpunktland und werde sich weiterhin für eine Einbindung Chinas in die liberale internationale Ordnung einsetzen. Gleichzeitig solle aber auch die Menschenrechtslage angesprochen und stärker thematisiert werden. Letzteres veranlasste den chinesischen Botschafter Wang Shihting in Bern, den Bundesrat an einer Pressekonferenz für diese Aussagen zu kritisieren (23.03.2021). Im Rahmen der umfassenden Strategiekaskade wurden zudem die Leitlinien Menschenrechte 2021–2024 verabschiedet (03.06.2021). Diese sollen durch eine klare Festlegung von Prinzipien und Aktionsfeldern dazu beitragen, die Wirksamkeit der Schweiz bei der Förderung der Menschenrechte im Ausland zu stärken.

Die COVID-19-Pandemie erwies sich auch im Jahr nach ihrem Ausbruch als eine zentrale Herausforderung der internationalen Zusammenarbeit. Zwar standen nicht mehr Koordinationsfragen rund um Grenzschiessungen im Zentrum der Schweizer Aussenpolitik, neu betätigte sich die Schweiz jedoch in grossem Umfang im Bereich der humanitären Hilfe. Aufgrund der massiven Überlastung des Gesundheitssystems durch Corona-Infizierte kam es in Indien zu einer dramatischen humanitären Situation. Die Schweiz reagierte rasch und entsandte Beatmungsgeräte, Sauerstoffkonzentratoren und Schutzausrüstung (28.04.2021). In der Folge wurden auch viele weitere Entwicklungsländer in Asien mit medizinischen Hilfsgütern unterstützt. Parallel dazu setzte sich die Schweiz für einen gerechten Zugang zu Impfstoffen ein. Mit CHF 300 Mio. leistete sie einen wichtigen Beitrag zur Initiative «Access to COVID-19 Tools Accelerator» (28.04.2021). Etwas später entschied der Bundesrat, rund vier Millionen seiner bestellten Impfstoffdosen an die «COVID-19 Vaccines Global Access» (COVAX)-Facility abzutreten. Diese will einen weltweit gleichmässigen und gerechten Zugang zu COVID-19-Impfstoffen gewährleisten (30.06.2021).

Das Krisenmanagement des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) war nicht nur wegen der Pandemie stark gefordert. Im Kontext des überstürzten Abzugs der westlichen Streitkräfte aus Afghanistan und der schnellen Rückeroberung der afghanischen Hauptstadt Kabul durch die Taliban verschlechterte sich die Sicherheitslage in Afghanistan im August 2021 schlagartig. Im Vordergrund stand für die Schweiz kurzfristig die Schliessung des Kooperationsbüros der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in Kabul

und die Evakuierung des Schweizer Personals und lokaler DEZA-Mitarbeitenden mit ihren Familien (16.08.2021). An Bord eines vom EDA gecharterten Flugzeugs wurden 219 Personen über Usbekistan in die Schweiz ausgeflogen (24.08.2021). Angesichts der angespannten Lage in Afghanistan verstärkte die Schweiz die Hilfe vor Ort und die Versorgung der Vertriebenen. Im September 2021 veranlasste die prekäre humanitäre Lage den Bundesrat im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen (UNO) zu Afghanistan einen zusätzlichen Betrag von CHF 33 Mio. für die Unterstützung der notleidenden Bevölkerung zu sprechen (13.09.2021). Auch in anderen Regionen leistete die Schweiz humanitäre Hilfe. Im Jemen setzte sie ihr Engagement im bestehenden Konflikt mit neuen Mitteln fort (01.03.2021). Auch das Engagement in der Ostukraine wurde mit dem grössten bisherigen Hilfsgütertransport weitergeführt (05.09.2021).

Die Aktivitäten der Schweiz zugunsten von Frieden und Sicherheit stellen einen langjährigen Schwerpunkt der Schweizer Aussenpolitik dar. Von besonderer Bedeutung war im Berichtsjahr das Engagement der Schweiz im libyschen Friedensprozess, der unter der Schirmherrschaft der UNO steht. Bereits im Februar 2021 nahm die Schweiz die Rolle als Gastgeberin für das Lybische Forum wahr, an dem ein Exekutivorgan für die Vorbereitung der Wahlen ernannt wurde (05.02.2021). Als Mitglied der Berliner Gruppe unterstrich die Schweiz bei zwei Treffen im Juni 2021 ihre Unterstützung hinsichtlich der Gewährleistung freier Wahlen im Dezember (23.06.2021/12.11.2021). Auch der erste Besuch des Schweizer Aussenministers Bundesrat Ignazio Cassis in der libyschen Hauptstadt Tripolis seit 2010 verdeutlichte das Engagement für den Friedens- und Stabilisierungsprozess in Libyen (21.11.2021).

Wie bereits in den Vorjahren engagierte sich die Schweiz auch in der Ukraine und in Syrien für eine friedliche Lösung der laufenden Konflikte. Während eines dreitägigen Staatsbesuches initiierte Bundesrat Ignazio Cassis den Vorbereitungsprozess für eine internationale Ukraine-Reformkonferenz, welche 2022 in Lugano stattfinden soll (29.10.2021). Damit wollte die Schweiz einen Beitrag zu einer friedlichen Lösung in der Ostukraine leisten. Auch gegenüber Syrien bekräftigte die Schweiz ihre Unterstützung für den Friedensprozess und die Fortsetzung der humanitären Hilfe im bereits zehn Jahre andauernden Bürgerkrieg (30.03.2021). Mit der Organisation der 8. Genfer Friedenswoche gegen Jahresende unterstrich die Schweiz ihr Engagement als wichtiger Akteur in der gezielten Zusammenarbeit für Frieden und Konfliktprävention (01.11.2021).

Im Kontext zunehmender geopolitischer Spannungen zwischen den Grossmächten gewannen die «Guten Dienste» der Schweiz und ihre Rolle als Gaststaat markant an Bedeutung. Mit der Wahl Genfs als Durchführungsort für das Gipfel-

treffen zwischen dem US-Präsidenten Joe Biden und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin Mitte Juni 2021 gelang der Schweizer Diplomatie ein «spektakulärer Erfolg» (16.06.2021). Das Treffen sorgte weltweit für Aufsehen und ermöglichte es der Schweiz, sich als erfolgreiche Brückenbauerin zu positionieren. Darüber hinaus konnten sich Mitglieder des Bundesrates am Rande des Gipfeltreffens direkt mit den beiden Präsidenten austauschen. Im Oktober 2021 bot sich die Schweiz erneut als Austragungsort für einen Dialog zweier Grossmächte an. In Zürich trafen sich Vertreter der USA und Chinas zu Gesprächen, um die wachsenden feindseligen Beziehungen in eine konstruktivere Richtung zu lenken (07.10.2021).

Die Schweiz richtete ihr Sanktionsregime aufgrund internationaler Krisen auch in diesem Berichtsjahr laufend neu aus. Ende Mai 2021 wurde auf Geheiss des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko ein Passagierflugzeug in Minsk zur Landung gezwungen, um einen Oppositionellen verhaften zu können. Dies führte international zu Empörung und die EU verhängte zusätzliche Sanktionen gegen Belarus. Die Schweiz zögerte zu Beginn – wohl auch in Anbetracht des Gipfeltreffens in Genf – mit der Übernahme der erweiterten EU-Sanktionen (30.05.2021). Im Juli 2021 ergänzte die Schweiz die Sanktionsliste für Belarus angesichts der zunehmenden Repression um mehrere Dutzend Personen (08.07.2021). Rund einen Monat später entschied der Bundesrat, die Sanktionen nochmals auszuweiten. Diesmal umfassten die Massnahmen im Einklang mit den von der EU im Juni 2021 gefassten Beschlüssen auch Handels- und Finanzbeschränkungen. Gleichzeitig forderte die Schweiz Belarus auf, die internationalen Menschenrechtspflichten einzuhalten (11.08.2021). Bereits im Frühjahr war eine Arbeitsgruppe des Wirtschafts- und Aussendepartements eingesetzt worden, um die Übernahme möglicher Sanktionen gegen China in Zusammenhang mit der Repression gegen die muslimische Minderheit der Uiguren zu prüfen. Im Rahmen der UNO setzte sich die Schweiz im Berichtsjahr besonders stark für die Menschenrechte ein. Nicht zuletzt aufgrund der Massnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 hatte sich die weltweite Menschenrechtslage weiter verschärft. Im Menschenrechtsrat unterstützte die Schweiz unter anderem Resolutionen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und gleichberechtigte Massnahmen nach COVID-19 (13.07.2021) sowie eine Resolution, in der die UNO Mitgliedstaaten das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt anerkannte (11.10.2021). Die Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat (2023–2024) wurde im Berichtsjahr als Priorität weiterverfolgt und konnte viel internationale Unterstützung gewinnen. Innenpolitisch stand der Bundesrat in engem Kontakt mit den Aussenpolitischen Kommissionen des National- und Ständerats. Im November 2021 legte er im Rahmen der Vorbereitungen die Koordination der Entscheidungsfindung während des

geplanten Sitzes im Sicherheitsrat fest. Dafür soll auf die bewährten Konsultations- und Entscheidungsmechanismen zurückgegriffen werden, welche die Schweiz auch heute schon in den UNO-Hauptorganen nutzt. In politisch wichtigen Fällen soll der Bundesrat entscheiden (10.11.2021). Dies wäre beispielsweise der Fall, wenn es um eine Entscheidung von grosser innen- oder aussenpolitischer Bedeutung ginge oder wenn eine neue Sanktionsregelung beschlossen würde.

Die Schweizer Europa-Politik gelangte 2021 an einen neuen Wendepunkt. An den Von-Wattenwyl-Gesprächen orientierte der Bundesrat die Spitzen der Bundesratsparteien über die substanziellen Differenzen in den Verhandlungen des institutionellen Rahmenabkommens mit der EU (07.05.2021). Ohne eine zufriedenstellende Lösung bei den offenen Punkten Lohnschutz, Unionsbürgerrichtlinie und staatliche Beihilfen könne kein Abkommen abgeschlossen werden. Einige Wochen später entschied der Bundesrat, dass er das institutionelle Rahmenabkommen nicht unterzeichnen werde und die Verhandlungen mit der EU damit beendet seien (26.05.2021). Gleichzeitig sprach sich der Bundesrat für die Absicherung der bewährten bilateralen Zusammenarbeit und die bestehenden Abkommen aus, ohne jedoch sein weiteres Vorgehen genauer zu definieren. Der Beschluss des Bundesrates löste nicht nur in Brüssel, sondern auch in der Schweiz Erstaunen und Verärgerung aus. Als eine erste Folge des Verhandlungsabbruchs wurde die Schweiz bis auf weiteres aus dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe» ausgeschlossen und gilt nun als nicht-assoziiertes Drittland (17.09.2021).

Mit Blick auf die Fortführung des bilateralen Wegs verabschiedete der Bundesrat im August 2021 eine Botschaft zur Deblockierung des zweiten Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten (11.08.2021). Mit der raschen Umsetzung des Kohäsionsbeitrags beabsichtigte der Bundesrat, den Beziehungen zur EU neue Impulse zu verleihen und die Schweiz auch weiterhin als verlässliche Partnerin zu positionieren. Anfang Oktober wurden die blockierten Beiträge an EU-Staaten nach Beschluss beider Kammern des Parlaments freigegeben (01.10.2021). Anlässlich der Von-Wattenwyl-Gespräche hatte der Bundesrat seine Absicht bekundet, einen strukturierten Dialog auf hoher Ebene mit der EU zu führen, um eine Agenda für die künftige Zusammenarbeit festzulegen (03.09.2021). Bundesrat Ignazio Cassis reiste aus diesem Grund im November nach Brüssel, um sich mit dem neuen Ansprechpartner der Schweiz in der Europäischen Kommission zu treffen. Die beiden einigten sich darauf, einen strukturierten, politischen Dialog auf Ministerebene zu etablieren und dabei eine Standortbestimmung vorzunehmen (15.11.2021). Bundesrat Ignazio Cassis bekräftigte das Bekenntnis der Schweiz zu einer engen Partnerschaft mit der EU auch in mehreren bilateralen Gesprächen

mit Vertretern und Vertreterinnen der EU-Mitgliedstaaten Estland, Ungarn, Belgien, Slowenien und Kroatien. Gegen Ende des Jahres diskutierte das Parlament die Idee einer zweiten Kohäsionsmilliarde, die vom Nationalrat aber abgelehnt wurde (02.12.2021).

2.3 Verteidigungspolitik: WEA und COVID-19 – Rüstungspolitik – Auslandseinsätze – Cyber-Verteidigung

Im Bereich der Verteidigungspolitik konzentrierten sich die Umsetzungsarbeiten weiterhin auf das bereits 2017 beschlossene Reformprojekt unter dem Namen *Weiterentwicklung der Armee (WEA)*. Bedeutende Herausforderungen stellten sich dabei insbesondere im Bereich der Personalbestände der Armee und des Zivilschutzes. Im Frühjahr beschloss der Bundesrat, den Bericht zur Alimentierung der Bestände von Armee und Zivilschutz in zwei Teilen erarbeiten zu lassen (28.04.2021). Die Überlegungen für eine längerfristige Entwicklung des obligatorischen Dienstsystems sollen in einem späteren Bericht gesondert dargestellt werden.

Ende Juni 2021 genehmigte der Bundesrat den Alimentierungsbericht, welcher die Entwicklung der Bestände analysierte (30.06.2021). Der Bericht macht deutlich, dass der Zivilschutz bereits heute strukturell untermalientiert sei, und dass dies bis zum Ende des Jahrzehnts auch auf die Armee zutreffen werde. Da sich die *WEA* immer noch in Umsetzung befände, sei es vorerst allerdings wenig zielführend, strukturelle Anpassungen in der Armee vorzunehmen. Hingegen sollten im Bereich des Zivilschutzes rasch erste Massnahmen eingeleitet werden. Der Bundesrat wies das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) an, die dazu notwendigen Gesetzesrevisionen zu entwerfen. Die Militärdiensttauglichkeit stieg im Jahr 2020 laut Armee um 2.9 Prozentpunkte (2019: 70.1%, 2020: 73.0%; 04.03.2021). Des Weiteren wurde ein massiver Rückgang von Dienstverschiebungsgesuchen festgestellt, der teilweise auf die Einführung eines flexiblen Starts der Rekrutenschule (RS) zurückgeführt werden konnte.

Auch die Erhöhung des Frauenanteils innerhalb der Armee blieb ein zentrales Thema im Berichtsjahr. Am Internationalen Frauentag veröffentlichte das VBS einen Bericht der Arbeitsgruppe «Frauen in der Armee» (08.03.2021). Der Bericht erarbeitete Vorschläge, wie mehr Frauen rekrutiert und die Attraktivität der Armee für Frauen gesteigert werden könne. Bundesrätin Viola Amherd gab im Folgenden die Umsetzung der im Bericht empfohlenen Massnahmen in Auftrag. Des Weiteren ermöglichte die Armee in einem Pilotprojekt auch Frauen, die einen friedensför-

dernden Einsatz im Ausland ohne vorherige Rekrutenschule absolviert hatten, direkt in die Milizarmee einzutreten (15.02.2021). Bisher war dies nicht möglich, wodurch der Schweizer Armee gut qualifizierte Soldatinnen entgingen, von denen viele die Voraussetzungen für eine Offizierslaufbahn mitgebracht hätten. Auch mit diesem Projekt wollte die Armee ihren Frauenanteil erhöhen.

Wie bereits im Vorjahr beschäftigte die COVID-19-Pandemie die Schweizer Armee auch während dieses Berichtsjahres. Angesichts hoher Infektionszahlen beschloss die Armee im Januar, einen Teil der fast 12 000 Rekrutinnen und Rekruten zu Beginn mittels «distance learning» ausbilden zu lassen (08.01.2021). Gegen Jahresende begann sich erneut abzuzeichnen, dass die Kantone wegen der rasant steigenden Fallzahlen erneut mit ihren verfügbaren Ressourcen an die Grenzen stossen würden. Vor diesem Hintergrund beschloss der Bundesrat einen weiteren (dritten) Assistenzdienst der Armee zugunsten ziviler Gesundheitseinrichtungen (07.12.2021). Es wurden maximal 2500 Armeeinghörige zur Verfügung gestellt, die nur dann zum Einsatz kommen sollten, wenn die Kantone um Hilfe ersuchten. Mitte Dezember unterstützten Armeeinghörige in den Kantonen Jura, Wallis, Neuenburg und Freiburg die zivilen Behörden bei der Vergabe der Booster-Impfungen an die Wohnbevölkerung. Aufgrund der sich abzeichnenden Zunahme an Aufträgen an die Armee wurden zudem Teile des Spitalbataillons 2 als Milizformation mit hoher Bereitschaft aufgeboten (21.12.2021).

Im Vorjahr hatte die Armeepotheke eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit für Arzneimittel, Sanitäts- und Schutzmaterial übernommen. Dabei vervielfachte sich das Volumen der Beschaffungen in nur wenigen Tagen um das einhundertfünzigfache. Zu Beginn des Berichtsjahres hielt die Armee fest, dass der Auftrag insgesamt erfüllt worden sei, obwohl auch Fehler gemacht worden wären. Um daraus Lehren zu ziehen und aus Gründen der Transparenz veröffentlichte die Armee viele Dokumente rund um die Beschaffungen (11.02.2021). Eine interne Revision des VBS überprüfte insbesondere die Beschaffung von Schutzmasken zu Beginn der Pandemie im Jahre 2020. Der Bericht kam zum Schluss, dass der Auftrag des Bundesrats trotz schwieriger Bedingungen erfüllt worden sei und vieles dafür spreche, dass das VBS die Hygiene- und Atemschutzmasken zu Marktpreisen gekauft habe (22.04.2021). Etwa gleichzeitig gab die Armeepotheke grosse Teile ihrer medizinischen Güterbestände zu sehr stark reduzierten Preisen an verschiedene Partner des Gesundheitswesens ab. Viele dieser Güter näherten sich ihrem Verfallsdatum, da sie nicht in so grossen Mengen wie befürchtet gebraucht worden waren (23.02.2021).

Rüstungspolitische Themen dominierten die politische Agenda im Bereich der Verteidigungspolitik auch in diesem Berichtsjahr. Anfang des Jahres verabschiedete

der Bundesrat die Armeebotschaft 2021 zuhanden des Parlaments und beantragte darin Verpflichtungskredite von rund CHF 2.3 Mia. (18.02.2021). Die Botschaft konzentrierte sich auf den Ausbau der Führungs- und Kommunikationssysteme, die Verbesserung der Mobilität, die Erhöhung des individuellen Schutzes der Armeeingehörigen, die Anpassung der Logistikinfrastrukturen an die höhere Bereitschaft und auf die Modernisierung der Ausbildungsinfrastrukturen. Als grösster Immobilieneigentümer des Bundes wolle die Armee auch den Klimaschutz stärker berücksichtigen. Um die Energieeffizienz der Armee zu erhöhen, solle der CO²-Ausstoss in den nächsten Jahren mit Gebäudesanierungen und Erneuerung der Fahrzeugflotte um 40% reduziert werden. Im weiteren Verlauf des Jahres definierte Bundesrätin Viola Amherd mit einem neuen Umweltleitbild und mehreren Aktionsplänen klarere Massnahmen in diesem Bereich (31.08.2021). Im September nahm der Ständerat die Armeebotschaft an (23.09.2021).

Bereits 2019 hatte Bundesrätin Viola Amherd eine externe Analyse der Abläufe bei Rüstungsbeschaffungen in Auftrag gegeben. Im Berichtsjahr beschloss der Bundesrat, das Parlament bei Festlegung des langfristigen Fähigkeitsprofils der Armee künftig stärker einzubeziehen (04.06.2021). Zu diesem Zweck werde das VBS ab 2024 eine neue Form der Armeebotschaft mit Planung und Entwicklung für einen Zeitraum von zwölf Jahren vorlegen. Die Verpflichtungskredite für Rüstungsgüter und Liegenschaften würden weiterhin jährlich beantragt. Mit diesen Entscheiden setzte der Bundesrat eine zentrale Empfehlung des externen Berichts der Firma Deloitte AG zum Beschaffungsablauf um (15.06.2020). Im Kontext einer umfassenden Sicherheitspolitik solle sich das Parlament weniger mit einzelnen Rüstungsgeschäften und vermehrt mit Fragen der langfristigen Fähigkeitsentwicklung beschäftigen.

Im Fokus der rüstungspolitischen Debatte stand wie in den Vorjahren das Projekt Schutz des Schweizer Luftraums (*Air2030*), welches die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen und Luftverteidigungssystemen umfasst. Im Frühjahr 2021 wurden die Arbeiten an den Evaluationsberichten der unterschiedlichen Kampffjethersteller abgeschlossen. Ende Juni gab der Bundesrat den Typenentscheid bekannt. Die Wahl fiel auf den F-35 des US-Herstellers Lockheed Martin, wovon der Bundesrat 36 Stück beschaffen wollte, ergänzt mit fünf Einheiten des Boden-Luft-Abwehrsystems «*Patriot*» (30.06.2021). Bei der Evaluation hatten die beiden Systeme den höchsten Gesamtnutzen und zugleich die niedrigsten Gesamtkosten erzielt. Im Kontext verbreiteter Zweifel über die tiefen Kosten des Kampffjets in der Öffentlichkeit sah sich das Bundesamt für Rüstung (armasuisse) dazu gezwungen, eine Stellungnahme abzugeben (11.07.2021). Darin hielt die armasuisse fest, dass die Offerten und die darin angebotenen Zahlen verbindlich seien. Im Herbst

bekräftigte Generalleutnant der US-Streitkräfte Eric T. Fick bei seinem Besuch in der Schweiz, dass die Vereinigten Staaten weiterhin zu ihrem F-35-Angebot an die Schweiz stehen würden (28.10.2021). Etwas später wurden die Verträge mit der US-Regierung von armasuisse bereinigt, womit nun auch die Zahlungspläne vorlagen (26.11.2021). Für die 36 Kampfflugzeuge wurde ein Verpflichtungskredit von CHF 6035 Mia. erwartet, womit das mögliche Finanzvolumen unterschritten wurde. Parallel dazu begannen linke Parteien und Verbände mit der Unterschriftensammlung für ein Referendum gegen die Anschaffung dieses Flugzeugtyps.

Im Bereich der militärischen Friedensförderung war neben dem Beitrag der Swiss Company (SWISSCOY) zur multinationalen Kosovo Force (KFOR) besonders die Ernennung von Divisionär Patrick Gauchat zum neuen Chef der UNO-Friedensmission zur Überwachung des Waffenstillstands im Nahen Osten (UNTSO) nennenswert (28.10.2021). Es ist das erste Mal, dass ein Schweizer Offizier das Kommando über eine UNO-Friedensmission übernimmt. Um die Arbeit des UNO-Hauptquartiers im Bereich der internationalen Friedensförderung zu stärken, beschloss der Bundesrat im Spätsommer, neu bis zu neun Angehörige der Armee nach New York zu entsenden (08.09.2021). Des Weiteren unterstützten zwölf Schweizer Armeeeingehörige das UNO-Minenräumprogramm im Sudan im Bereich der Planung und Umsetzung (31.03.2021). Bereits im Vorjahr hatte der Bundesrat einen Bericht zur Weiterentwicklung der militärischen Friedensförderungsbeiträge der Schweiz vorgelegt (25.11.2020). Die konkreten Empfehlungen dieses Berichts sollen nun umgesetzt werden. Zu diesem Zweck beauftragte der Bundesrat das VBS, bis Oktober 2022 einen Entwurf für eine Teilrevision des Militärgesetzes vorzulegen (17.12.2021).

Mit der Verabschiedung der neuen Cyber-Strategie legte das VBS im Frühjahr 2021 die Grundlage für die strategische Ausrichtung des Departements im Bereich der Cyber-Verteidigung für die Jahre 2021–2024 (20.04.2021). Die Strategie zielt darauf ab, noch gezielter und ganzheitlicher auf die sich ständig ändernden Anforderungen im Bereich der Cyberdefensive einzugehen, d. h. Schutz und Abwehr von Angriffen im Cyberspace sowie Unterstützung bei der Bewältigung solcher Ereignisse sicherzustellen. Die neue Strategie umfasste insgesamt 30 Handlungsfelder. Der Cyber Defence Campus (CYD) des VBS bildete zum Aufspüren von Schwachstellen in den Information Technology (IT)-Systemen des VBS und zum Schutz vor Hackern ein Team von Forscherinnen und Forschern, welches gezielt nach solchen unbekanntem Schwachstellen in der im VBS verwendeten Software suchen soll, um sie zu beheben (22.03.2021).

Für den Bundesrat war die Bildung einer Cyber-Miliz ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung der Schweizer Cyberdefensive. Im September verabschiedete er

eine Botschaft ans Parlament, um die gesetzlichen Grundlagen für ein Kommando Cyber zu schaffen (01.09.2021). Dieses soll bis Anfang 2024 aus der Führungsunterstützungsbasis (FUB) der Armee hervorgehen (31.03.2021). In Zukunft soll das Kommando Cyber wichtige militärische Fähigkeiten in den Bereichen Situationsbewusstsein, Cyberverteidigung, Leistungen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Führungsunterstützung, Kryptologie und elektronische Kriegsführung bereitstellen. Gegen Ende des Jahres beschloss der Bundesrat zudem, ab Anfang 2022 ein Cyber-Bataillon als wichtigen Bestandteil des künftigen Cyber-Kommandos zu bilden (24.11.2021). Der neue Verband soll sich in erster Linie aus Absolventen und Absolventinnen des Cyber-Lehrgangs rekrutieren, den die Schweizer Armee seit 2018 bereits fünfmal durchführte.

2.4 Innere Sicherheit: Sicherheitspolitischer Bericht – Terrorismusbekämpfung – COVID-19 Abstimmungen – Schengen, Asyl, Migration – Cyber-Sicherheit – subsidiäre Armeeinsätze

Gestützt auf Artikel 70 des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) verabschiedete der Bundesrat im Mai 2021 einen Bericht zur Beurteilung der Bedrohungslage in der Schweiz (12.05.2021). Wie im Vorjahr standen unter den analysierten Bedrohungen der von dschihadistischen Akteuren motivierte Terrorismus, der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel durch andere Staaten, Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen und regionale Spannungen im Kontext wachsender Grossmachtrivalitäten im Zentrum. Eine ausführlichere Darstellung der Lage aus nachrichtendienstlicher Sicht lieferte der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) in seinem jährlichen Lagebericht «Sicherheit Schweiz 2021» (10.06.2021). Im Bericht zeichneten sich unter anderem die ersten sicherheitspolitischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ab. Auf globaler Ebene intensivierte sich im Kontext einer propagandistischen Inszenierung des chinesischen Systems der Konflikt zwischen China und den liberalen Staaten des Westens. In der Schweiz wiederum beschleunigte sich der Digitalisierungsdruck, wodurch sich die Angriffsfläche für Cyberangriffe vergrösserte. Weiter beobachtete der NDB, wie gewaltextremistische Szenen die COVID-19-Krise für sich zu instrumentalisieren versuchten. Auch das Gewaltpotenzial bei Protesten gegen Pandemiemassnahmen bereitet dem Nachrichtendienst des Bundes Sorge. Neben verschiedenen Demonstrationen gegen die staatlichen COVID-19-Massnahmen wurden auch auf politischer Ebene zwei fakultative Referenden gegen das COVID-19-Gesetz eingereicht. Das Schweizer Stimmvolk stand aber hinter den Vorlagen des Bundesrates und des Parlaments.

Am 13. Juni 2021 wurde das COVID-19-Gesetz mit 60.2% und am 28. November 2021 dessen Änderungen mit 62.01% vom Volk angenommen.

Die Prüfung, ob und inwieweit die Sicherheitspolitik und ihre Instrumente aufgrund der veränderten Situation angepasst werden müssen, bleibt Aufgabe der regelmässigen Berichte zur Sicherheitspolitik der Schweiz. Fünf Jahre nach dem letzten Bericht legte der Bundesrat den «Entwurf des Sicherheitspolitischen Berichts 2021» vor (29.04.2021). Das im Vergleich mit früheren Berichten wesentlich kürzere Dokument hielt fest, dass die Sicherheitslage in und um die Schweiz insgesamt instabiler geworden sei. In dieser volatilen Lage wolle der Bundesrat die Fähigkeiten der Sicherheitsinstrumente in den nächsten Jahren stärker auf hybride Bedrohungen und Gefahren ausrichten. Mit Blick auf die gestiegene Bedeutung des Krisenmanagements während der COVID-19-Krise unterstrich der Bundesrat seinen Willen, an der starken Stellung der einzelnen Departemente festzuhalten und keinen ständigen übergeordneten Stab zu schaffen. Der «Sicherheitspolitische Bericht der Schweiz» solle künftig einmal pro Legislaturperiode und damit in einer kürzeren Kadenz veröffentlicht werden.

Im Rahmen der Prävention und Bekämpfung des Terrorismus setzte der Bundesrat neue strafrechtliche Instrumente in Kraft, welche das Anwerben, die Ausbildung sowie das Reisen für terroristische Zwecke und entsprechende Finanzierungshandlungen unter Strafe stellen (31.03.2021). Ergänzend dazu sollen auch die Möglichkeiten der Polizei bei der Terrorismusbekämpfung gestärkt werden. Gegen das vom Parlament beschlossene Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT), welches präventiv-polizeiliche Massnahmen wie Meldepflicht, Kontaktverbot oder die Eingrenzung auf eine Liegenschaft beinhaltet, war erfolgreich das Referendum ergriffen worden. Am 13. Juni 2021 wurde das PMT-Gesetz mit 56.6% vom Schweizer Stimmvolk angenommen (14.06.2021). Der Bundesrat präzisierte daraufhin die Umsetzung in einer Verordnung. Erste Bestimmungen des Gesetzes konnten damit bereits im Herbst 2021 in Kraft treten (23.06.2021).

Der vom Bundesamt für Polizei (fedpol) veröffentlichte «Jahresbericht 2020» konstatierte, dass die Kriminalität während der Pandemie nicht verschwunden sei. Ganz im Gegenteil hätten Kriminelle aus der Situation profitieren können (15.06.2021). Gerade die Mafia hätte ihren Einfluss und ihre Geschäfte ausweiten können. Die fedpol-Direktorin, Nicoletta della Valle, betonte im Bericht, dass in einer globalisierten und digitalen Welt nur internationale Kooperation im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität zielführend sei. Um die internationale Zusammenarbeit in der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität weiter zu stärken, hatte der Bundesrat bereits im Frühling 2021 eine Botschaft zur Geneh-

migung des Prümer Abkommens verabschiedet (05.03.2021). Mit diesem solle der Informationsaustausch zwischen den Schweizer Strafverfolgungsbehörden und denjenigen der EU-Mitgliedstaaten künftig effizienter und schneller werden. Als weiteren Schritt hin zu einem besseren Informationsaustausch hob der Bundesrat gegen Ende des Jahres in einer Verordnung die Bedeutung interoperabler IT-Systeme hervor (17.12.2021). Ziel der Interoperabilität sei es, die verschiedenen Schengener Informationssysteme miteinander zu verbinden und gleichzeitig abfragen zu können. Die Verordnung legte fest, welche Behörden Informationen abfragen dürfen und zu welchem Zweck. Als Ausdruck der funktionierenden internationalen Zusammenarbeit konnten Schweizer Kantonspolizeien in Zusammenarbeit mit italienischen Behörden am 16. November 2021 sechs mit der Mafia in Verbindung stehende Personen festnehmen, für die Italien einen Auslieferungsantrag gestellt hatte (16.11.2021).

Um die Sicherheit im Schengen-Raum zu erhöhen und die Effizienz der Grenzkontrollen zu verbessern, soll das Ein- und Ausreisensystem (EES), das viele Prozesse automatisiert, in Betrieb genommen werden. Anfang des Jahres hatte der Bundesrat die Vernehmlassung zu den notwendigen rechtlichen Anpassungen eröffnet (17.02.2021). Im Oktober 2021 beschloss das Eidgenössische Parlament die Übernahme einer EU-Verordnung als Teil der Schengen-Weiterentwicklung zur finanziellen Unterstützung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex). Frontex soll mit mehr Personal und Material ausgestattet werden, um ihre Aufgaben besser wahrnehmen zu können (20.10.2021). Gegen diese Entscheidung wurde jedoch von linker Seite erfolgreich ein fakultatives Referendum erwirkt (19.01.2022).

Im Kontext der durch die COVID-19-Pandemie beschleunigte Digitalisierung zeigte sich immer deutlicher, dass Cybersicherheit zu einer umfassenden Herausforderung für alle Unternehmen und Institutionen geworden ist. Das Nationale Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) stellte in seinem ersten Halbjahresbericht fest, dass Gesundheitseinrichtungen zunehmend in den Fokus von Cyberangriffen gekommen seien. Aufgrund der Digitalisierung ihrer Dienstleistungen stellten Gesundheitsinstitutionen zunehmend eine kritische Infrastruktur dar (11.05.2021). Breite öffentliche Aufmerksamkeit erzeugte auch der Ransomware¹-Vorfall in der Waadtländer Gemeinde Rolle, bei welchem sensible Informationen über Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Unternehmen frei zugänglich gemacht wurden (26.08.2021). In seinem zweiten Halbjahresbericht ver-

1 Hierunter wird eine spezielle Schadsoftware verstanden, die den Zugriff auf Geräte sperrt oder die sich auf dem Datenträger befindenden Daten verschlüsselt. Für die Wiederherstellung wird von den Opfern eine Zahlung verlangt.

zeichnete das NCSC einen auffälligen Anstieg der gemeldeten Ransomware-Vorfälle im ersten Halbjahr 2021, bei denen Daten verschlüsselt und Lösegeldforderungen gestellt wurden. Im Vergleich zum Vorjahr wurde zudem eine Verfünffachung der Phishing²-Meldungen festgestellt (02.11.2021). Dies sei auch auf den durch die Pandemie ausgelösten Online-Bestellboom zurückzuführen, der von Kriminellen mit betrügerischen Paketankündigungen ausgenutzt worden sei.

Dem Bericht über die Aktivitäten der schweizerischen Migrationsaussenpolitik 2020 zufolge ist die Migrationszusammenarbeit im Zuge der COVID-19-Krise deutlich schwieriger geworden. Aufgrund der eingeschränkten Reisefreiheit ging im Vorjahr die Zahl der Asylsuchenden zurück (31.03.2021). Die Herausforderungen durch COVID-19 blieben auch in diesem Berichtsjahr ein relevanter Faktor. Um den Schutz vor Ansteckung gewährleisten zu können, wurden die vorübergehenden Schutzmassnahmen im Asylbereich erneut verlängert (13.04.2021). Im Kontext der abflachenden Pandemie stieg die Zahl der Asylanträge zur Jahresmitte 2021 wieder an und erreichte ein vergleichbares Niveau wie vor der Pandemie (16.07.2021). Bereits 2019 war ein beschleunigtes Asylverfahren eingeführt worden. Eine externe Evaluation bestätigte nun, dass sich das Verfahren in den ersten beiden Betriebsjahren bewährt habe und es rechtsstaatlich korrekt umgesetzt worden sei (23.08.2021).

Angesichts des Hochwassers im Juli 2021 sah sich der Schweizer Katastrophenschutz mit einer Bewährungsprobe konfrontiert. Trotz Rekordpegeln an mehreren Schweizer Seen erwiesen sich die Hochwasserschutzmassnahmen des Bundes als wirksam. Es mussten keine Opfer beklagt werden und die Schäden hielten sich in Grenzen (06.08.2021). Um die Schweizer Bevölkerung noch besser vor möglichen Katastrophenereignissen warnen zu können, lancierte das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) eine Zusammenarbeit mit der Meteo-Swiss-App (09.03.2021) und Privatradios (11.05.2021) für die Verbreitung der «Alertswiss»-Warnungen. Zudem fand im November in Davos eine Bevölkerungsschutzkonferenz statt, welche sich mit den Herausforderungen in Zusammenhang mit dem Klimawandel auseinandersetzte und verschiedene Verantwortliche und Fachleute aus den Kantonen zusammenbrachte (04.11.2021).

Wie seit vielen Jahren leistete die Armee auch 2021 subsidiäre Beiträge zur Unterstützung der zivilen Behörden. Zur Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen unterstützte die Armee die Genfer Behörden im Rahmen eines Assistenzdienstes sowohl beim Gipfeltreffen zwischen dem US-Präsidenten Joe Biden und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin (11.06.2021) als auch etwas später bei der

2 Als Phishing wird die unrechtmässige Beschaffung persönlicher Daten über gefälschte Websites, Emails oder Kurznachrichten bezeichnet, mit dem Ziel, das Konto des Opfers zu plündern und ihm anderweitig persönlich zu schaden.

Ministerkonferenz der World Trade Organization (WTO; 17.11.2021). Obwohl 2021 das World Economic Forum (WEF) nicht stattfinden konnte, sicherte der Bundesrat dem Kanton Graubünden bereits für die kommenden Jahre die Unterstützung der Armee zu (24.02.2021). Bundesrätin Viola Amherd erliess anfangs Jahr ausserdem eine Weisung zur Schaffung einer Gesamtsicht über erbrachte Leistungen der Armee bei Anlässen von nationaler und internationaler Bedeutung. Diese soll dazu beitragen, mehr Transparenz und Gleichbehandlung von Veranstaltungen zu schaffen und auch Leistungen ohne nennenswerte Ausbildungsleistungen erbringen zu können (12.02.2021). Die subsidiären Einsätze zugunsten des Gesundheitswesens wurden bereits oben dargestellt.

3 Untersuchungsdesign

Seit 1991 führen die Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich in regelmässigen Abständen die bevölkerungsrepräsentative Befragung «Sicherheit» durch.

Dabei ist das Ziel dieser Erhebung die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und auf die verschiedenen Auffassungen der Neutralität,
- die Einstellung zum Militär im Allgemeinen und zur Schweizer Armee im Speziellen.

Neben einem Kern von jährlich oder in unregelmässigen Abständen gestellten Standardfragen werden jedes Jahr als Fokusthemen auch Fragen zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. 2022 decken die Fokusthemen folgende Bereiche ab:

- obligatorischer Orientierungstag für Frauen und dessen gesellschaftliche Beurteilung,
- Fragen zum Verhältnis Freiheit versus Sicherheit,
- Gefühl des Politikversagens.

Neben der Analyse einzelner Aspekte der öffentlichen Meinung zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik fokussiert die Studienreihe «Sicherheit» auch auf die Frage, inwiefern die Einstellungen zu diesen drei Themen mit den Lebensbedingungen und der politischen Einstellung zusammenhängen. Es wird angenommen, dass soziodemografische Merkmale die Lebensumstände und die Einstellungen der Befragten prägen. Zu den in dieser Studie analysierten soziodemografischen Merkmalen gehören das Geschlecht¹, die regionale Zugehörigkeit²,

1 Es wird nach dem biologischen Geschlecht «Mann» und «Frau» unterschieden. Das gefühlte oder wahrgenommene Geschlecht wurde nicht abgefragt (vgl. Frage 5, Anhang II).

2 Unterschieden wird nach Wohnort in einer der drei Sprachregionen Deutschschweiz (D-CH), Westschweiz (F-CH) und Tessin. Deren Zuordnung erfolgt anhand der Postleitzahlen (PLZ) Basis der Schweizerischen Post.

das Alter³ und das Bildungsniveau⁴. Die politische Einstellung wird mit einer selbstdeklarierten Einstufung auf einer Links-Rechts-Achse mithilfe einer 11er-Skala⁵ erhoben.

Bei den soziodemografischen Einflüssen werden in Abhängigkeit des Skalenniveaus des jeweiligen soziodemografischen Faktors und Items verschiedene statistische Zusammenhangsmasse berechnet. Genauere Ausführungen hierzu befinden sich in Anhang I.

Grossmehrheitlich werden die Interviews in der Deutschschweiz auf Mundart (Schweizerdeutsch) durchgeführt. Aufgrund dessen wurden im Fragebogen die Formulierungen bewusst an die schweizerdeutsche Umgangssprache angepasst und helvetische Formulierungen verwendet (siehe Anhang II). Dadurch wird einerseits die Durchführung der Befragung auf Schweizerdeutsch erleichtert und andererseits wird sichergestellt, dass Interviewerinnen und Interviewer beim Vorlesen nur schweizerdeutsche Formulierungen wählen, die dem vorgegebenen Erhebungsinstrument entsprechen. In einem Pretest in der Deutschschweiz wurden zwischen dem 4. und 12. November 2021 bei 103 befragten Personen die 2022 neu eingeführten Fragen auf die Verständlichkeit ihrer Formulierungen getestet. Zu Beginn der Feldphase des Pretests führte die Dozentur Militärsoziologie am 4. November 2021 eine Schulung der Interviewerinnen und Interviewer beim Befragungsinstitut LINK durch. Vor der Feldphase der Haupterhebung (4. bis 22. Januar 2022) führte die Dozentur Militärsoziologie am 4. Januar 2022 coronabedingt eine Online-Schulung der Interviewerinnen und Interviewer durch. Für die Erhebung in der französischsprachigen Schweiz und im Tessin wurden die Schulungsunterlagen durch die Dozentur Militärsoziologie übersetzt und die Interviewerinnen und Interviewer durch die jeweilige LINK-Laborleitung entsprechend mit einer Online-Ausbildungssequenz ausgebildet.

- 3 Das Alter wird in vier verschiedene Altersgruppen unterteilt: 18–34-Jährige, 35–49-Jährige, 50–64-Jährige und ab 65-Jährige.
- 4 Das Bildungsniveau wird mittels der Kategorisierung der Strukturserhebung 2020 (ehemalige Volkszählung) des Bundesamtes für Statistik (BFS 2020) erhoben. Dabei wird die Bildung in dreizehn verschiedene Kategorien eingeteilt. Personen, die die obligatorische Schule oder maximal eine ein- bis zweijährige Ausbildung, Brückenangebot, Anlehre oder Berufslehre mit Eidgenössischen Befähigungsausweis (EBA) absolviert haben, haben ein «tiefes Bildungsniveau». Befragte, die mindestens eine Fachmittelschule, Diplommittelschule bis maximal eine Gymnasiale Maturität (bzw. Berufsmaturität) absolviert haben, werden zum «mittleren Bildungsniveau» gezählt. Personen, die eine höhere Fachschule, eine Fachhochschule oder eine Universität besucht haben, weisen ein «hohes Bildungsniveau» aus.
- 5 Befragte, die auf der Skala der politischen Selbsteinstufung von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» einen Wert zwischen 0 und 4 angeben, werden in dieser Studie als politisch links orientiert bezeichnet. Diejenigen, die sich mit einem Wert von 5 einstufen, werden zur Mitte gezählt und zur politischen Rechten jene mit einem Wert zwischen 6 und 10.

4 Datenbasis

Für die Studie «Sicherheit 2022» wurden insgesamt 1217 Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der drei Sprachregionen Deutschschweiz, Westschweiz und dem Tessin mittels einer repräsentativen telefonischen Umfrage interviewt. Die Interviews wurden durch das Befragungsinstitut LINK zwischen dem 4. und dem 20. Januar 2022 durchgeführt. Dabei wurde das CATI-Verfahren (Computer Assisted Telephone Interview) angewendet. Die Daten wurden mit der Statistiksoftware SPSS Version 24 ausgewertet.

Die Stichprobenauswahl erfolgte durch die Anwendung der Random-Quota-Methode (Alter, Geschlecht, Sprachregion). Für die Befragungen werden seit 2016 ausschliesslich Personen des LINK CATI-Pools¹ kontaktiert. Da die vorgegebenen Quoten erfüllt wurden, ist die Repräsentativität der Daten bzw. der Stichprobe gewährleistet. Aufgrund dessen wurden die Daten ungewichtet ausgewertet. Für die Erhebung anfangs 2022 liegt die Netto-Ausschöpfungsquote bei 30,5%² und ein Interview dauerte im Schnitt 16,8 Minuten. Damit dem Nutzungsverhalten der Gesellschaft im Kommunikationsbereich Rechnung getragen wird, wurden neben Festnetznummern auch Mobiltelefonnummern angerufen. Insgesamt wurden 2022 36% der Interviews über Mobiltelefone geführt. Tabelle 4.1 zeigt die Verteilung der interviewten Personen nach Geschlecht, Alter und Sprachregion. In der letzten Tabellenspalte ist zum Vergleich die aktuellste Bevölkerungsstatistik des Bundesamtes für Statistik (BfS 2021c) aufgeführt. Da sich die Verteilung in der aktuellen Stichprobe mit derjenigen der Stimmbevölkerung deckt, ist die Stichprobe repräsentativ.

- 1 Der LINK CATI-Pool umfasst zurzeit über 507 000 Personen und besteht aus drei Kategorien: Kategorie 1: Mobile Onlys, die nur über einen Mobiltelefonanschluss erreichbar sind. Kategorie 2: Personen, die über einen nicht eingetragenen Festnetzanschluss verfügen. Kategorie 3: Personen, die über einen eingetragenen Festnetzanschluss verfügen. Aus dem LINK-CATI-Pool wird eine Zufallsstichprobe gezogen.
- 2 Die Brutto-Ausschöpfungsquote beträgt 16,2%.

Tabelle 4.1: Quotenplan 2022 – Schweizer Stimmbevölkerung

Quoten- merkmal	Absolute Anzahl Interviews	Anzahl Interviews in %	BFS 2021 in %
Geschlecht			
Männer	587	48	48
Frauen	630	52	52
Alter			
18–34 Jahre	287	24	24
35–49 Jahre	266	22	22
50–64 Jahre	327	27	27
65+ Jahre	337	27	27
Sprachregion			
D-CH	896	74	74
F-CH	271	22	22
Tessin	50	4	4
Total	1217	100	100

Weil die Studie auch auf die unterschiedliche Zustimmung nach soziodemografischen Merkmalen fokussiert, wird zusätzlich zum Alter, zum Geschlecht und zur regionalen Zugehörigkeit die Zusammensetzung der Stichprobe hinsichtlich Bildungsgrad und politischer Einstellung beschrieben (siehe Tabelle 4.2).

Tabelle 4.2: Der Bildungsgrad und die politische Einstellung der Befragten von 1999 bis 2022 (nur gültige Antworten / ohne fehlende Angaben)

Jahr	Bildung			Politische Einstellung			MW*	SD**
	tief	mittel	hoch	links	Mitte	rechts		
1999	19%	60%	21%	27%	41%	32%	5.13	1.71
2000	17%	61%	22%	32%	36%	32%	5.02	2.04
2001	13%	61%	26%	30%	38%	32%	5.05	1.77
2002	17%	58%	25%	28%	41%	31%	5.12	1.88
2003	19%	61%	20%	24%	51%	25%	5.04	1.59
2004	9%	61%	30%	30%	36%	34%	5.19	1.73
2005	11%	58%	31%	31%	36%	33%	5.14	2.08
2006	17%	58%	25%	32%	42%	26%	4.89	1.58
2007	19%	57%	24%	25%	37%	38%	5.26	1.84
2008	14%	55%	31%	30%	39%	31%	5.10	1.76
2009	13%	52%	35%	30%	37%	33%	5.13	1.85
2010	13%	53%	34%	27%	35%	38%	5.30	1.79
2011	13%	57%	30%	22%	41%	37%	5.44	1.74
2012	8%	56%	36%	29%	37%	34%	5.20	1.64
2013	9%	56%	35%	28%	35%	37%	5.25	1.84
2014	9%	52%	39%	27%	37%	36%	5.24	1.82
2015	7%	56%	37%	31%	34%	35%	5.15	1.81
2016	8%	53%	39%	29%	32%	39%	5.31	1.82
2017	7%	53%	40%	28%	34%	38%	5.24	1.77
2018	6%	50%	44%	27%	35%	38%	5.27	1.66
2019	6%	51%	43%	29%	32%	39%	5.27	1.84
2020	6%	48%	46%	34%	29%	37%	5.09	1.94
2021	6%	44%	50%	36%	31%	33%	5.01	1.81
2022	6%	44%	50%	35%	31%	34%	5.00	1.85
Durchschnitt	11%	55%	34%	29%	37%	34%	5.16	1.80

* Mittelwert (MW, basierend auf der ursprünglichen Datenskalierung der politischen Einstellung von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts»)

** Standardabweichung (SD)

Im Vorjahresvergleich ist das Bildungsniveau statistisch unverändert. Aktuell haben 6% (± 0 Prozentpunkte) ein tiefes, 44% (± 0 Pp) ein mittleres und 50% (± 0 Pp) ein hohes Bildungsniveau. Zwischen dem im Jahr 2022 gemessenen Bildungsniveau und dem Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2021 besteht ein statistisch signifikanter Unterschied. Dies zeigt, dass das Bildungsniveau über die Jahre stetig gestiegen ist. Dieser Befund zeigt sich auch in der Analyse der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF). Basierend auf der Schweizerischen

Arbeitskräfteerhebung (SAKE) zeigt sich, dass sich in den Jahren 1996 bis 2016 der Bildungsstand der Schweizerinnen und Schweizer verändert hat. Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer haben ein hohes Bildungsniveau, sprich einen tertiären Bildungsabschluss. Im Zuge dessen gibt es weniger Schweizerinnen und Schweizer mit einer tiefen oder mittleren Bildung (Wolter 2017). Die Publikation der letzten SAKE-Erhebung 2020 des Bundesamtes für Statistik zeigt für die Schweizer Stimmbevölkerung, dass 13% der Schweizerinnen und Schweizer ein tiefes, 46% ein mittleres und 41% ein hohes Bildungsniveau haben (BfS 2022a). Die stete Zunahme von Personen mit hohem Bildungsniveau zeigt und verdeutlicht sich im Langzeitvergleich. Die Daten der Studienreihe «Sicherheit» zeigen denselben Trend. Während das tiefe und mittlere Bildungsniveau der Schweizerinnen und Schweizer kontinuierlich zurückgegangen ist, ist im Gegenzug der Anteil Personen mit einer hohen Bildung gestiegen.

Die politische Einstellung bleibt im Vorjahresvergleich ebenfalls statistisch unverändert: 35% (-1 Pp) der Befragten zählen sich zum politischen linken Lager, 31% (± 0 Pp) zur politischen Mitte und 34% (+1 Pp) stufen sich auf der rechten Seite des politischen Spektrums ein. Im langjährigen Mittel (1999 bis 2022) verteilt sich die politische Einstellung verstärkt auf der linken Seite des politischen Spektrums (+6 Pp). Der Anteil jener, welche sich zur politischen Mitte zählen, ist aktuell 6 Prozentpunkte tiefer und die rechte Seite des politischen Spektrums liegt aktuell im langjährigen Durchschnitt von 34%. Statistisch betrachtet zeigt sich zwischen dem langjährigen Durchschnitt (1999–2021) und 2022 ein statistisch signifikanter Unterschied. Die Messung der politischen Einstellung von Befragten mittels der Selbstpositionierung auf einer 11 Punkte Links-Rechts-Skala ist weit verbreitet (Bauer et al. 2017). Sowohl bei den Nachbefragungen der Eidgenössischen Parlamentswahlen durch die Selects-Erhebung (Tresch et al. 2020) als auch bei den Nachbefragungen zu Eidgenössischen Abstimmungen in Form der VOTO- bzw. VOX-Analysen (gfs.bern 2016; Milic et al. 2020) wird die Skala schweizweit angewandt, obwohl es durchaus auch kritische Meinungen dazu gibt. So wird die Möglichkeit, sich in der Mitte zuzuordnen, beispielsweise als kritisch betrachtet, da sie auch viele Unentschlossene anziehen dürfte (Geser 2008). Zudem ist auch unklar, ob die Selbsteinschätzung auf der Skala wirklich abhängig von der politischen Einstellung ist (Bauer et al. 2017). Nichtsdestotrotz verfügt die Skala über eine hohe Zuverlässigkeit und Übereinstimmung der Ergebnisse (Geser 2008). Die Resultate der Studienreihe «Sicherheit» (siehe Tabelle 3.2) decken sich grundsätzlich mit denen der Abstimmungen des 28. November 2021 (links: 33%,

Mitte: 31%, rechts: 36%; Golder et al. 2022)³. Dieser Befund stützt die Validität der erhobenen Daten.

Im ungünstigsten Fall beträgt der mögliche Stichprobenfehler $\pm 2.9\%$ bei einem Sicherheitsgrad von 95%. Sofern nicht anders erwähnt, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrößen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant ($\alpha=5\%$). Zusätzliche Informationen zur Methodik befinden sich in Anhang I. Die Veränderungen in Prozentpunkten (Pp) geben die gerundeten Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung im Januar 2021 an. Werden die Veränderungen zu einem anderen Vergleichsjahr angegeben, ist dies jeweils explizit im Text erwähnt.

Die untenstehende Tabelle 4.3 führt alle Datenerhebungen zur aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Jahre 1976 bis 2022 auf, auf welche in diesem Bericht Bezug genommen wird. Neben dem Publikationstitel werden das Erscheinungsjahr, die Stichprobe (Anzahl der befragten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, N), der zeitliche Erhebungszeitraum (falls vorhanden) und das mit der Feldarbeit beauftragte Befragungsinstitut ausgewiesen.

Tabelle 4.3: **Wichtigste Datenerhebungen 1976 bis 2022**

Jahr	Publikation	N	Erhebungszeit- raum	Institut
1976	Meyer (1976). <i>Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung.</i>	1872	1976	Isopublic
1983	Haltiner & Anker (1986). <i>Die Bürger und seine Verteidigung: Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz.</i>	1786	06.–10.1983	gfs
1986	Riklin & Frei (1986). <i>Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung».</i>	666	1986	gfs
1988	Riklin & Laggner (1988). <i>Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung».</i>	676	1988	gfs
1989/90	Haltiner & Gut (1990). <i>Nachbefragung zur Abstimmung vom 26.11.1989; Initiative «Schweiz ohne Armee»: Abstimmungsmotive und sicherheitspolitische Meinungstrends – eine erste Auswertung.</i>	1061	12.1989	Isopublic
1990	Riklin & Hafen (1990). <i>Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung».</i>	686	1990	gfs
1990/91	Buri et al. (1991). <i>Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung.</i>	1186	17.11.1990– 28.02.1991	Explora

1992	Haltiner & Bertossa (1993). <i>Stand der sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung: Eine Untersuchung am Beispiel der Wehrpolitischen Initiativen.</i>	1003	16.11.1992– 08.12.1992	Demoscope
1993	Haltiner & Spillmann (1994). <i>Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1003	04.–06.1993	Isopublic
1994	Haltiner (1994). <i>Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung.</i>	827	1994	Isopublic
1995	Haltiner (1995). <i>Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	795	21.02.– 21.03.1995	IHA
1995/II	Haltiner et al. (1996). <i>Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	801	05.–07.1995	Isopublic
1996	Haltiner (1996). <i>Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	821	22.02.– 16.04.1996	Isopublic
1997	Haltiner et al. (1997). <i>Sicherheit '97.</i>	1014	24.02.– 11.03.1997	Demoscope
1998	Haltiner (1998). <i>Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1000	24.02.– 15.03.1998	Isopublic
1999	Haltiner et al. (1999). <i>Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1201	01.–02.1999	IPSO
1999/II	Haltiner et al. (1999). <i>Sicherheit 1999 Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1009	08.1999	Demoscope
2000	Haltiner et al. (2000). <i>Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1202	01.–02.2000	Demoscope
2001	Haltiner et al. (2001). <i>Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1235	01.–02.2001	Isopublic
2002	Haltiner et al. (2002). <i>Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1201	02.2002	Demoscope
2003	Haltiner et al. (2003). <i>Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1202	11.01.– 05.02.2003	gfs.bern
2003/II	Haltiner et al. (2003). <i>Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1002	07.04.– 14.04.2003	Demoscope
2004	Haltiner et al. (2004). <i>Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1200	07.01.– 09.02.2004	Isopublic

2004/II	Haltiner et al. (2004). <i>Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	803	22.03.– 28.03.2004	Isopublic
2005	Haltiner et al. (2005). <i>Sicherheit 2005 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1200	17.01.– 04.02.2005	Demoscope
2006	Haltiner et al. (2006). <i>Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1200	16.01.– 06.02.2006	LINK
2006/II	Haltiner et al. (2006). <i>Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	832	23.10.– 01.11.2006	Isopublic
2007	Haltiner et al. (2007). <i>Sicherheit 2007 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1200	15.01.– 10.02.2007	Isopublic
2008	Haltiner et al. (2008). <i>Sicherheit 2008 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1200	14.01.– 02.02.2008	Demoscope
2009	Szvircev Tresch et al. (2009). <i>Sicherheit 2009 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1200	07.01.– 28.01.2009	Isopublic
2010	Szvircev Tresch et al. (2010). <i>Sicherheit 2010 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1200	12.01.– 11.02.2010	Isopublic
2011	Szvircev Tresch et al. (2011). <i>Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1209	17.01.– 04.02.2011	Demoscope
2012	Szvircev Tresch et al. (2012). <i>Sicherheit 2012 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1200	12.01.– 06.02.2012	Isopublic
2013	Szvircev Tresch et al. (2013). <i>Sicherheit 2013 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1200	09.01.– 19.01.2013, 23.01.– 12.02.2013	Isopublic
2014	Szvircev Tresch et al. (2014). <i>Sicherheit 2014 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1200	06.01.– 24.01.2014	Isopublic
2015	Szvircev Tresch et al. (2015). <i>Sicherheit 2015 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1239	06.01.– 11.02.2015	Léger
2016	Szvircev Tresch et al. (2016). <i>Sicherheit 2016 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1211	04.01.– 23.01.2016	LINK
2017	Szvircev Tresch et al. (2017). <i>Sicherheit 2017 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1209	04.01.– 23.01.2017	LINK

2018	Szvircev Tresch et al. (2018). <i>Sicherheit 2018 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1209	04.01.– 30.01.2018	LINK
2019	Szvircev Tresch et al. (2019). <i>Sicherheit 2019 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1213	07.01.– 26.01.2019	LINK
2020	Szvircev Tresch et al. (2020). <i>Sicherheit 2020 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1227	06.01.– 24.01.2020	LINK
2020/II	Szvircev Tresch et al. (2020). <i>Nachbefragung Sicherheit 2020.</i>	1016	06.07.– 25.07.2020	LINK
2021	Szvircev Tresch et al. (2021). <i>Sicherheit 2021 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1228	05.01.– 26.01.2021	LINK
2022	Szvircev Tresch et al. (2022). <i>Sicherheit 2022 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1217	04.01.– 20.01.2022	LINK

5 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt

Traditionell wird das Sicherheitsempfinden, die Wahrnehmung der Zukunft der Schweiz sowie der Welt mit drei verschiedenen Standardfragen erhoben (siehe Tabelle 5.1).

Tabelle 5.1: Erhebungitems des Sicherheitsempfinden, der Zukunftseinschätzung der Schweiz und der weltpolitischen Lage

Hauptdimension	Unterdimension	Item
Sicherheits- und Bedrohungsempfinden	Allgemeines Sicherheitsempfinden	«Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?»
Zukunftseinschätzung national	Subjektive Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz	«Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?»
Zukunftseinschätzung global	Subjektive Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der weltpolitischen Lage	«Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren?»

Das Sicherheitsgefühl wird seit 1991 mit dem allgemeinen Sicherheitsempfinden (Abschnitt 5.1) gemessen. Die subjektive Wahrnehmung der Zukunft der Schweiz wird seit 1993 mit der subjektiven Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz erhoben (Abschnitt 5.2). Die subjektive Einschätzung der weltpolitischen Lage wird in der jetzigen Form seit 2015 erhoben (Abschnitt 5.3). Das Kapitel wird mit einem zusammenfassenden Fazit abgerundet.

5.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Das allgemeine Sicherheitsempfinden bringt die unspezifische Wahrnehmung einer Person zum Ausdruck, wonach die in ihrer aktuellen Lebenssituation als wichtig empfundenen Aspekte als ungefährdet betrachtet werden.¹ Befragte geben seit 1991 ihr allgemeines Sicherheitsgefühl auf der vierstufigen Skala «sehr» oder «eher» sicher, sowie «eher» oder «ganz» unsicher an. In der Vergangenheit wurde in der Studienreihe «Sicherheit» 1991, 1999 und 2011 im Anschluss an die Frage zum allgemeinen Sicherheitsempfinden gefragt, woran Befragte spontan bei der

1 Ein Vergleich der Wichtigkeit und Gefährdung verschiedener Sicherheitsaspekte findet sich bei (Haltiner et al. 2004, 71–75).

Nennung des Begriffs «Sicherheit» denken (Buri et al. 1991, 5–8; Haltiner et al. 1999, 43–51; Szvircsev Tresch et al. 2011, 81–86). Die offene Frage wurde von den verschiedenen Forscherinnen und Forschern mit unterschiedlichen Konzepten ausgewertet, weshalb ein direkter Vergleich nicht möglich ist.

Zwischen 2018 und 2021 wurde vom Schweizerischen Versicherungsverband (SVV) jährlich eine Erhebung zum Thema «Sicherheit» durchgeführt und unter dem Titel «Sicherheitsmonitor» veröffentlicht (Schweizerischer Versicherungsverband 2022). Im SVV Sicherheitsmonitor 2018 wurde eine offene Frage zum Begriff «Sicherheit» mit dem Wortlaut «Können Sie in wenigen Worten beschreiben, was Sicherheit für Sie bedeutet?» gestellt (Schweizerischer Versicherungsverband 2018, 23–25). Durch die Aufteilung und erneute Auswertung der offenen Nennungen in die beiden Kategorien «objektive Sicherheit» (registrierte Kriminalität, Hellfeld)² und «subjektive Sicherheit» (Sicherheit als Gefühl, Dunkelfeld)³, zeigt sich, dass vor allem die subjektive Sicherheit genannt wird. Aus Sicht der Befragten ist Sicherheit damit also in erster Linie ein Gefühl. Die objektive Sicherheit wird weniger oft erwähnt und spielt daher eine eher untergeordnete Rolle (Ferst 2019, 27). Forschungen zeigen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl nicht zwingend die objektive Gefährdungslage widerspiegelt (Lange 2006, 323; Baier 2019, 6; Baier et al. 2022, 39).

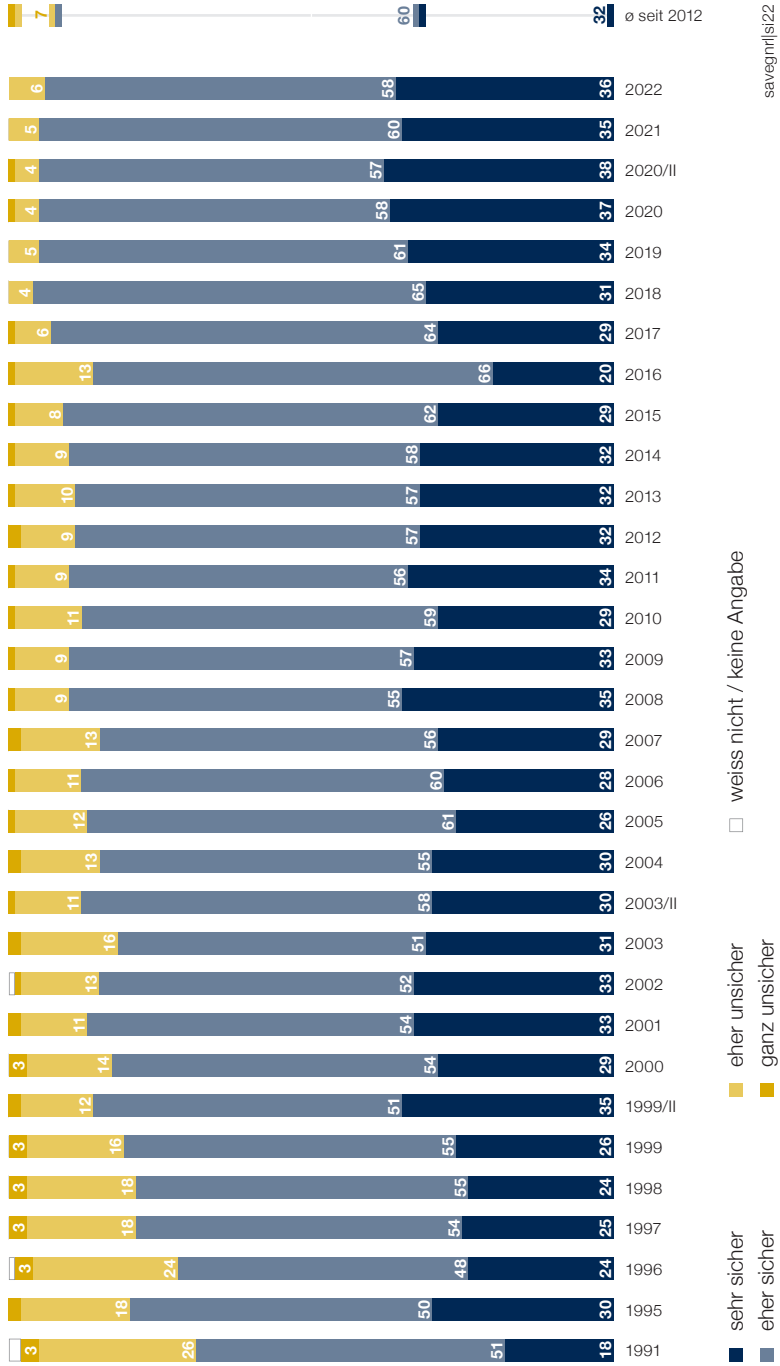
In der letztjährigen Studie «Sicherheit 2021» wurden Fokusfragen zur subjektiven Einschätzung der Betroffenheit aufgrund der COVID-19-Pandemie, zur subjektiven Einschätzung von Bedrohungen ausgewählter Gesellschaftsbereiche und zur subjektiven Eintrittswahrscheinlichkeit ausgewählter Bedrohungen gestellt. 2021 fühlten sich von der COVID-19-Pandemie vor allem Junge (18–29-Jährige) deutlich häufiger in ihrem Arbeitsleben, Freizeitverhalten und in ihrer psychischen Gesundheit beeinträchtigt. Daneben war auch die gleichzeitige Betroffenheit in verschiedenen Lebensbereichen mitentscheidend. Dabei wurde aber das allgemeine Sicherheitsempfinden kaum durch die subjektiv empfundene Betroffenheit aufgrund der COVID-19-Pandemie beeinflusst (Szvircsev Tresch et al. 2021, 121).

- 2 In der kriminologischen Forschung wird beim Begriff Sicherheit zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit unterschieden. Dabei wird die objektive Sicherheit durch das Hellfeld, der polizeilich registrierten Kriminalität (Polizeiliche Kriminalstatistik) gemessen (Schwind 2013, 424).
- 3 Als latente Kriminalität (Dunkelfeld) werden nicht gemeldete Straftaten bezeichnet, welche durch Opferwerdungs- (Viktimisierungs)-Studien erhoben werden (Schwind 2013, 424). Dabei gibt es zwischen dem Hell- und Dunkelfeld kein konstantes Verhältnis. Tendenziell sind Hellfelddaten durch schwere Delikte und Dunkelfelddaten eher durch leichtere Delikte verzerrt. Je nach Deliktsart variieren die Anzeigequote und das Anzeigeverhalten der Geschädigten erheblich. Dadurch wird sowohl das Ausmass als auch die Struktur der registrierten Kriminalität massgeblich beeinflusst. Damit ist die registrierte Kriminalität das Ergebnis eines komplexen Ausfilterungs-, Bewertungs- und Wahrnehmungsvorgangs (Neubacher 2020, 49).

Abbildung 5.1: Allgemeines Sicherheitsempfinden

«Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?»

Angaben in Prozent, gerundet



Personen, die sich im Allgemeinen sicher fühlten, stufen die zehn im Jahr 2021 untersuchten Gesellschaftsbereiche als weniger bedroht ein (ebd., 131). Je grösser das allgemeine Sicherheitsempfinden war, desto kleiner wurde die jeweilige Eintrittswahrscheinlichkeit der neun erfragten Bedrohungsarten eingeschätzt. Zudem wurde festgestellt, dass die Eintretenswahrscheinlichkeit aktueller Bedrohungen (Pandemie, Cyberangriff, Wirtschaftskrise) höher, respektive hoch (Fake News) beurteilt wurden (ebd., 140).

Der deskriptive Vergleich der Einschätzung der Sicherheitslage der Schweiz zwischen dem Sicherheitspolitischen Bericht 2016 (SIPOL B 2016, Bundesrat 2016) und dem Entwurf des Sicherheitspolitischen Berichts 2021 (Entwurf SIPOL B 2021, Bundesrat 2021)⁴ zeigt, dass sich die objektive Bedrohungslage der Schweiz verschärft hat. Dabei deckt sich grösstenteils die subjektive Einschätzung der Schweizer Stimmbevölkerung mit der objektiven Einschätzung der Bedrohungslage durch die Sicherheitsbehörden. Somit zeigt sich, dass die Bevölkerung die veränderte Sicherheitslage zumindest wahrgenommen hat, auch wenn zwischen der objektiven und subjektiven Sicherheitslage kein statistisch signifikanter Zusammenhang nachgewiesen werden konnte (Ferst 2021, 569–573). Vor dem Hintergrund, dass gemäss Global Peace Index 2021 die Schweiz weltweit an siebter Stelle der Friedensrangliste steht (Institute for Economics & Peace 2021, 9) und die Travel Risk Map für die Schweiz 2022 ein «unbedeutendes Sicherheitsrisiko» angibt (International SOS 2022), kann vermutet werden, dass in der Schweiz das Sicherheitsempfinden vergleichsweise hoch ausfällt.

Seit dem Erhebungsbeginn des allgemeinen Sicherheitsempfindens im Jahr 1991 fühlen sich durchschnittlich 87% (1991–2022) der Schweizerinnen und Schweizer «sehr» oder «eher» sicher. Im Langzeitvergleich ist das allgemeine Sicherheitsempfinden relativ stabil geblieben. Mit durchschnittlich 78% fühlten sich Schweizerinnen und Schweizer in den Neunzigerjahren (1991–1999) etwas weniger sicher als seit Beginn des 21. Jahrhunderts mit 89% (2000–2022). Für die letzten zehn Jahre zeigt sich, dass der Durchschnitt bei 92% liegt (siehe Abbildung 5.1, rechte Skala mit dem Durchschnittswert 2012–2022).

Der Trend des hohen allgemeinen Sicherheitsempfindens setzt sich auch Anfang 2022 fort: Über neun von zehn Befragte fühlen sich im Allgemeinen «sehr» oder «eher» sicher (siehe Abbildung 5.1). So geben 94% (–1 Prozentpunkt) der Befragten an, dass sie sich entweder «sehr» (36%, +1 Pp) oder «eher» (58%, –2 Pp) sicher fühlen. «Eher» unsicher fühlen sich 6% (+1 Pp), davon geben 0% (±0 Pp) an, sich

4 Der betreffende Artikel (Ferst 2019, 569–573) wurde im Oktober 2021 veröffentlicht. Der SIPOL B 2021 wurde am 17. Dezember 2021 veröffentlicht. Aufgrund dessen wurde im genannten Artikel auf den zuvor veröffentlichten Entwurf des SIPOL 2021 Bezug genommen.

«sehr» unsicher zu fühlen. Seit Beginn der COVID-19-Pandemie blieb das allgemeine Sicherheitsempfinden bei der Nachbefragung im Juli 2020, im Januar 2021 und im Januar 2022 unverändert hoch.

Soziodemografische Einflüsse⁵: Im Allgemeinen fühlen sich Schweizerinnen und Schweizer mit hoher Bildung signifikant sicherer als jene mit mittlerem und tiefem Bildungsniveau. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass Befragte mit hoher Bildung signifikant häufiger angeben, sich «sehr» sicher zu fühlen (tief: 21%, mittel: 32%, hoch: 41%; Cramer's $V = 0.10$).⁶

5.2 Zukunftseinschätzung der Schweiz

Seit 1993 wird die subjektive Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz regelmässig erhoben. Dabei schaut die Schweizer Stimmbevölkerung seit 2018 besonders optimistisch in die Zukunft der Schweiz. Wie die Auswertung der hierzu in der Studie «Sicherheit 2019» gestellten offenen Frage zeigte, waren insbesondere die «gute Wirtschaftslage», das «grosse Vertrauen in die Institutionen und die Demokratie» sowie die «gute Sicherheitslage» massgebend für diesen grossen Zukunftsoptimismus mitverantwortlich (Szvircsev Tresch et al. 2019, 93–97). Indes zeigt der Blick in die Vergangenheit, dass eine derart positive Zukunftseinschätzung für die Schweiz nicht immer so verbreitet war. Während den 1990er Jahren blickte zeitweise nur rund die Hälfte der Befragten optimistisch auf die kommenden fünf Jahre der Schweiz. Im Jahr 2001 wurde der vorläufige Höhepunkt des Schweizoptimismus verzeichnet, wobei anzumerken ist, dass die Daten der Studie «Sicherheit 2001» zwischen Januar und Februar 2001 erhoben wurden und sich aufgrund dessen die Auswirkungen des 11. Septembers 2001 erst in der Datenerhebung 2002 zeigen. In den darauffolgenden Jahren ging der Zukunftsoptimismus leicht zurück, begann dann aber wieder Mitte der Nullerjahre anzusteigen und übertraf 2007 den damaligen Höchstwert aus dem Jahr 2001. Für die Jahre 2009 und 2010 wurde erneut ein Rückgang registriert, welcher zeitlich mit dem Höhepunkt der damaligen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zusammenfiel. Für die anschliessenden Jahre wird ein deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegender Schweizoptimismus gemessen. Das Jahr 2016 stellt hier eine Ausnahme

5 Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

6 Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt.

dar, da hier der Zukunftsoptimismus für die Schweiz markant geringer ausfiel. Dabei reiht sich der 2016 vorübergehend gesunkene Zukunftsoptimismus zeitlich in die Flüchtlingskrise und die erhöhte Bedrohung durch den Terrorismus und dem damit verbundenen Anstieg terroristischer Anschläge in Europa ein. Wie fällt die Zukunftseinschätzung der Schweiz im Jahr 2022 aus? Im Vorjahresvergleich schauen im Januar 2022 signifikant mehr Schweizerinnen und Schweizer optimistisch in die Zukunft ihres Landes (siehe Abbildung 5.2). Es sprechen sich 86% (+3 Prozentpunkte) optimistisch hinsichtlich der Zukunft der Schweiz aus («sehr» optimistisch: 10%, +3 Pp; «eher» optimistisch: 76%, ±0 Pp). Der Anteil an Befragten, die sich pessimistisch äussern, ist dagegen auf 13% (-4 Pp) zurückgegangen. 12% (-4 Pp) der Personen antworten mit «eher» pessimistisch und der Anteil derjenigen, die «sehr» pessimistisch antworten, ist unverändert bei 1% (±0 Pp). Der im Januar 2022 gemessene Wert des Schweizoptimismus liegt über dem Zehnjahresmittel (2012–2022) von 83%.

Soziodemografische Einflüsse: Nur beim Bildungsniveau gibt es einen statistisch signifikanten Unterschied. Befragte mit tiefem Bildungsniveau beurteilen die Zukunftseinschätzung der Schweiz signifikant pessimistischer als Personen mit mittlerem und hohem Bildungsniveau (tief: 71%, mittel: 85%, hoch: 88%; $V = 0.12$).

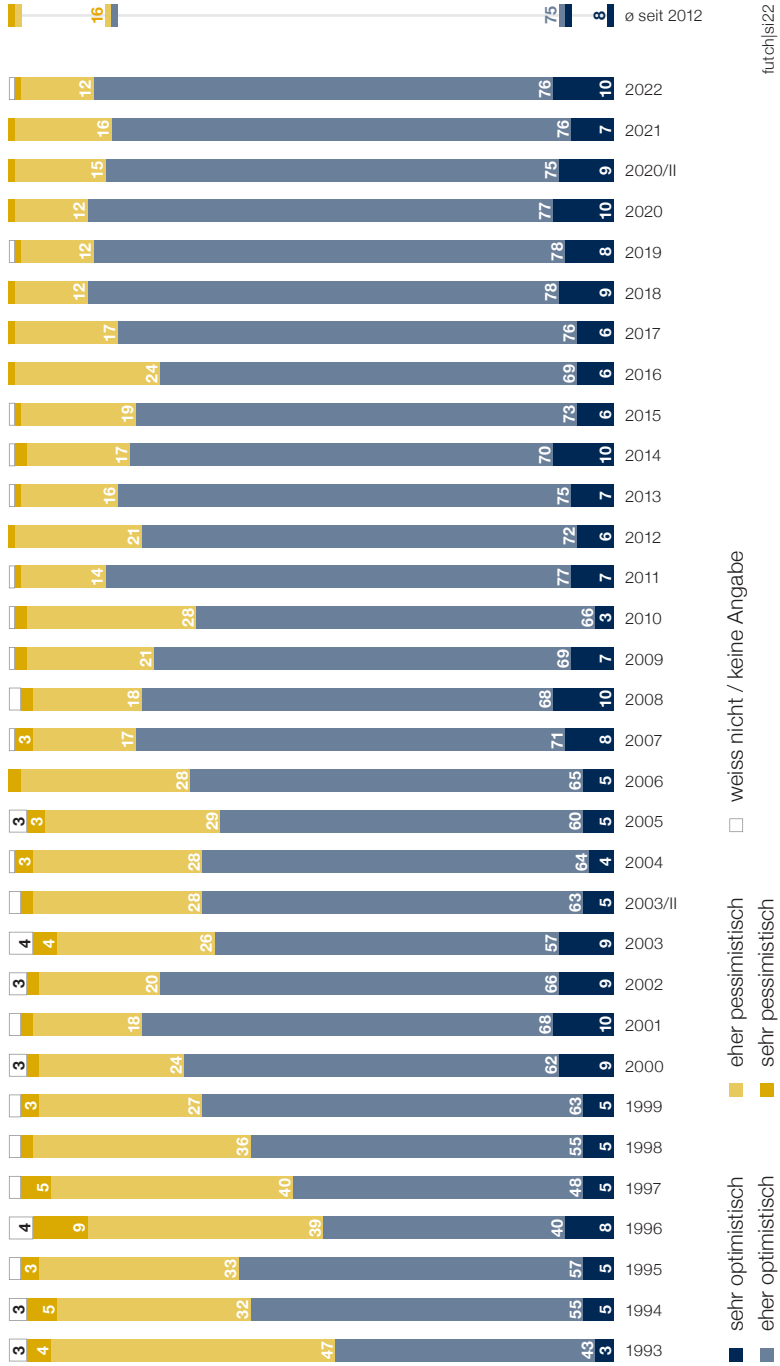
Weitere signifikante Unterschiede⁷: Die Zukunftseinschätzung der Schweiz steht in Zusammenhang mit dem allgemeinen Sicherheitsempfinden. Ein höheres Sicherheitsempfinden geht einher mit einer positiveren Zukunftseinschätzung für die Schweiz ($V = 0.24$).

7 Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

Abbildung 5.2: Subjektive Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz

«Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?»

Angaben in Prozent, gerundet



5.3 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

Zwischen 1986 und 2015 wurde die weltpolitische Lage mit der Frage «Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?» erhoben. Im Rahmen der Studie «Sicherheit 2015» wurde die weltpolitische Lage zusätzlich mit dem Wortlaut «wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren?» mit den Merkmalsausprägungen «sehr optimistisch», «eher optimistisch», «eher pessimistisch» und «sehr pessimistisch» gestellt, um einen direkten Vergleich mit der Frage zur Zukunftseinschätzung der Schweiz ziehen zu können. Seither wird die weltpolitische Lage anhand dieser Vier-Punkte-Skala erhoben (für detaillierte Ausführungen: vgl. Szvircsev Tresch et al. 2015, 78–80). Da statistisch betrachtet ein Vergleich zwischen der früher verwendeten Drei-Punkte-Skala und der ab 2015 eingesetzten Vier-Punkte-Skala unzulässig ist, wird im Zuge der Modernisierung der Studienreihe «Sicherheit» die Einschätzung der weltpolitischen Lage erst seit 2015 dargestellt. Für die entsprechenden Werte der Vorjahre wird an dieser Stelle auf die Studie «Sicherheit 2021» verwiesen (Szvircsev Tresch et al. 2021, III).

Durchschnittlich beurteilen zwischen 2015 und 2022 69% der Schweizerinnen und Schweizer die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage pessimistisch (siehe Abbildung 5.3). Im Rahmen der Studie «Sicherheit 2019» wurde hierzu eine offene Frage gestellt. Die entsprechende Auswertung zeigte für 2019, dass der Weltpessimismus in erster Linie auf die «Machtpolitik der Grossmächte USA, China und Russland», auf die «politischen Instabilitäten» und auf den «aufkommenden Nationalismus und Rechtspopulismus» zurückzuführen war (Szvircsev Tresch et al. 2019, 169–178).

Im Januar 2022 zeigt sich, dass die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage von den Befragten gleich pessimistisch wie im Vorjahr eingeschätzt wird. 68% (+3 Prozentpunkte) beurteilen die zukünftige Entwicklung pessimistisch, davon antworten 62% (+3 Pp) mit «eher» und 6% (± 0 Pp) mit «sehr» pessimistisch. 31% (–4 Pp) schätzen die weltpolitische Lage optimistisch ein. 30% (–3 Pp) beurteilen die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen als «eher» und 2% (–1 Pp) als «sehr» optimistisch.

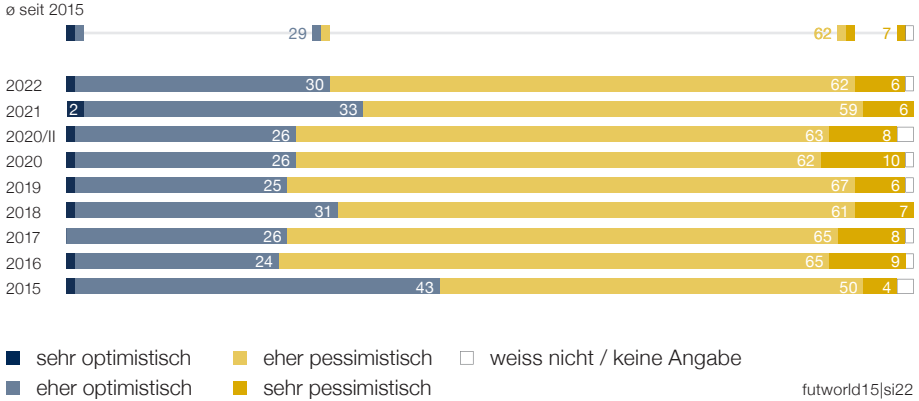
Worauf der unverändert grosse Pessimismus hinsichtlich der weltpolitischen Lage zurückzuführen ist, lässt sich anhand der Daten nicht vollends bestimmen. Mögliche Erklärungen könnten die anhaltende COVID-19-Pandemie, das Wiederaufflammen des Ukraine-Konflikts⁸ und die damit einhergehenden Differenzen zwischen Russland und den Staaten des Nordatlantikpakts (NATO) sein.

8 Hiermit sind explizit die Spannungen während des Befragungszeitraums (4. Januar bis 20. Januar 2022) und damit vor der russischen Invasion vom 24. Februar 2022 gemeint.

Abbildung 5.3: **Subjektive Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der weltpolitischen Lage**

«Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren?»

Angaben in Prozent, gerundet



Soziodemografische Einflüsse: Dieses Jahr unterscheidet sich die Zukunftseinschätzung der weltpolitischen Lage nicht nach soziodemografischen Merkmalen.

Weitere signifikante Unterschiede: Die Zukunftseinschätzung der weltpolitischen Lage sowie die Zukunftseinschätzung der Schweiz stehen in einem deutlichen Zusammenhang zueinander ($V = 0.27$). Je optimistischer eine Person die weltpolitische Lage beurteilt, desto optimistischer schätzt sie die zukünftige Entwicklung der Schweiz ein, und umgekehrt. Ausserdem geht ein hohes allgemeines Sicherheitsempfinden tendenziell mit einer optimistischeren Einschätzung der weltpolitischen Lage einher ($V = 0.14$).

Fazit

Anfang 2022 fühlen sich Schweizerinnen und Schweizer sehr sicher. Mit 94% verharrt das allgemeine Sicherheitsempfinden auf einem überdurchschnittlichen und hohen Niveau. Hierbei zeigt sich, dass Schweizerinnen und Schweizer mit hohem Bildungsniveau sich am sichersten fühlen. 86% und damit signifikant mehr Schweizerinnen und Schweizer als 2021 blicken im Januar 2022 der Zukunft der Schweiz optimistisch entgegen. Hier zeigt sich, dass Befragte mit tiefer Bildung einen geringeren Zukunftsoptimismus für die Schweiz aufweisen. Die zukünftige

Entwicklung der weltpolitischen Lage wird unverändert pessimistisch beurteilt und von 68% der Befragten geteilt. 31% beurteilen diese Entwicklung optimistisch und es zeigen sich keine signifikanten soziodemografischen Unterschiede.

Zwischen den drei hier untersuchten Einstellungen zeigt sich, dass tendenziell ein hohes allgemeines Sicherheitsempfinden sowohl mit einer optimistischen Sicht auf die Zukunft der Schweiz als auch auf die weltpolitische Lage einhergeht.

6 Vertrauen in ausgewählte öffentliche Institutionen und Behörden

Das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen und Behörden wird anhand folgender Variablen mittels einer Zehnerskala, wobei 1 «kein Vertrauen» und 10 «volles Vertrauen» bedeuten, gemessen:

Tabelle 6.1: Variablen zur Messung des Vertrauens

Hauptdimension	Items
	Inwiefern geniesst/geniessen [...] Ihr Vertrauen?
Vertrauen	der Bundesrat
Vertrauen	das Eidgenössische Parlament in Bern
Vertrauen	die Gerichte
Vertrauen	die Polizei
Vertrauen	die Armee
Vertrauen	die Medien
Vertrauen	die Schweizer Wirtschaft
Vertrauen	die politischen Parteien
Vertrauen	die Wissenschaft

Vertrauen ist ein vielschichtiges Konzept. Was meinen wir, wenn wir einer Person sagen, dass wir ihr vertrauen? Jeden Tag verlassen wir uns darauf, dass sich die anderen Verkehrsteilnehmenden an die Regeln halten, der Zug pünktlich fährt und die behandelnden Ärzte und Ärztinnen ihr Bestes geben. Vertrauen gibt uns eine gewisse Planungs- und Handlungssicherheit und ermöglicht uns, dass wir uns auf unsere Mitmenschen verlassen können. Grund dafür ist, dass wir bis zu einem gewissen Grad abschätzen können, wie unsere Mitmenschen handeln werden. Gemäss Luhmann dient das Vertrauen «einer Reduktion der Komplexität» (Luhmann 1968, 20). Vertrauen ist also gewissermassen eine Heuristik, die es uns erleichtert, Entscheidungen zu fällen, sobald wir in etwas oder eine Person Vertrauen gefasst haben. Wir verlassen uns auf unser Vertrauen, weil es sehr kostenintensiv wäre, wenn wir in jeder Alltagssituation gänzlich neu beurteilen müssten, wie sich andere wohl verhalten würden. Luhmann (1968) bezeichnet das Vertrauen aber als eine «riskante Vorleistung», da man nie wissen könne, wie andere reagieren und handeln werden. Ohne diese riskante Vorleistung wäre der menschliche Alltag sehr mühsam und beschwerlich. Vertrauen ist daher auch mit den Begriffen Sicherheit und Stabilität verbunden.

Die Neue Zürcher Zeitung (Bauer & Schilliger 2018) ergründete im Herbst 2018 verschiedene Aspekte des Vertrauens und lieferte eine mit diversen Beispielen angereicherte Übersicht zu dieser Thematik. Zuerst wurde die Frage verhandelt, wie Vertrauen überhaupt entstehen kann. So wurde beispielsweise die Geschichte eines gesellschaftlich geächteten israelischen Militärdienstverweigerers, der einem Fotojournalisten Vertrauen schenkte und bei dessen Fotoserie erkennbar mitmachte, erzählt. Oder auch die Geschichte einer Journalistin, die sich das Vertrauen einer rechtsradikalen Widerstandsbewegung erarbeitete – und so Teil eines Jugendcamps sein konnte –, welche ansonsten sehr misstrauisch gegenüber Fremden ist (Barzilai et al. 2018). In beiden Fällen brauchten die Medienschaffenden Zeit und wiederkehrende Interaktionen, um das Vertrauen ihrer Zielpersonen zu erlangen.

Vertrauen kann man jedoch nicht nur in Einzelpersonen haben, sondern auch in Gruppen von Menschen, Organisationen und Institutionen. Beispielsweise in staatliche Organisationen, wie Regierungen, Parlamente, Parteien, in die Landeswährung oder in das Rechtssystem. Staatliche Institutionen basieren auf Beständigkeit und Vertrauen, was eine gewisse Handlungs- und Planungssicherheit gewährleistet. Die Neue Zürcher Zeitung (Anliker 2018) schrieb dazu in einem Erfahrungsbericht aus Venezuela, wie die Hyperinflation das Vertrauen in die staatlichen Institutionen untergrub und Venezolaner und Venezolanerinnen sich dafür scheinbar gegenseitig wieder verstärkt vertrauten. Diese Beispiele zeigen, wie wertvoll Vertrauen in staatliche Institutionen ist und wie nachhaltig die Schädigung dessen sein kann. Im internationalen Vergleich zeigen sich dabei teils grosse Unterschiede beim allgemeinen Vertrauen in Institutionen (Kohler et al. 2018).

Dabei wird das Vertrauen durch verschiedene Faktoren beeinflusst. So sind in vielen Ländern die Korruption, mafïöse Strukturen, schlecht funktionierende Justizsysteme und Bürgerkriege die Hauptgründe für das fehlende Vertrauen in staatliche Institutionen. Ein Grund für fehlendes Vertrauen kann auch ein fehlerhaftes Kommunikationsverhalten sein. Da den meisten Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen die Zeit fehlt, sich grundlegend über Organisationen zu informieren, müssen sie sich auf deren Kommunikation verlassen. Die Theorie des öffentlichen Vertrauens argumentiert hier, dass eine kompetente, transparente und moralisch korrekte Kommunikation vertrauensfördernd wirken kann, das Gegenteil jedoch vertrauenshemmend ist (Bentele 1994).

Eine andere Sicht auf das Vertrauen in politische Institutionen argumentiert hingegen, dass das Vertrauen in Behörden und Institutionen nicht unabdingbar sei. Jede öffentliche Institution brauche stattdessen eine sorgfältige und aufmerksame Kontrolle von aussen. Das konsequente Einhalten von Gesetzen und die effiziente Erfüllung der Aufgaben bilden den besten Weg, um eine funktionierende Gesell-

schaft zu ermöglichen. Uneingeschränktes Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen sei in dieser Hinsicht nicht förderlich (Budnik 2018). Man kann daher von einem ambivalenten Verhältnis zwischen Vertrauen und funktionierenden Institutionen ausgehen. Gerade in demokratischen Staaten beruht der Erfolg von Institutionen auf der Möglichkeit, sein Misstrauen zu äussern und unabhängige Untersuchungen einzufordern (Decker et al. 2019, 12).

Gleichwohl kann es als Indikator für eine gut funktionierende und stabile Gesellschaft gewertet werden, wenn Bürger und Bürgerinnen ein hohes Vertrauen in Behörden und Institutionen haben. Ein Beispiel dafür, was verbreitetes Misstrauen in bestimmten Gesellschaftsgruppen gegenüber politischen Institutionen eines Landes auslösen kann, ist die Stürmung des Kapitols in Washington am 6. Januar 2021. Ausgelöst durch eine fundamentale Ablehnung des Ergebnisses der US-Präsidentschaftswahl vom 14. Dezember 2020 versuchten Anhängerinnen und Anhänger des abgewählten US-Präsidenten Donald Trump die Auszählung der Elektorenstimmen zu sabotieren. Im Vorfeld hatte sich in dieser Gesellschaftsgruppe ein massiver Vertrauensverlust in die öffentlichen Institutionen abgezeichnet (Edelman Trust Barometer 2021, 10). In der Harvard Business Review sprechen Sucher & Gupta (2021) von einem mehrfachen Vertrauensbruch. Die Stürmung des Kapitols wurde nicht nur durch tiefes Misstrauen gegenüber der US-Präsidentschaftswahl mitverursacht, sondern löste selbst verbreitetes Misstrauen gegenüber den Institutionen aus, die sich nicht fähig zeigten, die Stürmung des Parlamentsgebäudes zu verhindern. In diesem Sinne erweist sich die systematische Analyse des Vertrauens in die Institutionen innerhalb der Gesellschaft als äusserst wichtig, gerade in einem demokratischen Staat wie der Schweiz mit ihren weitreichenden direktdemokratischen Mitbestimmungsrechten.

Das Vertrauen in eine staatliche Institution, bzw. in eine Behörde, kann einerseits die Zufriedenheit, bzw. die Unzufriedenheit, mit der Leistung ausdrücken, andererseits die Akzeptanz und Legitimation dieser Institution für die Gesellschaft insgesamt aufzeigen. In der Regel werden kurzfristige Vertrauensschwankungen mit der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit der erbrachten Leistungen in Zusammenhang gebracht. Längerfristige Veränderungen stehen dagegen mit der Legitimation der jeweiligen Behörde oder Institution in Beziehung. Während kurzfristige Vertrauensschwankungen zu einem gewissen Grad normal sind, deutet ein langfristig beobachteter Vertrauensverlust in eine staatliche Institution auf eine Legitimationskrise hin (Braun & Schmitt 2009, 64).

Als erstes wird in diesem Kapitel auf das Vertrauen der Schweizer Stimbevölkerung in neun ausgewählte Institutionen und Behörden eingegangen. Als zweites wird der Frage nachgegangen, wie häufig Schweizerinnen und Schweizer

das Empfinden haben, dass die Politik in entscheidenden Dingen versage. Zuletzt wird das Verhältnis zwischen Vertrauen, dem empfundenen Versagen der Politik, dem Sicherheitsgefühl und dem Zukunftsoptimismus analysiert.

6.1 Institutionen-Vertrauensindex

Das Vertrauen in ausgewählte Institutionen und Behörden wird in der Studienreihe «Sicherheit» seit 1995 regelmässig erhoben.¹ Zu den abgefragten Institutionen und Behörden gehören die Armee, der Bundesrat, das Eidgenössische Parlament, die Gerichte, die Medien, die politischen Parteien, die Polizei und die Schweizer Wirtschaft. Seit 2018 wird zusätzlich auch das Vertrauen der Schweizer Stimmbürger in die Wissenschaft erhoben. Das Vertrauen wird anhand einer Skala von 1 bis 10 gemessen, wobei 1 «überhaupt kein Vertrauen» und 10 «volles Vertrauen» bedeutet. In Tabelle 6.2 sind die gerundeten Mittelwerte des Vertrauens in die einzelnen Institutionen in absteigender Rangfolge aufgelistet. Beim dargestellten Institutionen-Vertrauensindex wird das Vertrauen in die Wissenschaft bewusst nicht berücksichtigt, weil es erst seit fünf Jahren erhoben wird.

Der Vertrauensindex in die Schweizer Institutionen erreichte bereits im Jahr 2019 – also noch vor der Pandemie – einen historischen Höchststand mit einem Wert von 6.8. Dieser Wert bestätigte sich auch in den vergangenen Erhebungen im Verlauf der COVID-19 Pandemie (Nachbefragung im Juli 2020 sowie im Januar 2021). Das durchschnittliche Vertrauen in alle hier regelmässig abgefragten Institutionen verblieb auch im Jahr 2022 unverändert bei einem Wert von 6.8, und damit deutlich über dem mehrjährigen Mittel (\bar{X} 2007–2022: 6.5, +0.3). Institutionen erreichen einen überdurchschnittlichen Vertrauenswert im mehrjährigen Vergleich, wobei es keine Veränderungen des Institutionen-Vertrauensindex gegenüber dem Vorjahr gibt. Obwohl viele Behörden und Institutionen auch im vergangenen Jahr stark durch die Pandemie gefordert waren und vermehrt im Fokus der gesellschaftlichen und medialen Aufmerksamkeit standen, hatte dies keine Veränderungen beim Vertrauen der Bevölkerung zur Folge. Damit zeigt sich in der Schweiz eine andere Entwicklung als beispielsweise in Deutschland, wo verschiedene Studien seit Beginn der Pandemie ein sinkendes Vertrauen in die Behörden und Institutionen feststellen (COSMO 2022; Körber-Stiftung 2021). Eine Erklärung für diese unterschiedliche Entwicklung liegt möglicherweise im spezifischen politischen System der Schweiz. Dieses zeichnet sich unter anderem

1 Für Daten vor 2007 kann die Studie «Sicherheit 2014» konsultiert werden (Szvircsev Tresch et al. 2014, 103).

durch die gelebte direkte Demokratie, dem Milizprinzip, dem Primat der Konkordanz sowie einem starken Föderalismus aus (Freitag 2014, 90–91). Im Vergleich zu anderen Ländern werden für die Schweiz hohe Zustimmungsraten hinsichtlich der Herrschaftsordnung und Demokratiezufriedenheit gemessen (ebd. 2014, 81). Die politische Kultur (direkte Demokratie, Föderalismus, Konkordanz, Milizsystem) als auch das spezifisch ausgestaltete politische System der Schweiz wirken dabei vertrauensbildend und systemstabilisierend (Kriesi & Trechsel 2008; Linder 2012; Vatter 2008) und können als Erklärungsfaktoren für das über die letzten Jahre hohe und stabile Vertrauen in Behörden und Institutionen herangezogen werden. Genau diese Grundpfeiler der Schweizer Politik kamen auch in Zeiten der akuten Krise zum Tragen, was die Stabilität des Vertrauens in die öffentlichen Institutionen der Schweiz miterklären vermag.

Schweizerinnen und Schweizer vertrauen der Polizei (7.9, ± 0.0) am meisten, gefolgt von der Wissenschaft (7.8, ± 0.0) und den Gerichten (7.6, ± 0.0). In der oberen Hälfte der Vertrauensstabelle befinden sich auch der Bundesrat (7.3, ± 0.0) sowie die Schweizer Wirtschaft (7.0, $+0.1$). Im Vergleich zu den anderen Institutionen weisen das Eidgenössische Parlament (6.8, -0.1) und die Armee (6.7, -0.1) mittlere Vertrauenswerte auf. Mit etwas grösserem Misstrauen begegnen Schweizerinnen und Schweizer den politischen Parteien (5.5, -0.1) und den Medien (5.4, -0.1), welche sich seit Messbeginn jeweils die letzten beiden Plätze der Vertrauensrangliste teilen. Die Standardabweichung (Spalte SD in Tabelle 5.2) gibt jeweils an, wie stark die Meinungen der Befragten auseinandergehen. Die Armee sowie die Medien haben mit 2.1 Punkten die höchste Standardabweichung. Daraus kann gefolgert werden, dass diese beiden Institutionen bezüglich ihres Vertrauens am stärksten polarisieren.

Soziodemografische Einflüsse: Es ist anzunehmen, dass eigene Erfahrungen das Vertrauen in Behörden und öffentliche Institutionen beeinflussen. So könnte das Vertrauen höher ausfallen, wenn man eine Institution aufgrund der eigenen Sozialisation als stärker legitimiert betrachtet (Luhmann 1968). Die wahrgenommene Legitimation einer Institution kann beispielsweise je nach Geschlecht, Sprachregion, Alter, Bildungsgrad und politischer Einstellung variieren.

Tabelle 6.3 veranschaulicht die Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in Institutionen und Behörden und den soziodemografischen Merkmalen. Die abgebildeten Zusammenhänge ergeben sich jeweils aus einer linearen Regression mit den oben aufgeführten Institutionen als abhängige Variable.

Tabelle 6.3: **Regressionstabelle mit dem Vertrauen in öffentliche Institutionen und soziodemografischen Merkmalen**

2022

	Polizei	Wissenschaft	Gerichte	Bundesrat	CH-Wirtschaft	Eidg. Parlament	Armee	Politische Parteien	Medien
Weiblich	+					-		+	
Deutschschweiz	+						+	+	
Je älter			-	+			++		+
Je höher gebildet		+	+			+	-		
Je politisch rechter	+	-		-	++		++	+	-
Auf dem Land wohnend	+								-
Eingebürgert					+		+		
Militärdienst geleistet	+	+					+		
R²	0.05	0.05	0.02	0.03	0.07	0.02	0.11	0.02	0.04

+ und - kleine, positive oder negative Effektstärken: standardisierter Regressionskoeffizient* = 0.0 - < 0.15
 ++ und -- mittlere, positive oder negative Effektstärken: standardisierter Regressionskoeffizient* = 0.15 - < 0.30
 +++ und --- grosse, positive oder negative Effektstärken: standardisierter Regressionskoeffizient* > 0.30
 * 5%-Signifikanzniveau

Vorweg wird festgehalten, dass trotz den anschliessend erwähnten Unterschieden zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen nicht von schwerwiegenden Spaltungen der Gesellschaft entlang soziodemografischer Merkmale gesprochen werden kann. Insgesamt können die Differenzen als gering eingestuft werden. Wie die Zeile zum R² in der Tabelle 6.3 illustriert,² tragen die soziodemografischen Aspekte einen geringen Teil zur Erklärung der Vertrauenswerte innerhalb der Bevölkerung bei. Dennoch zeigen sich in diesem Jahr wie auch im Längsschnitt Zusammenhänge von Vertrauensstärken und soziodemografischen Merkmalen.

Historisch betrachtet steht das **Vertrauen in die Polizei** am stärksten in Zusammenhang mit der politischen Orientierung der Befragten. Je weiter rechts sich eine Person selbst politisch verortet, desto grösser fällt das Vertrauen in die Polizei aus. Seit Messbeginn gab es lediglich in den Jahren 2012 bis 2015 keine Unterschiede in Bezug auf die politische Orientierung. Aktuell weisen links orientierte Personen einen Vertrauenswert von 7.7 auf (Mitte: 8.0, rechts: 8.2). Personen aus der Westschweiz zeigten sich wiederholt misstrauischer gegenüber der Polizei als Schweizerinnen und Schweizer aus der Deutschschweiz und dem Tessin. Im Januar 2022 liegen die Vertrauenswerte bei 7.6 für die Westschweiz und bei 8.0 für die

2 Der R-Quadratwert (R²) multipliziert mit 100 gibt in Prozenten an, wie viel der Variation der Antworten durch die spezifischen Variablen im Modell erklärt werden kann.

Deutschschweiz und das Tessin. Das Vertrauen in die Polizei ist bei Frauen leicht höher als bei Männern. Der Geschlechterunterschied fällt jedoch nicht jedes Jahr so ausgeprägt aus wie im Jahr 2022 (Frauen: 8.0, Männer: 7.8). Unter Berücksichtigung des Geschlechtes zeigen die Befragten, die Militärdienst geleistet haben, ein grösseres Vertrauen in die Polizei als Personen, die keinen Militärdienst geleistet haben (beispielsweise Frauen mit Militärdienst: 8.5, Männer ohne Militärdienst: 7.6). Weiter zeigt sich, dass Schweizerinnen und Schweizer, die auf dem Land wohnen, der Polizei etwas mehr Vertrauen entgegenbringen, als Personen aus der Agglomeration oder aus einer Stadt (ländlich: 8.1, Agglomeration: 7.9, städtisch: 7.8)³.

Das **Vertrauen in die Wissenschaft** steht in Zusammenhang mit der Bildung. Personen mit hoher Bildung vertrauen der Wissenschaft am stärksten (tief: 7.7, mittel: 7.5, hoch: 8.1). Politisch links Orientierte vertrauen der Wissenschaft etwas stärker als Personen aus der politischen Mitte und rechts davon (links: 8.1, Mitte: 7.8, rechts: 7.7). Dieser Zusammenhang zeigt sich seit Beginn der Pandemie, d.h. seit der Nachbefragung im Juli 2020. Einen geringen Zusammenhang zeigt sich beim Vertrauen in die Wissenschaft mit der Differenzierung, ob jemand Militärdienst geleistet hat. Befragte, die Militärdienst geleistet haben, sprechen der Wissenschaft ein höheres Vertrauen aus (Militärdienst: 8.0, kein Militärdienst: 7.7). Dieser Befund ist unabhängig vom Geschlecht.

Mit steigender Bildung steigt das **Vertrauen in die Gerichte** (tief: 7.1, mittel: 7.5, hoch: 7.7). Beim Alter zeigt sich, dass vor allem 18–34-Jährige ein grösseres Vertrauen haben als Befragte ab 65 Jahren (18–34-Jährige: 7.8, 35–49-Jährige: 7.5, 50–64-Jährige: 7.6, ab 65-Jährige: 7.3). Die Abhängigkeit der Stärke des Vertrauens in die Gerichte von der Bildung und von dem Alter zeigt sich seit Messbeginn jedes Jahr und hat sich über die Zeit hinweg kaum verändert.

Das **Vertrauen in den Bundesrat** ist bei älteren Personen stärker, bei jüngeren Befragten schwächer ausgeprägt. Dieser Zusammenhang zeigt sich immer wieder über die Zeit. In diesem Jahr sind diese Unterschiede etwas deutlicher als in den vergangenen Erhebungen (18–34-Jährige: 6.9, 35–49-Jährige: 7.1, 50–64-Jährige: 7.3, ab 65-Jährige: 7.6). Darüber hinaus zeigt sich ein leichtes links-rechts Gefälle, mit dem höchsten Vertrauen bei politisch links orientierten Personen (links: 7.5, Mitte: 7.3, rechts: 7.2). Seit Januar 2020 gibt es hinsichtlich der Bildung keinen Unterschied mehr im Vertrauen in den Bundesrat, wohingegen in früheren Erhebungen mit zunehmender Bildung das Vertrauen höher ausfiel. Der Anstieg des

3 Die Zuteilung erfolgt anhand der Postleitzahl gemäss der Raumtypologie des Bundesamts für Statistik. Aufgrund der Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsmobilität wird zwischen städtischen, periurbanen und ländlichen Gebieten unterschieden (BfS 2022b). Für die vorliegende Studie werden hierfür die Begriffe «städtisch», «Agglomeration» und «ländlich» verwendet.

Vertrauens in den Bundesrat bei Personen mit tiefer Bildung hat dazu geführt, dass es im Januar 2022 keinen Unterschied gibt.

Die **Schweizer Wirtschaft** genießt im rechten politischen Spektrum am meisten Vertrauen, gefolgt von der politischen Mitte und der politischen Linken. Daran ändert sich auch im Januar 2022 nichts (links: 6.5, Mitte: 7.2; rechts: 7.4). Das Vertrauen von eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizern in die Schweizer Wirtschaft liegt regelmässig über demjenigen von gebürtigen Schweizerinnen und Schweizern. Dieser Effekt ist in diesem Jahr besonders ausgeprägt (eingebürgert: 7.5, nicht eingebürgert: 7.0). Während das Geschlecht beim Vertrauen in die Wirtschaft in den vergangenen Jahren jeweils einen Einfluss hatte, ist dieser bei der Berücksichtigung der übrigen soziodemografischen Variablen in einer Regressionsanalyse nicht mehr vorhanden. Inwiefern dieser Effekt mit den wirtschaftlichen Massnahmen in Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu erklären ist, kann hier nicht abschliessend geklärt werden.

Das **Vertrauen in das Eidgenössische Parlament** ist in der Deutschschweiz tendenziell etwas tiefer als in der Westschweiz. Dieser Unterschied zeigt sich auch in diesem Jahr. Im Tessin ist das Vertrauen ins nationale Parlament am höchsten (D-CH: 6.7, F-CH: 7.0, Tessin: 7.4). Mit steigender Bildung nimmt auch das Vertrauen in das Parlament zu. Dies gilt im Januar 2022 insbesondere für Personen mit hoher Bildung (tief: 6.8, mittel: 6.7, hoch: 6.9; $V=0.12$).

Ausschlaggebend für das **Vertrauen in die Armee** ist vor allem die politische Einstellung. Je weiter rechts sich eine Person politisch verortet, desto stärker vertraut sie der Armee (links: 6.0, Mitte: 6.9, rechts: 7.3; $V=0.20$). Dieser Unterschied ist im Zeitverlauf der Messreihe sehr stabil. Auch das Alter der Befragten beeinflusst seit Messbeginn massgeblich das Vertrauen in die Armee, wobei das Vertrauen mit zunehmendem Alter grösser wird (18–34-Jährige: 6.1, 35–49-Jährige: 6.6, 50–64-Jährige: 6.9, ab 65-Jährige: 7.1; 0.13). Eine höhere Bildung geht mit einem tieferen Vertrauensniveau in die Armee einher (tief: 7.2, mittel: 6.8, hoch: 6.5; $V=0.12$), wobei sich die Unterschiede seit Messbeginn kaum verändert haben. In der Tendenz ist das Vertrauen in die Armee in der Deutschschweiz und im Tessin höher als in der Westschweiz. So auch in diesem Jahr (F-CH: 6.4, D-CH: 6.7, Tessin: 7.0). Leicht höher fällt das Vertrauen in die Armee bei eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizern aus (eingebürgert: 7.0, nicht eingebürgert: 6.7). Wer selbst Militärdienst geleistet hat, vertraut der Armee zudem etwas stärker als jene Befragte, welche keinen Militärdienst geleistet haben (Militärdienst: 6.9, kein Militärdienst: 6.6).

Die politischen Parteien erhalten in der Westschweiz das tiefste Vertrauen (F-CH: 5.1, D-CH: 5.7, Tessin: 5.7; $V=0.16$). Dieser Befund war vor allem in den vergangenen drei Jahren besonders deutlich. Schwach ausgeprägte Unterschiede

zeigen sich gelegentlich – und auch im Jahr 2022 – bei der politischen Orientierung (links: 5.5, Mitte: 5.6, rechts: 5.7) und beim Geschlecht (Männer: 5.5, Frauen: 5.6).

Die politische Selbstverortung auf der links-Mitte-rechts-Skala spielt beim **Vertrauen in die Medien** eine zentrale Rolle. Politisch links orientierte Personen haben das höchste Vertrauen in die Medien, politisch rechts Orientierte das tiefste (links: 5.9, Mitte: 5.4, rechts: 5.3; $V = 0.13$). Dieser Zusammenhang besteht mehrheitlich bei jeder Umfragewelle und ist seit 2019 besonders ausgeprägt. Ältere Personen haben ein grösseres Vertrauen in die Medien als Jüngere (18–34-Jährige: 5.1, 35–49-Jährige: 5.4, 50–64-Jährige: 5.5, ab 65-Jährige: 5.7). Die Abhängigkeit des Vertrauens in die Medien in Bezug auf das Alter ist ein neueres Phänomen, das sich seit 2016 relativ konstant abzeichnet. Ebenso zeigt sich in der Tendenz, dass Personen, die in einer Stadt wohnen, den Medien mehr Vertrauen schenken als Schweizerinnen und Schweizer, welche aus der Agglomeration oder vom Land kommen (ländlich: 5.2, Agglomeration: 5.3, Stadt: 5.6).

6.2 Politikversagen

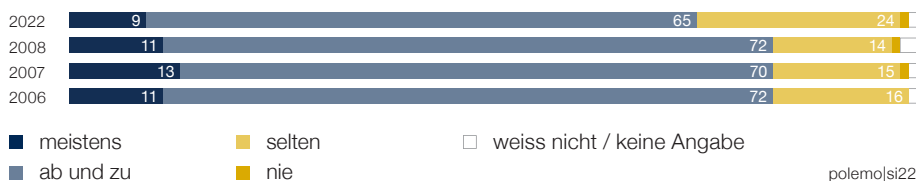
Eine äusserst starke Form der Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen ist das Gefühl, dass die Politik in entscheidenden Angelegenheiten versage. Aufgrund der durch die COVID-19-Pandemie entstandene Situation, in der die gesamte Schweizer Bevölkerung regelmässig und unmittelbar von politischen Entscheiden in den verschiedensten Lebensbereichen betroffen war, wurde in der diesjährigen Umfrage nach dem empfundenen Politikversagen gefragt. Konkret lautet die Fragestellung: «Wie häufig haben Sie das Gefühl, die Politik versage in entscheidenden Dingen?». Selbstverständlich beziehen sich die Antworten nicht ausschliesslich auf die Pandemie, sondern können sämtliche politische Themen miteinschliessen. Als Vergleichswerte dienen die Jahre 2006 bis 2008, als diese Vorgabe im Rahmen der damaligen Sicherheitsstudien bereits erfragt wurde. Ursprünglich stammt die Frage nach dem Politikversagen aus dem «Sorgenbarometer» der Credit Suisse (CS), welcher diese Messgrösse bereits seit 1995 auf ähnliche Weise erhebt (CS Sorgenbarometer 2021, 18).

Wie Abbildung 6.1 zu entnehmen ist, geben im Januar 2022 9% (–3 Prozentpunkte gegenüber 2008) der Befragten an, dass die Politik in entscheidenden Dingen «meistens» versage. Für 65% (–7 Pp) geschieht dies «ab und zu» und für 24% (+10 Pp) ist dies «selten» der Fall. Unverändert sagt 1%, die Politik versage «nie» in entscheidenden Dingen. Damit zeigt sich ein deutlicher Rückgang beim Gefühl des Politikversagens im Vergleich zur Zeitperiode 2006 bis 2008. Dieses Ergebnis stimmt mit dem Befund überein, wonach das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen seit jenem Zeitraum deutlich gestiegen ist (siehe Tabelle 5.2). Inwiefern die COVID-19-Pandemie zu die-

Abbildung 6.1: Politikversagen

«Wie häufig haben Sie das Gefühl, die Politik versage in entscheidenden Dingen?»

Angaben in Prozent, gerundet



sem Rückgang eine Rolle spielt, kann hier nicht bestimmt werden. Der «CS Sorgenbarometer» (2021, 18) zeigt im Langzeitvergleich, dass das Gefühl des Versagens der Politik in der Zeit vor der Pandemie – insbesondere bis 2017 – beträchtlich gesunken ist. Für die Jahre 2018 und 2019 wurde hierbei ein höherer Wert gemessen, welcher 2019 wieder sank und 2020 stabil geblieben ist. Dieser Befund könnte dahingehend interpretiert werden, dass die COVID-19-Pandemie einen vergleichsweise geringen Einfluss auf das subjektiv empfundene Politikversagen haben dürfte.

Soziodemografische Einflüsse⁴: In den vier hier verfügbaren Messzeitpunkten ergeben sich keine klaren Zusammenhänge zwischen bestimmten soziodemografischen Eigenschaften und dem Gefühl des Politikversagens. Einzig ein steigender Bildungsstand scheint tendenziell mit einem etwas geringeren Empfinden vom Versagen der Politik einherzugehen («meistens»: tief: 15%, mittel: 10%, hoch: 7%; Cramer's $V^5 = 0.12$). In der Deutschschweiz ist man etwas seltener dieser Ansicht («selten»: D-CH: 28%, F-CH: 15%, Tessin: 18%; $V = 0.13$). Dass die Politik in entscheidenden Dingen versagt, ist demnach eine Empfindung, die in allen Gruppen der stimmberechtigten Gesellschaft etwa gleich oft geteilt wird.

Weitere signifikante Unterschiede⁶: Ein grösserer Zusammenhang als mit den soziodemografischen Variablen besteht beim Gefühl des Politikversagens mit dem Vertrauen in die Institutionen und Behörden. Hier sind insbesondere der Bundes-

4 Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

5 Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, wobei: $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt.

6 Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

rat, die politischen Parteien sowie das eidgenössische Parlament relevant. Tieferes Vertrauen in eine dieser Institutionen geht mit einem häufigeren Gefühl des Politikversagens einher. Exemplarisch soll dies anhand des Vertrauens in den Bundesrat illustriert werden. Personen, die der Ansicht sind, die Politik versage «meistens», haben ein durchschnittliches Vertrauen in den Bundesrat von 5.3. Befragte, die der Ansicht sind, die Politik versage «ab und zu» weisen einen Vertrauenswert von 7.2 aus. Schweizerinnen und Schweizer, welche mit «selten» oder «nie» antworten, haben ein noch höheres Vertrauen in den Bundesrat (8.0 bzw. 8.3; $V = 0.23$). Über die Kausalität dieser Zusammenhänge können hier keine Schlüsse gezogen werden. Die übrigen Institutionen stehen nicht in direktem Zusammenhang mit dem Empfinden von Politikversagen.

6.3 Verhältnis zwischen Vertrauen, Sicherheitsgefühl und Zukunftsoptimismus

In hoch arbeitsteilig organisierten Gesellschaften wie der Schweiz hat das Vertrauen eine wichtige und sicherheitsstiftende Funktion. In dem Masse, in welchem Abläufe und das Funktionieren lebenswichtiger komplexer Systeme von den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern immer weniger oder nicht (mehr) durchschaut werden können, hilft Vertrauen, Komplexität zu reduzieren (Luhmann 1968). Vertrauen manifestiert sich dabei als ein Gefühl, dass «Personen oder Instanzen die Dinge schon richtigmachen» werden. Es kann inhaltlich argumentiert werden, dass ein Zusammenhang zwischen einer optimistischen Zukunftserwartung für die Schweiz und dem persönlichen Sicherheitsgefühl einerseits und mit dem Vertrauen in Institutionen andererseits besteht. Somit stellt sich die Frage, wie eng das Vertrauen in Institutionen und das Sicherheitsgefühl bzw. die Zuversicht in die Zukunft der Schweiz miteinander verknüpft sind. In Tabelle 6.4 sind die Grössen der signifikanten Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die erfassten Institutionen und dem allgemeinen Sicherheitsempfinden, bzw. dem Zukunftsoptimismus in die Schweiz dargestellt.⁷ Ein positiver Wert bedeutet, dass Befragte, die einer Institution vertrauen, sich sicherer fühlen bzw. optimistischer in die Zukunft der Schweiz blicken. Zurzeit weisen die Korrelationsmasse aller Institutionen und Behörden auf positive Zusammenhänge hin.

7 Hier wird der Gamma-Koeffizient (γ) verwendet, da die Variablen allgemeines Sicherheitsgefühl und Zukunftsoptimismus bezüglich Schweiz dieselbe Dimension (eine 4er-Skala, «sehr», «eher», «eher nicht», «überhaupt nicht») haben. Daher ist es möglich, die Effektstärken der Gamma-Koeffizienten untereinander zu vergleichen. Aufgrund des Wertebereichs -1 bis $+1$ eignet sich der Gamma-Koeffizient (γ) hierfür besonders gut, da neben der Effektstärke auch gleich der positive (+) oder negative (-) Zusammenhang angegeben werden kann.

Tabelle 6.4: **Signifikante Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und Sicherheitsgefühl bzw. nationalem Zukunftsoptimismus 2022**

	Allgemeines Sicherheitsgefühl γ 2022	Zukunftsoptimismus bezüglich Schweiz γ 2022
Polizei	0.31	0.40
Wissenschaft	0.25	0.27
Gerichte	0.37	0.40
Bundesrat	0.33	0.39
Schweizer Wirtschaft	0.23	0.39
Eidg. Parlament	0.25	0.37
Armee	0.12	0.17
Politische Parteien	0.24	0.32
Medien	0.22	0.22

Das allgemeine Sicherheitsempfinden steht regelmässig in deutlichem Zusammenhang mit dem Vertrauen in die öffentlichen Institutionen. So zeigt sich auch in diesem Jahr, dass Personen, die den öffentlichen Institutionen mehr vertrauen, sich im Allgemeinen sicherer fühlen, bzw. wer sich im Allgemeinen sicherer fühlt, vertraut den Institutionen auch stärker.

Diese Wechselbeziehung zeigt sich in diesem Jahr besonders deutlich in Zusammenhang mit dem Vertrauen in die Gerichte, in den Bundesrat und in die Polizei. Vergleichsweise gering ist die Beziehung zwischen dem allgemeinen Sicherheitsempfinden und dem Vertrauen in die Armee. Alle Zusammenhänge bleiben auch in einer multiplen linearen Regression unter Kontrolle der soziodemografischen Variablen bestehen. Dies gilt auch für das Verhältnis zwischen dem allgemeinen Sicherheitsempfinden und dem Gefühl des Politikversagens. Häufiges Gefühl, dass die Politik in entscheidenden Dingen versage, geht einher mit einem tieferen allgemeinen Sicherheitsempfinden, und umgekehrt ($V = 0.11$).

Das Vertrauen in die Behörden und Institutionen steht insbesondere auch in Zusammenhang damit, wie eine Person die nähere Zukunft der Schweiz einschätzt. Die Verknüpfungen sind hier sogar ausgeprägter als beim allgemeinen Sicherheitsempfinden. Deutlich ist die Wechselwirkung zwischen Zukunftsoptimismus und Vertrauen in die Polizei, in die Gerichte, in den Bundesrat sowie in die Schweizer Wirtschaft. Am geringsten ist der Bezug zu einer optimistischen Sicht in die Zukunft der Schweiz beim Vertrauen in die Armee. Auch diese Zusammenhänge sind unabhängig von den soziodemografischen Merkmalen der Befragten. Ebenfalls zeigt sich, dass das vermehrte Gefühl von Politikversagen in negativer Beziehung zum Zukunftsoptimismus für die Schweiz steht. Personen, die häufig das Gefühl von Politikversagen empfinden, schauen mit weniger Optimismus in die Zukunft der Schweiz ($V = 0.17$).

Fazit

Gegenüber dem letzten Jahr sind im Januar 2022 alle Vertrauenswerte stabil geblieben. Damit setzt sich das überdurchschnittlich hohe Vertrauen der vergangenen Jahre in die hier erfragten Schweizer Institutionen und Behörden fort. Besonders deutlich über dem langjährigen Schnitt liegt das Vertrauen in den Bundesrat. An der Rangfolge der Institutionen bezüglich der Höhe des Vertrauens ändert sich nichts. Es bestehen fortwährend gewisse Unterschiede beim Vertrauen in die Institutionen aufgrund soziodemografischer Merkmale. Dennoch sind keine beträchtlichen Gräben in der Gesellschaft festzustellen. Die stärksten Unterschiede finden sich entlang der politischen Einstellung. Die Messung des gefühlten Politikversagens deutet ebenfalls auf eine vergleichsweise hohe Zufriedenheit mit dem politischen System hin. Der Anteil an Personen, die der Politik attestieren, in entscheidenden Dingen «selten» zu versagen, hat seit der letzten Messung im Jahr 2008 um 10 Prozentpunkte zugenommen.

Insgesamt zeigt sich einmal mehr, dass ein erhöhtes Vertrauen in öffentliche Institutionen in der Schweiz mit einem erhöhten Sicherheitsgefühl und mit einer optimistischen Zukunftsaussicht einhergeht. Diese Wechselwirkung besteht gleichermaßen auch mit dem Gefühl des Politikversagens.

Trendstudie der Credit Suisse «Sorgenbarometer 2021»

Der «Credit Suisse Sorgenbarometer» untersucht jährlich die politischen und wirtschaftlichen Sorgen der Schweizer Stimmbevölkerung. Die Daten des «CS Sorgenbarometer 2021» wurden zwischen Juli und August 2021 in der ganzen Schweiz erhoben. Hierfür wurden insgesamt 1722 Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz nach einem Mixed-Mode-Ansatz befragt: 300 mittels persönlichen Interviews, 498 via gfs.bern-Panel und 924 durch Online-Rekrutierung über Social Media. Die Daten wurden nach methodischen und soziodemografischen (Alter/Geschlecht interlocked, Sprachregion und Partei) Kriterien gewichtet (Sorgenbarometer 2021, 5).

Die Kernthemen des «CS Sorgenbarometers» beinhalten die Sorgenwahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer sowie die Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Situation in der Schweiz. Dazu gehört auch die jährliche Erhebung des Vertrauens in Akteure aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Medien. Das Vertrauen wird jeweils auf einer Skala von 1 («kein Vertrauen») bis 7 («grosses Vertrauen») gemessen.

Das «CS Sorgenbarometer 2021» verzeichnet im Durchschnitt einen leichten Rückgang des Vertrauens in die erfragten Institutionen seit dem Sommer 2020. Von einer «generellen Vertrauenskrise» könne jedoch «nicht die Rede» sein (Credit Suisse, 41). «Gerade der Bundesrat geniesst im Vergleich über die letzten rund 15 Jahre auch 2021 hohe Vertrauenswerte» (ebd.). Angeführt wird die Vertrauensrangliste von der Polizei. Es folgen das Bundesgericht und an dritter Stelle der Bundesrat. Im Mittelfeld der erfragten politischen Institutionen liegen der Ständerat, der Nationalrat und die Armee. Auf ähnlichem Niveau liegt auch das Vertrauen in die Banken und in Arbeitgeber-Organisationen. Geringer ist das Vertrauen in die politischen Parteien. Auch das Vertrauen in die Medien liegt am unteren Ende der Vertrauensrangliste, wobei grössere Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Arten von Medien bestehen.

Credit Suisse (Schweiz) AG, Public Policy Switzerland (Hrsg.) (2021). *Kompass für die Schweiz. Die Schweiz im Jahr der Pandemie: Resultate und Interpretationen zum Credit Suisse Sorgenbarometer 2021.*

CS Sorgenbarometer (2021). *Die Pandemie in der zweiten Phase. Resilienz und Rückzug in individuelle Lebenswelten.* gfs.bern, Credit Suisse.

Der «CS Sorgenbarometer 2021» im Vergleich mit der Studie «Sicherheit 2022»

Die Daten der Studie «Sicherheit 2022» zeigen ein gegenüber dem Vorjahr stabiles Vertrauen bei allen erfragten Institutionen. Am meisten Vertrauen wird der Polizei, der Wissenschaft, den Gerichten und dem Bundesrat entgegengebracht. Im mittleren Bereich liegen das Eidgenössische Parlament, die Schweizer Wirtschaft und die Armee. Die beiden letzten Plätze werden von den politischen Parteien und den Medien belegt.

Die Daten des «CS Sorgenbarometer 2021» deuten gegenüber dem Vorjahr tendenziell auf eine leichte Abnahme des Vertrauens in Institutionen und Akteure in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Medien hin. Allerdings wird beispielsweise gerade dem Bundesrat ein im Vergleich zu früheren Messungen hohes Vertrauen entgegengebracht. Im «CS Sorgenbarometer 2021» wird der Polizei am meisten vertraut. An zweiter und dritter Stelle folgen das Bundesgericht und der Bundesrat. Es folgen dicht aneinander die Wirtschaftsvertreterinnen und Wirtschaftsvertreter, der Stände- und Nationalrat sowie die Armee. Weiter abgeschlagen liegen die politischen Parteien und die Medien.

Damit ergibt sich eine sehr grosse Übereinstimmung zwischen den beiden Befragungen hinsichtlich der Vertrauens-Rangordnung der Institutionen. Übereinstimmend liegt auch das Vertrauen in den Bundesrat über dem mehrjährigen Schnitt. Mögliche Unterschiede im Verlauf oder in der Ausprägung des Vertrauens können auf unterschiedliche Erhebungsmethoden oder Messzeitpunkte zurückzuführen sein.

7 Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen

Aus Sicht der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stellt sich die Frage: Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Wird eine umfassende politische und wirtschaftliche Autonomie der Schweiz oder eine sich politisch öffnende Schweiz, die sich verstärkt international engagiert, befürwortet? Das vorliegende Kapitel befasst sich einleitend mit den verwendeten Konzepten (Abschnitt 7.1) und den theoretischen Erklärungsansätzen der Internationalen Beziehungen (IB) (Abschnitt 7.2). Es folgt zu den diskutierten Phänomenen eine ergänzende Aussenpolitikanalyse (7.3) und die Vorstellung der verwendeten Items (7.4). Anschliessend vertieft das Kapitel die Kooperationsbereitschaft der Schweizer Stimmbevölkerung in Bezug auf verschiedene aussen- und sicherheitspolitische Optionen. Hierunter fallen Einstellungen der Schweizerinnen und Schweizer gegenüber der Europäischen Union (EU, Abschnitt 7.5), gegenüber internationalen Kooperationen ohne institutionelle Bindung (weiche Kooperation, Abschnitt 7.6), das gewünschte Engagement innerhalb der Vereinten Nationen (UNO, Abschnitt 7.7) und ihr Verhältnis zu sicherheitspolitischen Allianzen mit der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) und Schweizer UNO-Friedenstruppen (Abschnitt 7.8). Zudem werden Fragen gestellt, die das allgemeine Bestreben nach nationaler und militärischer Autonomie der Schweiz messen (Abschnitt 7.9). Das Kapitel wird durch ein zusammenfassendes Fazit abgerundet (Abschnitt 7.10).

7.1 Konzepte der Studienreihe «Sicherheit»

In der Studienreihe «Sicherheit» kommen unterschiedliche Konzepte zur Anwendung. Unter Aussenpolitik ist jene Politik gemeint, mit welcher ein Staat versucht, seine Interessen gegenüber anderen Staaten durchzusetzen. Im klassischen Sinne sind hiermit alle (Nicht)-Aktivitäten von Regierungen in Bezug auf andere Regierungen, sowie die Mitarbeit in internationalen, multi- und supranationalen Organisationen gemeint (Nohlen & Schultze 2010, 47).

Sicherheitspolitik definieren Nohlen & Schultze (2010, 949) als Massnahmen, welche von souveränen Staaten ergriffen werden, um die äussere Sicherheit zu wahren. Dabei ist für den Schweizer Kontext anzumerken, dass Sicherheitspolitik

eine Querschnittsaufgabe zwischen alltags- und ausserordentlichen Massnahmen darstellt (Knoepfel et al. 2017).

Bei der Aussen- und Sicherheitspolitik zeigen sich Gemeinsamkeiten, da bei beiden Politikfeldern Staaten und Regierungen die relevanten Akteure sind. Unterschiede zeigen sich indes bei der Ausrichtung: Während sich Aussenpolitik grundsätzlich über die Dimension des «Handelns» definiert, ist für die Sicherheitspolitik in erster Linie der Zweck der Politik, Sicherheit zu gewährleisten, ausschlaggebend. Aufgrund konzeptioneller Überschneidungen zwischen der Aussenpolitik und Sicherheitspolitik wird im Schweizer Kontext von Aussen- und Sicherheitspolitik gesprochen, wobei das Neutralitätsrecht als auch die Neutralitätspolitik einen grossen Einfluss sowohl auf die Schweizer Aussen- als auch auf die Sicherheitspolitik ausüben (ebd. 2017).

Konkret wird unter Aussenpolitik im Kontext der Schweiz das Anbieten «Guter Dienste», die Vermittlerrolle, die humanitären Dienste, sowie politische Kooperation mit der EU und weiteren multinationalen Organisationen verstanden. Zwischen Aussen- und Sicherheitspolitik existieren auch Schnittmengen. Sicherheitspolitische Kooperationen mit der EU (im Bereich der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP)), der NATO (in Form des Programms Partnership for Peace (PfP)) und der UNO (im Sinne der Bereitstellung von Schweizer UNO-Friedenstruppen), sowie ein Sitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat, sind Teile der Aussen- sowie der Sicherheitspolitik.

7.2 Theoretische Erklärungsansätze der IB

Im Fach Internationale Beziehungen (IB¹), als Teildisziplin der Politikwissenschaften, gibt es verschiedene theoretische Erklärungsansätze, welche das Zusammenspiel von Staaten beschreiben und erklären. In der «westlichen» Tradition der IB wird, basierend auf den ontologischen Grundannahmen der Ansätze, oftmals zwischen aktors- und strukturzentrierten Theorien unterschieden (Spindler 2013, 43). Schimmelfennig (2021, 59) unterscheidet grundsätzlich zwischen fünf Gross-theorien der IB: Realismus, Institutionalismus, Transnationalismus, Liberalismus und Konstruktivismus. Das vorliegende Kapitel fokussiert sich auf den aktorszentrierten Ansatz wie den Neuen Liberalismus. Der Sozialkonstruktivismus, der weder klar zu den aktors- noch zu den strukturzentrierten Theorien zählt, sondern von einer ontologischen Interdependenz zwischen Akteur und Struktur ausgeht, wird

1 «In ihrem Kern befasst sich die IB mit den besonderen politischen Problemen der «internationalen Anarchie», also der Abwesenheit der herrschaftlichen Regelsetzung und Regeldurchsetzung jenseits staatlicher Grenzen». (Schimmelfennig 2021, 15).

ebenfalls behandelt (Spindler 2013, 210). Von den genannten Grosstheorien haben die beiden hier behandelten theoretischen Ansätze das grösste Erklärungspotenzial.

Der Neue Liberalismus behandelt innerstaatliche Akteure als erklärende Variable. Mit anderen Worten ist die internationale Politik eines Staates das Ergebnis innerstaatlicher Prozesse, in denen öffentliche, private und zivilgesellschaftliche innerstaatliche Akteure versuchen, ihre Ziele zweckrational durchzusetzen. Die Machtstrukturen und Institutionen auf der innerstaatlichen Ebene bestimmen, welche Akteure und Ziele sich durchsetzen und folglich welche Aussenpolitik der Staat verfolgt (Schimmelfennig 2021, 138–140). Der Staat ist somit auf der internationalen Ebene lediglich eine repräsentative Institution, die die aggregierten Interessen der innerstaatlichen Akteure vertritt (Moravcsik 1997, 516–518; Spindler 2013, 163).

Die innerstaatlichen Strukturen von Staaten unterscheiden sich in der Art der sozioökonomischen Struktur (moderne oder traditionale Gesellschaft), der Herrschaftsordnung (demokratisches oder nicht-demokratisches Regierungssystem), der Stärke des Staates², der Interessensvermittlung (pluralistisch, korporatistisch oder monopolistisch) und bei Staaten mit demokratischem Regierungssystem, nach dem Demokratietypus (Mehrheits- oder Konsensdemokratien) und dem Grad an Populismus (Moravcsik 1997; 518–520; Schimmelfennig 2021, 141–143).

Die innerstaatlichen Strukturen bestimmen zum einen die Aussenpolitik durch den oben erwähnten Durchsetzungsprozess innerstaatlicher Akteure und Interessen (Selektion). Zum anderen geht der Liberalismus davon aus, dass die innenpolitischen Verhaltensweisen und Politikstile eines Staates auf dessen Aussenpolitik externalisiert werden. Folglich neigen moderne, liberale Demokratien grundsätzlich zu einer kooperativeren Aussenpolitik als Diktaturen (Schimmelfennig 2021, 143–145).

Staatliche Regierungen funktionieren auf der internationalen Ebene als Vertreterinnen der innergesellschaftlich ausgehandelten Präferenzen gegenüber anderen Staaten. Zwischenstaatliche Kooperation ergibt sich aus der internationalen Strukturkonstellation und den von den Staaten verfolgten Präferenzen. Demzufolge ist die Wahrscheinlichkeit von Kooperation im internationalen System abhängig von den externalisierten Verhaltensweisen und Politikstilen sowie den selektierten Präferenzen selbst. Mit anderen Worten: Treffen liberale Demokratien aufeinander, ist die Wahrscheinlichkeit von Kooperation am grössten, da Demokratien

2 Mit Stärke des Staates ist die Fähigkeit des Staates gemeint, seine Interessen gegen private und zivilgesellschaftliche Akteure durchzusetzen. Demnach sind starke Staaten zentralisiert und geschlossen, was oft in nicht-demokratischen Regierungssystemen, wie beispielsweise bei der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea), der Fall ist. Schwache Staaten hingegen sind fragmentiert, wie beispielweise die Schweiz durch ihren ausgeprägten Föderalismus (Schimmelfennig 2021, 141).

gewaltfreie, regelgeleitete und kooperative Politikstile externalisieren (ebd., 147). Zudem ist die Konstellation (Harmonie, Konflikt, Interdependenz) der innergesellschaftlich ausgehandelten Präferenzen der Staaten von Bedeutung. Dies erklärt, wieso auch liberale Demokratien in unterschiedlichen Politikbereichen mehr oder weniger ausgeprägt kooperieren. Generell ist zu beachten, dass Staaten mit ihren Präferenzen nicht im luftleeren Raum agieren, sondern das Handeln von Staaten durch die Präferenzen anderer Staaten beeinflusst ist (Moravcsik 1997; 520–521; Schieder 2006, 185).

Im Vergleich zum Neuen Liberalismus handelt es sich beim **Sozialkonstruktivismus**³ nicht um eine akteurszentrierte Theorie. Folglich existiert keine Priorität der Akteure gegenüber den Strukturen. Akteure und Strukturen werden als verschiedene, sich gegenseitig konstituierende Entitäten verstanden (Spindler 2013, 210; Wendt 1999, 184).

Im Besonderen geht der Konstruktivismus erstens von Akteuren aus, die nicht egoistisch und zweckrational, sondern angemessen handeln. Das heisst, dass Akteure ihre Handlungsoptionen nicht nach den potenziellen absoluten oder relativen Gewinnen bewerten, «sondern nach ihrer sozialen Konformität» (Schimmelfennig 2021, 163). Zweitens sind intersubjektive Strukturen⁴ relevant. Dabei wird zwischen kausalen Ideen, wie Wissen, und prinzipiellen Ideen, wie Werte und Normen unterschieden (ebd., 164–165). Identität ist eine weitere intersubjektive Struktur, die auf den beschriebenen Ideen beruhen kann. Identität wird von Wendt (1992, 397 *Übersetzung des Autors aus dem Englischen*) als «relativ stabile, rollenspezifische Auffassungen und Erwartungen an sich selbst» definiert. Die Identitäten von Akteuren werden durch Interaktion gegenseitig konstituiert. Des Weiteren bildet die Identität von Akteuren die Basis der entsprechenden Akteursinteressen (ebd., 398–399).

Treffen Staaten mit geteiltem Wissen, Werten und Normen aufeinander, entsteht Freundschaft. Bei der Interaktion gegensätzlicher Kulturen⁵ hingegen entsteht Feindschaft (Schimmelfennig 2021, 169–170). Freundschaft und Feindschaft sind von Bedeutung, da beispielsweise Atomwaffen in der Hand einer demokratischen

3 Es existieren verschiedene konstruktivistische Theorien in den IB. Im vorliegenden Kapitel wird einerseits der Sozialkonstruktivismus und andererseits der staatszentrierte Konstruktivismus nach Wendt (1992, 1999) behandelt. Alexander Wendt gilt neben Immanuel Wallerstein als bedeutender Wissenschaftler der IB und Mitbegründer des Sozialkonstruktivismus (Spindler 2013, 197).

4 Intersubjektive Strukturen sind nicht-materieller und ideeller Natur, wie beispielsweise Regeln oder Schemata. Sie strukturieren das Denken von einzelnen Akteuren sowie Gruppen von Akteuren (Schimmelfennig 2021, 164).

5 Kultur ist die «Gesamtheit der kollektiven Ideen einer Gruppe» (Schimmelfennig 2021, 165).

Grossmacht für eine verbündete Demokratie eine andere Bedeutung hat als das Atomwaffenarsenal einer Autokratie mit imperialer Vergangenheit.

Die Identitäten und Interessen von Akteuren sind im Konstruktivismus zwar stabil aber nicht konstant. Akteure können über die Zeit hinweg Ideen und Identitäten der internationalen Gemeinschaft übernehmen (internationale Sozialisation) (ebd., 179). Da sich Akteur und Struktur gegenseitig konstituieren, geht der Konstruktivismus zudem von der grundsätzlichen Veränderbarkeit der Struktur des internationalen Systems aus. Dies bedeutet, dass sich die eigene Identität von Staaten durch die Interaktion mit anderen Staaten und der Struktur des internationalen Systems fortlaufend konstituiert wird. Dieser Vorgang hat zudem einen Einfluss auf die Struktur des internationalen Systems selbst, welche wiederum die Identität der Staaten und somit ihr Verhalten beeinflusst (Wendt 1992, 403–407).

7.3 Die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz – Eine Aussenpolitikanalyse

Neben der Analyse der IB existiert die Methode der Aussenpolitikanalyse. Im Unterschied zu den IB analysiert die Aussenpolitikanalyse in jedem Fall mehrere Ebenen (individual, innerstaatliche und internationale Ebene) und ist zudem multidisziplinär. Das heisst, es werden Erkenntnisse aus anderen Disziplinen⁶ berücksichtigt⁷ (Prifti 2017, 31). Entsprechend kann die Analyse der Schweizer Sicherheits- und Aussenpolitik aus drei Blickwinkeln betrachtet werden: aus jener der *Akteure*, der *Interaktionen* und der *Institutionen*. *Akteure* können Staaten, Organisationen oder Einzelpersonen sein und variieren je nach Fragestellung. Mit *Interaktionen* ist die Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Akteuren gemeint (Schimmelfenning 2021). *Interaktionen* finden auf verschiedenen Ebenen des Staatengefüges statt und formen gemeinsam die Schweizer Sicherheits- und Aussenpolitik. Nach Krasner (1983) sind *Institutionen* als Sets von Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsabläufen, nach denen sich Akteure in einem gewissen Umfeld richten,

6 Prifti (2016, 31) nennt Fachgebiete wie Psychologie, Wirtschaftswissenschaften, Soziologie und Anthropologie als mögliche Quellen, auf die sich die Aussenpolitikanalyse stützen kann.

7 Zudem sind die IB primär am Zusammenspiel von mehreren Staaten (oder der internationalen Struktur) interessiert. Die Aussenpolitikanalyse hingegen will bestimmte aussenpolitische Entscheidungen zu einem bestimmten Zeitpunkt erklären. Die IB und die Aussenpolitikanalyse sind als komplementär zu betrachten (Grieco et al. 2019, 116–117). Mit anderen Worten: «Wenn man internationale Angelegenheiten verstehen will und wissen will, warum Länder manchmal zusammenarbeiten, manchmal miteinander konkurrieren und manchmal sogar gegeneinander kämpfen, dann muss man beide Seiten der Medaille verstehen» (ebd., 118 *Übersetzung des Autors aus dem Englischen*).

definiert. Die Neutralität kann demzufolge als Institution betrachtet werden, da sie den aussenpolitischen Spielraum der Schweiz beeinflusst (Havel 2000).

Die Akteure, welche an der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik beteiligt sind, sind einerseits andere Staaten, aber andererseits auch supranationale Organisationen, wie die EU, die UNO oder die NATO. Mit der verstärkten Globalisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind die wirtschaftlichen und politischen Interdependenzen (Abhängigkeiten) weltweit angestiegen. Im Falle der Schweiz ist spezifisch die EU zu nennen, welche die Schweiz, mit der Ausnahme des Fürstentum Liechtensteins, komplett umschliesst und einen grossen Einfluss auf die Schweizer Aussenpolitik hat (Hirschi et al. 1999). Aber auch Normen, welche sich in institutionellen Gefügen wie der UNO oder deren Suborganisationen, oder in nicht-institutionellen Rahmen entwickelt haben, beeinflussen Schweizer Interessen und Handlungsoptionen im internationalen Kontext. Die «Aussenpolitische Strategie 2020–2023» des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) definiert die Schwerpunkte der Schweizer Aussenpolitik: Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit, Digitalisierung (EDA 2020, 9). Da das internationale Umfeld für die Schweizer Wirtschaft immer anspruchsvoller wird, ist das Engagement für gute Rahmenbedingungen und Marktzugang sowohl in Europa als auch global zentral. Da die EU mittlerweile der grösste und einer der wichtigsten Handelspartner der Schweiz geworden ist (ebd., 21), kommt der Konsolidierung des bilateralen Wegs mit der EU eine grosse und wichtige Bedeutung zu (ebd., 8). Aufgrund des durch den Bundesrat im Mai 2021 abgebrochenen Verhandlungen bzgl. des institutionellen Rahmenabkommens wird derzeit das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU neu definiert. Auf der individuellen Ebene können somit unzählige Akteure Einfluss auf die Ausgestaltung der aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz haben (Allison 1969).

Interaktionen sind abhängig von den Präferenzen und Strukturkonstellationen der einzelnen Staaten im internationalen Kontext (Schimmelfennig 2021). Als mögliche Interaktionen werden die Koordination, Kooperationen und Verhandlungen in verschiedenen Politikfeldern verstanden, welche von Akteuren situationgerecht angewendet werden, um ihre Ziele durchzusetzen. Die Globalisierung und die zunehmende Verflechtung der Nationalstaaten, aber auch das vermehrte Aufkommen von globalen Problemen, wie z. B. Klimawandel, Cyberangriffe, Pandemien oder Terrorismus führen dazu, dass viele Probleme nicht mehr von einzelnen Nationalstaaten alleine gelöst werden können (vgl. dazu auch Schimmelfennig 2021). Dies lässt sich auch auf die Sicherheitspolitik übertragen. So wird Sicherheit heute nicht mehr alleine als militärische Sicherheit begriffen, sondern mit den Dimensionen Gesellschaft, Ökonomie, Ökologie und Kultur erweitert

und die Unterscheidung zwischen innerer und äusserer Sicherheit aufgehoben («erweiterter Sicherheitsbegriff»; Daase & Rülzig 2016, 15). Kooperationen bergen aber auch gewisse Risiken, da man nicht weiss, ob sich die anderen beteiligten Akteure ebenfalls kooperativ zeigen. Unter Umständen kann Kooperation deshalb mit hohen Kosten verbunden sein (Schimmelfennig 2021).

Um das Risiko und die Unsicherheit der Kooperation zu verkleinern, kann es nützlich sein, Institutionen zu etablieren. Institutionen sind Regelwerke, welche von allen beteiligten Akteuren befolgt werden müssen, falls sie mit den restlichen beteiligten Staaten kooperieren wollen (Krasner 1983). Diese Funktion wird häufig an internationale Organisationen übertragen, welche diese Regelwerke umsetzen: Durch ihren zentralisierten Aufbau und ihre Unabhängigkeit von den einzelnen Staaten eignen sich diese besonders, um die Zusammenarbeit effizienter zu gestalten (Abbott & Snidal 1998). Beispiele dafür sind die UNO und die EU.

Die Schweizer Aussenpolitik wird von zwei gegensätzlichen Interessen geprägt: dem Interesse an internationalem Handel und dem Ziel der politischen Autonomie. Der internationale Handel und die daraus resultierenden Interdependenzen haben gesteigerten Wohlstand zum Ziel, welcher mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit für Frieden zwischen den beteiligten Ländern einhergeht (Gilpin 2001, 67–68). Dies ist jedoch auch auf die geografische Nähe und auf eine Teilung von demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien zurückzuführen. Die Schweizer Neutralität fördert aber das Interesse, politische Autonomie zu wahren (Christin & Trechsel 2002). Diese teils gegensätzliche Interessenlage bietet eine Vielzahl von aussen- und sicherheitspolitischen Optionen für die Schweiz. Wenn man argumentiert, dass vielfältige Interdependenzen das Staatensystem überlagern und diese zur Kooperation zwingen, kann die nationale Autonomie der Schweiz als «Trittbrettfahrertum» in der internationalen Politik interpretiert werden. Dabei gibt es eine zunehmende Anzahl von Problemen, welche nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene gelöst werden können. Dies bedeutet auch, dass die Schweiz Einfluss bei der Lösung dieser Probleme preisgibt. Demgegenüber steht die maximale Öffnung der Schweiz, welche jedoch Probleme mit dem heutigen Neutralitätsverständnis mit sich bringen würde und die Autonomie der Schweiz zu einem gewissen Grad beschneiden würde (Fanzun & Lehmann 2000). Diese Option würde der Schweiz jedoch ein verstärktes Mitspracherecht geben.

7.4 Erhebung der Aussen- und Sicherheitspolitik in der Studienreihe «Sicherheit»

Die Wahrnehmungen der Bevölkerung zur Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz ist im Hinblick auf mögliche Kooperationsformen, welche im Laufe des 20. Jahrhunderts aufkamen, für einen Kleinstaat wie die Schweiz von grosser Bedeutung. Dies auch, weil die (halb)-direkte Konkordanzdemokratie in der Schweiz stark ausgebaut ist (Linder & Wirz 2017, 145–147). Aus diesem Grund werden Fragen zu möglichen Kooperationsformen und zur aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft bereits seit den Neunzigerjahren regelmässig abgefragt. Zudem ist die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik facettenreich. In der Studienreihe «Sicherheit» werden aussen- und sicherheitspolitische Aspekte in verschiedene Dimensionen eingeteilt, die mittels neun verschiedener Items gemessen werden (vgl. Tabelle 7.1).

Tabelle 7.1: Erhebung der unterschiedlichen Dimensionen der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik.

Hauptdimension	Unterdimension	Item
Beziehungen zur EU		
	Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt (bilateraler Weg)	«Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.» Vor 2004: «Die Schweiz sollte dem EWR, nicht aber der EU beitreten.»
	Vorbehaltloser Beitritt zur EU	«Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.» Vor 2020: «Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.»
Weiche Kooperation		
	Vermehrte Vermittlung in Konflikten	«Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.»
	Vermehrte Entwicklungshilfe	«Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.»
Kooperation mit der UNO		
	Verstärktes Engagement für Anliegen der UNO	«Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.» Vor 2002: «Die Schweiz sollte der UNO beitreten.» «Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der UNO, anstreben.»
Sicherheitspolitische Kooperationen		
	Friedenstruppen für die UNO	«Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.»
	Beitritt zur NATO	«Die Schweiz sollte der NATO beitreten.»
Militärische und nationale Autonomie		
	Militärische Autonomie	«Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.»
	Nationale Autonomie	«Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.»

7.5 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bilateraler Weg oder Beitritt zur Europäischen Union

Das Freihandelsabkommen von 1972 gilt als der erste Vertrag in den bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU (EDA 2022a, 3; Lavenex 2011, 378). In den folgenden Jahrzehnten und insbesondere nach Ende des Kalten Krieges haben sich die Schweiz und die EU grundsätzlich weiter institutionell angenähert. Voraussetzung für diese Annäherung waren erfolgreiche Abstimmungsentscheide der Schweizer Stimmbevölkerung wie die Bilateralen I und II (Linder 2013, 191). Die Annäherung war jedoch innenpolitisch umstritten und keineswegs graduell. Dies zeigen gescheiterte Abstimmungen wie die Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 1992⁸ (ebd., 191). Zudem wurde eine Volksinitiative, die den Beitritt der Schweiz zur EU zum Ziel hatte, 2001 deutlich abgelehnt.⁹

Aus theoretischer Perspektive eignet sich der Neue Liberalismus und der Konstruktivismus, um das Verhältnis der Schweiz mit der EU zu beleuchten. Aufgrund der direkten Demokratie in der Schweiz verlangen wichtige aussenpolitische Vorlagen eine Volksabstimmung.¹⁰ Aus *liberaler* Perspektive lassen sich die Beziehungen der Schweiz mit der EU anhand der Präferenzen der Schweizer Stimmbevölkerung erklären. Von 1996 bis 1999 war ein EU-Beitritt zeitweise mehrheitsfähig, wie die Daten der Studienreihe «Sicherheit» zeigen. Dieses Möglichkeitsfenster für einen EU-Beitritt konnte offensichtlich von innergesellschaftlichen, proeuropäischen Akteuren nicht genutzt werden. Seit 1999 sinkt die Zustimmung zu einem EU-Beitritt deutlich und seit 2000 ist ein Beitritt nicht mehr mehrheitsfähig (siehe Abbildung 7.1).

Ergänzend zum Liberalismus kann der *Sozialkonstruktivismus* Erklärungen anbieten, wieso die Schweizer Stimmbevölkerung einen EU-Beitritt ablehnt. Beim Abstimmungskampf gegen den EWR-Vertrag spielten Argumente der nationalen Souveränität und der politischen Neutralität eine entscheidende Rolle (Linder 2013, 191). Des Weiteren muss die direkte Demokratie als bedeutender Teil der schweizerischen politischen Kultur diskutiert werden (Linder & Wirz 2017, 160). Die Schweizer Stimmbevölkerung befürchtet, dass durch eine EU-Mitgliedschaft die direkte Demokratie unterminiert und weniger wirksam werden würde (Linder

8 Die Schweizer Stimmbevölkerung lehnte den EWR-Vertrag mit 50.3% ab (EDA 2021, 5).

9 Eidgenössische Volksinitiative «Ja zu Europa» wurde 2001 mit 76,8% Nein-Stimmen abgelehnt (EDA 2021, 5).

10 «Die Genehmigung von Staatsverträgen, die den Beitritt (...) zu supranationalen Gemeinschaften (wie etwa die EU) zum Gegenstand haben» (Linder & Wirz 2017, 147) unterliegen dem obligatorischen Referendum. Gegen «völkerrechtliche Verträge, die unbefristete und unkündbar sind (...) oder wichtige rechtssetzende Bestimmungen enthalten» (ebd., 147), kann das fakultative Referendum ergriffen werden.

2013, 200). Mit anderen Worten: Ein EU-Beitritt würde in der Wahrnehmung der Schweizer Stimmbevölkerung die politische Neutralität, die nationale Souveränität und die direkte Demokratie einschränken, was wiederum die Identität der Schweiz bedroht. Folglich befürworteten die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zwar eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU, lehnen einen EU-Beitritt jedoch deutlich ab.

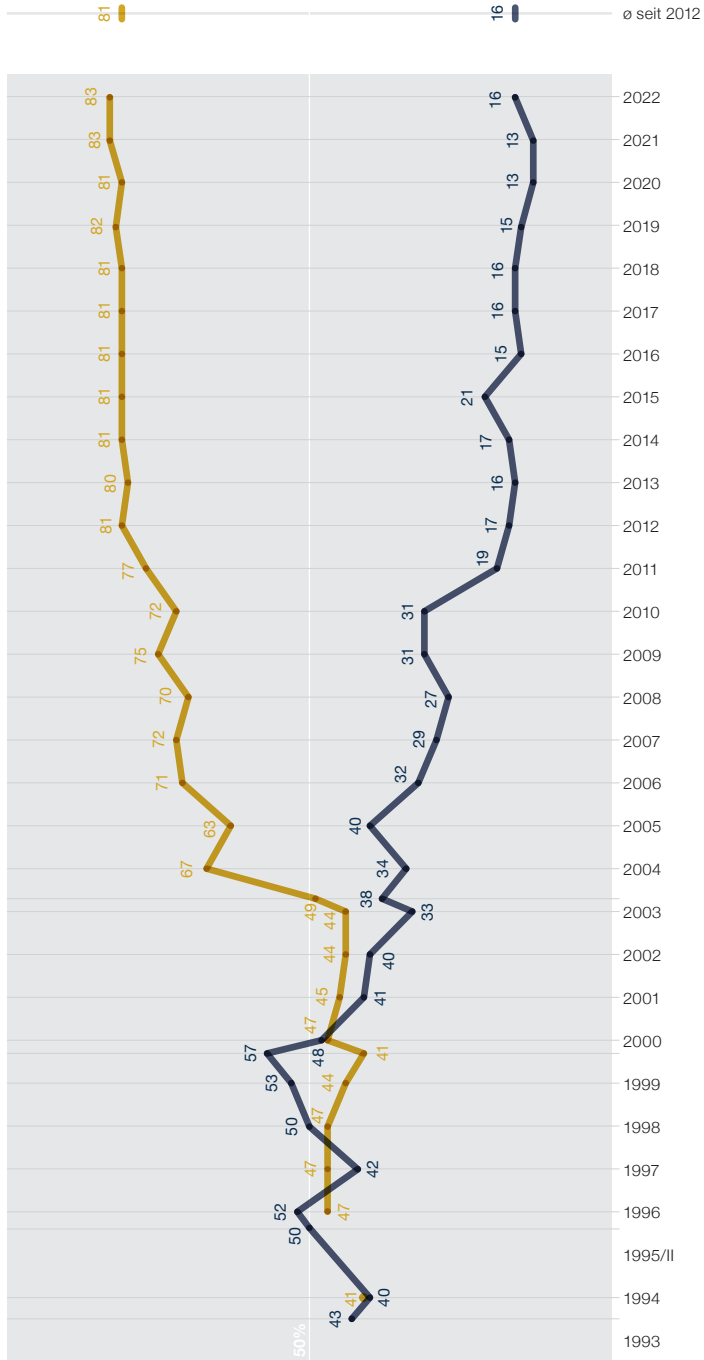
Die erhobenen Daten zeigen, dass der verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt (siehe Abbildung 7.1, gelbe Linie) Anfang 2022 im Vergleich zum Vorjahr unverändert stark zugestimmt wird (83%, ± 0 Prozentpunkte). 36% der Befragten zeigen sich mit dem bilateralen Weg «sehr» und 47% «eher» einverstanden. Die Zustimmungsrate liegt leicht über dem Schnitt der letzten zehn Jahre (siehe Abbildung 7.1, rechte Skala mit dem Durchschnittswert 2012–2022) von 81%. Seit diese Frage im Jahr 2004 eingeführt wurde, findet der bilaterale Weg grossen und mehrheitlichen Zuspruch bei der Stimmbevölkerung, welcher sich bis 2012 kontinuierlich erhöht hat. Seit 2012 wird der bilaterale Weg der Schweiz mit der EU von über 80% der Schweizerinnen und Schweizer befürwortet.

Die Zustimmung zu einem vorbehaltlosen EU-Beitritt (dunkelblaue Linie) hat seit 2011 deutlich an Bedeutung verloren. Im Vergleich zum Vorjahr steigt die Zustimmung Anfang 2022 leicht aber signifikant an. So sprechen sich 16% (+3 Pp) der Befragten für einen vorbehaltlosen Beitritt zur EU aus. 3% der Befragten geben an, «sehr» und 13% «eher» mit dieser Aussage einverstanden zu sein. Der leichte Anstieg der Zustimmung für einen vorbehaltlosen Beitritt zur EU Anfang 2022 könnte mit dem gescheiterten «Rahmenabkommen Schweiz-EU» erklärt werden. Die Verhandlungen über das Institutionelle Abkommen (InstA) wurden vom Bundesrat im Mai 2021 eingestellt (EDA 2022b). Das Thema wurde seither regelmässig in den Medien diskutiert (Neue Zürcher Zeitung 2022a).

Bezüglich der Europapolitik lässt sich ein markanter Bruch im Meinungsbild der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über den gesamten Erhebungszeitraum der Studienreihe «Sicherheit» ausmachen. In den Neunzigerjahren war ein Beitritt stellenweise denkbar oder es wurde nur ganz knapp keine Mehrheit in der Stimmbevölkerung erreicht. Ab dem Jahr 2000 zeichnete sich ein Abwärtstrend bei der Zustimmung zu einem EU-Beitritt der Schweiz ab. Zwischen 2003 bis 2005 gab es eine kurzfristige Umkehrung dieses Trends. Seit 2006 nahm die Zustimmung zu einem EU-Beitritt wieder ab. 2011 wurde ein weiterer spürbarer Rückgang verzeichnet, als die Zustimmungswerte deutlich sanken. Dieser Meinungsumschwung fällt zeitlich mit der Finanz- und Eurokrise und dem darauffolgenden Erstarken verschiedenster euroskeptischer Parteien zusammen. Rump kommt in ihrem Vergleich von 14 EU-Ländern, sowie Norwegen und der Schweiz als nicht EU-Länder, im

Abbildung 7.1: Europäische Integration

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»
 sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



— «Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.»
 — «Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.»

cooptight/isi/2

Aussenvergleich zwischen 2002 und 2016 zum Schluss, dass der Euroskeptizismus generell zugenommen hat, und dass diese Zunahme als Folge der Staatsschulden- und Finanzkrise in Europa zu verstehen ist (Rump 2020, 183–184). In der gleichen Zeit, in der die Zustimmung zu einem vorbehaltlosen EU-Beitritt abnahm, stieg die Befürwortung für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU bis 2012. Seither wird der bilaterale Weg der Schweiz von durchschnittlich 81% (Durchschnitt 2012–2022) der Schweizerinnen und Schweizern befürwortet.

Soziodemografische Einflüsse¹¹: Ob Schweizerinnen und Schweizer für oder gegen einen EU-Beitritt sind, wird am stärksten durch die politische Einstellung erklärt. Je weiter rechts eine Person eingestellt ist, desto stärker wird ein EU-Beitritt abgelehnt (links: 28%, Mitte: 13%, rechts: 8%; Cramer's $V = 0.22^{12}$). Bezüglich des bilateralen Weges zeigen sich signifikante Unterschiede in der Zustimmung zwischen den linken und dem rechten Spektrum. Politisch rechts Eingestellte befürworten den bilateralen Weg signifikant stärker als politisch links Eingestellte (links: 78%, Mitte: 86%, rechts: 87%; $V = 0.11$).

Weitere signifikante Unterschiede¹³: Die Einstellung von Schweizerinnen und Schweizern, die sich gegen einen EU-Beitritt aussprechen, steht in einem positiven Zusammenhang mit der Präferenz des bilateralen Weges ($V = 0.23$). Schweizerinnen und Schweizer, die einen vorbehaltlosen EU-Beitritt ablehnen, lehnen einen NATO-Beitritt ebenfalls häufiger ab ($V = 0.42$). Des Weiteren besteht ein positiver Zusammenhang zwischen dem Wunsch nach Beibehaltung der Neutralität und der Ablehnung eines EU-Beitritts ($V = 0.19$). Zudem befürworten Personen, die einen EU-Beitritt der Schweiz ablehnen, eher die militärische Autonomie der Schweiz ($V = 0.21$) und sind seltener der Meinung, dass sich die Schweiz für UNO-Anliegen einsetzen sollte ($V = 0.22$). Ausserdem stimmen Befragte, die einen EU-Beitritt ablehnen, der nationalen Autonomie der Schweiz vermehrt zu ($V = 0.16$). Ein positiver Zusammenhang ist ebenfalls erkennbar zwischen der Befürwortung des bilateralen Weges und der Zustimmung mit der Aussage, dass die Neutralität das Leisten «Guter Dienste» ermöglicht ($V = 0.19$).

11 Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

12 Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt.

13 Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

«Standort Schweiz 2021 – Europafragen»

Mit dem Hauptziel, das Meinungsbild der Schweizer Stimmberechtigten rund um die bilateralen Verträge mit der EU auszuleuchten, wurde der achte Bericht «Standort Schweiz 2020 – Europafragen» im April 2021 veröffentlicht. Hierfür führte das Meinungsforschungsinstitut gfs.bern zwischen dem 8. März 2021 und dem 16. April 2021 bei 2005 Stimmberechtigten der Schweiz computerunterstützte Telefoninterviews (CATI) durch (Bieri et al. 2021, 16–17). Die Auswertung zeigt, dass 54% der Stimmberechtigten «nur» oder «eher» Vorteile in den bilateralen Verträgen sehen und 15% nehmen «nur» oder «eher» Nachteile wahr. 23% sind ambivalent und bemerken Vor- und Nachteile. 3% der Befragten sehen weder Vor- noch Nachteile und 3% können sich keine Meinung dazu bilden (ebd., 3). Aus sechs vorgegebenen Szenarien wird ein Beitritt der Schweiz zur EU am wenigsten stark (18%) von den Befragten unterstützt (ebd., 15).

Bieri, U., Frind, A., Bohn, D., Venetz, A. (2021). *Institutionelles Abkommen mehrheitlich akzeptiert, allerdings nicht als Königsweg*. Standort Schweiz 2021 – Europafragen. Bern.

«Standort Schweiz 2022 – Europafragen»

Die Datenerhebung des «Standorts Schweiz 2022 – Europafragen» wurde zwischen dem 3. Januar 2022 und 12. Februar 2022 bei 2003 stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer durchgeführt. Befragte wurden hierfür telefonisch befragt (Bieri et al. 2022, 19). Die Daten geben Aufschluss darüber, ob sich die Einstellung der Stimmbevölkerung gegenüber der EU nach dem Verhandlungsabbruch des institutionellen Rahmenabkommen durch den Bundesrat im Mai 2021 verändert hat. Die Befragung zeigt, dass 55% der Befragten «nur» (9%) oder «eher» (44%) Vorteile in den bilateralen Verträgen sehen. Unverändert sehen 15% hier «nur» oder «eher» Nachteile (ebd., 3). Ein EU-Beitritt wird von 16% der Schweizerinnen und Schweizer befürwortet (ebd., 16). Damit bleibt die Einstellung knapp ein Jahr nach Abbruch des Rahmenabkommens stabil und unverändert.

Bieri, U., Kocher, J., Jenzer, O., Bohn, D. (2022). *Nach Verhandlungsabbruch weiterhin stabile Vorteilssicht auf Bilaterale*. Standort Schweiz 2022 – Europafragen. Bern.

Die Trendstudie: «CS Sorgenbarometer 2021»

Seit 1976 werden jährlich im «Sorgenbarometer» der Credit Suisse (CS) die politischen und wirtschaftlichen Sorgen der Schweizer Stimmbevölkerung untersucht. Im Rahmen des «CS Sorgenbarometers 2021» wurden insgesamt 1722 Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz über verschiedene Kanäle (Mixed-Mode-Ansatz) befragt: 300 Personen Face-to-Face, 498 aus dem gfs-Panel und 924 durch freie Online-Rekrutierung über Social Media. Von Juli bis August 2021 wurden die Daten durch gfs.bern erhoben und nach soziodemografischen (Alter/Geschlecht interlocked, Sprachregion und Partei) und methodischen Kriterien gewichtet (CS Sorgenbarometer 2021, 5).

Nachdem der Bundesrat im Mai 2021 die Verhandlungen mit der EU betreffend das institutionelle Rahmenabkommen abgebrochen hat, zeigen sich Schweizerinnen und Schweizer gegenüber Europa selbstsicher und gelassen (ebd., 29). Als wichtigstes Problemfeld werden nach wie vor die Beziehungen der Schweiz mit der EU genannt. In den Top-Ten der dringendsten Sorgen der Schweizer Stimmbevölkerung rangiert das Thema «EU / Bilaterale / Integration / Rahmenabkommen inkl. Meinungsverschiedenheiten» auf dem vierten Platz. Die ersten drei Plätze belegen «Corona-Pandemie und ihre Folgen», «Umweltschutz / Klimawandel» und «AHV / Altersvorsorge» (ebd., 6–7).

Gefragt nach dem gewünschten zukünftigen Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU, legen die sechs vorgegebenen Optionen nahe, dass sich Schweizerinnen und Schweizer durchaus ein geregeltes und stabiles Verhältnis zu Europa wünschen (76%). Aus Sicht der Schweizer Stimmbevölkerung kommt ein Beitritt zur EU insgesamt noch weniger in Frage als der vollständige Abbruch der Beziehungen.

Im Weiteren wird im «CS Sorgenbarometer» das Vertrauen in zwölf verschiedene Institutionen anhand einer Skala von 1 bis 7, wobei 1 «kein Vertrauen» und 7 «grosses Vertrauen» bedeuten, gemessen. Während das Vertrauen in die EU zwischen 2017 und 2019 stark gesunken ist, zeigt die jüngste Umfrage, dass das Vertrauen in die EU im Vorjahresvergleich signifikant gestiegen ist und damit die EU neu den zweitletzten Platz belegt (ebd., 19). Bei der Frage nach dem Vertrauen in ausgewählte Staaten, Staatenbunde und Organisationen belegt die EU nach Österreich, Deutschland und der UNO den vierten Platz von sechs (ebd., 20).

CS Sorgenbarometer (2021). *Die Pandemie in der zweiten Phase, Resilienz und Rückzug in individuelle Lebenswelten*. Bern. Credit Suisse Sorgenbarometer 2021. Bern.

«Standort Schweiz 2021 – Europafragen», «Standort Schweiz 2022 – Europafragen», der «CS-Sorgenbarometer 2021», und die Studie «Sicherheit 2022» im Vergleich

Die Resultate der Studie «Sicherheit 2022» zeigen, dass sich eine klare und deutliche Mehrheit von 83% der Schweizerinnen und Schweizern für den bilateralen Weg zwischen der Schweiz und der EU (verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit ohne EU-Beitritt) aussprechen. Obschon die Zustimmung eines EU-Beitritts der Schweiz gestiegen ist, wird er nach wie vor nur von einer kleinen Minderheit der Stimmbevölkerung (16%) gefordert.

Die vier beschriebenen Studien zeigen ein sehr ähnliches Bild davon, wie Schweizerinnen und Schweizer gegenüber der europäischen Integration eingestellt sind. Ein Schweizer Beitritt zur EU wird lediglich von einer kleinen Minderheit gefordert, wobei die Zustimmung zwischen 16% und 18% variiert. Die Befürwortung zu einer ausschliesslich wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU (bilateraler Weg) findet hingegen sowohl in der Studie «Sicherheit 2022» eine grosse Mehrheit von 83% als auch gemäss den Umfragen «Standort Schweiz 2021 und 2022 – Europafragen». Hier sehen 54% Vorteile in den Bilateralen und 23% nehmen neben den Vorteilen auch Nachteile wahr. Statistisch betrachtet zeigen sich hier zwischen der 2021er und 2022er Erhebung keine Unterschiede. Die Daten zeigen, dass die Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber der EU auch nach dem Verhandlungsabbruch bezüglich des institutionellen Rahmenabkommens gleichgeblieben ist und dass die bilateralen Verträge weiterhin eine stabile Mehrheit geniessen.

Für die vier oben beschriebenen Studien gilt: *Während eine Bevölkerungsmehrheit die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU begrüsst, wird ein Beitritt zur EU nur von der Minderheit gefordert. Dieser Trend ist ungebrochen und hat sich auch nach dem im Mai 2021 gescheiterten institutionellen Rahmenabkommen nicht verändert. Damit zeigen die vier Erhebungen im Allgemeinen ein relativ konsistentes Bild, wie Schweizerinnen und Schweizer gegenüber der EU eingestellt sind.*

7.6 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

Über die letzten Jahre ist die Zustimmung zu nicht-institutionellen («weichen») Kooperationsformen mit anderen Staaten relativ stabil geblieben. Auch Anfang 2022 setzt sich dieser Trend fort. Unverändert oft wird eine verstärkte Vermittlungsrolle der Schweiz in Konflikten von 75% (+4 Prozentpunkte, siehe Abbildung 7.2, gelbe Linie) der Befragten unterstützt. 23% antworten hier mit «sehr» und 51% mit «eher» einverstanden. Der aktuelle Wert befindet sich leicht über dem Schnitt seit 2012 von 73%. Grundsätzlich wird über den gesamten Erhebungszeitraum eine hohe Zustimmungsrates verzeichnet.

Die Zustimmung für eine verstärkte Entwicklungshilfe verharrt im Januar 2022 statistisch unverändert bei 66% (+1 Pp, dunkelblaue Linie). Aktuell liegt sie knapp über dem Zehnjahresschnitt von 64%.

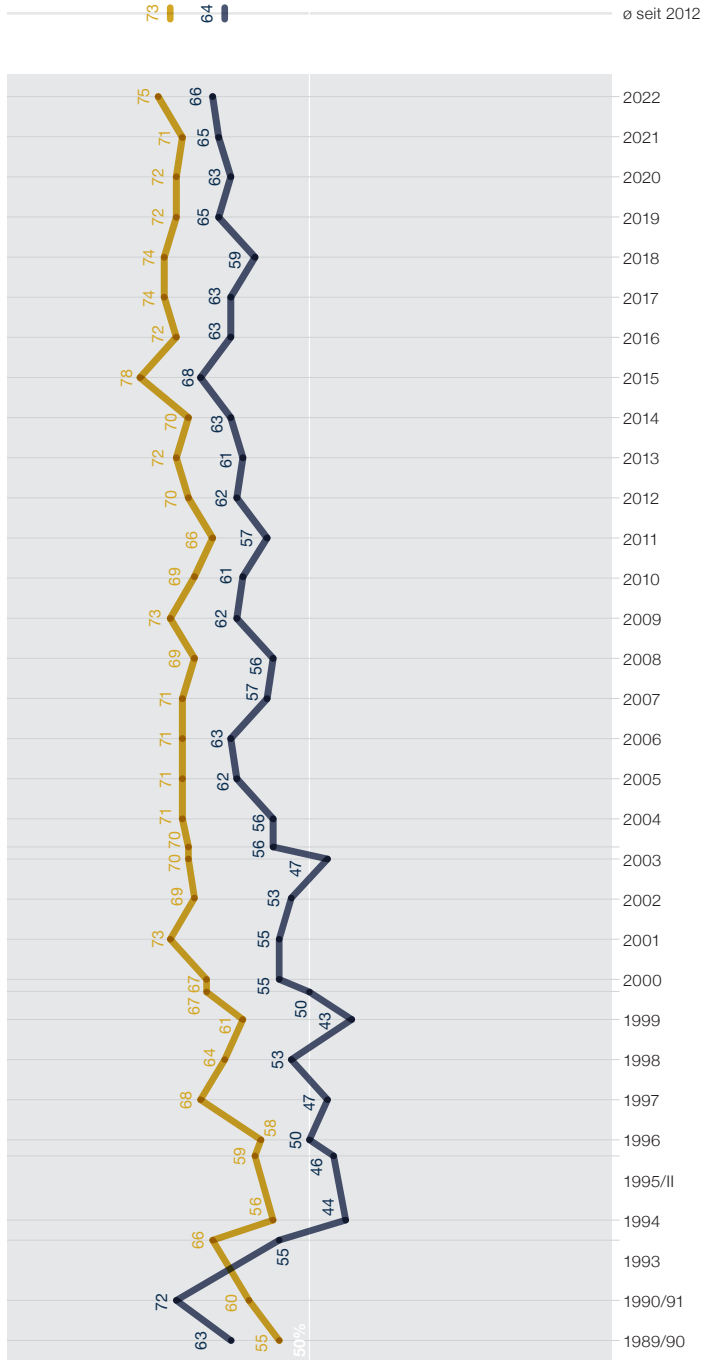
Der Zeitreihenvergleich zeigt, dass die Schweizer Stimmbevölkerung seit Erhebungsbeginn der Studienreihe «Sicherheit» grossmehrheitlich hinter einem starken nicht-institutionellen Engagement der Schweiz in Form von internationaler Kooperation steht. Zwischen 1993 und 2003 war sich die Stimmbevölkerung hinsichtlich höherer Entwicklungshilfe nicht einig. Seit 2004 zeichnet sich eine deutliche Mehrheit ab, die eine Erhöhung des Budgets für Entwicklungshilfe befürwortet. Im Jahr 2015 wurden bei beiden Kooperationsformen Höchstwerte gemessen. Es ist naheliegend, dass die damaligen Werte in Zusammenhang mit dem Schweizer Vorsitz bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durch den damaligen Bundespräsidenten Didier Burkhalter im Jahr 2014 stehen. Das damalige verstärkte internationale Engagement der Schweiz wurde von der Schweizer Bevölkerung positiv wahrgenommen und bewertet.

Soziodemografische Einflüsse: Die Einstellung gegenüber vermehrtem Vermitteln in Konflikten wird durch das Bildungsniveau beeinflusst. Personen mit hohem Bildungsniveau befürworten das Schweizer Vermitteln in Konflikten signifikant stärker als Personen mit mittlerem oder niedrigem Bildungsniveau (hoch: 81%; mittel: 69%; tief: 64%; $V = 0.13$). Befragte des politisch linken Spektrums befürworten die Konfliktvermittlung signifikant stärker als Personen der politischen Mitte und rechts davon (links: 81%, Mitte: 72%, rechts: 72%; $V = 0.10$).

Bei der Einstellung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe spielen die Sprachregion, das Alter und die politische Einstellung eine signifikante Rolle, wobei sich die Einstellungen in Bezug auf die politische Selbsteinschätzung am stärksten unterscheiden. Politisch rechts Orientierte sind sich mit einer Zustimmung von 49% uneinig, ob

Abbildung 7.2: Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen («weiche» Kooperation)

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Weichen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»
 sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



— «Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.»
 — «Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.»

cooplose|s|22

mehr Geld für die Entwicklungshilfe ausgegeben werden sollte. Schweizerinnen und Schweizer der politischen Mitte und links davon stimmen dagegen mehrheitlich für mehr Geld für die Entwicklungshilfe (links: 84%, Mitte: 70%; rechts: 49%; $V = 0.27$). Dabei fällt der Zustimmungsunterschied von 35 Prozentpunkten zwischen den sich links und rechts einstufoenden Befragten auf und unterstreicht die stark voneinander abweichende Position der beiden politischen Lager hinsichtlich der Geldvergabe für Entwicklungshilfe. Westschweizerinnen und Westschweizer stimmen dieser Vorgabe signifikant stärker zu als Personen aus der Deutschschweiz oder dem Tessin (D-CH: 61%, F-CH: 83%, Tessin: 70%; $V = 0.16$). Junge befürworten diese Vorgabe signifikant stärker als die beiden älteren Alterskohorten (18–34-Jährige: 77%, 35–49-Jährige: 69%, 50–64-Jährige: 61%, ab 65-Jährige: 59%; $V = 0.11$).

Weitere signifikante Unterschiede: Wer einer verstärkten Konfliktvermittlung zustimmt, stimmt auch einer Erhöhung der Entwicklungshilfe häufiger zu ($V = 0.23$). Ebenso steht die Zustimmung für mehr Entwicklungshilfe sowie für die Vermittlung bei Konflikten mit der Unterstützung der Anliegen der UNO in einem positiven Zusammenhang (beide Variablen: $V = 0.29$). Mit anderen Worten: Wer der Erhöhung der Entwicklungshilfe oder dem Schweizer Engagement bei der Vermittlung bei Konflikten zustimmt, befürwortet tendenziell eher, dass sich die Schweiz für Anliegen der UNO einsetzen sollte. Dies gilt auch für die Bereitschaft zur Entsendung von Schweizer Friedenstruppen zugunsten der UNO ($V = 0.23$). Des Weiteren wird die Erhöhung der Entwicklungshilfe von Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern tendenziell stärker befürwortet, wenn diese einen EU-Beitritt befürworten ($V = 0.20$).

7.7 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Beteiligung innerhalb der UNO

Die Beziehung der Schweiz zur UNO war bis zu ihrem Beitritt im September 2002 von Widersprüchlichkeiten geprägt. Beispielsweise partizipierte die Schweiz in allen Unterorganisationen der UNO und war gleichzeitig einer der bedeutendsten Geldgeber. Jedoch trat die Schweiz erst rund zehn Jahre nach Ende des Kalten Krieges per Volksabstimmung der UNO bei (VOX 2002; Möckli 2003, 46).

Aus theoretischer, *liberaler* Perspektive lässt sich argumentieren, dass die Schweizer Stimmbevölkerung einen UNO-Beitritt während des Kalten Krieges ablehnte, wie die Abstimmung vom 16. März 1986 zeigt,¹⁴ und folglich der UNO fern-

14 Der Beitritt zur UNO wurde deutlich mit 75.7% Nein-Stimmen abgelehnt (VOX 1986, 1).

bleibt. Die institutionellen Gegebenheiten der Schweiz verhindern es, dass sich die politische Elite in solchen aussenpolitischen Angelegenheiten gegenüber der Stimmbevölkerung durchsetzen kann (Linder & Wirz 2017, 150–152). Folglich ist ein UNO-Beitritt nur möglich, wenn eine Mehrheit der Stimmbevölkerung von den Vorteilen eines Beitritts überzeugt wird. Dies geschah am 3. März 2002, als die Schweizer Stimmbevölkerung dem UNO-Beitritt mit 54.6% zustimmte (VOX 2002). Da der Liberalismus die Interessen der innergesellschaftlichen Akteure, die die Schweizer Aussenpolitik bestimmen, als exogen betrachtet, eignet sich die Theorie nicht, um die Veränderung der Präferenzen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von 1986 bis 2002 zu erklären.

Als Ergänzung zu dieser theoretischen Erklärung eignet sich der *Konstruktivismus*, um die Präferenzveränderung der Schweizer Stimmbevölkerung nach dem Ende des Kalten Krieges zu erklären. In der konstruktivistischen Theorie sind Identitäten und Interessen der Akteure zentral. Diese werden durch ideelle Strukturen auf der internationalen Ebene beeinflusst. Das internationale System durchlief grundlegende Transformationen nach Ende des Kalten Krieges. Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion wurde das internationale System unipolar (Mearsheimer 2018, 122; Wendt 1999, 314). Gleichzeitig verstärkte sich die Globalisierung (Möckli 2003, 63). Beides sind Ausdrücke eines kulturellen Wandels auf der internationalen Ebene – weg von einem kompetitiven und hin zu einem kooperativen internationalen System (Wendt 1999, 314). Als Konsequenz davon veränderten sich durch internationale Sozialisation die Identität und die Interessen der Schweiz. Folglich wurde in der Schweiz Ende der 1990er-Jahre eine neue Debatte zum UNO-Beitritt lanciert, die 2002 mit dem UNO-Beitritt der Schweiz erfolgreich abgeschlossen wurde (Möckli 2003, 65–67).

Die Daten der Studienreihe «Sicherheit» zeigen, dass im Jahr 1983 34% der Schweizer Stimmbevölkerung einem Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen (UNO) zustimmten (Haltiner & Anker 1986, 39). Zwischen 1983 und 1995 wurde eine institutionelle Kooperation in Form eines Schweizer Beitritts zur UNO nur von einer durchschnittlichen Minderheit von 40% unterstützt (Haltiner et al. 1996, 9). Aufgrund dessen erstaunt es nicht, dass die Schweizer Stimmbevölkerung am 16. März 1986 den Beitritt zur Uno mit 75.7% Nein-Anteil an der Urne ablehnte (VOX 1986, 3). Die Daten der Studienreihe «Sicherheit» bilden den Zeitverlauf der Zustimmung und dessen Meinungsumschwung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber der UNO eindrücklich ab.¹⁵ Während sich 1996 Schweizerinnen

15 Für die grafische Darstellung der Ergebnisse wird auf die Ausgabe der Studienreihe «Sicherheit 2021», Seite 201, verwiesen.

und Schweizer bezüglich eines UNO-Beitritts der Schweiz mit 51% Zustimmung uneinig waren, zeigt sich seit 1997, dass eine durchschnittliche Mehrheit von 60% diesem zustimmte. Im Januar 2002 sprachen sich 58% der Befragten der Studie «Sicherheit 2002» für einen UNO-Beitritt der Schweiz aus (Haltiner et al. 2002, 89). Am 3. März 2002 wurde die eidgenössische Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)» von einer Mehrheit von 54.6% der Stimmbevölkerung angenommen (VOX 2002, 5). Bei der UNO-Abstimmung 2002 wurde das Ständemehr mit dem kleinsten möglichen Mehr von 13 Ständen (Kantonen) erreicht. Die im Anschluss der Abstimmung durchgeführte Abstimmungsnachbefragung (VOX-Analyse) zeigte, dass es einen Konflikt zwischen den Westschweizer Kantonen und den städtischen Deutschschweizer Kantonen auf der einen Seite und den ländlichen Deutschschweizer Kantonen und dem Kanton Tessin auf der anderen Seite gab (ebd.). So stimmten sämtliche Westschweizer Kantone zusammen mit den Deutschschweizer Kantonen Bern, Solothurn, beider Basel, Luzern, Zug und Zürich für den Beitritt. Der für das Jahr 2002 beschriebene Konflikt hatte sich bei der UNO-Abstimmung 1986 und der später durchgeführten Abstimmungsnachbefragung noch nicht gezeigt. Zusätzlich zeigte die Nachabstimmungs-Analyse, dass 2002 von den Bundesratsparteien lediglich die Anhängerinnen und Anhänger der SVP die Vorlage ablehnten und als einzige soziodemografische Gruppe eine geringere Zustimmung zum UNO-Beitritt als in der Abstimmung von 1986 aufwiesen (gfs.bern 2002).

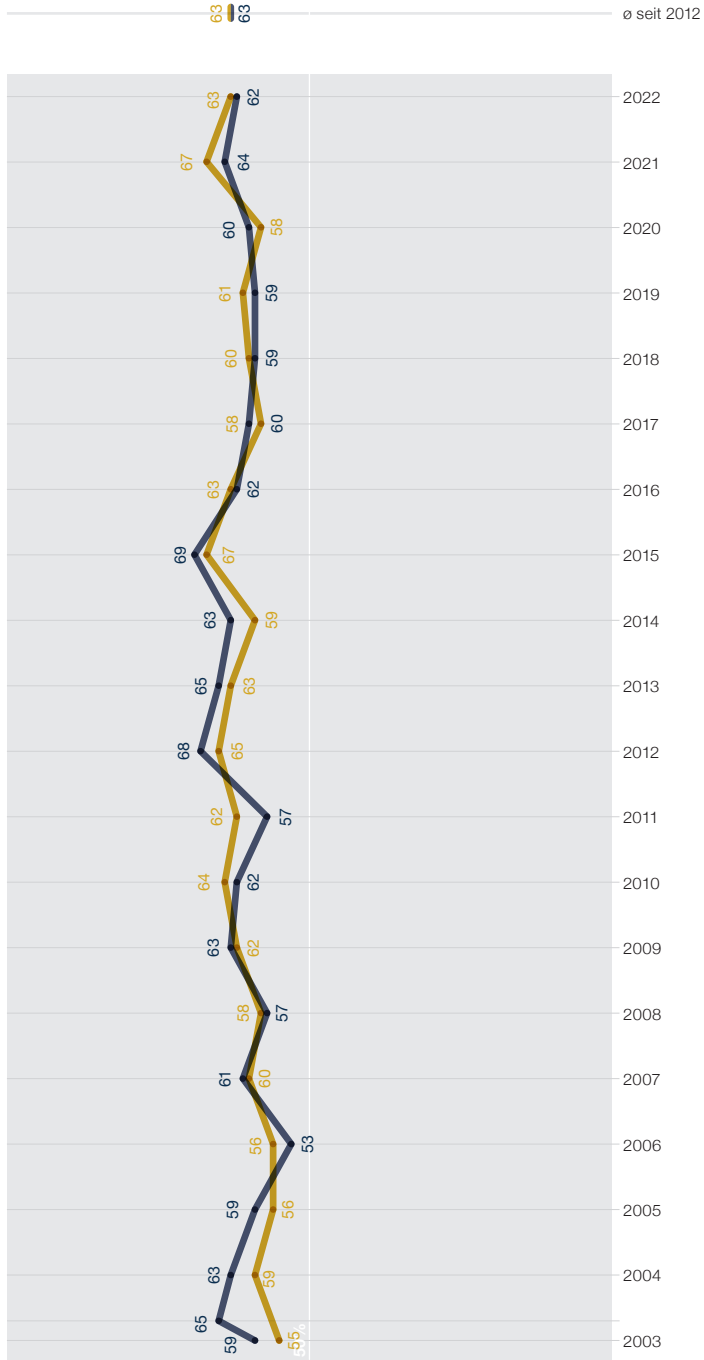
Nach dem Beitritt der Schweiz zur UNO 2002 wurden in der Studienreihe «Sicherheit 2003» zwei Indikatoren, welche das vermehrte Engagement der Schweiz in der UNO messen, eingeführt. Seither ersetzen diese beiden Items die Aussage, dass die Schweiz der UNO beitreten sollte. Seit 2003 werden beide Indikatoren jeweils von einer Bevölkerungsmehrheit bejaht (siehe Abbildung 7.3, gelbe und dunkelblaue Linie).

Im Vergleich zu 2021 werden beide Einstellungen gegenüber der UNO durch die Befragten signifikant schwächer befürwortet. 62% (–2 Prozentpunkte; 13% «sehr» einverstanden, 49% «eher» einverstanden) der Schweizerinnen und Schweizer stimmen der Ansicht zu, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen sollte (dunkelblaue Linie, Schnitt seit 2012: 63%).

Die Zustimmung zur Aussage, die Schweiz solle einen Sitz im Sicherheitsrat anstreben (gelbe Linie, langjähriger Schnitt: 63%), unterstützen anfangs Januar 2022 63% (–4 Pp), wovon 17% «sehr» und 46% «eher» damit einverstanden sind. Somit wird ein verstärktes Engagement der Schweiz im Rahmen der UNO von einer soliden Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer unterstützt. Zwischen 2003 und 2022 schwankten die Zustimmungswerte für die beiden Aussagen zwischen 53% und 69%.

Abbildung 7.3: Einstellungen zur UNO

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Weichen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»
 sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



— «Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der UNO anstreben.»
 — «Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.»

coop.univis/22

Der langjährige Verlauf der beiden UNO-Fragen ist relativ konstant, unterliegt jedoch jährlichen Schwankungen, welche auf jeweils aktuelle Thematiken in der Weltpolitik zurückzuführen sein dürften. In der jeweiligen Ausgabe der Studie «Sicherheit» werden diese im Kapitel «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse» aufgeführt. Beispielsweise wurden 2015, wie bei der Bereitschaft zur internationalen Kooperation ohne institutionelle Anbindungen (vgl. Abschnitt 7.3), Höchstwerte für die Bereitschaft für ein erhöhtes Engagement in der UNO gemessen. Dies dürfte ebenfalls auf den Schweizer Vorsitz bei der OSZE im Jahr 2014 zurückzuführen sein. Seit 2015 sind die Zustimmungswerte wieder etwas zurückgegangen und befinden sich jetzt im langjährigen Schnitt.

Soziodemografische Einflüsse: Befragte des politischen linken Spektrums befürworten einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat signifikant stärker als Personen des politischen rechten Spektrums. Nichtsdestotrotz wird diese Vorgabe von allen drei politischen Lagern befürwortet (links: 70%, Mitte: 65%, rechts: 58%; $V = 0.11$). Frauen befürworten einen Schweizer Sitz im UNO-Sicherheitsrat häufiger als Männer (Frauen: 70%, Männer: 57%; $V = 0.18$). Ungeachtet dessen wird ein Sitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat von beiden Geschlechtern mehrheitlich zugestimmt. Personen, die sich politisch links einstufen, stimmen signifikant öfters der Ansicht zu, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen sollte (links: 74%, Mitte: 59%, rechts: 54%; $V = 0.16$). Bei den politisch rechts Orientierten ist die mehrheitliche Zustimmung mit 54% vergleichsweise knapp.

Weitere signifikante Unterschiede: Befragte, die einem Sitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat zustimmen, befürworten tendenziell ebenfalls höhere Ausgaben bei der Entwicklungshilfe ($V = 0.19$), den Einsatz von Schweizer Friedenstruppen im Rahmen der UNO ($V = 0.31$) und die Aussage, dass sich die Schweiz vermehrt für die Anliegen der UNO einsetzen sollte ($V = 0.37$). Zudem befürworten Personen, die einem NATO-Beitritt der Schweiz zustimmen, eher einen Schweizer Sitz im UNO-Sicherheitsrat ($V = 0.27$). Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche befürworten, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen sollte, befürworten tendenziell eher Schweizer Anstrengungen in der Konfliktvermittlung ($V = 0.29$) und die Kooperation innerhalb der UNO (Sitz im UNO-Sicherheitsrat $V = 0.37$, UNO-Friedenstruppen: $V = 0.31$). Gleichzeitig sprechen sich diese Personen auch häufiger für einen EU-Beitritt aus ($V = 0.22$). Hingegen geht die Befürwortung eines starken Einsatzes der Schweiz für die Anliegen der UNO mit einem geringeren Wunsch nach militärischer Autonomie der Schweiz einher ($V = 0.23$).

7.8 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen (UNO, NATO)

Während des Kalten Krieges war die Beziehung der Schweiz und der NATO offiziell von einer Politik der Distanzierung gekennzeichnet (Nünlist, 2018, 183). Die Schweiz lehnte eine Teilnahme bei der Gründung der NATO aus Neutralitätsgründen ab und distanzierte sich von der Organisation. Jedoch war die Schweiz ideologisch und ökonomisch dem «Westen» zuzuordnen. Folglich entwickelten sich hinter den Kulissen informelle Kontakte zwischen der NATO und der Schweiz. Diese Kontakte dienten unter anderem der Koordination von Verteidigungsanstrengungen im Kriegsfall, der Koordination von Sanktionen und der Beschaffung von Rüstungsgütern. Die informellen Kontakte verloren ab den 1960er-Jahren im Zuge der Entspannung in der Ost-West Beziehung ihre Relevanz. Die Schweiz fokussierte sich in der Folge auch inoffiziell auf autonome militärische Abschreckung und Entspannungspolitik. Mit dem Ende des Kalten Krieges änderte sich die Beziehung der Schweiz zur NATO. Unter dem Grundsatz «Sicherheit durch Kooperation» begann die Schweiz eine aktivere aussen- und sicherheitspolitische Rolle einzunehmen und näherte sich insbesondere durch die Teilnahme 1996 an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) der NATO an. Die PfP förderte die Kooperation der Schweiz mit anderen Partnerstaaten und bildete insbesondere bei multinationalen Friedensförderungseinsätzen und Einsätzen der humanitären Hilfe ein bedeutendes Gerüst. Trotz dieser Annäherung an die NATO verzichtet die Schweiz auf einen NATO-Beitritt. Im Vergleich zu einem allfälligen EU-Beitritt wurde ein NATO-Beitritt in der Schweiz zumindest bis zum Beginn der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022 politisch kaum diskutiert (Nünlist 2018, 182–194; Wenger 2017, 654). Aus neutralitätsrechtlicher und –politischer Sicht ist zu beachten, dass «aufgrund der Klausel der gegenseitigen militärischen Beistandspflicht im Falle eines Konflikts (...) ein NATO-Beitritt der Schweiz nicht mit dem Kerngedanken der Neutralität vereinbar [ist]. Die gegenseitige militärische Beistandspflicht ist somit das kritische Element, welches über einen allfälligen Beitritt der Schweiz zu verschiedenen internationalen und supranationalen Organisationen (EU und NATO) entscheidet. Ein Beitritt, respektive eine Mitgliedschaft der Schweiz in der NATO ist nur möglich, wenn die Schweiz ihre Neutralität aufgibt» (Szvircsev Tresch et al. 2021, 163).

Um die Beziehung der Schweiz zur NATO aus theoretischer Perspektive zu erklären, eignen sich auch in diesem Fall der Neue Liberalismus und Sozialkonstruktivismus. Der *Neue Liberalismus* zieht die innergesellschaftlichen Präferenz- und Machtverhält-

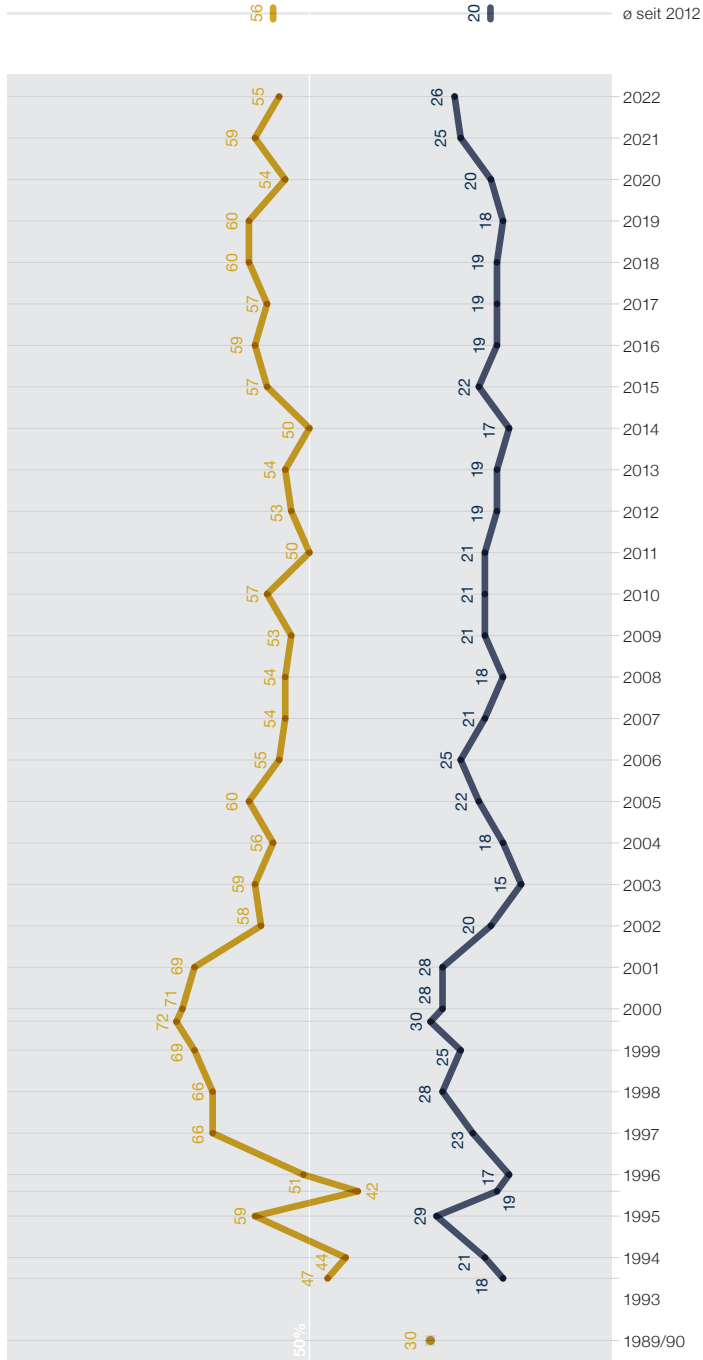
nisse als erklärende Variable heran. Wie oben diskutiert, ist die Schweiz eine direkte Demokratie. Zudem unterstünde ein NATO-Beitritt der Schweiz dem obligatorischen Referendum (Linder & Wirz 2017, 147). Ein Beitritt zur NATO war in der Schweiz nie mehrheitsfähig. Die grösste Zustimmung wurde 1999 mit 30% erreicht. Es zeigt sich jedoch ein Spannungsverhältnis zwischen der Schweizer Stimmbevölkerung und der politischen Elite in Bezug auf die Öffnungsbereitschaft in sicherheitspolitischen Belangen. Dies wird beispielsweise mit der Ablehnung des Bundesgesetzes über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen von 1994 deutlich (Nünlist 2018, 191; Wenger 2017, 654). Hingegen stellt die Zusammenarbeit der Schweiz mit der NATO im Rahmen der PfP einen Fall dar, wo sich die Schweizer Stimmbevölkerung und die politischen Eliten mehrheitlich einig waren (Nünlist 2018, 191).

Ergänzend zu den innergesellschaftlichen Präferenzen in Bezug zur NATO kann der *Sozialkonstruktivismus* die Identität der Schweiz als erklärende Variable anführen. Wie oben erwähnt ist ein NATO-Beitritt grundsätzlich nicht mit der Neutralität der Schweiz vereinbar (Szvircsev Tresch et al. 2021, 163). Die Neutralität kann als wichtiger Bestandteil der Schweizer politischen Kultur betrachtet werden (Linder 2013, 191). Folglich würde ein NATO-Beitritt die Identität der Schweiz gefährden. Die Annäherung der Schweiz an die NATO während der 1990er-Jahren kann analog der Annäherung an die UNO mit dem veränderten Sicherheitssystem in Europa erklärt werden. Das Sicherheitssystem wurde kooperativer, was auch die Schweizer Identität beeinflusste (Wendt 1999, 314). Als Konsequenz wurde die Neutralität weniger rigoros ausgelegt, was einen Wandel der autonomen zur kooperativen Sicherheitspolitik der Schweiz ermöglichte (Wenger 2017, 651). Des Weiteren entspricht ein Mitwirken im Rahmen der PfP den Werten und somit der Identität der Schweiz.¹⁶ Zudem begann das Schweizer Engagement im Rahmen der PfP 1996 während der Balkankriege (Andrey 2010, 85; Nünlist 2018, 193). Die Kriege hatten einen wesentlichen Einfluss auf die Meinungsbildung in Bezug auf eine Annäherung an die NATO (Nünlist 2018, 193). Zusammenfassend lässt sich aus konstruktivistischer Perspektive festhalten, dass ein NATO-Beitritt die Identität der Schweiz unterminieren würde. Jedoch beeinflusste das kooperative Sicherheitssystem nach dem Ende des Kalten Krieges die Identität und Interessen der Schweiz, was eine Annäherung der Schweiz an die NATO ermöglichte.

16 Die NATO wurde während der 1990er-Jahre zunehmend zu einem Instrument des Friedens (Nünlist 2018, 193). Die PfP der NATO bot der Schweiz eine Plattform, um ihre aussenpolitische Agenda voranzubringen (Andrey 2010, 85). «Der Einsatz dieser "neuen NATO" für die Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa, einschliesslich des Exports westlicher Werte, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und dem Prinzip der zivilen Kontrolle über das Militär entsprach dem neuen Ansatz der kooperativen Sicherheitspolitik der Schweiz» (Nünlist 2018, 193; Übersetzung des Autors aus dem Englischen).

Abbildung 7.4: Einstellungen zu sicherheitspolitischen Allianzen

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Weichen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»
 sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



— «Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.»
 — «Die Schweiz sollte der NATO beitreten.»

cooptroop|s|22

Die institutionalisierte sicherheitspolitische Kooperation kann verschiedene Formen annehmen. Im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» werden seit 1993 jährlich zwei für die Schweiz in Frage kommende sicherheitspolitische Kooperationsformen erhoben. Dabei wird mit der Einstellung bezüglich der Bereitstellung von Schweizer Friedenstruppen für UNO-Missionen und dem Beitritt zum Nordatlantik-Bündnis (NATO) die Bereitschaft der Schweizerinnen und Schweizer zur Kooperation in sicherheitspolitischen Allianzen gemessen. Über den gesamten Erhebungszeitraum zeigen sich bei der Zustimmung zu den beiden Kooperationsformen ähnliche Trendverläufe (siehe Abbildung 7.4).

Die Ansicht, dass die Schweiz der UNO Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte, ist im Vergleich zum Vorjahr signifikant gesunken und liegt aktuell bei 55% (−4 Prozentpunkte, gelbe Linie). Mit dieser Aussage sind aktuell 11% der Befragten «sehr» und 44% «eher» einverstanden. Die aktuelle Zustimmung liegt im langjährigen Durchschnitt (2012–2022) von 56%. Seit 1997 wird das Entsenden von Friedenstruppen für UNO-Missionen mehrheitlich von der Schweizer Stimmbevölkerung befürwortet. Die Jahre 2011 und 2014 bilden hier mit einer Befürwortung von je 50% eine Ausnahme, da sich Befragte in beiden Jahren bezüglich einer Zustimmung oder Ablehnung uneinig waren. Seit 2015 ist die Zustimmung stabil, es zeigen sich jedoch jährliche Schwankungen.

Ein Beitritt der Schweiz zur NATO wird im Januar 2022 statistisch gesehen gleich stark von der Stimmbevölkerung befürwortet wie im Vorjahr. So teilen 26% (+1 Pp, dunkelblaue Linie) der Befragten diese Auffassung. Mit dieser Vorgabe zeigen sich 4% «sehr» und 22% «eher» einverstanden. Damit liegt der diesjährige Zustimmungswert über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (20%).

Der langjährige Vergleich über die vergangenen zehn Jahre zeigt, dass die Zustimmung-Rangfolge der beiden sicherheitspolitischen Kooperationsformen gleichgeblieben ist. Der Bereitstellung von Schweizer UNO-Friedenstruppen (Schnitt: 56%) wird am stärksten zugestimmt. Die stets kleinste Befürwortung (Durchschnitt 2012–2022: 20%) in der Stimmbevölkerung erhält ein Beitritt zur NATO. Dieser Umstand dürfte einerseits auf die Neutralität der Schweiz, die die Mitgliedschaft in einem militärischen Bündnis verbietet (Swissinfo 2019), und andererseits auf die Intensität der Kooperation zurückzuführen sein. Denn je bindender ein Engagement ist und wahrgenommen wird, desto stärker wird es abgelehnt. Die Schweiz differenziert hinsichtlich internationalen Organisationen zwischen rein politischem oder rein technischem Charakter. Obschon diese Differenzierung letzten Endes unscharf bleibt, ist die Schweiz gegenüber internationalen Organisationen mit rein technischem Charakter öffenungsbereiter (Goetschel 2000, 366–376).

Soziodemografische Einflüsse: Politisch links Eingestellte befürworten stärker das Entsenden von Friedenstruppen als Schweizerinnen und Schweizer der politischen Mitte und rechts davon (links: 62%, Mitte: 53%, rechts: 49%; $V = 0.11$). Soziodemografische Unterschiede zeigen sich beim NATO-Beitritt nur beim Geschlecht. Männer lehnen diesen signifikant stärker als Frauen ab (Männer: 78%, Frauen: 58%; $V = 0.20$).

Weitere signifikante Unterschiede: Schweizerinnen und Schweizer, die einen Sitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat befürworten und zudem dafür sind, dass sich die Schweiz für die Anliegen der UNO einsetzen sollte, befürworten tendenziell eher, dass die Schweiz der UNO Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte (jeweils $V = 0.31$). Weiter befürworten Befragte, die der Entsendung von Friedenstruppen zustimmen tendenziell eher die Erhöhung der Entwicklungshilfe ($V = 0.23$).

Die Zustimmung zu einem NATO-Beitritt steht in einem positiven Zusammenhang mit der Zustimmung zu den Einstellungen gegenüber der UNO (Schweizer Sitz im UNO-Sicherheitsrat, $V = 0.27$; Einsatz für UNO-Anliegen, $V = 0.21$; Friedenstruppen für die UNO, $V = 0.23$). Mit anderen Worten, Schweizerinnen und Schweizer, die eine Kooperation der Schweiz in der UNO (Friedenstruppen, UNO-Anliegen unterstützen, Sitz im UNO-Sicherheitsrat) befürworten, stimmen einem NATO-Beitritt tendenziell eher zu.

7.9 Betonung nationaler und militärischer Autonomie

Mit den beiden letzten Indikatoren, welche Aufschluss über die Einstellungen gegenüber der militärischen als auch der nationalen Autonomie geben, wird der von der Stimmbevölkerung gewünschte Autonomiegrad für die Schweiz gemessen. Das Item «die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen» misst die militärische Autonomie der Schweiz (siehe Abbildung 7.5, gelbe Linie). Als zweites misst die nationale Autonomie, in wie weit sich die Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen mit anderen Staaten fernhalten sollte (siehe Abbildung 7.5, dunkelblaue Linie).

Die grösste Zustimmung wird seit 1993 für die militärische Autonomie gemessen. Die nationale Autonomie, nach der sich die Schweiz von sämtlichen Bündnissen und Zusammenschlüssen fernhalten soll, erhielt bisher bei jeder Messung eine geringere Zustimmung bei den Befragten.

Gegenüber dem Vorjahr bleibt die Zustimmung zur militärischen Autonomie statistisch unverändert. Damit vertreten aktuell 41% (+1 Prozentpunkt) der

Befragten die Ansicht, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen soll. Dabei antworteten 12% der Befragten mit «sehr» und 29% mit «eher» einverstanden. Die Anfang 2022 gemessene Zustimmung liegt unter der durchschnittlichen Zustimmungsrates der letzten zehn Jahre (46%).

Die Zustimmung zur nationalen Autonomie ist gegenüber dem Vorjahr statistisch signifikant gesunken. Damit setzt sich im Januar 2022 der Vorjahrestrend fort, als die Zustimmung ebenfalls signifikant gesunken ist. Aktuell bejahen 29% (−3 Pp) der Befragten die Aussage, dass sich die Schweiz von sämtlichen Bündnissen und Zusammenschlüssen fernhalten und somit eine nationale Form der Autonomie vertreten sollte. Hiermit sind 7% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger «sehr» und 22% «eher» einverstanden. Damit liegt die aktuelle Befürwortung (29%) unter der durchschnittlichen Zustimmung (2012–2022) von 35%.

In den Neunzigerjahren wurden für die beiden Indikatoren beträchtliche Fluktuationen gemessen. So wurden zu Beginn der 1990er Jahre relativ hohe Werte und ab Mitte der Dekade Tiefstwerte festgestellt. Ab 2000 stiegen die Werte dann wieder an und erreichten das Niveau der frühen Neunzigerjahre.

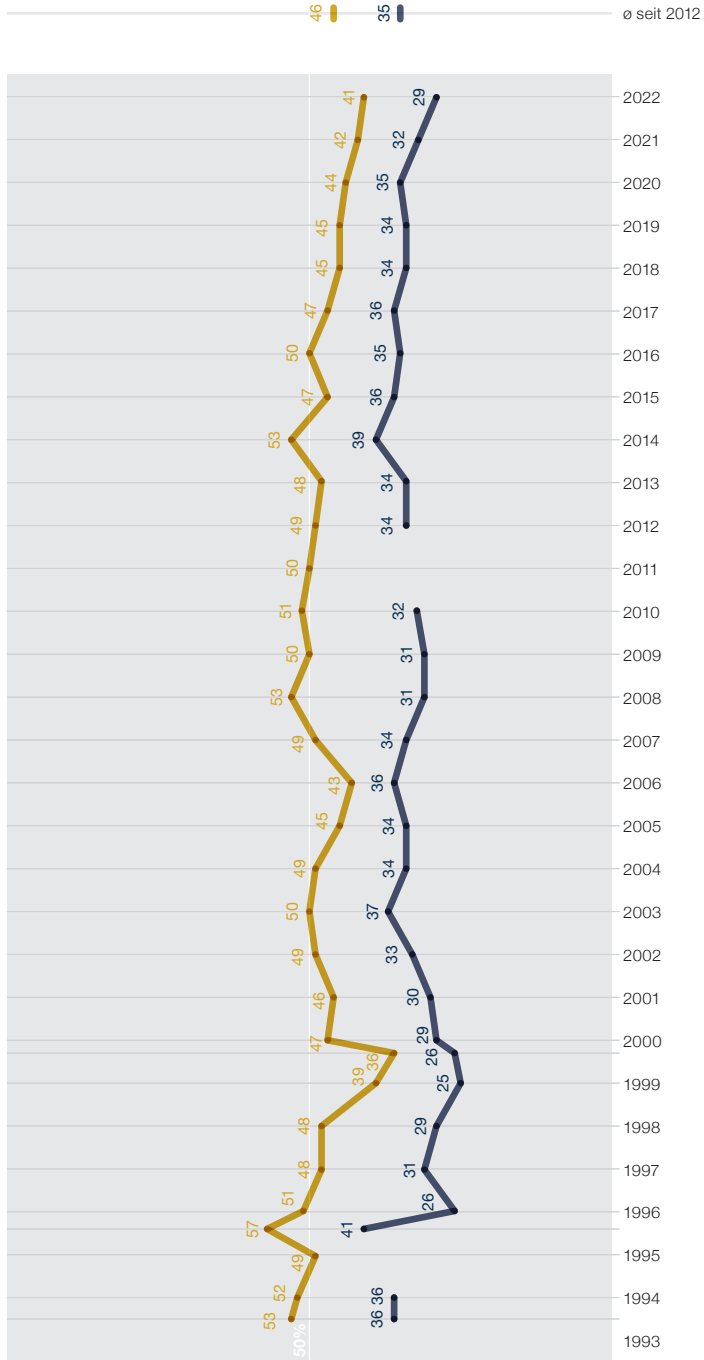
Der Streuung in der Zustimmungsrates zur autonomen Landesverteidigung zeigt, dass sich die Schweizer Stimmbevölkerung hinsichtlich der militärischen Autonomie in der Mehrheit der Jahre nicht einig war. Seit 2017 ist jedoch ein leichter Abwärtstrend bei der Zustimmung zur autonomen Landesverteidigung zu beobachten. Entsprechend zeigt sich seit 2018, dass Schweizerinnen und Schweizer hierzu eine klarere Meinung haben und die militärische Autonomie tendenziell weniger stark gewichten.

Dem zweiten Indikator, der nationalen Autonomie, stimmt jeweils nur eine Minderheit der Befragten zu. Abgesehen von den beiden Extremwerten 1995 (41%) und 1999 (25%) sind wenig Schwankungen zu beobachten. Aktuell liegt der Wert mit 29% Zustimmung unter dem Zehn-Jahres-Schnitt von 35%.

Soziodemografische Einflüsse: Die politische Selbstverortung ist einmal mehr die wichtigste soziodemografische Variable, welche die Zustimmung zu den beiden aussenpolitischen Autonomieformen erklärt. Je weiter rechts eine Person eingestellt ist, desto eher stimmt sie der Aussage zu, die Schweiz solle sich nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen. Dabei sind sich Personen des politisch rechten Spektrums in dieser Frage mit einer Zustimmung von 53% uneinig und Personen der politischen Mitte und links davon lehnen sie ab (links: 26%, Mitte: 44%, rechts: 53%; $V = 0.21$). Schweizerinnen und Schweizer des politisch linken Spektrums befürworten die nationale Autonomie signifikant weniger stark als Befragte der politischen Mitte und rechts davon (links: 17%, Mitte: 34%, rechts:

Abbildung 7.5: Indikatoren zur Betonung nationaler Autonomie

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Weichen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»
 sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



— «Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.»

— «Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.»

35%; $V = 0.22$). Dabei wird eine nationale Autonomie von allen drei Ausprägungen der politischen Einstellung abgelehnt. Sowohl bei der militärischen Autonomie als auch bei der nationalen Autonomie ist das Bildungsniveau der Befragten die zweite soziodemografische Variable mit Erklärungspotenzial. Befragte mit hoher Bildung stimmen der militärischen (hoch: 34%, mittel: 49%, tief: 45%; $V = 0.13$) und der nationalen Autonomie (hoch: 21%, mittel: 36%, tief: 37%; $V = 0.15$) signifikant weniger oft zu als die anderen beiden Bildungskategorien. Von den drei Sprachregionen stimmen die Deutschschweiz und das Tessin der nationalen Autonomie stärker zu verglichen mit der Westschweiz (D-CH: 31%, F-CH: 18%, Tessin: 36%; $V = 0.12$). Statistisch gesehen gibt es zwischen der Deutschschweiz und dem Tessin keinen Unterschied. Die nationale Autonomie wird jedoch in allen drei Sprachregionen abgelehnt.

Weitere signifikante Unterschiede: Die Einstellung zur militärischen und nationalen Unabhängigkeit der Schweiz korrelieren. Personen, die die nationale Autonomie der Schweiz ablehnen, lehnen auch die militärische Autonomie ab und umgekehrt ($V = 0.28$). Zudem sprechen sich Personen, die der UNO vermehrt Friedenstruppen zur Verfügung stellen wollen, eher gegen die militärische Autonomie der Schweiz aus ($V = 0.19$). Dasselbe gilt für Personen, die einen Schweizer EU-Beitritt befürworten ($V = 0.21$). Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche befürworten, dass sich die Schweiz für Anliegen der UNO einsetzen soll, sprechen sich tendenziell eher gegen eine nationale ($V = 0.18$) sowie auch gegen die militärische Autonomie ($V = 0.23$) der Schweiz aus. Des Weiteren lehnen Befragte, die der Auffassung sind, dass die Schweiz zu viel Geld für die Verteidigung ausgibt, die militärische Autonomie ab ($V = 0.19$).

Fazit

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Einstellungen der Schweizer Stimbevölkerung zu den verschiedenen aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsformen leicht verändert.

Dabei stimmen einem *vorbehaltlosen EU-Beitritt* signifikant mehr Personen zu als im Vorjahr. Ein Schweizer EU-Beitritt bleibt aber das Anliegen einer Minderheit (16%), während nach wie vor dem bilateralen Weg – *verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit ohne EU-Beitritt* – mehrheitlich und unverändert stark zugestimmt wird (83%). Bei beiden Variablen ist die politische Einstellung der einzige gemessene soziodemografische Prädiktor.

Unverändert gegenüber 2021 bleibt die aussen- und sicherheitspolitische Kooperationsbereitschaft, die sogenannte «weiche» Kooperation. So wird die aktivere Rolle der Schweiz bei der *Konfliktvermittlung* (75%) und bei *höheren Ausgaben in der Entwicklungshilfe* (66%) mehrheitlich unterstützt. Die Zustimmung zu Schweizer Vermittlungsanstrengungen in Konflikten korreliert mit dem Bildungsniveau der Befragten. Hingegen lässt sich die Zustimmung zu einer verstärkten Entwicklungshilfe anhand der Sprachregion, des Alters und der politischen Einstellung teilweise erklären.

Im Gegensatz zum Vorjahr genießt die Kooperation mit der UNO aus Sicht der Schweizerinnen und Schweizer signifikant weniger starke Befürwortung. Sowohl die Aussagen, dass sich die Schweiz an *vorderster Front für die Anliegen der UNO* einsetzen (62%), die Schweiz einen *Sitz im UNO-Sicherheitsrat* anstreben (63%), als auch, dass die *Schweiz der UNO Friedenstruppen* zur Verfügung stellen sollte (55%), haben signifikant an Zustimmung eingebüßt. Alle drei Auffassungen sind jedoch mehrheitsfähig und werden von der politischen Einstellung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern beeinflusst. Zudem befürworteten Frauen einen Schweizer Sitz im UNO-Sicherheitsrat sowie Schweizer UNO-Friedenstruppen stärker als Männer.

Ein *Beitritt der Schweiz zur NATO* (26%) wird gleich stark abgelehnt wie 2021. Dabei zeigt sich, dass Männer einen Beitritt signifikant stärker ablehnen als Frauen. Weiter zeigt sich, dass Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die ein verstärktes Engagement bei der UNO befürworten, einem NATO-Beitritt tendenziell häufiger zustimmen.

Der Drang nach *militärischer Autonomie* ist bei Schweizerinnen und Schweizern gleich stark wie im Vorjahr (41%) und wird nur von einer Minderheit gefordert. Daneben hat sich die Einstellung gegenüber der *nationalen Autonomie* – die Schweiz solle sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten – verändert. Der Anteil, der dieser Vorgabe zustimmt, ist gegenüber 2021 gesunken. Im Januar 2022 sind 29% der Befragten mit dieser Vorgabe einverstanden. Beide Variablen lassen sich teilweise mit dem Bildungsniveau und der politischen Einstellung der Befragten erklären. Grundsätzlich gilt, je höher gebildet und je weiter links eine Person eingestellt ist, desto eher lehnt sie sowohl die militärische und als auch die nationale Autonomie der Schweiz ab.

Nachbefragungsanalysen zu Eidgenössischen Abstimmungen: VOX-Analyse März 2021

Seit 1977 werden jeweils direkt nach jeder eidgenössischen Volksabstimmung die Motive der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für die Annahme oder Ablehnung der einzelnen politischen Abstimmungsvorlagen durch bevölkerungsrepräsentative Befragungen erhoben und jeweils als VOTO- oder VOX-Analyse veröffentlicht (Golder et al. 2021, 45). Neben den Abstimmungsmotiven werden bei ausserpolitischen Abstimmungsvorlagen auch Werte wie die Öffnungsbereitschaft der Schweizer Stimmbevölkerung eruiert und gefragt, ob sich Befragte eine Schweiz wünschen, die sich nach aussen öffnet oder eine Schweiz, die sich vor äusseren Einflüssen verschliesst. Im Rahmen von Nachbefragungen von Eidgenössischen Abstimmungen werden jeweils knapp 3000 Stimmberechtigte in der ganzen Schweiz telefonisch befragt. Im Folgenden wird auf die Abstimmung vom 7. März 2021 eingegangen. Im Rahmen dieser VOX-Analyse wurden zwischen dem 8. März und dem 26. März 2021 durch das gfs.bern 3070 stimmberechtigte Schweizerinnen und Schweizer befragt. Befragte konnten dabei entweder einen Papierfragebogen (1432) oder einen Onlinefragebogen (1638) ausfüllen (ebd., 41).

Befragte können ihre Öffnungsbereitschaft auf einer Skala von 1 («Schweiz, die sich vermehrt nach aussen öffnet») bis 6 («Schweiz, die sich vermehrt verschliesst») angeben. Im März 2021 sprechen sich 69.5% der Befragten für eine sich vermehrt öffnende Schweiz aus, während 22% der Befragten eine Schweiz präferieren, die sich eher vor äusseren Einflüssen verschliesst. 8% der Befragten haben hierzu keine Meinung.

Golder, L., Mousson, M., Keller, T., Venert, A., Salathe, L., Rey, R. (2021). VOX-Analyse März 2021. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 7. März 2021. Gfs.bern. Daten unter: <https://swissvotes.ch/vote/640.00>

Die VOX-Analyse vom März 2021 und die Studie «Sicherheit 2022» im Vergleich

Die VOX-Analyse der Abstimmung vom 7. März 2021 zeigt, dass 69.5% der Schweizerinnen und Schweizer eine ausserpolitische Öffnung der Schweiz befürworten. Demgegenüber ziehen 22% der Befragten eine ausserpolitische Isolation der Schweiz vor. Dieser Befund zeigt sich auch anhand der Daten der Studie «Sicherheit 2022»: Hier sprechen sich Schweizerinnen und Schweizer ebenfalls gegen eine ausserpolitische Isolation aus, indem 69% der Befragten die nationale Autonomie («die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten») verneinen. 29% der Schweizerinnen und Schweizer bejahen die ausserpolitische Isolation der Schweiz und 2% geben hierzu «keine Antwort». Damit zeigen sowohl die Daten der VOX-Analyse vom März 2021 als auch diejenigen der Studie «Sicherheit 2022» dasselbe Bild: *Die Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung zieht für die Schweiz eine ausserpolitische Öffnung einer ausserpolitischen Isolation vor.*

8 Neutralität

Auch wenn die Neutralität als Maxime der Schweizer Aussenpolitik im Zuge des Aufkommens erster Institutionen kollektiver Sicherheit im 20. Jahrhundert zusehends in Frage gestellt wurde (Goetschel 2007, 82; Riklin 2010, 1), nimmt die Neutralität bis heute immer noch einen zentralen und wichtigen Stellenwert in der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik ein. Im Zuge dessen wird der Schweizer Neutralität sowie den Einstellungen der Schweizer Stimmbevölkerung zu den verschiedenen Facetten der Neutralität als ein Kernthema in der Studienreihe «Sicherheit» ein separates Kapitel gewidmet.

Zuerst wird in Abschnitt 8.1 die «Schweizer Neutralität» beschrieben, danach folgen Ausführungen zum Neutralitätsrecht sowie zur Schweizer Neutralitätspolitik (Abschnitt 8.2). Im Anschluss werden theoretische Überlegungen dargestellt, was Staaten dazu bewegt, neutral zu sein (Abschnitt 8.3). Danach werden die 2022 erfragten Items zur Neutralität vorgestellt (Abschnitt 8.4). In Abschnitt 8.5 werden die verschiedenen Items, mit welchen die Neutralität in der Studienreihe «Sicherheit» gemessen wird, vorgestellt. Im Anschluss werden die Einstellungen zur allgemeinen Zustimmung zur Neutralität (Abschnitt 8.6), die Neutralitätsfunktionen (Abschnitt 8.7) und die Neutralität als Instrument der Aussenpolitik in Sinne eines finalen Wertes oder als Hindernis (Abschnitt 8.8) ausgewertet und vorgestellt. Das Kapitel wird durch ein zusammenfassendes Fazit abgerundet.

8.1 Die Schweizer Neutralität

Die Schweizer Neutralität ist *selbstgewählt, dauernd¹ und bewaffnet* (EDA 2022c, 6). Das Adjektiv «selbstgewählt» impliziert, dass die Schweiz jederzeit das Recht hat, diese wiederaufzugeben, sofern damit die eigenen Landesinteressen gewahrt werden können. Völkerrechtlich bindende Verpflichtungen wurden hierbei nie übernommen oder anerkannt, obschon die Schweiz in der Vergangenheit oft ihren Willen zur Neutralität, beispielsweise in Form des Beitritts zu den Vereinten Nationen (UNO) im Jahre 2002, bekundet hat (ebd., 6). Dadurch, dass die Schweizer Neutralität «dauernd» ist, muss sie sich in allen kriegerischen Auseinandersetzungen gegenüber den beteiligten Staaten neutral verhalten (ebd., 6) und auch in

1 Aus sprachlichen Gründen änderte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) den 2004 verwendeten Begriff «immerwährend» (Aeschimann et al. 2004, 2 und 15) in «dauernd» (EDA 2022c, 6). Dieser Wechsel zieht keinerlei inhaltliche oder rechtliche Konsequenzen nach sich.

Friedenszeiten hinsichtlich möglicher zukünftiger Konflikte möglichst neutral sein (Gehler 2001, 4). Da die Schweizer Neutralität «bewaffnet» ist, verfügt die Schweiz über eine eigene Armee, welche die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität des Landes gewährleistet. Des Weiteren dient sie auch dazu, neutralitätswidrige Handlungen kriegsführender Staaten auf dem Schweizer Territorium zu verhindern. Das Neutralitätsrecht räumt der Schweiz das Recht auf Selbstverteidigung ein. Mit dem Neutralitätsbekenntnis verzichtet die Schweiz darauf, ihre Interessen mit bewaffneter Gewalt durchzusetzen (EDA 2022c, 6). Durch den Verzicht des Angriffskrieges ist die Schweiz für andere Staaten ein verlässlicher, glaubwürdiger und friedlicher Partner. Kälin et al. (2022, 366) führen als internationale anerkannte Rechtsquellen das Haager Abkommen von 1907 auf, welches die Rechte und Pflichten eines neutralen Staates im Falle eines zwischenstaatlichen Konfliktes definieren (detaillierte Ausführungen siehe Abschnitt 8.2.1). Zudem wurde der Schweiz während ihrer Mitgliedschaft im Völkerbund (1920–1938) als auch beim Beitritt zu den Vereinten Nationen (UNO) 2002 ihr Neutralitätsstatus zugesichert (ebd., 367). Neben den genannten internationalen Rechtsnormen werden auch Grundlagen im Schweizer Landesrecht genannt. Gemäss der Schweizerischen Bundesverfassung (BV) liegt die Wahrung der äusseren Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität sowohl in der Kompetenz des Eidgenössischen Parlaments (Art. 173 Abs. 1 lit. b BV) als auch in jener des Bundesrats (Art. 185 Abs. 1 BV). Dabei wird die Neutralität der Schweiz nicht als eigenständiges aussenpolitisches Ziel, sondern als Instrument und Mittel zum Zweck verstanden (Kälin et al. 2022, 368). Zudem wurden Leitsätze zur Neutralität durch das Eidgenössische Politische Departement 1954, im Neutralitätsbericht 1993 sowie im Aussenpolitischen Bericht 2007 publiziert (ebd., 370–374).

Bei der Schweizer Eidgenossenschaft, verstanden als Willensnation, spielen neben der Neutralität auch Elemente wie die direkte Demokratie, der Föderalismus und die Mehrsprachigkeit im Sinne eines «Sonderfalls» eine wichtige Rolle (Huber 1934, 30). Widmer erweitert diesen Sonderfall-Ansatz, indem er die Aspekte «Geschichte», «politische Kultur» und «Identität» als weitere beeinflussende Faktoren hinzufügt (Widmer 2007). Inwieweit die genannten Elemente des Sonderfalls eine hemmende Wirkung auf die aussenpolitische Öffnung der Schweiz haben, kann anhand der vorhandenen Daten nicht beantwortet werden.² Die Daten der Eidgenössischen Jugend- und Rekrutenbefragung 2003 zeigen, dass die Generation junger Erwachsener erstaunlich stark am helvetischen Bild des Sonderfalls festhält. Dabei zeigen

2 Bislang wurde die These des Sonderfalls Schweiz und dessen Einfluss auf die Schweizer Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» noch nicht empirisch getestet.

sich kaum Unterschiede zu den Eltern als auch den Grosseltern. Zudem wird der Sonderfall in verschiedenen Sprachregionen und je nach politischer Ausrichtung unterschiedlich wahrgenommen (Meier-Dallach et al. 2004, 71–81).

Aufgrund des Neutralitätsrechts ist die Schweiz kein Mitglied des Nordatlantiktikpakts (NATO; EDA 2022c, 13). Obschon ein Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit der Neutralität vereinbar wäre, ist die Schweiz bis heute kein EU-Mitglied (Morris & White 2011). Im Vergleich mit anderen neutralen oder mittlerweile bündnisfreien³ Staaten Europas (Finnland, Irland, Schweden, Österreich) ist die Schweiz eher spät und verzögert internationalen (Sicherheits)-Organisationen⁴ beigetreten (Aeschimann et al. 2004, 15; Gehler 2001, 89ff.; Mirow 2012).

8.2 Unterscheidung zwischen Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik

Da die Differenzierung zwischen Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik essenziell für das Verständnis des neutralen Status der Schweiz ist, wird im Folgenden genauer auf das Neutralitätsrecht, deren Bedeutung und Anwendung, als auch auf die Neutralitätspolitik der Schweiz eingegangen. Die Neutralitätspolitik der Schweiz steht immer in Abhängigkeit zur nationalen und internationalen Sicherheitslage (Aeschimann et al. 2004, 16–19; EDA 2022c, 8–9). Bei der Ausgestaltung der Neutralitätspolitik werden stets die aussen- und sicherheitspolitischen Landesinteressen, die Geschichte und die Traditionen der Schweiz berücksichtigt (EDA 2022c, 5; Goetschel 2007; Lottaz 2019a; Neuhold 1979). In den folgenden Abschnitten wird der jeweilige historische Kontext von neutralitätspolitisch relevanten Ereignissen erläutert.

8.2.1 Neutralitätsrecht

Der Begriff «Neutralität» setzt sich aus den beiden lateinischen Wörtern «ne» und «uter» zusammen und bedeutet «keiner von beiden» (Gehler 2001, 3). Für die Neutralität der Schweiz sind das Neutralitätsrecht, die Neutralitätspolitik als auch die Geschichte und die Tradition massgebend und wichtige Faktoren (EDA 2022c, 4).

1815 erfolgt durch den Wiener Kongress die internationale, völkerrechtliche Anerkennung der immerwährenden Neutralität der Schweiz und die Garantie

3 Im Zuge der 1995 erfolgten Beitritte Finnlands, Irlands, Schwedens und Österreichs zur EU werden die genannten Staaten nicht mehr als «neutral», sondern als «bündnisfrei» bezeichnet (Gehler 2001).

4 1920: Völkerbund; 1963: Europarat, 1975: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), 1996: Partnership for Peace (PfP) der NATO, 2002: UNO (Aeschimann et al. 2004, 6–9).

der Unverletzlichkeit des Territoriums durch die europäischen Grossmächte. Die Bundesverfassung 1848 definiert die Neutralität nicht als Staatszweck, sondern als Mittel, um die Unabhängigkeit der Schweiz zu wahren. Dabei wird die Neutralitätsklausel bewusst nicht in den Zweckartikel aufgenommen. Der Bundesrat und die Bundesversammlung sind verfassungsrechtlich dazu verpflichtet, dass die Neutralität eingehalten und respektiert wird (Aeschimann et al. 2004, 10).

Das *Neutralitätsrecht* wurde durch das Haager Abkommen 1907 festgeschrieben und regelt die Rechte und Pflichten neutraler Staaten und ist Teil des (Kriegs)- Völkerrechts. Das Neutralitätsrecht kommt immer dann zum Zuge, wenn zwei oder mehrere Staaten gegeneinander Krieg führen. Dabei verbietet das Neutralitätsrecht der Schweiz den Konfliktparteien ihr Territorium, ihren Luftraum, Truppen- oder Waffentransporte zur Verfügung zu stellen oder andere militärische Unterstützung zu leisten (EDA 2022c, 15). Des Weiteren sind neutrale Staaten verpflichtet, sich gegen Angriffe zu wappnen. Zudem dürfen neutrale Staaten in den Bereichen Rüstungsmaterial und militärische Ausbildung mit anderen Staaten zusammenarbeiten. In Friedenszeiten dürfen keine Verpflichtungen, wie zum Beispiel Militärallianzen mit gegenseitiger Beistandspflicht, eingegangen werden, die im Falle eines Krieges eine Verletzung der Neutralität zur Folge hätten (ebd., 4–5). Neutrale Staaten haben neben den oben aufgeführten Pflichten das Recht auf Selbstverteidigung und auf die Unverletzlichkeit des eigenen Territoriums. Wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen kontrastieren das Neutralitätsrecht nicht (ebd., 5). Sofern ein Mandat des UNO-Sicherheitsrats vorliegt, ist die Schweiz, bedingt durch den im Jahr 2002 erfolgten Beitritt, verpflichtet, wirtschaftliche Sanktionen mitzutragen (ebd., 15).

Beim Kosovokrieg 1999 (Aeschimann et al. 2004, 1–24), bei der russischen Annexion der Krim 2014 als auch bei der russischen Invasion der Ukraine vom 24. Februar 2022⁵ wurde das Neutralitätsrecht aktiviert. Für detaillierte Ausführungen hierzu wird an dieser Stelle auf die Publikation des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) «die Neutralität der Schweiz» (EDA 2022c, 1–20) verwiesen.

Für die Schweiz hat sich die Neutralität bei zwischenstaatlichen, bewaffneten Konflikten als Instrument zum Schutz ihrer Unabhängigkeit und territorialen Integrität bewährt. Im Vergleich zu anderen neutralen europäischen Staaten wurde die Schweiz in beiden Weltkriegen nicht Opfer einer Invasion. Allerdings hat sich das Konfliktbild dahingehend verändert, als dass heute die meisten aktuellen Konflikte interne oder grenzüberschreitende Krisen oder Konflikte darstellen. Des Weiteren

5 Da die Daten der Studie «Sicherheit 2022» zwischen dem 4. und 20 Januar 2022 erhoben wurden, sind Aussagen zu den Auswirkungen des aktuellen Kriegs in der Ukraine nicht möglich.

ist unklar, wie das Neutralitätsrecht im digitalen Raum bei Cyberattacken angewendet werden kann (ebd., 17).

8.2.2 Neutralitätspolitik und Neutralitätsverständnis

Zur Neutralitätspolitik zählen die über die neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen hinausgehenden Massnahmen, welche sich nicht an der Erfüllung einer Rechtspflicht orientieren. Aufgrund dessen können sie flexibel angepasst werden und sind dem steten Wandel des aussen- als auch teilweise innenpolitischen Umfelds unterworfen (Kälin et al. 2022, 372).

Getroffene Massnahmen dienen der Schweiz zur Sicherung ihrer Glaubwürdigkeit, Wirksamkeit und Anerkennung ihres neutralen Status und müssen im aussen- und sicherheitspolitischen Interesse der Schweiz stehen (EDA 2022c, 5). Da sich die Neutralitätspolitik an der jeweiligen Situation, den Landesinteressen, der internationalen Lage (Bender 2014, 44), sowie an der Geschichte und Traditionen des jeweiligen Neutralen orientiert, ist der politische Gestaltungs- und Handlungsspielraum zwischen den betreffenden Staaten und über die Zeit gesehen entsprechend gross (EDA 2022c, 5; Goetschel 2007; Lottaz 2019a; Neuhold 1979).

Die Geschichte zeigt, dass die Schweiz in Abhängigkeit der jeweiligen nationalen und internationalen Sicherheitslage eine andere Neutralitätspolitik verfolgte (Aeschimann et al. 2004, 16–19; EDA 2022c, 8–9, siehe Tabelle 8.1).

Tabelle 8.1: **Neutralitätsverständnisse und deren Implikationen für die Aussenpolitik der Schweiz** (Aeschimann et al. 2004, 16–19; EDA 2022c, 8–9)

Neutralitätsverständnis	Definition und Anwendung	Aussenpolitische Bedeutung
Absolute/integrale Neutralität 1815–1920 (Nationenbildung und Untergang der europäischen Monarchien)	Die Schweiz bleibt sowohl bei wirtschaftlichen Sanktionen als auch bei militärischen Massnahmen neutral.	Die Schweiz ist komplett neutral und unterlässt jegliche Teilnahme an Konflikten, Sanktionen oder Friedenssicherungsmissionen.
Differenzielle Neutralität 1920–1938 (Zwischenkriegszeit)	Die Schweiz beteiligt sich zwar an wirtschaftlichen Sanktionen des Völkerbunds, nicht aber an militärischen Massnahmen.	Die Schweiz verzichtet auf eine militärische Beteiligung an Konflikten, trägt die durch den Völkerbund erlassenen Sanktionen mit.
Absolute/integrale Neutralität 1938–1953 (Zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit)	Die Schweiz bleibt sowohl bei wirtschaftlichen Sanktionen als auch bei militärischen Massnahmen neutral.	Die Schweiz ist komplett neutral und unterlässt jegliche Teilnahme an Konflikten, Sanktionen oder Friedenssicherungsmissionen.
Aktive Neutralität 1953–1989 (Waffenstillstand Koreakrieg und Kalter Krieg)	Die Schweiz beteiligt sich nicht an wirtschaftlichen Sanktionen, wohl aber an friedensfördernden Massnahmen. Durch eine aktive und solidarische Aussenpolitik hat die Schweiz die Möglichkeit, auf diplomatischer Ebene an verschiedenen militärischen friedensfördernden Missionen teilzunehmen.	Die Schweiz verzichtet auf eine militärische Beteiligung an Konflikten. Sie kann jedoch Staaten, welche beispielsweise die Genfer Konventionen verletzen, öffentlich tadeln und Verhandlungen zur Friedensförderung implementieren.
Aktive und (differenzielle*) Neutralität 1990 – heute (Europäische Integration, neue Bedrohungen, Globalisierung)	Die Schweiz beteiligt sich zwar an wirtschaftlichen Sanktionen, nicht aber an militärischen Massnahmen. (Wobei Entschlüsse des UNO Sicherheitsrates gemäss Kapitel XII der Charta nicht mit Kriegen gleichgesetzt sind und demnach prinzipiell zulässig wären.)	Die Schweiz verzichtet auf eine militärische Beteiligung an Konflikten, kann jedoch unbewaffnete oder zum Selbstschutz bewaffnete Friedenstruppen entsenden und sich an wirtschaftlichen Sanktionen beteiligen. Bei internationalen Konflikten bietet die Schweiz aktiv ihre «Guten Dienste» an und engagiert sich als Brückenbauerin und Vermittlerin.

* Wird heute jedoch nicht mehr als solche bezeichnet, obwohl es diesem Konzept entspricht.

Zwischen 1815 bis 1920 wendete die Schweiz ein integrales und absolutes Neutralitätsverständnis an. Dadurch überstand sie diese Zeit, ohne in Konflikte verwickelt zu werden (Aeschimann et al. 2004, 4–5).

Durch moralischen Druck der Staatengemeinschaft trat die Schweiz 1920 dem Völkerbund bei und war fortan berechtigt, die dort vereinbarten Wirtschaftssanktionen mitzutragen. Damit wurde erstmals in der Geschichte der Schweiz ein differenzielles Neutralitätsverständnis (Beteiligung an wirtschaftlichen Sanktionen bei gleichzeitiger Beibehaltung der militärischen Neutralität) angewandt. 1938 wechselte die Schweiz wieder von der differenziellen zur absoluten/integralen Auslegung der Neutralität (weder militärische noch wirtschaftliche Sanktionen gegenüber anderen Staaten). Das während den beiden Weltkriegen angewendete integrale/absolute Verständnis der Neutralität verwehrte jegliche militärische Beteiligung der Schweiz an zwischenstaatlichen Konflikten sowie an wirtschaftlichen Sanktionen (ebd., 6).

1953 veränderte sich das Schweizer Neutralitätsverständnis erneut. Die Entsendung militärischer Beobachter zur Überprüfung der Einhaltung der Waffenstillstandslinie (Demarkationslinie) zwischen Nord- und Südkorea führte dazu, dass seit 1953 ein aktives Neutralitätsverständnis seine Anwendung fand. Dieses ermöglichte es der Schweiz, aktiv an Friedenssicherungsmissionen teilzunehmen und mit anderen Staaten im Rahmen von Friedensmissionen militärisch zu kooperieren (ebd., 12f.).

Die Bedrohungslage veränderte sich abermals durch die Auflösung der bipolaren Weltordnung 1989/1990 und die Schweiz passte ihr Neutralitätsverständnis den neuen Rahmenbedingungen an. Bedingt durch die Zunahme innerstaatlicher Konflikte und terroristischer Angriffe, aber auch durch die steigende wirtschaftliche Verflechtung (Interdependenz), baute die Schweiz ihre internationale Kooperation in der Aussen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der neutralitätsrechtlichen Zulässigkeit aus (Aeschimann et al. 2004, 15; EDA 2022c, 9). Während des Ersten Golfkrieges 1990/1991 beschloss der Bundesrat den autonomen Nachvollzug der Wirtschaftssanktionen der UNO. Damit wurde die Neutralität wieder auf eine «differenzielle Art und Weise» interpretiert, welche die Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen grundsätzlich erlaubt (Aeschimann et al. 2004, 18) – allerdings ohne den Begriff «differenziell» explizit zu benutzen.

Die Mitwirkung oder eine Mitgliedschaft der Schweiz in internationalen Organisationen wie der UNO wird durch die Schweizer Neutralitätspolitik nicht verunmöglicht. 1986 wurde zwar der UNO-Beitritt von der Stimmbevölkerung noch deutlich abgelehnt (ebd., 6). Mit dem UNO-Beitritt im Jahr 2002 verpflichtete sich die Schweiz, die wirtschaftlichen Sanktionen der UNO mitzutragen und deren militärischen Sanktionen zumindest nicht zu behindern (ebd.).

Die Debatte, ob ein Beitritt der Schweiz zur EU oder zur NATO mit der Schweizer Neutralitätspolitik vereinbar ist, beschäftigte die Schweizer Stimmbevölkerung in der Vergangenheit immer wieder. Ein EU-Beitritt der Schweiz wäre grundsätzlich mit dem Neutralitätsrecht insofern vereinbar, solange die EU keine für alle Mitglieder bindende gegenseitige militärische Beistandspflicht einführen würde (ebd., 13). Beispielsweise sind Finnland, Irland, Malta, Österreich und Schweden neutrale EU-Mitgliedsstaaten. Die fünf Genannten kooperieren mit der NATO, ohne dabei dem Bündnis beigetreten zu sein. Während die beiden skandinavischen Länder Finnland und Schweden die Bezeichnung «neutral» durch den Begriff «Bündnisfreiheit» ersetzt haben, halten Österreich, Irland und Malta

6 Gegenseitige Abhängigkeiten zwischen staatlichen Akteuren bei ihrer zentralen Aufgabenerfüllung (Schimmelfennig 2021, 88–93).

an der klassischen Neutralität fest (Lottaz 2019b). Bedingt durch die Klausel der gegenseitigen militärischen Beistandspflicht im Falle eines Konflikts ist ein NATO-Beitritt der Schweiz nicht mit dem Kerngedanken der Neutralität vereinbar. Die gegenseitige militärische Beistandspflicht ist somit das kritische Element, welches über einen allfälligen Beitritt der Schweiz zu verschiedenen internationalen und supranationalen Organisationen (EU und NATO) entscheidet. Ein Beitritt, respektive eine Mitgliedschaft der Schweiz in der NATO ist nur möglich, wenn die Schweiz ihre Neutralität aufgibt. Sowohl das absolute/integrale als auch das differenzielle Neutralitätsverständnis verbieten diese Art der gegenseitigen militärischen Beistandspflicht. Die Neutralität hat damit auch das Potenzial, den Beitritt der Schweiz zur EU direkt oder indirekt zu verunmöglichen (Morris & White 2011). Der Rückgang an klassischen zwischenstaatlichen Konflikten und die zeitgleiche Zunahme an nichtmilitärischen Bedrohungen stellen das Festhalten an der klassischen Neutralitätspolitik aber in Frage (Goetschel 2007).

8.3 Die Schweizer Neutralität aus theoretischer Perspektive

In den folgenden Abschnitten wird die Schweizer Neutralität aus theoretischer Perspektive erklärt. In Bezug zur Schweiz ist vor allem die Neutralität als Strategie eines Kleinstaates von Bedeutung (vgl. Kapitel 7), wobei die jeweilige Bedeutung der Neutralität je nach theoretischer Perspektive variiert.

Im **Neuen Liberalismus** wird die Aussenpolitik eines Staates anhand der innergesellschaftlichen Ebene erklärt. Folglich verfolgt ein Staat eine neutrale Aussenpolitik, wenn sich die entsprechenden Präferenzen im innerstaatlichen politischen Prozess durchsetzen. Einige historische Ereignisse stützen diese These. Die europäischen Grossmächte sicherten 1815 der Schweiz im Rahmen des Wiener Kongresses und der Pariser Friedenscharta immerwährende Neutralität zu. Zum einen war die Forderung nach Neutralität in der Schweiz innenpolitisch motiviert, zum anderen war «die schweizerische Neutralität in eine (Friedens-)Ordnung auf dem Kontinent integriert» (Maissen 2015, 115). Aus liberaler Perspektive liesse sich folglich argumentieren, dass die schweizerische Präferenz nach Neutralität mit den Interessen der Grossmächte zumindest vereinbar war, was einer harmonischen Präferenzkonstellation entspricht (Schimmelfennig 2021, 152). Das Festhalten der Schweiz an der Neutralität nach Ende des Kalten Krieges kann der Liberalismus ebenfalls mit Verweis auf die Präferenzen der Schweizer Stimmbevölkerung erklären. Die Zustimmung zur Neutralität sank seit 1989 nie unter 78% und steigt seit 2005 zum heutigen Wert von 97% an.

Im Vergleich zum Neorealismus und Institutionalismus kann mit Hilfe des **Sozialkonstruktivismus** die Neutralität der Schweiz relativ schlüssig erklärt werden. Aus einer konstruktivistischen Perspektive lässt sich argumentieren, dass die Interaktion der europäischen Grossmächte mit der Schweiz im Rahmen des Wiener Kongresses 1815 die Identität der Schweiz nachhaltig beeinflusste. Die europäischen Grossmächte strebten eine neutrale Schweiz als Pufferstaat an und behandelten die Schweiz nicht als potenziellen Feind, dem das Existenzrecht abgesprochen wurde, sondern als sicherheitspolitischen Kooperationspartner (Maissen 2015, 114–115). Mit anderen Worten haben sich die Interessen der europäischen Grossmächte und der Schweiz in Bezug auf die neutrale Rolle der Schweiz vergemeinschaftlicht. Die Neutralität prägte in der Folge (neben dem Föderalismus und der direkten Demokratie) die Identität der Schweiz als Sonderfall (Goetschel 2017, 624; Maissen 2015, 202). Die Schweiz überstand den Ersten und Zweiten Weltkrieg ohne feindliche Invasion. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Schweiz von anderen europäischen Staaten nicht als Feind behandelt wurde. Entsprechend wurde die Identität der Schweiz im kompetitiven europäischen Umfeld von den Grossmächten akzeptiert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich von den betrachteten Theorien der IB der Neue Liberalismus und der Sozialkonstruktivismus am besten eignen, um die Neutralität der Schweiz zu erklären. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass der zur Erklärung angeführte theoretische Ansatz phänomenspezifisch gewählt wird. Mit anderen Worten: Es wäre unzulässig zu behaupten, dass der Neue Liberalismus oder der Sozialkonstruktivismus alle Interaktionen der Schweiz mit anderen Staaten besser als andere Theorien zu erklären vermag.

8.4 Erhebung der Neutralität in der Studienreihe «Sicherheit»

Da Neutralität als auch deren Auslegung und Politik essenzieller und wichtiger Bestandteil der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik sind, wird im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» der Neutralität ein eigenes Kapitel gewidmet. Dadurch, dass die Schweiz ein neutraler Staat ist, sind ihre aussen- und sicherheitspolitischen Optionen institutionell begrenzt. Wie in den vorangegangenen Abschnitten beschrieben, stehen hinter dem semantischen Begriff der «Schweizer Neutralität» viele verschiedene Auffassungen sowie unterschiedliche Verständnisse über deren Funktionen. Deshalb werden in der Studienreihe «Sicherheit» vier Hauptdimensionen der Neutralität unterschieden und das Neutralitätsverständnis mit acht verschiedenen Items erhoben (siehe Tabelle 8.2).

Tabelle 8.2: Erhebung der verschiedenen Auffassungen und Funktionen der Neutralität

Hauptdimension	Unterdimension	Item
Allgemeine Einstellung zur Neutralität		
	Neutralitätsprinzip	«Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.»
	Differenzielle Neutralität	«Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.»
Neutralitätsfunktionen		
	Solidaritätsfunktion, Vermittlerrolle	«Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.»
	Identitätsfunktion	«Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.»
Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität		
	Konfliktvermeidung	«Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.»
	Bewaffnete Neutralität	«Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.»
Kritische Betrachtungen der Neutralität		
	Interdependenz verunmöglicht Neutralität	«Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.»
	Neutralität als finaler Wert	«Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.»

Für die Schweiz ergeben sich bedingt durch die Neutralität verschiedene Stufen einer möglichen Kooperationsbereitschaft mit Akteuren der internationalen Politik. Dabei hängt die Kooperationsbereitschaft wesentlich von der Auslegung der Neutralität ab. Durch die Anwendung des differenziellen Neutralitätsverständnisses kann die Schweiz einen Mittelweg zwischen Öffnung und Autonomie wählen. Dabei entspricht die maximale Öffnungsbereitschaft der Schweiz einer Aufgabe des Neutralitätsprinzips. Die maximale Autonomie der Schweiz basiert auf einem absoluten/integralen Neutralitätsverständnis.

8.5 Allgemeine Zustimmung zur Neutralität

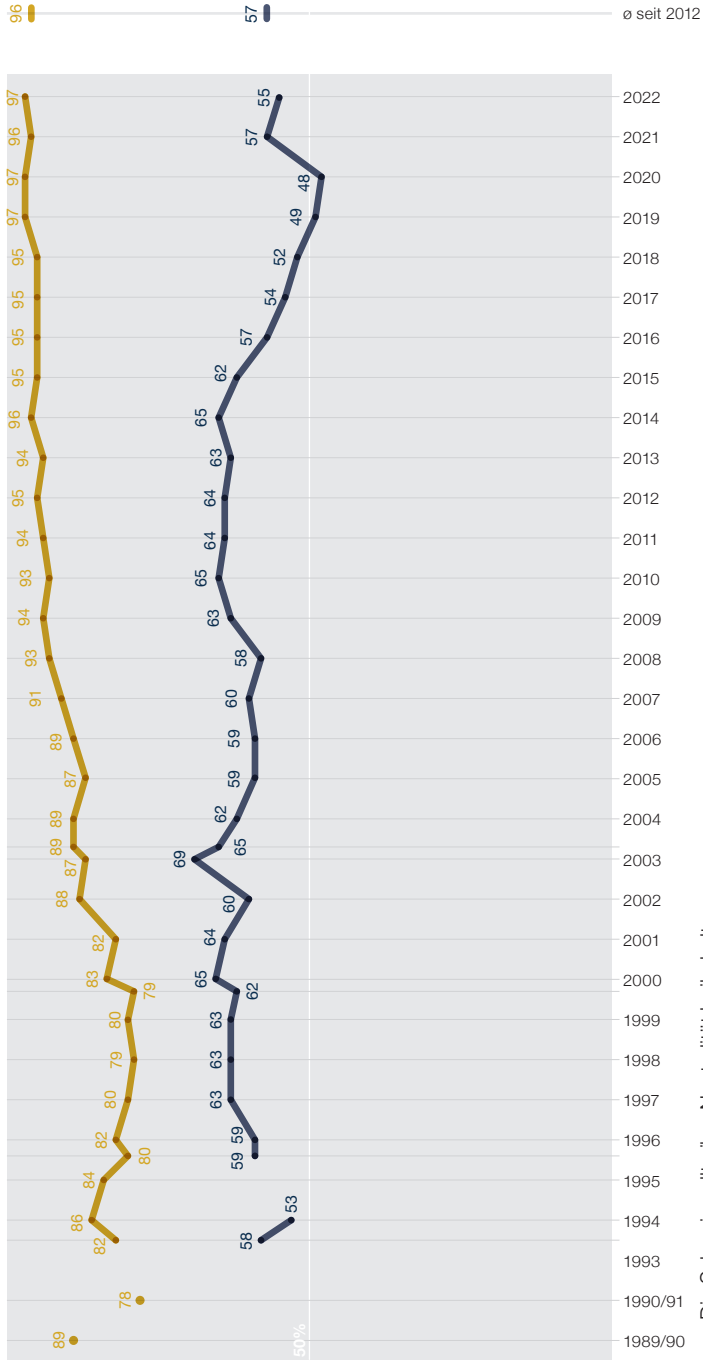
Neutralitätsprinzip

Seit Messbeginn 1989/1990 genießt das Neutralitätsprinzip (Beibehaltung der Neutralität) als ein wichtiger aussenpolitischer Grundsatz der Schweiz eine äusserst

Abbildung 8.1: **Verschiedene Einstellungen zur Neutralität**

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



■ «Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.»

■ «Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.»

ø seit 2012

hohe und breitabgestützte Zustimmung in der Stimmbevölkerung (siehe Abbildung 8.1, gelbe Linie). Zwischen 1989 bis 2022 liegt die durchschnittliche Zustimmung zum Neutralitätsprinzip bei 89%. Zeigten sich zwischen 1989 und 1997 noch vergleichsweise grosse Zustimmungsveränderungen, so bildet sich seit dem Jahr 2000 ein klarer und deutlicher Trend ab: Die Zustimmung für die Beibehaltung der Schweizer Neutralität wächst langsam und konstant. Im Januar 2022 wird der seit einigen Jahren bereits gemessene Höchstwert bestätigt. 97% (+1 Prozentpunkt) der Schweizerinnen und Schweizer sprechen sich dafür aus, dass die Schweiz ihre Neutralität beibehalten sollte. Mit dem Festhalten am Neutralitätsgrundsatz sind 71% «sehr» und 26% «eher» einverstanden. Damit liegt der aktuelle Wert im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (siehe Abbildung 8.1, rechte Skala mit dem Durchschnittswert 2012–2022 von 96%) .

Soziodemografische Einflüsse⁷: Anfang 2022 zeigen sich bei der sehr hohen Zustimmung des Neutralitätsprinzips weder nach sprachregionaler Zugehörigkeit, Geschlecht, Alter noch nach dem Bildungsniveau der Befragten Unterschiede. Lediglich bei der politischen Einstellung zeigen sich signifikante Unterschiede bei der Zustimmung zur Beibehaltung der Neutralität. Je weiter rechts sich eine Person auf der politischen Links-Mitte-Rechts Skala selbst positioniert, desto stärker wird dem Neutralitätsprinzip zugestimmt (links: 93%, Mitte: 97%, rechts: 99%; Cramers $V = 0.13^8$).

Weitere signifikante Unterschiede⁹: Die Einstellung gegenüber dem Neutralitätsprinzip korreliert mit den Einstellungen der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber einem Beitritt der Schweiz zur EU und NATO sowie dem bilateralen Weg zwischen der Schweiz und der EU. Je grösser die Zustimmung für einen EU- oder NATO-Beitritt ist, desto geringer fällt die Zustimmung zur Neutralität aus (EU: $V = 0.19$; NATO: $V = 0.14$). Je stärker der bilaterale Weg der Schweiz mit der EU befürwortet wird, desto stärker wird das Neutralitätsprinzip bejaht ($V = 0.12$).

7 Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

8 Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt.

9 Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

Differenzielle Neutralität

Dadurch, dass sich die Schweiz an den Wirtschaftssanktionen der UNO gegen den Irak 1990 beteiligte, begann die Schweiz ihre Neutralität wieder differenziell zu interpretieren, ohne diesen Ausdruck explizit in der öffentlichen Kommunikation zu benutzen (Aeschimann et al. 2004; vgl. Tabelle 8.1). Das differenzielle Neutralitätsverständnis, welches die Schweiz erstmals zwischen 1920 und 1938 als Mitglied des Völkerbundes anwendete, erlaubt es der Schweiz, bei einem ausländischen Konflikt sich politisch zu positionieren, aber militärisch dennoch neutral zu bleiben (siehe Tabelle 8.1).

Die über einen langen Zeitraum bestehende Zustimmung zur differenziellen Auslegung der Neutralität sank zwischen den Jahren 2014 und 2020 kontinuierlich, bis sich noch knapp die Hälfte der Stimmberechtigten dafür aussprach (siehe Abbildung 8.1, dunkelblaue Linie). 2021 wurde der Trend der letzten sieben Jahre gebrochen, da die Zustimmung zur differenziellen Neutralität anstieg und wieder mehrheitlich befürwortet wurde. Im Januar 2022 stimmen 55% (−2 Pp) der differenziellen Betrachtungsweise der Neutralität zu. 16% der Befragten antworten mit «eher» und 39% mit «sehr» einverstanden.

Soziodemografische Einflüsse: Bei der differenziellen Interpretation der Neutralität zeigen sich Unterscheide zwischen den Sprachregionen und den verschiedenen Alterskategorien. Während Befragte aus der Deutschschweiz und dem Tessin dieser Auffassung mehrheitlich zustimmen, wird sie von Befragten aus der Westschweiz abgelehnt (D-CH: 59%, F-CH: 39%, Tessin: 58%; $V = 0.14$). Ältere Personen stimmen der differenziellen Neutralität häufiger zu als jüngere, wobei ab 65-Jährige dieser mehrheitlich zustimmen, während unter 35-Jährige eher eine ablehnende Haltung zeigen (18–34-Jährige: 45%, 35–49-Jährige: 49%; 50–64-Jährige: 57%, ab 65-Jährige: 64%; $V = 0.12$).

Weitere signifikante Unterschiede: Befragte, welche die differenzielle Neutralität befürworten, unterstützen auch einen Sitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat ($V = 0.17$) sowie ein verstärktes Engagement für die Anliegen der UNO häufiger ($V = 0.14$).

8.6 Neutralitätsfunktionen

Historisch betrachtet verfolgte die Schweiz mit der Neutralität unterschiedliche Ziele (Aeschimann et al. 2004, 21), aufgrund dessen bei der Schweizer Neutralität zwischen unterschiedlichen Neutralitätsfunktionen unterschieden wird (Schindler

1990; Thüer 1991; Riklin 2010). Seit 1993 wird die Bevölkerungswahrnehmung von drei ausgewählten Funktionen der Neutralität (Solidaritätsfunktion, Identitätsfunktion und sicherheitspolitische Funktion) in der Studienreihe «Sicherheit» gemessen. Der Langzeitvergleich zeigt grundsätzlich auf, dass mit der äusserst hohen Bejahung der Schweizer Bevölkerung zur Beibehaltung der Neutralität (Neutralitätsprinzip) auch hohe Zustimmungswerte zu den verschiedenen Neutralitätsfunktionen einhergehen.

Solidaritäts- und Identitätsfunktion

Die Zustimmung zur Solidaritätsfunktion, dass die Schweiz dank der Neutralität in Konflikten vermitteln und «Gute Dienste» leisten kann, bleibt im Januar 2022 gegenüber dem Vorjahr statistisch betrachtet unverändert und erhält mit 95% ungebrochen hohen Zuspruch bei Schweizerinnen und Schweizern (+1 Prozentpunkt, siehe Abbildung 8.2, gelbe Linie). 50% der Befragten sind mit dieser Aussage «sehr» und 45% «eher» einverstanden. Dieser Wert liegt dabei im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (2012–2022: 94%)

Die Identitätsfunktion misst, inwiefern die Neutralität untrennbar mit dem Staatsgedanken der Schweiz verbunden ist. Im Vergleich zum Vorjahr bleibt die Zustimmung statistisch unverändert und liegt aktuell bei 87% (+3 Pp, Abbildung 8.2, dunkelblaue Linie). Mit der Identitätsfunktion sind 44% der Befragten «sehr» und 43% «eher» einverstanden. Der Anfang 2022 für die Identitätsfunktion der Neutralität gemessene Wert liegt leicht über dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (2012–2022: 84%).

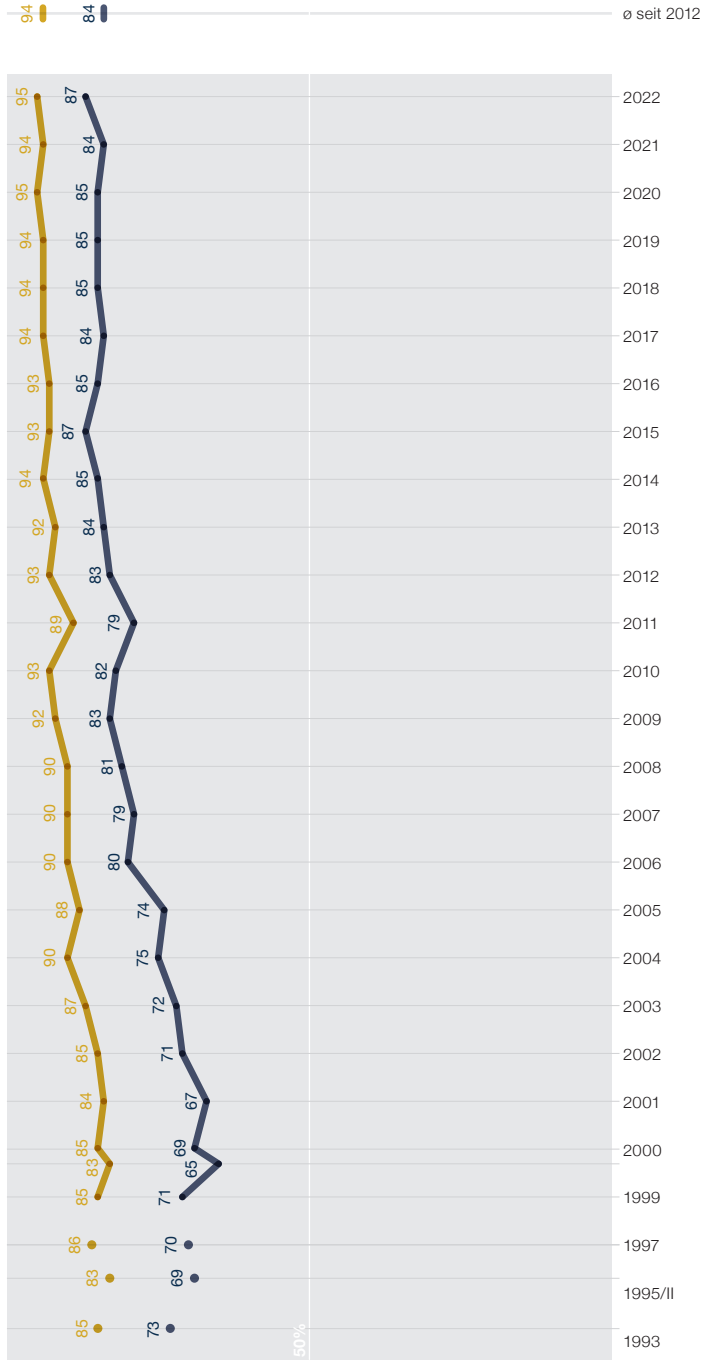
Soziodemografische Einflüsse: Während sich 2022 bei der Solidaritätsfunktion keine signifikanten soziodemografischen Unterschiede zeigen, gibt es Unterschiede beim Zustimmungsgrad der Identitätsfunktion der Neutralität und der politischen Einstellung. Politisch links Eingestellte stimmen der Identitätsfunktion signifikant weniger zu als Schweizerinnen und Schweizer des politisch rechten Spektrums (links: 83%, Mitte: 87%, rechts: 91%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede: Die beiden Funktionen der Neutralität korrelieren mit der Zustimmung zum Neutralitätsprinzip. Schweizerinnen und Schweizer, welche die Neutralität befürworteten, stimmen auch der Identitätsfunktion ($V = 0.28$) und der Solidaritätsfunktion der Neutralität ($V = 0.21$) eher zu. Wer der Identitätsfunktion zustimmt, befürwortet auch eher die «Guten Dienste» der Schweiz ($V = 0.23$) und spricht sich eher gegen einen Beitritt der Schweiz zur EU aus ($V = 0.14$).

Abbildung 8.2: Solidaritäts- und Identitätsfunktion

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



- «Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.»
- «Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.»

Die sicherheitspolitischen Funktionen der Neutralität

Im klassischen politischen und wissenschaftlichen Neutralitätsdiskurs wird der Neutralität als ein sicherheitspolitisches Instrument eine bedeutende Rolle zugeschrieben. Der Zeitvergleich zeigt, dass die Zustimmungswerte zu den sicherheitspolitischen Funktionen der Neutralität wesentlich tiefer ausfallen als jene zur Solidaritäts- und Identitätsfunktion (siehe Abbildung 8.3). Dabei ist die Zustimmung zur Auffassung, dass dank der Neutralität die Schweiz nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird (gelbe Linie) gegenüber dem Vorjahr statistisch unverändert und liegt Anfang 2022 bei 69% (–2 Prozentpunkte). 23% der Befragten sind mit dieser Aussage «sehr» und 46% «eher» einverstanden. Damit liegt dieser Wert leicht über dem Zehnjahresdurchschnitt von 66%.

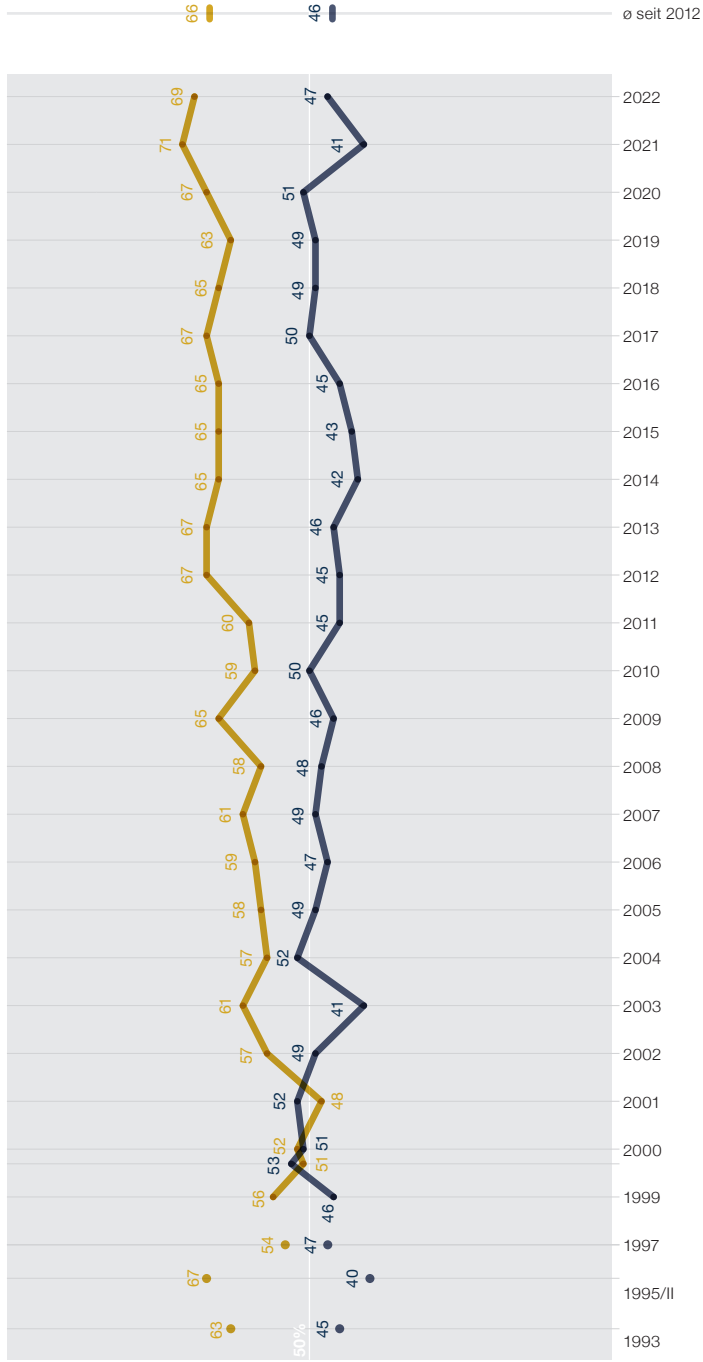
Die Meinung, wonach die Schweiz im Ernstfall fähig sein muss, ihre Neutralität militärisch glaubhaft verteidigen zu können, ist ein weiterer und integraler Bestandteil des schweizerischen Konzepts der bewaffneten Neutralität. Indes zeigt die durchschnittliche Zustimmung der letzten zehn Jahre (2012–2022: 46%), dass sich Schweizerinnen und Schweizer nicht einig sind, ob die Neutralität heute militärisch glaubhaft geschützt werden kann (Abbildung 8.3, dunkelblaue Linie). Während die letztjährige Erhebung zeigt, dass 41% der Befragten die militärische Verteidigung der Neutralität in Frage stellten, zeigt sich im Januar 2022 mit 47% (+6Pp) erneut eine gewisse Uneinigkeit. 2022 antworten hier 10% der Befragten mit «sehr» und 37% mit «eher» einverstanden.

Soziodemografische Einflüsse: Die sprachregionale Zugehörigkeit als auch die politische Einstellung haben einen Einfluss auf den Zustimmungswert zur Ansicht, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird. Befragte der Westschweiz stimmen dieser Neutralitätsfunktion weniger stark zu als Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer (F-CH: 59%, D-CH: 72%, Tessin: 76%; $V = 0.13$). Personen des politisch linken Spektrums stimmen dieser Auffassung weniger oft zu als Befragte der politischen Mitte und rechts davon (links: 62%; Mitte: 74%, rechts: 74%; $V = 0.11$).

Bei der Frage, inwieweit die Neutralität heute noch militärisch glaubhaft geschützt werden kann, zeigt sich ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen dem politisch linken und rechten Lager. Während nur eine Minderheit der politisch rechts Eingestellten der Meinung ist, dass die Neutralität heute nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann, sind sich vor allem Befragte des politisch linken Spektrums in dieser Frage uneinig (links: 51%, Mitte: 49%, rechts: 42%; $V = 0.11$).

Abbildung 8.3: Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»
 sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



- «Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.»
- «Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.»

ntnspolls22

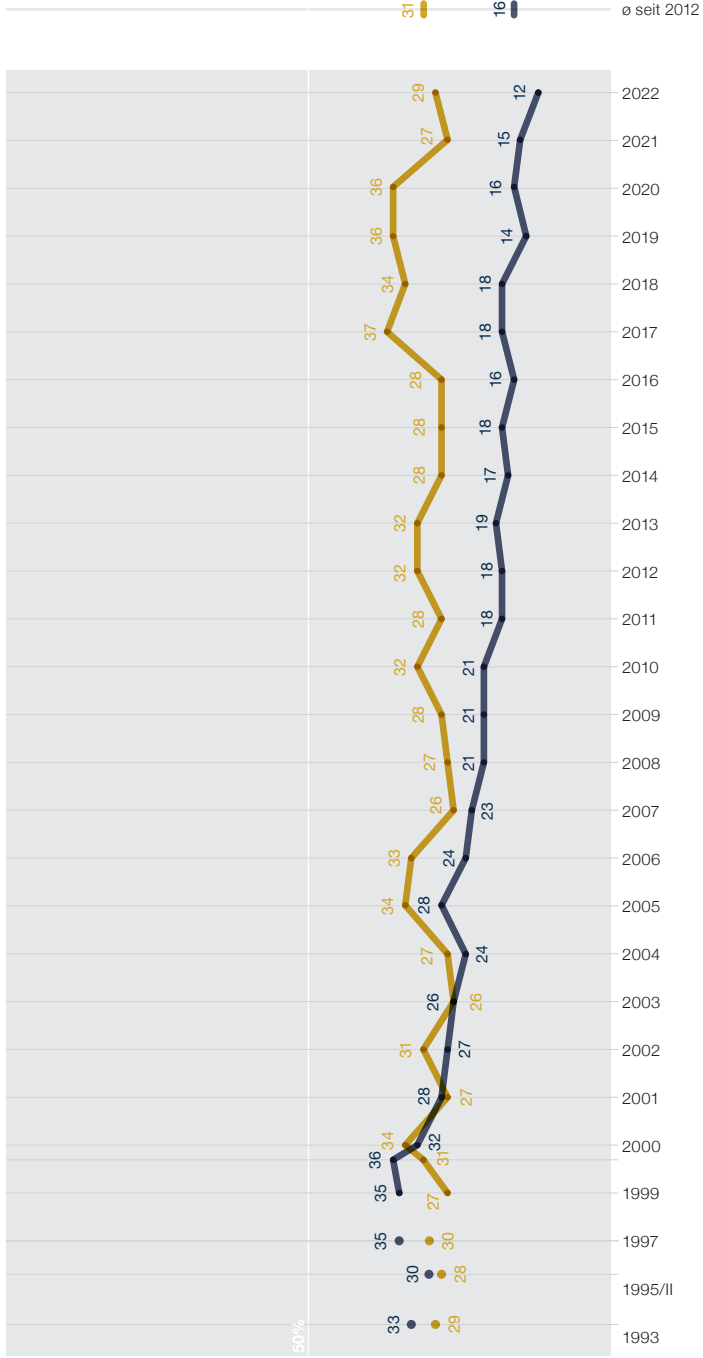
Weitere signifikante Unterschiede: Schweizerinnen und Schweizer, die der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität zustimmen (Dank Neutralität keine internationalen Konflikte), stimmen der militärischen ($V = 0.15$) als auch der nationalen Autonomie ($V = 0.13$) deutlicher zu und lehnen einen Beitritt der Schweiz zur EU häufiger ab ($V = 0.13$). Die Aussage, dass die Neutralität heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann, steht in Zusammenhang mit der Einstellung zur Notwendigkeit und dem Vertrauen in die Armee. Personen, die der Ansicht sind, dass die Neutralität nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann, vertrauen der Armee weniger stark ($V = 0.20$) und halten sie für weniger notwendig ($V = 0.18$). Schweizerinnen und Schweizer, die daran zweifeln, dass die Neutralität heute nicht mehr militärisch glaubhaft geschützt werden kann, stimmen seltener der Aussage zu, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird ($V = 0.11$).

Die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität unterscheiden sich von der sicherheitspolitischen Dimension sowohl hinsichtlich der stärkeren Befürwortung als auch im langfristigen Trend. Seit der ersten Erhebung im Jahr 1993 verläuft die Entwicklung der Zustimmung zur Solidaritäts- und Identitätsfunktion beinahe parallel zu jener der Zustimmung des Neutralitätsprinzips. In den Neunzigerjahren des 20. Jahrhunderts war die Unterstützung beider Dimensionen stabil, jedoch weniger breit in der Bevölkerung abgestützt als nach 2002. Auch die Zustimmung zur sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität – im Sinne, dass die Neutralität vor internationalen Konflikten schützt – hat sich nach 2002 tendenziell erhöht. Verglichen mit der Solidaritäts- und Identitätsfunktion ist die Zunahme der Unterstützung der sicherheitspolitischen Funktion ähnlich ausgeprägt, wenn auch auf einem deutlich tieferen Niveau.

8.7 Neutralität: Instrument der Aussenpolitik, finaler Wert oder Hindernis?

Neben der Einstellung zur Neutralität im Allgemeinen sowie zu deren spezifischen Ausgestaltungsformen wird in der Studienreihe «Sicherheit» auch erhoben, inwieweit die Neutralität als Instrument der Aussenpolitik angesichts der heutigen internationalen Verflechtungen noch umgesetzt werden kann, und ob das Schweizer Elektorat der Neutralität einen Wert an sich zuschreibt. In Kapitel 7 (Abschnitt 7.9) wurde bereits der Frage nachgegangen, in welchem Umfang die zunehmenden Interdependenzen im aktuellen globalen Zeitalter zu einem Hindernis für die Umsetzung der Schweizer Neutralität gesehen werden könnten.

Abbildung 8.4: **Neutralität und internationale Verflechtung, Neutralität als finaler Wert**
«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Weichen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»
sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



— «Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.»
 — «Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.»

nitcrooplisi22

Der Zeitvergleich zeigt, dass in den Jahren 2017 bis 2020 die Realisierbarkeit der Schweizer Neutralität, in Abhängigkeit mit den zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen, verhältnismässig stark in Frage gestellt wurde (siehe Abbildung 8.4, gelbe Linie). Der aktuelle Zustimmungswert liegt bei 29% (+2 Prozentpunkte) und damit knapp unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 31%. Mit dieser Vorgabe sind 4% der Befragten «sehr» und 25% «eher» einverstanden.

Im Januar 2022 ist die Zustimmung zur Aussage, «sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben» (dunkelblaue Linie) auf 12% (−3 Pp) gesunken. 3% der Befragten sind hiermit «sehr» und 9% «eher» einverstanden. Seit Messbeginn wurde noch nie ein derart tiefer Zustimmungswert festgestellt. Im Umkehrschluss verneinen damit 87% der Schweizerinnen und Schweizer, dass die Schweiz ihre Neutralität aufgeben sollte, sobald diese keine Vorteile mehr mit sich bringen sollte. Damit ist für die Schweizer Stimmbevölkerung die Neutralität ein finaler Wert an sich, den es ungeachtet von der Bewertung des möglichen Nutzens aufrechtzuerhalten gilt. Der für das Jahr 2022 gemessene Wert liegt unter dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre (2012–2022: 16%).

Soziodemografische Einflüsse: Frauen (34%) stimmen gegenüber Männern (26%) signifikant öfter der Ansicht zu, dass die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten ein Hindernis für die Neutralität sei ($V = 0.14$). Über alle soziodemografischen Variablen hinweg wird die Aufgabe der Neutralität, sofern sie keine Vorteile mehr bringen sollte, grossmehrheitlich und deutlich abgelehnt. Dabei zeigen sich aktuell keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich soziodemografischer Einflüsse.

Weitere signifikante Unterschiede: Schweizerinnen und Schweizer, die in den engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen mit anderen Staaten für die Neutralität kein Problem sehen, glauben häufiger, dass die Neutralität heute noch militärisch glaubhaft geschützt werden kann ($V = 0.24$). Befragte, die die Neutralität nicht durch die Interdependenz tangiert sehen, befürworten häufiger das Neutralitätsprinzip ($V = 0.19$), die Solidaritätsfunktion der Neutralität ($V = 0.19$) und den bilateralen Weg mit der EU ($V = 0.13$).

Befragte, die in der Neutralität einen finalen Wert sehen, befürworten das Neutralitätsprinzip ($V = 0.28$) sowie die Solidaritätsfunktion der Neutralität ($V = 0.22$) häufiger und vertreten eher die Auffassung, dass die Neutralität heute noch militärisch glaubhaft geschützt werden kann ($V = 0.18$). Die differenzielle Neutralität wird von Personen, die in der Neutralität einen finalen Wert sehen, seltener befürwortet ($V = 0.16$).

Fazit

Auch Anfang 2022 wird der Trend der Vorjahre bestätigt: Schweizerinnen und Schweizer halten klar an der Neutralität fest und sehen in ihr mehr Vor- als Nachteile. Die Neutralität wird als ein (finaler) Wert an sich wahrgenommen. Wie in den Vorjahren wird die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität am deutlichsten befürwortet. Auch die sicherheitspolitische Dimension der Neutralität wird von einer Mehrheit gestützt, jedoch stellt beinahe die Hälfte der stimmberechtigten Bevölkerung die militärische Verteidigung der Neutralität in Frage.

Je nach politischem Standpunkt wird die Neutralität signifikant unterschiedlich bewertet. Vereinzelt zeigen sich zudem Unterschiede nach Geschlecht und sprach-regionaler Zugehörigkeit. Die berechneten soziodemografischen Zusammenhänge sind aber im Vergleich zu den «weiteren signifikanten Zusammenhängen» eher schwach ausgeprägt.

Neutralitätsprinzip und differenzielle Neutralität: Die Beibehaltung der Neutralität wird mit einer Zustimmung von 97% fast einstimmig bejaht. Wer das Neutralitätsprinzip befürwortet, lehnt einen EU- oder NATO-Beitritt ab. Die differenzielle Auslegung der Neutralität – politisch Stellung beziehen, aber militärisch neutral bleiben – wird von einer Mehrheit von 55% befürwortet. Diese Zustimmung geht mit stärkerer Zustimmung eines Schweizer Sitzes im UNO-Sicherheitsrat und einem verstärkten Engagement für UNO-Anliegen einher.

Solidaritäts- und Identitätsfunktion: Beide Funktionen geniessen unverändert grossen und mehrheitlichen Rückhalt bei der Schweizer Stimmbevölkerung. Dabei liegt die Zustimmung zu den «Guten Diensten» bei 95% und jene zur Identitätsfunktion der Neutralität bei 87%. Befragte, die beiden Neutralitätsfunktionen zustimmen, befürworten auch die Beibehaltung des Neutralitätsprinzips.

Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität: 69% der Befragten stimmen der von der Neutralität ausgehenden Schutzwirkung, nicht in internationale Konflikte hineingezogen zu werden, zu. Signifikant mehr Schweizerinnen und Schweizer zweifeln 2022 daran, dass die Neutralität heutzutage nicht mehr militärisch glaubhaft geschützt werden kann. Personen, die der Auffassung sind, dass die Neutralität nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann, haben ein geringeres Vertrauen in die Armee und halten sie für weniger notwendig.

Neutralität und internationale Verflechtung: Obwohl rund ein Drittel (29%) der Schweizer Stimmbevölkerung der Auffassung ist, dass die engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen mit anderen Staaten die Neutralität verunmöglichen und damit die Neutralität durchaus kritisch beäugt, sehen Schweizerinnen und Schweizer in der Neutralität insgesamt mehr Vorteile und fast keine Nachteile. Die

Einstellung, die Neutralität als einen finalen Wert zu betrachten hat sich gegenüber dem Vorjahr signifikant verstärkt. Bei der Zustimmung (12%) der Forderung, dass die Neutralität aufgegeben werden sollte, sobald sie keine Vorteile mit sich bringt, wird 2022 ein historischer Tiefstwert gemessen. Kritischer Stimmen zum Trotz ist aus der Sicht der Stimmbevölkerung die Neutralität ein finaler Wert, der mehr Vor- als Nachteile mit sich bringt.

9 Das Verhältnis Armee und Gesellschaft

Die Schweizer Armee wird neben Aussenpolitik, Bevölkerungsschutz, Nachrichtendienst, Polizei, Wirtschaftspolitik, Zollverwaltung und Zivildienst im *Sicherheitspolitischen Bericht 2016 des Bundesrates* als eines der sicherheitspolitischen Instrumente der Schweiz definiert (Schweizerischer Bundesrat 2016, 81f.). Aufgrund dessen und weil in der Schweiz die Wehrpflicht und das Milizsystem eine grosse historische und gesellschaftliche Rolle spielen, erhält die Armee in der Studienreihe «Sicherheit» grosse Aufmerksamkeit. Das Verhältnis zwischen der Armee und der Gesellschaft (zivil-militärische Beziehungen) wird traditionellerweise anhand von sechs Dimensionen gemessen. Dabei ist als erste Dimension die Wahrnehmung der Notwendigkeit der Armee zu nennen (Abschnitt 9.1). Zweitens wird der gewünschte Ausrüstungs- und Ausbildungsstand der Armee (Abschnitt 9.2) und drittens die gesellschaftliche Rolle der Armee (Abschnitt 9.3) erfragt. Zudem werden die Einstellungen zur Wehr- und Rekrutierungsform (Abschnitt 9.4), zur Zufriedenheit mit der Leistung der Armee (Abschnitt 9.5) und schlussendlich die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben als sechste Dimension erhoben (Abschnitt 9.6).

In Tabelle 9.1 sind die Hauptdimensionen, die jeweiligen Unterdimensionen sowie die konkret erfragten Items zum Verhältnis Armee und Gesellschaft, welche in der Studienreihe «Sicherheit» erfragt werden, dargestellt.

Tabelle 9.1: Dimensionen zum Verhältnis Armee und Gesellschaft

Hauptdimension	Unterdimension	Item
Zivil-militärische Beziehungen		
	Vertrauen in die Armee (siehe Kapitel 5)	«Inwiefern genießt die Armee Ihr Vertrauen?» (10er-Skala: 1 = «überhaupt kein Vertrauen», 10, «volles Vertrauen»)
Zivil-militärische Beziehungen		
	Notwendigkeit der Armee	«Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?»
Umfang der Armee		
	Ausbildung	«Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.»
Umfang der Armee		
	Ausrüstung	«Die Schweiz sollte eine vollständig ausgerüstete Armee unterhalten.»

Zivil-militärische Beziehungen	
Gesellschaftliche Rolle der Armee	Drei Ansichten: «Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und das ist auch gut so.» «Das Militär ist ein notwendiges Übel.» «Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.»
Wehrstruktur	
Milizarmee versus Berufsarmee	«Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?»
Rekrutierungsform	
Zustimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht	«Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.»
Zivil-militärische Beziehungen	
Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee	«Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung von der Schweizer Armee?» (10er Skala: 1 = «überhaupt nicht zufrieden», 10 = «sehr zufrieden»)
Ressourcenallokation im weitesten Sinn	
Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben	«Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?»

In der Studienreihe «Sicherheit» werden die neun oben aufgeführten Items unter dem Begriff Verteidigungspolitik subsummiert. Im weiteren Sinne wird unter Verteidigungspolitik die Sicherstellung der Landesverteidigung verstanden. Die Verteidigungspolitik im engeren soziologischen Sinn unterteilt sich in drei Ebenen: Auf der Makro-Ebene wird der Stellenwert des Militärs für die Schweizer Stimmbevölkerung gemessen (zivil-militärische Beziehungen). Die Meso-Ebene zeigt das Verhältnis des Militärs mit der Verwaltung, den politischen Parteien, Interessengruppen und der Wirtschaft. Bedingt durch die allgemeine Dienstpflicht und das Milizsystem sind Schweizer Angehörige der Armee Bürgerinnen und Bürger in Uniform und Wählerinnen und Wähler zugleich (Mikro-Ebene).

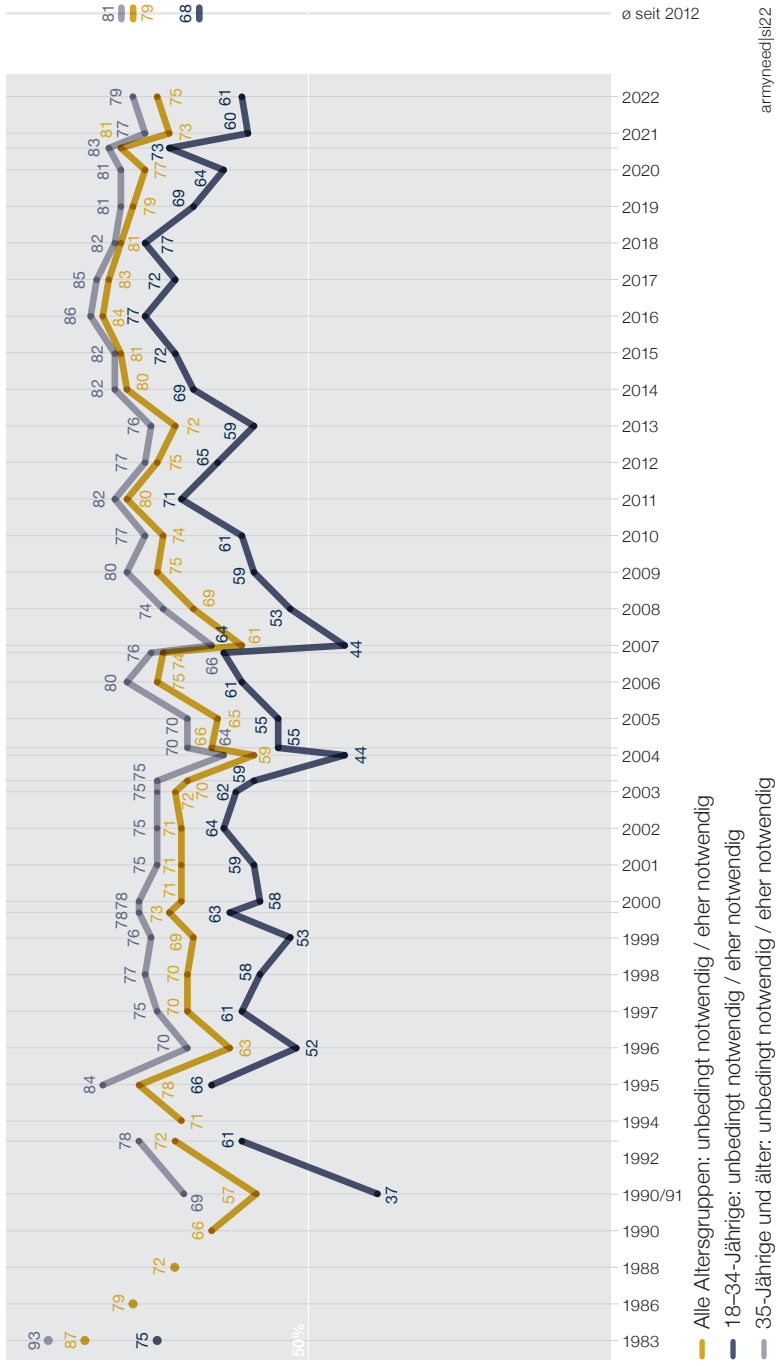
9.1 Notwendigkeit der Armee

Für die Beschreibung der zivil-militärischen Beziehungen zwischen der Schweizer Stimmbevölkerung und des Militärs ist die generelle Legitimation des staatlichen Gewaltinstruments «Armee» ein wichtiges Merkmal. Dabei ist die Frage nach der

Abbildung 9.1: **Notwendigkeit der Armee**

«Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?»

Angaben in Prozent, gerundet



Notwendigkeit der Schweizer Armee ein genereller Indikator, welcher die Legitimation des Militärs in der Schweiz messen kann. Zwischen 1983 und 1990 wurde die Notwendigkeit in unregelmässigen und seit 1991 in jährlichen und regelmässigen Abständen erhoben.

Die Betrachtung der Zustimmungswerte zur Notwendigkeit der Armee (Summe der Antwortkategorien «unbedingt notwendig» und «eher notwendig») über die vergangenen 39 Jahre zeigt (siehe Abbildung 9.1), dass die Legitimation der Armee keinem klaren Trend folgt. Zwischen 1983 bis 1990 sank die Akzeptanz kontinuierlich und erreichte im Jahr 1991 mit 57% einen im Vergleich sehr tiefen Wert. Seit 1992 ist ein volatiler Aufwärtstrend zu beobachten, ohne jedoch dabei auf die hohen Zustimmungswerte zu Beginn der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts zurückzukehren. In den Jahren 2004 und 2007 sank die Zustimmung stark, was wahrscheinlich mit der zu dieser Zeit eingeführten Armeereform *Armee XXI* (2004–2017) zusammenhängen dürfte (für eine detaillierte Analyse der Zustimmungswerte über die Zeit vgl. Szvircev Tresch et al. 2011, 142f.). Das Jahr 2014 stellt einen Wendepunkt dar. Zwischen 2014 und Juli 2020 beurteilten durchschnittlich 81% der Befragten das Militär als notwendig, was einer überdurchschnittlichen Zustimmung entspricht.

Dieser Trend schwächt sich 2021 (73%) leicht ab, und im Januar 2022 bewegt sich die Einstellung zur Notwendigkeit mit 75% (+2 Prozentpunkte) ebenfalls unter dem 10-Jahresschnitt von 79% (siehe Abbildung 9.1, rechte Skala mit dem Durchschnittswert 2012–2022). Statistisch betrachtet ist diese Einstellung gegenüber dem Vorjahr 2021 unverändert. 2022 geben 29% (± 0 Pp) der Befragten an, dass die Schweizer Armee «unbedingt notwendig» sei. 46% (+2 Pp) der befragten Schweizerinnen und Schweizer halten sie für «eher notwendig». 25% (–2 Pp) der Schweizer Stimmbevölkerung erachtet im Januar 2022 die Schweizer Armee als nicht notwendig und stellt damit die Legitimation der Armee in Frage. Für 18% (–2 Pp) ist das Militär «eher nicht» notwendig und 7% (± 0 Pp) der Befragten halten es als «überhaupt nicht» notwendig. Inwiefern der Krieg in der Ukraine, welcher am 24. Februar 2022 durch Russland ausgelöst wurde, das Meinungsbild der Schweizer Bevölkerung gegenüber der Notwendigkeit der Schweizer Armee veränderte, kann aus den vorliegenden Daten nicht ersehen werden. Die ersten Reaktionen seitens der Politik zeigen, dass seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine von einer «Zeitenwende in der Sicherheitspolitik» gesprochen wird und die bürgerlichen Parteien eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets um CHF 2 Mrd. fordern (Neuhaus et al. 2022).

Soziodemografische Einflüsse¹: Auch 2022 zeigt sich, dass – wie seit 2014 – die Notwendigkeit der Armee über alle soziodemografischen Gruppen wie Geschlecht, Sprachregionen, Altersklassen und Bildungsgruppen hinweg mehrheitlich befürwortet wird. 2022 haben aber nur die politische Einstellung, das Alter und die Bildung einen signifikanten Einfluss auf die Bewertung der Notwendigkeit. Nach wie vor gilt: Die Einstellung gegenüber der Notwendigkeit der Armee wird am stärksten durch die politische Einstellung beeinflusst. Je stärker rechts eine Person eingestellt ist, desto notwendiger empfindet sie die Armee (rechts: 90%, Mitte: 81%, links: 54%; Cramer's $V = 0.29^2$). Dabei wird 2022 für die ansonsten militärkritischen Personen des politisch linken Spektrums mit 54% (+3%) eine knapp im Mehrheitsbereich liegende Zustimmung für die Notwendigkeit der Armee gemessen.

Die 18–34-Jährigen, die Kohorte der Wehrpflichtigen,³ sind weiterhin signifikant kritischer gegenüber der Schweizer Armee eingestellt als die weiteren drei Altersgruppen (18–34-Jährige: 61%, 35–49-Jährige: 74%, 50–64-Jährige: 79%; ab 65-Jährige: 84%; $V = 0.14$). Gegenüber dem Vorjahr bleibt diese Einstellung der Jungen statistisch betrachtet unverändert. Der aktuelle Wert von 61% liegt aber deutlich unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (68%, –7%). Personen mit einem hohen Bildungsniveau sind im Gegensatz zu den zwei anderen Bildungsgruppen weniger stark von der Notwendigkeit der Armee überzeugt (tief: 83%, mittel: 80%, hoch: 69%; $V = 0.10$).

9.2 Ausrüstung und Ausbildung der Armee

Während die Zustimmung zur Notwendigkeit Aufschluss über die allgemeine Legitimation und Akzeptanz der Armee in der Schweizer Stimmbevölkerung gibt, geben die Antworten zur Ausrüstung und Ausbildung der Armee Auskunft über die funktionale Relevanz⁴, welche Schweizerinnen und Schweizer der Armee beimessen. Die Frage zur Ausrüstung und Ausbildung der Armee wurde in der Stu-

- 1 Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.
- 2 Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt.
- 3 Diese Altersgruppe wird als die Kohorte der Wehrpflichtigen bezeichnet, da in diesem Alter der zeitliche Schwerpunkt des Absolvierens der militärischen Dienstpflicht (Wehrpflicht) liegt.
- 4 Für die Einsatzfähigkeit der Armee sind einerseits der Ausbildungsstand und andererseits auch die Vollausrüstung essenzielle Voraussetzungen. Anhand der Items «sehr gut ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee wird die Relevanz und Wichtigkeit dieser beiden Voraussetzungen aus Bevölkerungssicht gemessen.

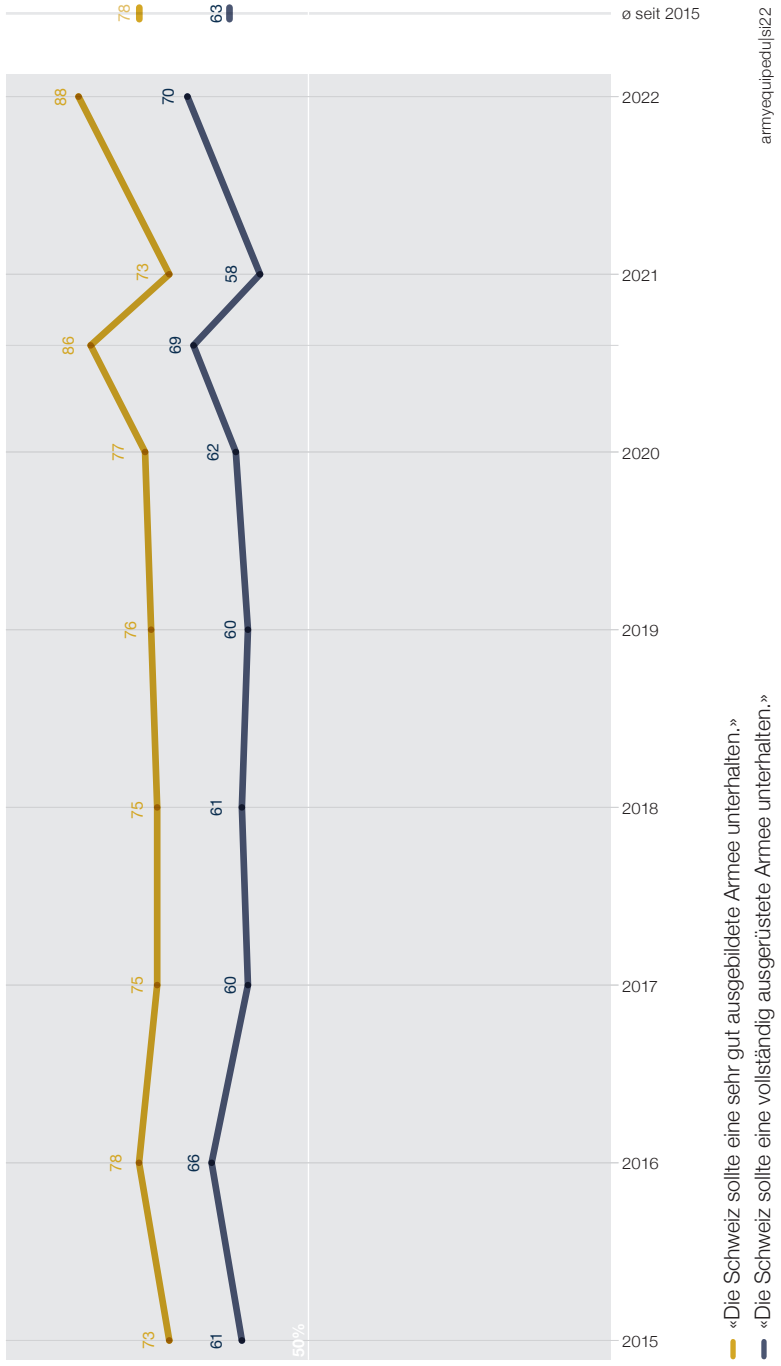
dienreihe «Sicherheit» bis 2014 mit einem einzelnen Item erhoben («Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten»). Dieses Item ist methodisch ungünstig, da es zwei Dimensionen gleichzeitig misst: Ausbildung und Ausrüstung. Daher wurden im Rahmen der Studie «Sicherheit 2015» die beiden Aspekte zum ersten Mal mit zwei einzelnen Items erfragt, wobei diese eine inhaltliche Zuspitzung erhielten. Seither wird bei der Ausrüstung nicht mehr nach einer «gut ausgerüsteten» Armee gefragt, sondern eine «vollständig ausgerüstete» Armee steht im Mittelpunkt des Interesses. Bei der Ausbildung wird nicht mehr die Meinung zu einer «gut ausgebildeten» Armee erhoben, sondern es wird die Einstellung zu einer «sehr gut ausgebildeten» Armee abgefragt. Aufgrund der Neuformulierung dieser beiden Items ist seit 2015 der direkte Vergleich zu den vorangegangenen Jahren methodisch unzulässig (Szvircsev Tresch et al. 2015, 138). In Abbildung 9.2 wird deshalb die alte Formulierung von 1990 bis 2014 nicht mehr abgebildet.

Wie bereits in den Vorjahren korrelieren auch 2022 die beiden 2015 eingeführten Vorgaben («sehr gut ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee) sehr stark ($V = 0.45$): Personen, welche eine «sehr gut ausgebildete» Armee fordern, unterstützen mehrheitlich auch eine Vollausrüstung der Armee. Oder umgekehrt: Wer eine «vollständig ausgerüstete» Armee als wichtig erachtet, bejaht mit grosser Wahrscheinlichkeit auch eine «sehr gut ausgebildete» Armee.

Im Vorjahresvergleich wird 2022 beiden Vorgaben signifikant stärker zugestimmt. Bei der Priorisierung der beiden Items zeigt sich weiterhin das bekannte Bild: Nach wie vor wird eine «sehr gut ausgebildete» Armee gegenüber einer «vollständig ausgerüsteten» Armee als wichtiger erachtet. 88% (+15 Prozentpunkte) der Schweizerinnen und Schweizer stimmen der Aussage zu, dass die Schweiz eine «sehr gut ausgebildete» Armee unterhalten sollte. 44% der Befragten sind damit «sehr einverstanden» und 44%, «eher einverstanden». Derweil stimmen 70% (+12 Pp) der Aussage zu, dass die Schweiz eine «vollständig ausgerüstete» Armee benötige («sehr einverstanden»: 27%, «eher einverstanden»: 43%). Inwiefern diese Zunahmen mit den beiden 2021 durch die Schweizer Armee geleisteten Einsätzen zugunsten der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie zusammenhängen, oder ob die schon im Januar 2022 zu beobachteten Spannungen zwischen Russland und der Ukraine den Ausschlag für diesen Anstieg gaben, kann aus den Daten nicht abgeleitet werden. Mit 88% (Ausbildung) und 70% (Ausrüstung) werden im Januar 2022 Höchstwerte gemessen, ähnlich hohe Werte wurden bei der der Nachbefragung im Juli 2020, welche im Nachgang des ersten Armeeeinsatzes aufgrund der COVID-19-Pandemie stattfand, verzeichnet. Die beiden anfangs 2022 gemessenen Werte liegen deutlich über dem Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2022 (Ø Ausbildung: 78%; Ø Ausrüstung: 63%).

Abbildung 9.2: Ausrüstung und Ausbildung der Schweizer Armee

«Welchen der folgenden Aussagen über die Schweizer Armee würden Sie zustimmen?»
 sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



— «Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.»
 — «Die Schweiz sollte eine vollständig ausgerüstete Armee unterhalten.»

Soziodemografische Einflüsse: Bei der Befürwortung einer «sehr gut ausgebildeten» Armee zeigen sich signifikante Unterschiede nach dem Alter und der politischen Einstellung, wobei das letztgenannte Merkmal stärker differiert: Je stärker sich Befragte politisch rechts verorten, desto stärker unterstützen sie eine «sehr gut ausgebildete» Armee (rechts: 95%; Mitte: 90%, links: 81%; $V = 0.16$). Beim Alter unterscheiden sich die zwei jüngsten von den zwei ältesten Alterskohorten signifikant (18–34-Jährige: 85%, 34–49-Jährige: 85%, 50–64-Jährige: 91%, ab 65-Jährige: 90%; $V = 0.11$).

Bei der Einstellung zur Vollausrüstung der Schweizer Armee bestehen ebenfalls soziodemografische Unterschiede. Auch hier ist die politische Orientierung jenes Merkmal, welches am meisten abstuft. Von links über die politische Mitte bis rechts steigt die Befürwortung einer vollausrüsteten Armee deutlich und signifikant an (links: 53%, Mitte: 73%, rechts: 86%; $V = 0.23$). Dabei sind sich Befragte des politischen linken Spektrums bezüglich der Vollausrüstung der Armee mit 53% uneinig. Zudem unterstützen Männer eine «vollständig ausgerüstete» Armee signifikant stärker als Frauen (Männer: 74%, Frauen: 67%; $V = 0.18$).

Weitere signifikante Unterschiede⁵: Die Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee hat einen starken Einfluss auf die Einstellung zu einer «sehr gut ausgebildeten» und einer «vollständig ausgerüsteten» Armee. Schweizerinnen und Schweizer, die ihr Militär als notwendig erachten, befürworten die Vollausrüstung ($V = 0.45$) und eine sehr gute Ausbildung der Armeemitglieder ($V = 0.35$). Ebenfalls fordern auch Befragte, welche sich für die militärische Autonomie (nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen) aussprechen, überdurchschnittlich stark eine «vollständig ausgerüstete» ($V = 0.21$) und «sehr gut ausgebildete» Armee ($V = 0.15$).

9.3 Gesellschaftliche Rolle der Armee

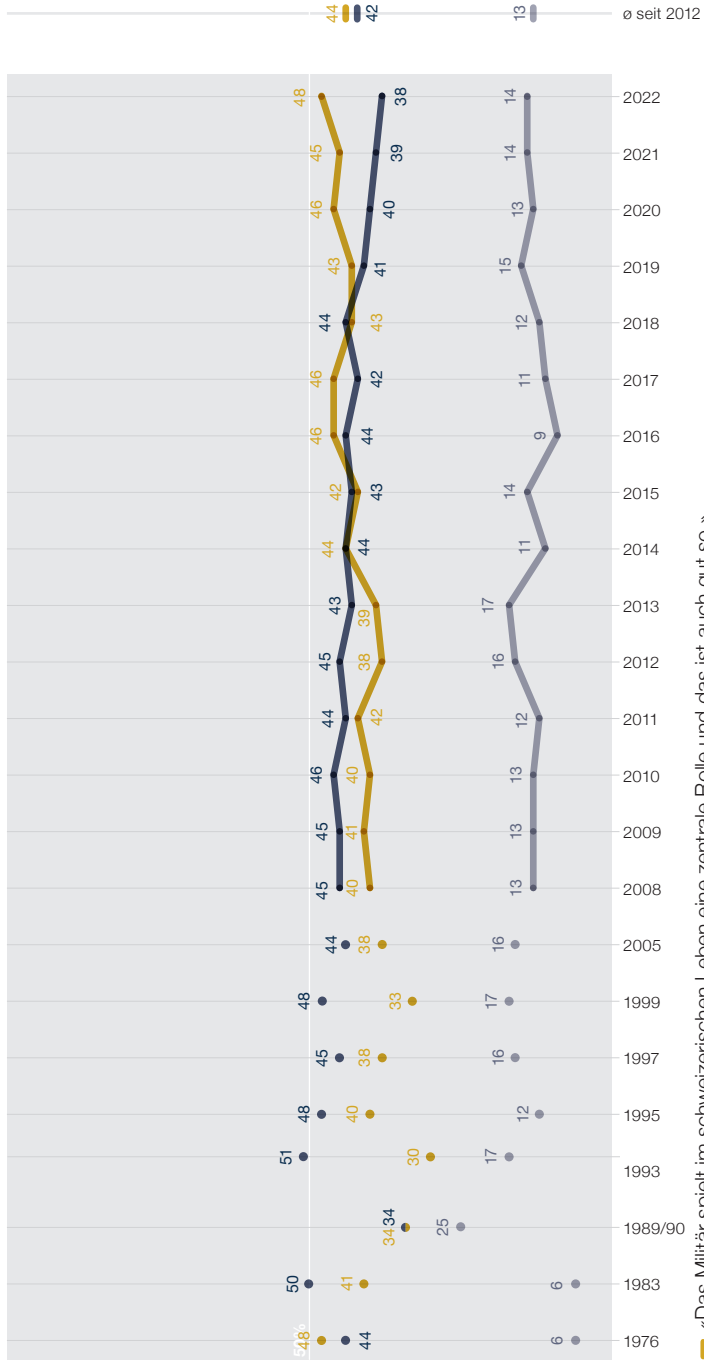
Die Armee ist zum einen ein sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz (Schweizerischer Bundesrat 2016, 81f.) und hat zum anderen auch eine gesellschaftliche Integrationsfunktion, die zum gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweizer Bevölkerung beiträgt (Würmli 2015, 68). Diese Doppelfunktion des Militärs kann zu einer höheren Legitimität der Institution «Armee» führen. Gleichzeitig zeigt aber diese Doppelfunktion auch den Stellenwert auf, welchen Schweizerinnen und Schweizer dem Militär für die Gesellschaft zuschreiben. Die gesellschaftliche

5 Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanzhaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.

Abbildung 9.3: Die gesellschaftliche Rolle der Armee

«Über die Bedeutung von dem Militär für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.»

Angaben in Prozent, gerundet



armyrole|s|22

«Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und das ist auch gut so.»

«Das Militär ist ein notwendiges Übel.»

«Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.»

Rolle der Armee, das heisst die Identifikation mit der Landesverteidigung und die Bewertung des Militärischen in der Schweiz, wird seit 1976 in unregelmässigen Abständen, seit 2008 in regelmässigem Abstand anhand einer Frage mit drei Antwortmöglichkeiten erhoben (siehe Abbildung 9.3).

Die gesellschaftliche Relevanz der Schweizer Armee wird seit 1976 mit den drei Vorgaben, dass das Militär eine «zentrale Rolle in der Gesellschaft spiele», ein «notwendiges Übel» oder eine «abschaffungswürdige Institution» sei, gemessen. Die gesellschaftliche Bedeutung der Armee bleibt 2022 gegenüber dem Vorjahr statistisch unverändert. Für 48% (+3 Prozentpunkte) der Befragten nimmt das Militär nach wie vor eine zentrale Rolle im schweizerischen Leben ein. Gleichzeitig bezeichnen 38% (-1 Pp) der Befragten die Armee als ein notwendiges Übel und für 14% (± 0 Pp) der Schweizerinnen und Schweizer ist die Armee eine abschaffungswürdige Institution. Für 2022 wird im Zehnjahresschnitt ein überdurchschnittlich hoher Wert des Zentralitätsgedankens (48%; Durchschnitt 2012–2022: 44%) und für die Ansicht, dass die Armee ein notwendiges Übel sei, mit 38% ein unterdurchschnittlich tiefer Wert (Durchschnitt 2012–2022: 42%) gemessen. Aktuell liegt die Auffassung, dass es sich bei der Armee um eine «abschaffungswürdige Institution» handle, mit 14% im langjährigen Durchschnitt von 13%. Im Zeitverlauf unterliegt die positive Betrachtungsweise der Armee Schwankungen, welche mit den geostrategischen Veränderungen Europas und der Welt in Verbindung gebracht werden können. Das Militär als nationales Identifikationssymbol wurde insbesondere mit dem Ende des Kalten Krieges 1989/1990 verstärkt hinterfragt (Szvircsev Tresch 2011, 6). Im Jahr 1989 bewerteten nur 34% der Bevölkerung die Armee als eine gesellschaftlich zentrale Institution und ein Viertel (25%) sah in ihr eine abschaffungswürdige Institution. Zudem wurde auch die Notwendigkeit der Armee mit 61% während dieser Zeit vergleichsweise kritisch beurteilt. Vom Ende der Achtzigerjahre bis Ende der Neunzigerjahre des 20. Jahrhunderts beurteilten Schweizerinnen und Schweizer das zivil-militärische Verhältnis in der Schweiz vergleichsweise kritisch (Würmli 2015, 166). Von 1999 bis 2013 verläuft die Beurteilung auf einem mittleren Niveau. Seit 2014 messen die Befragten ihrer Armee wieder mehr Bedeutung zu und der Zentralitätsgedanke ist 2022 auf demselben Niveau wie 1976.

Soziodemografische Einflüsse: Die politische Orientierung einer Person schlägt sich auch in der Einstellung der gesellschaftlichen Bedeutung der Armee nieder. Je rechter sich Befragte politisch einstufen, desto grösser ist die Zustimmung zur zentralen Rolle der Armee (rechts: 64%, Mitte: 55%, links: 26%). Schweizer Stimmberechtigte des politisch linken Spektrums betrachten das Militär eher als ein notwendiges Übel (links: 44%, Mitte: 37%, rechts: 32%). 30% der links Positi-

onierten stimmen der Armeeabschaffung zu. Diese Ansicht wird bei den Rechten von 4% und jenen der politischen Mitte von 8% geteilt ($V = 0.28$ für alle Vorgaben). Befragte mit hohem Bildungsniveau stimmen dem Zentralitätsgedanken signifikant weniger oft zu als Schweizerinnen und Schweizer mit tiefer oder mittlerer Bildung (hoch: 38%, mittel: 55%, tief: 64%; $V = 0.14$). Beim Alter unterscheiden sich die beiden jüngsten Gruppen von den beiden ältesten Gruppen betreffend die Zentralität der Armee (18–34-Jährige: 40%, 34–49-Jährige: 41%, 50–64-Jährige: 50%, ab 65-Jährige: 57%; $V = 0.12$). Vor allem die 18–34-Jährigen teilen überdurchschnittlich stark die Meinung, dass die Armee abgeschafft werden sollte (18–34-Jährige: 21%, 34–49-Jährige: 17%, 50–64-Jährige: 13%, ab 65-Jährige: 7%; $V = 0.12$).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Einstellung, dass das Militär in der Schweizer Gesellschaft eine zentrale Rolle spielt, steht in Verbindung mit weiteren Einstellungen zur Armee: Befragte, welche die Notwendigkeit der Armee bejahen ($V = 0.57$), im Allgemeinen mit der Leistung der Armee zufrieden sind ($V = 0.50$), die Vollausrüstung ($V = 0.45$) und eine sehr gute Ausbildung ($V = 0.36$) fordern, die Verteidigungsausgaben ($V = 0.43$) anheben oder zumindest so wie jetzt belassen wollen und hinter der Milizarmee anstelle einer Berufsarmee ($V = 0.28$) stehen, befürworten die zentrale Rolle des Militärs überdurchschnittlich stark.

9.4 Wehr- und Rekrutierungsform

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee seit Erhebungsbeginn stets von einer Mehrheit bejaht wurde, war die Mehrheit der Stimmbevölkerung nicht immer mit der Miliz als Wehrform einverstanden. Mit dem Begriff «Wehrform» wird unter anderem verstanden, wie Personal für die Armee rekrutiert wird. Die Rekrutierung von Angehörigen der Armee kann auf zwei unterschiedliche Arten erfolgen: Erstens, die Rekrutierung kann durch eine gesetzlich geregelte Wehrpflicht als Zwang erfolgen. Oder zweitens durch einen Vertrag und somit auf Freiwilligkeit beruhen. Im letzteren Fall muss die Rekrutierung über den zivilen Arbeitsmarkt erfolgen. Ein zweiter wesentlicher Faktor der Wehrform ist neben der Personalgewinnung die Art der Verfügbarkeit des Personals. Dabei wird zwischen stehenden Armeen bzw. Berufsarmeen/Freiwilligenarmeen und Milizarmeen unterschieden (Szvircsev Tresch 2010, 6; Svzircsev Tresch 2005). Die Merkmale einer Milizarmee sind die fehlende Präsenz und die gestaffelte Dienstpflicht. Es ist eine Armee, welche «in Friedenszeiten nur zu einer kurzfristigen Ausbildung in zeitlich sich wiederholenden Übungen zusammentritt und nur über ein kleines Berufskader verfügt» (Szvircsev Tresch 2010, 7).

Dieser Abschnitt diskutiert die Frage, wie die Stimmbevölkerung über die Art und Weise der Rekrutierung denkt – Wehrpflicht in Form einer Zwangsrekrutierung oder Freiwilligkeit – und auch, welche Streitkräfteform die nationale Sicherheit in Zukunft besser gewährleistet. Dabei geht es um die Einstellung gegenüber einer Miliz- oder Berufsarmee. Seit 1976 wird in der Studienreihe «Sicherheit» die Meinung bezüglich der beiden Wehrmodelle erfragt (siehe Abbildung 9.4). Dabei zeigt der Zeitreihenverlauf, dass die Schweizer Bevölkerung seit 2013 wieder deutlicher die Milizarmee und die Wehrpflicht präferiert. Somit hat die Zustimmung zu einer Berufsarmee, welche mit Freiwilligen alimentiert wird, abgenommen. In der Bevölkerungsmeinung zeigten sich in den Jahren zuvor teilweise grosse Schwankungen hinsichtlich der präferierten Wehrstruktur der Schweizer Armee.

Während die Siebzigerjahre und Achtzigerjahre des 20. Jahrhunderts von einem breiten Konsens in Bezug auf die Milizarmee als die richtige Wehrstruktur geprägt waren, nahm in den Neunzigerjahren die Unterstützung einer Berufsarmee zu. Seit der Jahrtausendwende des 21. Jahrhunderts hielten sich die Befürworterinnen und Befürworter einer Milizarmee und jene einer Berufsarmee mit kleinen Schwankungen die Waage. Das Jahr 2013 stellt bis anhin einen historischen Wendepunkt dar. Seit 2013 manifestiert sich eine breitere Unterstützung der Bevölkerung für eine Milizarmee mit einem Höhepunkt im Jahr 2014 mit einer Zustimmung von 61%, und ebenfalls im Jahr 2019 mit 60%.

Auch im Jahr 2022 ist dieser Wert auf einem sehr hohen Niveau von 60% (+2 Prozentpunkte) und liegt leicht über dem Zehnjahresschnitt von 57%. Eine Berufsarmee wird von 34% (–3 Pp) der Schweizerinnen und Schweizern befürwortet und liegt im Zeitraum 2012 bis 2022 unter dem Durchschnitt von 37%. Der Anteil von Befragten, welche zu dieser Einstellung keine Meinung abgeben konnten, bleibt mit 6% (+1 Pp) gleich.

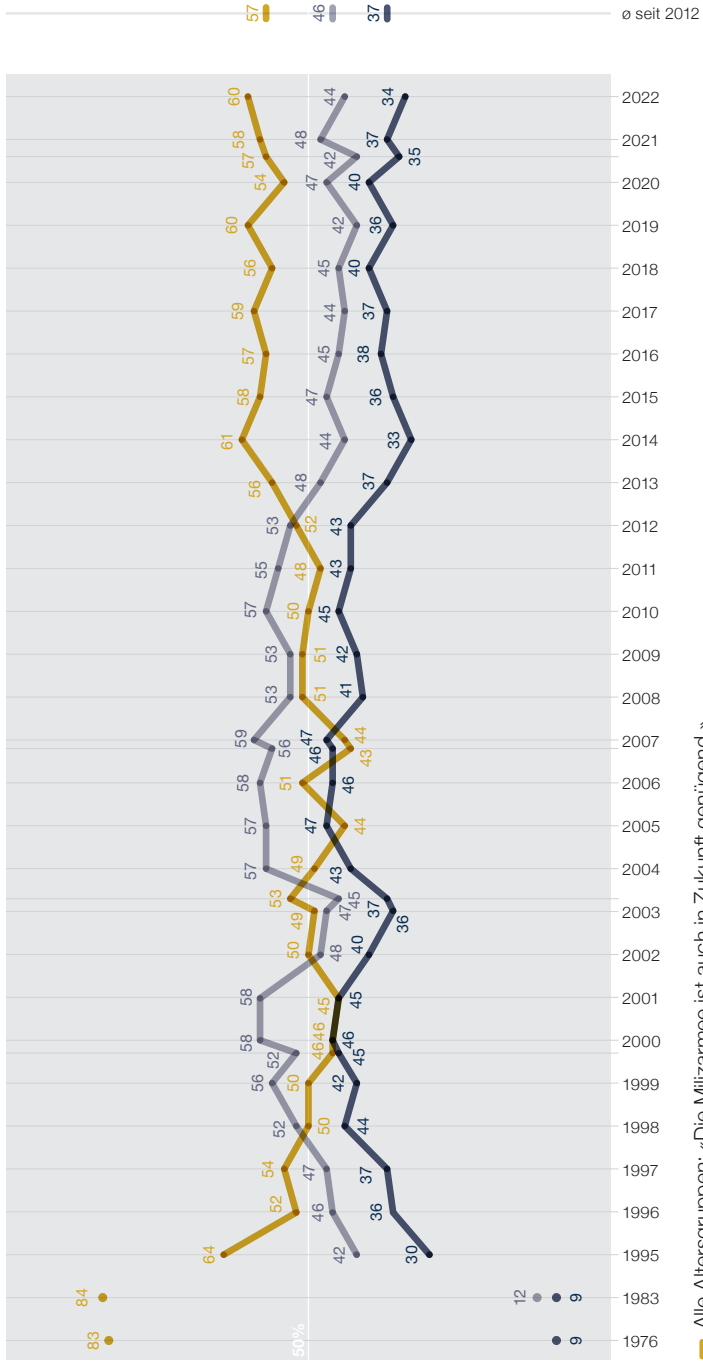
Soziodemografische Einflüsse: Politisch rechts Eingestellte stimmen der Milizarmee signifikant stärker zu als Personen der politischen Mitte und politisch links Positionierte (rechts: 70%, Mitte: 58%, links: 53%; $V = 0.15$). Obwohl die politische Linke nach wie vor am geringsten der Milizarmee zustimmt, ist ihr Zustimmungsteil um 7% gestiegen. Eine Berufsarmee findet in keinem der drei politischen Lager eine Mehrheit. Die Zustimmung zu dieser ist bei politisch links Eingestellten mit 40% (–6%) am höchsten und mit 26% bei politisch rechts Positionierten am tiefsten. In der Westschweiz wird der Milizarmee als Wehrstruktur signifikant stärker als in der Deutschschweiz zugestimmt (F-CH: 42%, D-CH: 31%; $V = 0.11$).

Die 18–34-Jährigen favorisierten mit kleinen Unterbrüchen in der Mitte der Neunzigerjahre und zu Beginn des 21. Jahrtausends bis 2012 jeweils eine Berufs-

Abbildung 9.4: Wehrstruktur: Milizarmee versus Berufsarmee

«Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?»

Angaben in Prozent, gerundet



- Alle Altersgruppen: «Die Milizarmee ist auch in Zukunft genügend.»
- Alle Altersgruppen: «Wir würden in Zukunft eine Berufsarmee brauchen.»
- 18-34-Jährige: «Wir würden in Zukunft eine Berufsarmee brauchen.»

armymilivprofilis22

armee. Wahrscheinlich infolge der Sensibilisierung der Bevölkerung durch die Diskussion zur Wehrpflichtabschaffungs-Initiative im Jahr 2013 ist seitdem die Befürwortung der Berufsarmee bei der Alterskohorte der Wehrpflichtigen nie mehr über die 50% Marke gestiegen. Besonders kritisch gegenüber der Berufsarmee eingestellt waren die Jungen bei der Nachbefragung im Juli 2020 mit 42% Zustimmung. 2022 befürworteten 44% (−4 Pp) der 18–34-Jährigen eine Berufsarmee, was mehr oder weniger dem Zehnjahresschnitt von 46% entspricht. Es zeigt sich dennoch erneut, dass sie vor allem im Vergleich zu den ab 65-Jährigen (33%; $V = 0.18$) signifikant stärker eine Berufsarmee präferieren.

Weitere signifikante Unterschiede: Befragte, die eine Milizarmee gegenüber einer Berufsarmee favorisieren, erachten die Armee als notwendiger ($V = 0.36$), sind zufriedener mit der Leistung ($V = 0.33$), und unterstützen eine Vollausrüstung der Armee ($V = 0.19$) deutlich stärker.

Wehrpflicht

Gegenüber dem Vorjahr bleibt die Einstellung zur Abschaffung der Wehrpflicht unverändert. 35% (−3 Pp) der Schweizerinnen und Schweizer befürworteten 2022 eine Abschaffung der Wehrpflicht (siehe Abbildung 9.5). Mit dieser Vorgabe sind 17% «sehr» und 18% «eher» einverstanden. Der aktuelle Wert liegt leicht unter dem Zehnjahresschnitt von 38%.

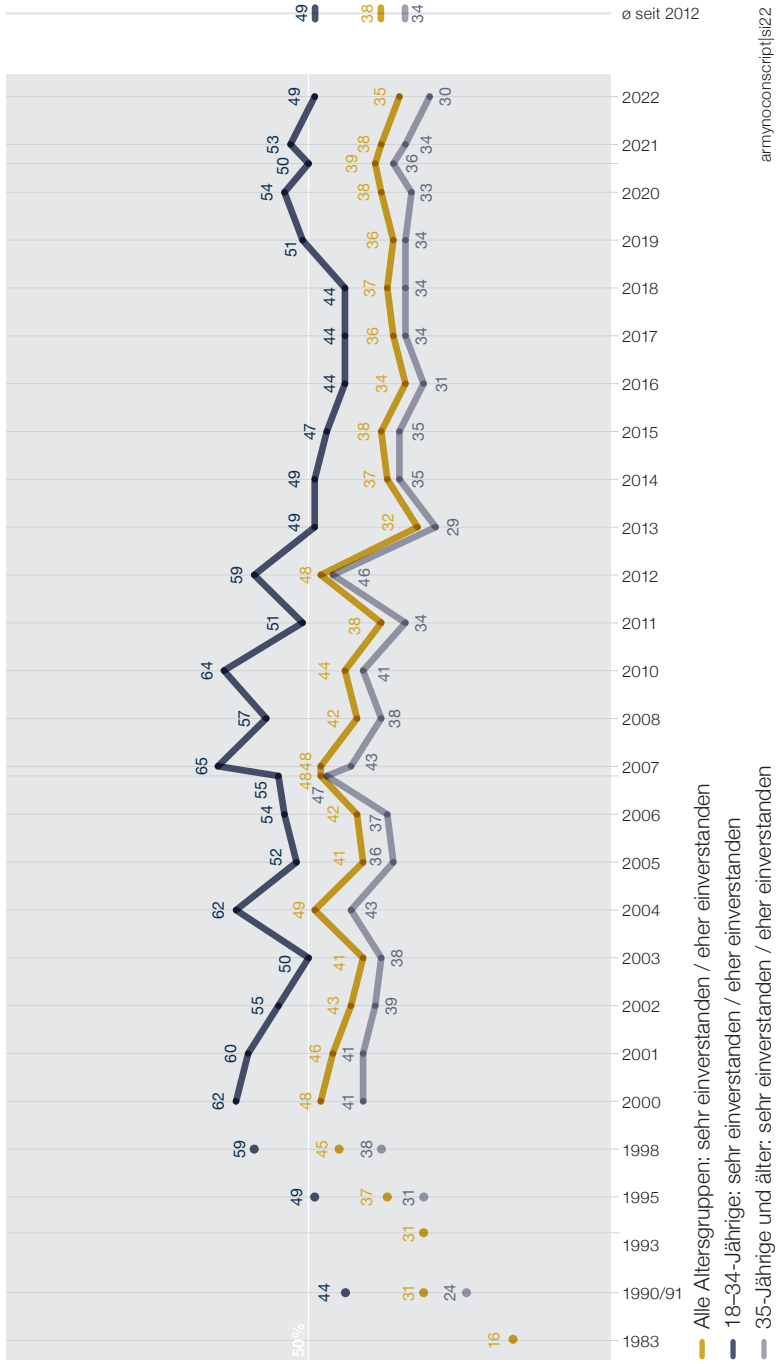
64% (+3 Pp) der Befragten lehnen die Abschaffung der Wehrpflicht ab und sprechen sich somit für deren Erhaltung aus. Seit 2013 zeigt sich eine deutliche Ablehnung der Abschaffung der Wehrpflicht. Inwiefern diese hohe Zustimmung zur Wehrpflicht mit der im Jahr 2013 durchgeführten und mit 73.2% abgelehnten Abstimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht (Fossati et al. 2013, 13) zusammenhängt, kann mit den Daten nicht eruiert werden, doch es scheint plausibel, dass die Bevölkerung bezüglich der Frage der Wehrform während des Abstimmungskampfes stärker sensibilisiert wurde. Möglich ist auch, dass die auf den 1. Januar 2018 implementierte und in Teilschritten umgesetzte Armee reform *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* (Schweizer Armee 2021) ebenfalls einen Einfluss auf die starke Befürwortung der Wehrpflicht hatte und hat. Ebenfalls ist nicht auszuschliessen, dass durch den Konflikt in der Ukraine⁶ die Meinung, dass eine Wehrpflicht mehr Schutz bieten könnte, in der Schweizer Bevölkerung gestiegen ist.

6 Hiermit ist die Zeit vor der russischen Invasion in die Ukraine vom 24. Februar 2022 gemeint. Die Datenerhebung fand vom 4. bis 20. Januar 2022 statt. Aus diesem Grund können keine Aussagen über den Einfluss der russischen Invasion der Ukraine gemacht werden.

Abbildung 9.5: Zustimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht

«Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.»

Angaben in Prozent, gerundet



Soziodemografische Einflüsse: In Bezug auf Einstellung zur Wehrpflicht zeigen sich zwischen dem Alter, dem Geschlecht und der politischen Einstellung Unterschiede. Politisch links positionierte Schweizerinnen und Schweizer stimmen der Wehrpflichtabschaffung überdurchschnittlich und signifikant stärker zu, sind sich allerdings mit einer Zustimmung von 49% uneinig. Jeweils eine Minderheit der politischen Mitte und rechts davon teilt diese Auffassung (Mitte: 35%, rechts: 21%; $V = 0.20$). Auch die 18–34-Jährigen sind sich bezüglich der Abschaffung der Wehrpflicht uneinig (50%), doch sie stimmen einer Abschaffung signifikant stärker zu als die anderen Altersgruppen (35–49-Jährige: 37%, 50–64-Jährige: 33%, ab 65-Jährige: 23%; $V = 0.14$). Zudem sind Frauen gegenüber Männern eher der Meinung, dass die Wehrpflicht abgeschafft werden sollte; findet aber bei ihnen keine Mehrheitszustimmung (Frauen: 38%, Männer: 31%; $V = 0.11$).

Anhand der Antworten zur Art der Rekrutierungsform (Freiwilligkeit versus Zwang) und der Struktur (Miliz- versus Berufsarmee) lässt sich die Schweizer Bevölkerung generell wie folgt charakterisieren: Auf der einen Seite stehen jüngere Personen und die politisch links Eingestellten, welche die Wehrpflicht und das Milizsystem kritischer beurteilen und weniger stark unterstützen. Auf der anderen Seite finden sich ältere Befragte und sich politisch rechts oder in der Mitte Positionierende, welche sich mit der auf der Wehrpflicht basierenden Milizarmee stärker identifizieren.

Wie bereits in den Jahren zuvor, untersuchen wir wiederum folgende zwei Forschungsfragen:

- Wie gefestigt sind die Einstellungen der Schweizerinnen und Schweizer zur Beibehaltung bzw. zur Abschaffung der Wehrpflicht und der Milizarmee?
- Gehen beide Forderungen Hand in Hand oder lassen sich Unterschiede in der Meinungsbildung finden?

Anhand einer Kreuztabellierung der beiden Einstellungsfragen zur Wehrpflicht und Wehrstruktur können die Präferenzen der Befragten analysiert werden (siehe Tabelle 9.2). 49% (+4 Pp) der Schweizerinnen und Schweizer stehen hinter dem heute bestehenden Schweizer System: Sie sprechen sich für die Milizarmee aus und stimmen gegen die Aufhebung der Wehrpflicht. 21% der Befragten (–2 Pp) bevorzugen eine professionalisierte Armee und möchten die Wehrpflicht aufheben. Somit sprechen sie sich für das heutige europäische Standardmodell für Streitkräfte aus, welches auf Freiwilligkeit beruht.

Tabelle 9.2: **Zustimmung zur Aufhebung der Wehrpflicht und zur Wehrstruktur**⁷

Kreuztabellierung der Antworten nach dem Item «Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst freiwillig machen» und der Frage «Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?» (nach Jahren) (Angaben in Prozent, gerundet)

System	Antwortkombination	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21	'22
Heutiges Schweizer System	Für Miliz und gegen Aufhebung Wehrpflicht	38	48	50	46	46	46	45	47	42	45	49
Freiwillige Miliz	Für Miliz, aber für Aufhebung Wehrpflicht	14	8	11	12	10	12	10	12	12	13	11
Inkonsistentes Antwortverhalten	Für Berufsarmee, aber gegen Aufhebung Wehrpflicht	10	15	9	12	15	15	16	13	16	14	12
Heutiges europäisches Standardmodell	Für Berufsarmee und für Aufhebung Wehrpflicht	32	22	23	23	22	22	24	23	24	23	21
	Weiss nicht / keine Antwort	6	7	7	7	7	5	5	5	6	5	7
	Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

11% (-2 Pp) der Schweizerinnen und Schweizer unterstützen das Milizsystem bei gleichzeitiger Beendigung der Wehrpflicht, was dem Modell einer freiwilligen Miliz entsprechen würde. 12% (-2 Pp) der Befragten geben eine widersprüchliche Antwort: Sie ziehen die Berufsarmee dem Milizmodell vor, sind aber gegen die Aufhebung der Wehrpflicht, was zu einem inkonsistenten Antwortverhalten führt. Es kann sein, dass diese Personen in der Frage des Wehrmodells indifferent eingestellt sind oder die Unterschiede zwischen Miliz- und Berufsarmee nicht kennen. 2022 liegt der Anteil «weiss nicht / keine Antwort» bei 7% (+2 Pp). Seit 2013 ist die Verteilung zu den verschiedenen Varianten vergleichsweise recht stabil.

9.5 Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee

Die Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee aus Sicht der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist für das Verständnis der zivil-militärischen Beziehungen wichtig. Aufgrund dessen wird im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» seit 2011 jährlich erhoben, wie zufrieden die Schweizer Stimmbevölkerung mit der Leistung der Armee ist. Die Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee steigt statistisch signifikant gegenüber der Januarbefragung 2021. Auf einer Skala

7 Für eine bessere Übersicht und Lesbarkeit der Tabelle wurden nur die Werte der letzten zehn Jahre berücksichtigt. Die Zahlen der Jahre 1995, 1998, 2001, 2004, 2007, 2010 und 2011 sind in der Studie Sicherheit 2020 (Szvircsev Tresch et al. 2020) aufgeführt.

von 1 «überhaupt nicht zufrieden» bis 10 «sehr zufrieden» geben die Befragten der Armee im Schnitt eine Bewertung von 6.6 (+0.2). Dieser Wert liegt über dem Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2022 (6.4, siehe Tabelle 9.3). 2022 wird fast ein so hoher Wert wie bei der Nachbefragung im Juli 2020 erreicht, bei der die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee einen Spitzenwert von 6.7 erzielte.

Tabelle 9.3: **Zufriedenheit mit der Leistung der Armee**

Gerundete Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10

(1 = «überhaupt nicht zufrieden», 10 = «sehr zufrieden»)

	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'20/II	'21	'22	SD	Δ 20/22	\emptyset 11–22
Zufriedenheit mit Leistung der Armee	6.0	6.2	6.1	6.3	6.3	6.5	6.5	6.3	6.5	6.5	6.7	6.4	6.6	1.9	+0.2*	6.4

* signifikanter Unterschied, t-test, 5% Irrtumswahrscheinlichkeit
 SD Standardabweichung
 Δ Differenz
 \emptyset Durchschnitt

Soziodemografische Einflüsse: Schweizerinnen und Schweizer, die sich politisch links einstufen, beurteilen die Leistung der Armee im Mittel signifikant kritischer als Befragte der politischen Mitte und als politisch rechts Eingestellte. Dabei weicht der Mittelwert der politisch links Eingestellten mit 5.9 um -0.7 am stärksten vom Gesamtmittelwert (6.6) ab. Die Mittelwerte der Anhängerinnen und Anhänger der politischen Mitte (6.8) und Rechten (7.1) liegen dabei über der durchschnittlichen Zufriedenheit der Gesamtbevölkerung ($V = 0.22$). Gegenüber dem letzten Jahr hat vor allem die Zufriedenheit auf der politisch linken Seite wieder zugenommen (+0.5), während Mitte und rechts mehr oder weniger die gleichen Werte aufweisen. Neben der politischen Einstellung differenziert auch das Alter und das Bildungsniveau bei der Einschätzung der Leistung der Armee. Befragte mit tiefer Bildung (7.4) sind signifikant zufriedener mit der Leistung der Armee als Schweizerinnen und Schweizer mit mittlerer (6.8) und hoher Bildung (6.4; $V = 0.17$). Die Jungen beurteilen die Leistung der Armee signifikant kritischer (18–34-Jährige: 5.9, 35–49-Jährige: 6.5, 50–64-Jährige: 6.9, ab 65-Jährige: 7.1; $V = 0.16$).

Zusammengefasst nach soziodemografischen Merkmalen ergibt sich folgender Trend: Politisch links eingestellte Stimmberechtigte, Personen mit hoher Bildung und die jüngeren Befragten bewerten den Leistungsausweis der Armee kritischer. Politisch rechts Stehende, Befragte mit tieferer Bildung und ältere Personen sind zufriedener mit der Leistung der Armee.

Weitere signifikante Unterschiede: Schweizerinnen und Schweizer, die zufrieden mit der Leistung der Armee sind, attestieren ihr häufiger eine zentrale gesell-

schaftliche Rolle ($V = 0.50$), erachten sie als notwendig ($V = 0.46$) und haben ein überdurchschnittlich hohes Vertrauen in die Armee ($V = 0.32$). Eine höhere Zufriedenheit mit der Leistung der Armee geht auch mit einer stärkeren Befürwortung des Milizsystems als Wehrstruktur ($V = 0.33$) einher.

9.6 Verteidigungsausgaben

Ein weiterer wichtiger und aufschlussreicher Indikator für die Beschreibung der Beziehung zwischen der Gesellschaft und der Armee ist die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben, welche aufzeigt, inwieweit Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bereit sind, Ressourcen für das Militär als auch für die Sicherheit der Schweiz im weitesten Sinne bereitzustellen. Insbesondere in Friedenszeiten sind die finanziellen Aufwendungen für die Armee bzw. das Verteidigungsdepartement ein kontrovers diskutiertes Politikfeld, welches Politikerinnen und Politiker als auch die Stimmbevölkerung gleichermaßen spaltet. So war bei der Abstimmung vom 27. September 2020 zu den neuen Kampffliegern die hohen Kosten ein sehr prominentes Gegenargument zum Bundesbeschluss (Milic et al. 2020, 51).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Beurteilung der Verteidigungsausgaben der Schweizerinnen und Schweizer nicht verändert (siehe Abbildung 9.6). 46% der Befragten betrachten die Ausgaben als «gerade richtig» bzw. als angemessen (+1 Prozentpunkt). Für 7% sind diese sogar zu gering (−1 Pp; «zu wenig»). Hingegen geben 42% (−1 Pp) der Befragten an, dass die Schweiz «viel zu viel / zu viel» für die Verteidigung ausgeben.

Seit 2012 ist der Anteil, welcher die Verteidigungsausgaben für «gerade richtig» (Durchschnitt 2012–2022: 47%) hält, stärker in der Bevölkerung vertreten als der Anteil, welcher sich weniger Finanzen für die Armee wünscht. Aktuell wird mit 42% Zustimmung für eine Budgetkürzung aber ein leicht überdurchschnittlich hoher Wert gemessen. Die durchschnittliche Zustimmung (2012–2022) liegt bei 38%. Es kann durchaus sein, dass die Diskussion über die Finanzierung der *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* bei der Mehrheit der Bevölkerung dazu geführt hat, dass Befragte die Verteidigungsausgaben in den vergangenen Jahren als angemessen beurteilen. Ob die schon im Januar 2022 vorhandenen Spannungen zwischen der NATO und Russland das Meinungsbild zu den Verteidigungsausgaben ebenfalls beeinflussten, kann aus den Daten nicht herausgelesen werden.

Bei der deskriptiven Betrachtung der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben über die Zeit zeigt sich, dass seit 2011 ein deutlicher Meinungsumschwung in der Bevölkerung stattgefunden hat. Bis zum Jahr 2011 waren Schweizerinnen und Schweizer gegenüber der Höhe des Budgets kritischer eingestellt. Zwischen 1986

und 1991 stieg der Anteil der Befragten, die glaubten, es würde «viel zu viel» und «zu viel» für die Verteidigung ausgegeben, rasch an. 1991 hielten 71% der Schweizerinnen und Schweizer die Ausgaben für zu hoch. Seit 1992 ist zu beobachten, dass die Einstellung bei den Befragten, das Verteidigungsbudget sei «gerade richtig» bemessen, kontinuierlich zunimmt und der Anteil der Personen, die angeben, es werde «viel zu viel» und «zu viel» ausgegeben, sinkt. Dieser Mechanismus beschleunigte sich von 2011 bis 2016. Seit 2017 lässt sich aber konstatieren, dass der Anteil jener, welche die Ausgaben als zu hoch bewerten, kontinuierlich von 31% auf 43% (2021) bzw. 42% (2022) steigt. Dennoch weist die Schweizer Stimmbevölkerung 2022 im langjährigen Vergleich weiterhin eine positive Einstellung gegenüber den Verteidigungsausgaben zu Gunsten der Schweizer Armee auf.

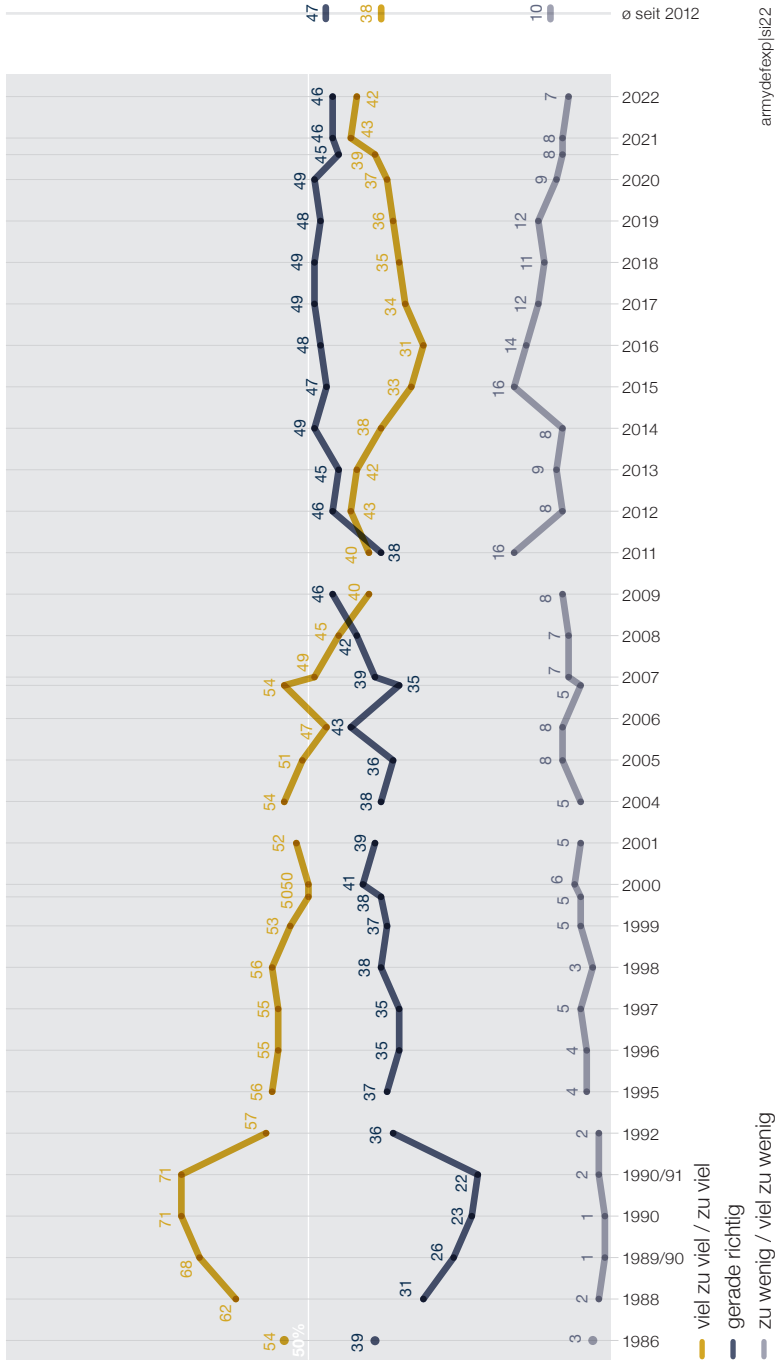
Soziodemografische Einflüsse: Zwischen den drei politischen Lagern zeigen sich auch 2022 signifikante Unterschiede. Von links über die Mitte bis nach rechts nimmt die Einstellung signifikant ab, dass die Schweiz «zu viel / viel zu viel» Geld für ihre Verteidigung ausgibt (links: 57%, Mitte: 41%, rechts: 25%; $V = 0.23$). Politisch links Positionierte teilen diese Meinung 2022 aber deutlich weniger stark (–11 Pp). Bei der Auffassung, dass «zu wenig / viel zu wenig» Geld für die Verteidigung ausgegeben werde, zeigt sich der gegenteilige Trend. 13% der politisch rechts Eingestellten vertreten diese Ansicht, hingegen aber nur 6% der politischen Mitte und 4% der politisch links Eingestellten. Zudem haben Frauen signifikant stärker die Meinung, dass «zu viel / viel zu viel» Geld ausgegeben wird als Männer (Frauen: 46%, Männer: 37%; $V = 0.17$). Während die Hälfte der jüngeren Altersgruppen (18–34-Jährige: 52%, 35–49-Jährige: 49%) der Auffassung ist, dass die Schweiz «zu viel / viel zu viel» Geld für ihre Verteidigung ausgibt, wird diese Einstellung nur von einer Minderheit der 50–64-Jährigen (37%) und von 32% der ab 65-Jährigen geteilt ($V = 0.12$).

Weitere signifikante Unterschiede: Mit der Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee ($V = 0.40$), mit der Forderung nach einer «vollständig ausgerüsteten» Armee ($V = 0.35$), mit steigender Zufriedenheit mit der Leistung ($V = 0.30$) und höherem Vertrauen in die Armee ($V = 0.28$) nimmt auch die Befürwortung nach höheren Verteidigungsausgaben zu.

Abbildung 9.6: Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben

«Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?»

Angaben in Prozent, gerundet



Fazit

2022 bewerten Schweizerinnen und Schweizer ihre Armee als durchschnittlich notwendig. Bei der Beurteilung der Notwendigkeit spielen die politische Einstellung und das Alter der Befragten eine wichtige Rolle. Bei der gesellschaftlichen Positionierung wird vor allem der zentralen Rolle des Militärs für die Gesellschaft zugestimmt. Dabei sind das Alter, das Bildungsniveau als auch die politische Einstellung wichtige Erklärungsfaktoren für die Bewertung der gesellschaftlichen Rolle. Signifikant mehr Befragte fordern eine «sehr gut ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee. Bei beiden Items hat vor allem die politische Einstellung einen signifikanten Einfluss. Das Milizsystem als Wehrform wird stärker unterstützt als eine Berufsarmee. Die Bewertung der Wehrform steht in Abhängigkeit mit der politischen Einstellung und dem Alter der Befragten. Die Bevölkerung ist mit der Leistung der Schweizer Armee zufriedener als im Jahr 2021. Die Zufriedenheit mit der Leistung wird stark durch die politische Einstellung, das Alter und das Bildungsniveau der Befragten beeinflusst. Gegenüber der Höhe der Verteidigungsausgaben sind die Befragten gleich eingestellt wie im letzten Jahr. Hierbei spielt die politische Einstellung, das Geschlecht sowie das Alter eine wichtige Rolle.

Im langjährigen Vergleich haben Schweizerinnen und Schweizer weiterhin ein positives Bild gegenüber der Armee. Generell wird die Armee von älteren Befragten und politisch rechts Stehenden signifikant positiver bewertet als von jüngeren Befragten und politisch links Eingestellten.

10 Obligatorischer Orientierungstag für Schweizerinnen

Die Militärdienstpflicht ist in der Bundesverfassung (BV) der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Bundeskanzlei 1999) verankert, wobei jeder männliche Schweizer Staatsbürger militärdienstpflichtig ist (Art. 59 BV). Seine Stellungspflicht beginnt ab dem Jahr, in dem er das 18. Altersjahr vollendet (Art. 7. Abs. 1 MG (Militärgesetz); Bundeskanzlei 1995). Frauen dagegen können sich freiwillig zum Militärdienst melden und werden erst durch die Annahme der freiwilligen Anmeldung stellungspflichtig (Art. 3. Abs. 1–2 MG). Die stellungspflichtigen Männer müssen an einer obligatorischen Orientierungsveranstaltung¹ teilnehmen (Art. 8 Abs. 1 MG), wohingegen nicht stellungspflichtige Schweizerinnen freiwillig am Orientierungstag teilnehmen können (Art. 8 Abs. 3 MG). Die Einladung zum Orientierungstag erfolgt dabei jeweils schriftlich. Seit dem Inkrafttreten der aktualisierten Verordnung über die Militärdienstpflicht (VMDP) im Januar 2018 (Bundeskanzlei 2017), mit welcher eine gesamtheitliche Regelung hinsichtlich der Vororientierung, der Rekrutierung sowie der Erfüllung der Ausbildungs- bzw. Militärdienstpflicht in der Armee geschaffen wurde, erhalten alle Schweizer und Schweizerinnen am Ende ihres 17. Altersjahres ein Vororientierungsschreiben (Art. 10 VMDP) sowie die Einladung zum Orientierungstag (Art. 11 Abs. 1 VMDP). Damit ist gewährleistet, dass sowohl alle Männer wie auch alle Frauen das Vororientierungsschreiben erhalten.

Im Vergleich zu den Männern haben Frauen jedoch anschliessend die Wahl, den Orientierungstag zu besuchen oder diesem fernzubleiben. Gestützt auf Art. 59 Abs. 2 BV ist sowohl die Teilnahme am Orientierungstag als auch die allfällige Teilnahme an einer militärischen Ausbildung für Frauen heute freiwillig. Sobald Frauen sich jedoch für die Rekrutenschule einschreiben und danach die Zulassung zum Militärdienst erhalten, übernehmen sie grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten wie militärdienstleistende Männer. So werden sie beispielsweise im Falle einer Schwangerschaft oder zur Betreuung von Kindern nicht automatisch aus der Armee entlassen, können ihren Dienst jedoch verschieben. Insbesondere in Bezug auf die Entlassung aus der Militärdienstpflicht, die Dienstdauer, die Verwendung und die Beförderung kann der Bundesrat Ausnahmen vorsehen (Art. 3 Abs. 3 MG).

1 Im Alltagsgebrauch hat sich für die gesetzlich vorgeschriebene Orientierungsveranstaltung die Bezeichnung Orientierungstag durchgesetzt.

Der Umstand, dass Schweizerinnen nicht obligatorisch am Orientierungstag teilnehmen müssen, ist Inhalt aktueller politischer und gesellschaftlicher Diskussionen. Im Sommer 2021 reichte die Schweizerische Volkspartei (SVP) das Postulat 21.3815 mit dem Titel «Teilnahmepflicht am Orientierungstag auch für Frauen» im Nationalrat ein. Begründet wird der Vorstoss mit der Gleichstellung und Gleichberechtigung von Mann und Frau. Ebenso soll der obligatorische Orientierungstag dazu dienen, «*allen Schweizer Bürgerinnen und Bürger zumindest einmal die Möglichkeiten in der Armee aufzuzeigen*» (Heimgartner 2021).

Ein weiteres Ziel des Anliegens ist, das Interesse der Frauen an einer freiwilligen Übernahme der Militärdienstpflicht zu steigern und damit einen Beitrag zu den Bestandsproblemen der Armee zu leisten. Es wird unterstrichen, dass eine Teilnahmepflicht am Orientierungstag für alle Schweizerinnen und Schweizer keine Militärdienstpflicht für Frauen bedeuten würde (ebd.).

Der Bundesrat beantragte 2021 die Annahme des Postulats und ist bereit, «*das Anliegen im Rahmen der bereits laufenden Überlegungen zum Dienstpflichtsystem und damit zusammenhängenden allfälligen Anpassungen der Bundesverfassung zu berücksichtigen*» (ebd.). Die «*laufenden Überlegungen*» zum Dienstpflichtsystem wurden anfangs März 2022 im zweiten Bericht zur Alimentierung von Armee und Zivilschutz vorgestellt (Schweizerische Eidgenossenschaft 2022). Bundesrätin Viola Amherd, Verteidigungsministerin der Schweiz, spricht sich klar für einen obligatorischen Orientierungstag für Frauen aus (Birri & Stäubli 2021, 2). Am 9. März 2022 stimmte eine Mehrheit des Nationalrats mit 125 zu 64 Stimmen für die Annahme des Postulats (Felley 2022; Heimgartner 2021).

Das Postulat 21.3815 der SVP ist jedoch nicht der erste Vorstoss mit der Absicht, die Orientierungsveranstaltung für Frauen obligatorisch zu erklären. Im April 2014 beauftragte der Bundesrat das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) mit der Einsetzung einer Studiengruppe, die das Dienstpflichtsystem ganzheitlich überprüfen sollte (Loepfe 2016, 4). Basierend auf den Empfehlungen dieser Studiengruppe zur Verbesserung des Systems der obligatorischen Dienstpflicht (ebd., 165–174), hat der Bundesrat beschlossen die Einführung eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen vertiefter zu prüfen (RK MZF 2017, 2)².

Im Rahmen des Jahrestreffens der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) wurde im Jahr 2017 ein Konzept für die Einführung eines Orientierungstages für Schweizerinnen präsentiert. Ziel war es, den obligatorischen Orientierungstag für Schweizerinnen per 1. Januar 2020 einzufüh-

2 Quelle nicht öffentlich zugänglich.

ren (ebd., 3). Damit sollten bestehende Informationsasymmetrien zwischen den Generationen betreffend der Schweizer Sicherheitspolitik verringert sowie das Potenzial der weiblichen Bevölkerung für die Armee optimal genutzt werden (ebd.). Die Armee reform *Armee XXI* öffnete Frauen, welche seit 1940 freiwillig Militärdienst leisten dürfen, den Zugang zu sämtlichen Funktionen innerhalb der Armee (Bondolfi 2012). Die Dienstdauer und Ausbildung wurde an diejenigen der Männer angeglichen. Im Jahr 2021 sind 1500 Frauen innerhalb der Formationen in der Schweizer Armee eingeteilt, was ungefähr 1.0% des Effektivbestandes (147 510) entspricht (Schweizerische Eidgenossenschaft 2021a). In der Erhöhung des Anteils von weiblichen Armeemitgliedern liegt damit ein grosses Potential für die Bestandssicherung der Armee vor. Allerdings wurde die Einführung eines obligatorischen Orientierungstages für Schweizerinnen explizit nicht als Grundlage für eine nachhaltige Sicherung des Armeebestands angedacht (ebd., 4). Hierfür wurden andere Strategien, wie die Reduktion der Abgänge während und nach der Rekrutierung durch Schaffung von Anreizen, um den Militärdienst attraktiver zu gestalten (Schweizerische Eidgenossenschaft 2021b, 22), als deutlich effektiver empfunden (Loepfe 2016, 170).

Die von der RK MZF angestrebte Einführung eines obligatorischen Orientierungstages für Schweizerinnen sollte an der Freiwilligkeit des Militärdienstes für Frauen nichts ändern. Gleichwohl sollte das vorhandene Potenzial der jungen Staatsbürgerinnen zugunsten der Sicherheit durch die Einführung eines obligatorischen Orientierungstages noch besser genutzt werden können (RK MZF 2017, 3). Ein weiteres Kernanliegen bei der Einführung eines Orientierungstages für Frauen betraf die bessere Information der jungen Schweizerinnen betreffend der Schweizer Sicherheitspolitik. Damit würde auch der ungleiche Zugang zu Informationen betreffend attraktiven Dienstleistungsmodellen, Kaderlaufbahnen und Berufsmöglichkeiten innerhalb der Armee, des Zivilschutzes und des Roten Kreuzes ausgeglichen werden.

2018 wurde an der RK MZF jedoch beschlossen, die Einführung eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen nicht weiterzuverfolgen. Es hiess, die Massnahme sei nicht mehrheitsfähig und würde eine Verfassungsänderung bedingen (Schubiger 2018). Die RK MZF berief sich dabei auf das vom VBS in Auftrag gegebene Kurzgutachten von Schindler & Egli der Universität St. Gallen. Das Kurzgutachten kommt zum Schluss, dass ein obligatorischer Orientierungstag für Schweizerinnen als Begründung einer neuen Bürgerinnenpflicht zu qualifizieren sei (Schindler & Egli 2018, 22) und deshalb eine Verfassungsänderung bedingen würde. Die Autoren halten im Kurzgutachten folgendes fest:

«Das Spannungsverhältnis zwischen dem Gleichbehandlungsgebot von Art. 8 Abs. 3 Satz 1 BV und der auf Männer beschränkten Dienstpflicht in Art. 59 Abs. 1 BV resp. der Freiwilligkeit des Militärdienstes für Frauen in Art. 59 Abs. 2 BV ist heute von der Lehre und auch vom Bundesgericht anerkannt. Dieses Spannungsverhältnis lässt sich jedoch nicht mittels Verfassungsauslegung auflösen, sondern muss in genereller Weise von den dazu legitimierten verfassungsgebenden Organen im Rahmen einer Verfassungsänderung entschieden werden.

Die Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Schweizerinnen würde zwar nicht im Widerspruch zu dem in Art. 4 Abs. 2 EMRK verankerten Verbot der Zwangs- und Pflichtarbeit stehen. Allerdings stellt ein obligatorischer Orientierungstag für Schweizerinnen einen erheblichen Eingriff in die in Art. 10 Abs. 2 BV garantierte persönliche Freiheit dar» (Schindler & Egli 2018, 23).

Die Kantone wurden jedoch anlässlich der Bemühungen der RK MZF verpflichtet, alle jungen Schweizerinnen zum weiterhin freiwilligen Orientierungstag mit einem Vororientierungsschreiben einzuladen (Schubiger 2018).

Die Diskussion über den obligatorischen Orientierungstag für Frauen wird aktuell im Rahmen des zweiten Teilberichtes zur Alimentierung von Armee und Zivilschutz (Schweizerische Eidgenossenschaft 2022) auf der politischen Ebene weitergeführt. In dem am 4. März 2022 vom Bundesrat vorgestellten Bericht werden vier Varianten zur langfristigen Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems vorgestellt.³ Sie umfassen das Modell einer *Sicherheitsdienstpflicht*, einer *bedarfsorientierten Dienstpflicht* sowie Modelle einer *Bürgerdienstpflicht mit* oder *ohne freie Wahl* der Dienstart (ebd., 14–15). Zusätzlich werden Überlegungen ausgeführt, wie eine obligatorische Teilnahmepflicht von Frauen am Orientierungstag in das momentan bestehende Dienstpflichtsystem integriert werden könnte. Diese Überlegungen werden mit *Status quo plus* bezeichnet (ebd., 15). Als Beurteilungskriterium der Varianten zog der Bundesrat «*die nachhaltige Alimentierung von Armee und Zivilschutz, der Bezug der Dienstleistung zur Aufgabe, die Sicherheit zu wahren, sowie der reale Bedarf nach den Leistungen*» (ebd., 3) heran. Als Ergebnis des Evaluationsprozesses hat der Bundesrat zeitgleich mit der Publikation des zweiten Berichtes zur Alimentierung von Armee und Zivilschutz das VBS beauftragt, die Modellvarianten *Sicherheitsdienstpflicht* sowie die *bedarfsorientierte Dienstpflicht* vertiefter zu prüfen. Anträge für eine allfällige Umsetzung eines dieser Modelle

3 Hinsichtlich der Bevölkerungseinstellung gegenüber alternativen Dienstmodellen bzw. eines Bürgerdienstes wird an dieser Stelle auf das neunte Kapitel «Alternative Dienstmodelle und allgemeiner obligatorischer Bürgerdienst» der Studie «Sicherheit 2021» verwiesen (Svzircsev Tresch et al. 2021, 237–252).

Der Orientierungstag

Der Orientierungstag dient dazu, die zukünftigen Stellungspflichtigen mit praktischen und theoretischen Modulen ausführlich auf die bevorstehende Rekrutierung vorzubereiten. Die Durchführung des Orientierungstages obliegt in der Verantwortung der Kantone. Während nach der früheren Verordnung des VBS über die Rekrutierung die Kantone in der Ausgestaltung der Orientierungsveranstaltung weitgehend frei waren (Art. 7 Abs. 2 VREK-VBS; Bundeskanzlei 2002), regelt neu die Verordnung über die Militärdienstpflicht die Form, den detaillierten Inhalt und den zeitlichen Bedarf der Orientierungstagveranstaltungen (Art. 11 Abs. 3–4, VMDP).

Eigens für diesen Anlass geschulte Moderatoren und Moderatorinnen führen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen durch das Programm (Schweizerische Eidgenossenschaft o. J., Mein Orientierungstag) und beantworten Fragen. Am Orientierungstag werden die jungen Erwachsenen über die unterschiedlichen Möglichkeiten informiert, die ihnen innerhalb der Dienstpflicht zur Verfügung stehen. Zudem erhalten sie das Dienstbüchlein und vereinbaren abschliessend einen provisorischen Termin für die anschliessende Rekrutierung (Schweizer Armee 2020, 6–7).

Tagesablauf eines obligatorischen Orientierungstages

«Nach dem gemeinsamen Start im Plenum und der Vorstellung der Moderatoren beginnt am Vormittag die Gruppenarbeit mit 12 bis 15 Teilnehmenden. Hier werden unter anderem die Aufgaben der Armee und des Bevölkerungsschutzes im Rahmen der Sicherheitspolitik der Schweiz vorgestellt. Kurze Filme führen die Stellungspflichtigen in die jeweilige Thematik ein. Nach der Pause wird eingehend über die Dienstmodelle, die Ausbildung und die Karriere-möglichkeiten informiert.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen steht zunächst – wieder in Gruppen – die Vorbereitung auf die eigentliche Rekrutierung auf dem Programm. Danach wird individuell der provisorische RS-Termin [Rekrutenschule] geplant (je nach gewünschter Funktion muss der Zeitpunkt der RS anlässlich der Rekrutierung noch angepasst werden). Alle Teilnehmenden erhalten das Dienstbüchlein, das sie während der gesamten Dienstzeit begleiten wird.

Zurück im Plenum werden die Stellungspflichtigen über ihre Rechte und Pflichten informiert und sie erhalten die Gelegenheit, Fragen zu stellen» (Schweizer Armee 2020, 7).

sollen dem Bundesrat bis Ende 2024 unterbreitet werden. Zusätzlich wurde das VBS beauftragt, das Modell *Status quo plus* – aktuelles Dienstpflichtmodell mit obligatorischem Orientierungstag für Frauen – ebenfalls bis Ende 2024 konkret auszuarbeiten (ebd., 50).

Unabhängig von der Debatte über das zukünftige Dienstpflichtmodell sieht der Bundesrat die konkrete Ausarbeitung eines Obligatoriums des Orientierungstages für Frauen als wünschenswert, um den Frauenanteil in der Armee zu erhöhen. Dabei wird jedoch davon ausgegangen, dass die Armeebestände langfristig nicht alleine mittels der Einführung der obligatorischen Teilnahme von Frauen am Orientierungstag gesichert werden können (ebd.).

Das im Juni 2021 von der SVP eingereichte Postulat 21.3815 «Teilnahmepflicht am Orientierungstag auch für Frauen», als auch der für März 2022 angekündigte zweite Teilbericht des Bundesrates zur Alimentierung der Armee sowie die aktuelle Diskussion über einen obligatorischen Orientierungstag für Frauen in der Politik und Gesellschaft wurden zum Anlass genommen, in der Studie «Sicherheit 2022» die Meinung der Bevölkerung zu diesem Thema abzubilden.

Hierfür wurden die bereits in der Studie «Sicherheit 2018» gestellten fünf Aussagen verwendet und die Einstellung der Schweizer Bevölkerung gegenüber der Einführung des obligatorischen Orientierungstages für Frauen gemessen (siehe Abbildung 10.1).

Die Resultate zeigen ein differenziertes Bild und lassen auch eine Indifferenz gegenüber der Thematik in der Bevölkerung erkennen. Generell sind gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2018 Veränderungen der Einstellungen gegenüber einem obligatorischen Orientierungstag für Frauen festzustellen.

Die Aussage, dass Staatsbürgerinnen und Staatsbürger dieselben Rechte und Pflichten haben, diese daher für Männer und Frauen auch hinsichtlich des Besuches eines obligatorischen Orientierungstages die gleichen sein sollten, erhält am meisten Zustimmung. 60% (32% «sehr», 28% «eher» einverstanden) der Befragten stimmen im Januar 2022 dieser Aussage zu. Im Vergleich zu 2018 ist die Zustimmung zu dieser Aussage signifikant gesunken (–5 Prozentpunkte).

Wird nach einem Obligatorium ohne Verknüpfung zu Pflichten und Rechten gefragt, verringert sich die Zustimmung. So begrüßen 56% (28% «sehr», 28% «eher» einverstanden) der Schweizer und Schweizerinnen die Einführung des obligatorischen Orientierungstages für Frauen im Allgemeinen. Damit erhält die Einführung des obligatorischen Orientierungstages für Frauen 2022 eine um 7 Prozentpunkte signifikant tiefere Zustimmung als noch 2018.

Da der Orientierungstag über die Sicherheitsinstrumente der Schweiz Auskunft gibt, ist es naheliegend, einen solchen Tag mit dem Bedeutungszuwachs der Sicherheit in der heutigen Zeit in Verbindung zu bringen. Der Aussage, dass in unserer heutigen Zeit Sicherheit immer wichtiger werde und darum auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssen, stimmen signifikant weniger Befragte zu als 2018 (54%, –7 Pp). 25% der Befragten sind mit der Aussage «sehr» und 29% «eher» einverstanden.

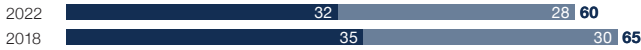
Anhand der ersten drei Aussagen kann geschlussfolgert werden, dass je nach Art und Weise, wie die Frage gestellt wird, zwischen 54% und 60% der Schweizerinnen und Schweizer einen obligatorischen Orientierungstag für Frauen befürworten. Damit zeigt sich, dass grundsätzlich eine Mehrheit der Befragten hinter der Einführung eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen steht. Diese

Abbildung 10.1: **Obligatorischer Orientierungstag für Frauen**

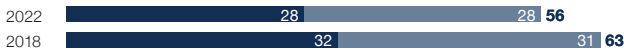
«Zum Orientierungstag für Frauen haben wir ein paar Aussagen gesammelt. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

Angaben in Prozent, gerundet und inklusive der jeweiligen Summen

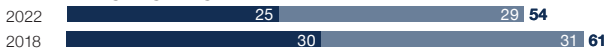
«Als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger haben wir Rechte und Pflichten. Diese sollten für Männer und Frauen die gleichen sein. Deswegen sollten auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssen.»



«Ich würde es begrüßen, wenn auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssten.»



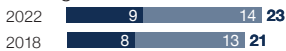
«In unserer heutigen Zeit wird Sicherheit immer wichtiger. Darum sollten auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssen.»



«Ich finde es gut, dass junge Frauen den Orientierungstag weiterhin nur freiwillig besuchen können.»



«Nehmen wir jetzt an, dass der Orientierungstag für Männer und Frauen obligatorisch wäre, sollte dann ein separater Orientierungstag nur für Frauen, also nicht mit den Männern zusammen, durchgeführt werden?»



- sehr einverstanden
- eher einverstanden

odaywom|si22

Mehrheitsmeinung ist jedoch im Vergleich zu 2018 um 5 Pp, respektive 7 Pp weniger oft vertreten.

Wird hingegen die Frageformulierung geändert, indem die Freiwilligkeit hervorgehoben wird, ist ebenfalls eine Mehrheit von 58% (+ 4 Pp) der Befragten der Meinung, dass Frauen den Orientierungstag weiterhin nur freiwillig besuchen sollten (32% «sehr», 26% «eher» einverstanden). Es zeigt sich somit, dass eine gewisse Inkonsistenz gegenüber der Thematik vorhanden ist: Einerseits stimmt sowohl eine Mehrheit mit 56% für die Einführung eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen, und andererseits vertritt eine Mehrheit von 58% die gegenteilige Auffassung und findet, dass der Besuch des Orientierungstages für Frauen weiterhin

auf freiwilliger Basis erfolgen sollte. Diese Ambivalenz zeigte sich bereits bei der Erfragung 2018 (Szvircsev Tresch et al. 2018, 181–183).

Damals bejahte – je nach Aussage – eine Mehrheit von 61% bis 65% ein Obligatorium, und ebenfalls eine Mehrheit von 54% stand für die Beibehaltung der Freiwilligkeit ein. Die Differenz der beiden Mehrheiten variierte im Jahr 2018 zwischen 7 bis 11 Prozentpunkte zugunsten des Obligatoriums. Für das Jahr 2022 zeigt sich, dass sich die beiden Mehrheiten stark aneinander annähern und die Differenz nur noch 2 Pp bis 4 Pp beträgt.

Die geringere Differenz kann auf zwei verschiedene Arten interpretiert werden. Einerseits könnte sie ein Hinweis dafür sein, dass sich die Bevölkerung hinsichtlich einer obligatorischen Teilnahme von Frauen am Orientierungstag noch keine gefestigte Meinung gebildet hat. Andererseits kann interpretiert werden, dass der Kenntnisstand einer möglichen Einführung eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen eher tief, respektive das Interesse zu diesem Thema nicht vorhanden ist. Auf einer allgemeinen Ebene scheint es, dass ein Obligatorium 2018 leicht mehr Zustimmung erhielt und dass 2022 der Aspekt der Freiwilligkeit stärker unterstützt wird. Im ersten Falle ist gegenüber 2018 im Jahr 2022 die Zustimmung gesunken und im zweiten Falle ist ein Anstieg der Zustimmung zu verzeichnen. Anfangs 2022 ist die Stärke und Eindeutigkeit der Zustimmung zu Gunsten eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen im Vergleich zu 2018 signifikant geringer.

Insgesamt beantworteten 82% (siehe Tabelle 10.1, +2 Pp gegenüber 2018) der Befragten die Fragen zum obligatorischen Orientierungstag für Frauen konsistent, d.h. sie sprechen sich für ein Obligatorium und gegen die Freiwilligkeit aus bzw. vice versa oder lehnen sowohl das Obligatorium wie auch die Freiwilligkeit ab. Die letztgenannte Personengruppe ist vermutlich der Meinung, dass Frauen gar nicht am Orientierungstag teilnehmen sollen. 17% (–2 Pp) hingegen antworten auf die Fragen inkonsistent (sowohl Befürwortung von Obligatorium, wie auch Befürwortung der Beibehaltung der Freiwilligkeit). In der Gruppe der Personen welche inkonsistent antwortet, sind proportional mehr über 65-Jährige vertreten (siehe Tabelle 10.1). Ebenso verfügen in dieser Gruppe Personen proportional häufiger über ein tiefes oder mittleres Bildungsniveau. Zudem antworten Westschweizerinnen und Westschweizer in diesem Zusammenhang häufiger inkonsistent.

Tabelle 10.1: **Konsistenz der Antworten nach den Items «Ich würde es begrüssen, wenn auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssten» und «Ich finde es gut, dass junge Frauen den Orientierungstag weiterhin nur freiwillig besuchen können». Aufschlüsselung nach Alter, Bildung und Region (Angaben in Prozent, gerundet)**

Antwortverhalten	Antwortkombinationen	Total	Alter (V=0.12)	Bildung (V=0.12)	Region (V=0.17)
Konsistent	Für Obligatorium und gegen Freiwilligkeit (39%) Gegen Obligatorium und für Freiwilligkeit (42%) Gegen Obligatorium und gegen Freiwilligkeit (1%)	82%	18–34: 85%	tief: 73%	D-CH: 87%
			35–49: 87%	mittel: 79%	F-CH: 69%
			50–64: 83%	hoch: 87%	Tl: 80%
			65+: 75%		
Inkonsistent	Für Obligatorium und für Freiwilligkeit	17%	18–34: 14%	tief: 24%	D-CH: 13%
			35–49: 12%	mittel: 20%	F-CH: 28%
			50–64: 16%	hoch: 12%	Tl: 20%
			65+: 23%		
weiss nicht / keine Antwort	Kombination nicht möglich, da mind. eine Frage nicht beantwortet	1%	18–34: 1%	tief: 3%	D-CH: 0%
			35–49: 1%	mittel: 1%	F-CH: 3%
			50–64: 1%	hoch: 1%	Tl: 0%
			65+: 2%		
Total		100%	100%	100%	100%

Unter Berücksichtigung des inkonsistenten Antwortverhalten und der hier vorliegenden Resultate, kann keine verlässliche Einschätzung gemacht werden, wie sich die Schweizer Bevölkerung bei einer allfälligen Abstimmung über einen obligatorischen Orientierungstag für Frauen entscheiden würde. Die Dynamik eines allfälligen Abstimmungskampfes und die Wirkung der Argumente der Befürworterinnen und Befürworter sowie jener der Gegnerinnen und Gegner kann zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden.

Sofern der Orientierungstag für Frauen obligatorisch wäre, würde nach wie vor knapp ein Viertel der Befragten (23%, davon 9% «sehr» und 14% «eher» einverstanden, +2 Pp) die Durchführung eines separaten Orientierungstages nur für Frauen befürworten.

Soziodemografische Einflüsse⁴: Es bestehen bei einigen Aussagen kleine jedoch signifikante Zusammenhänge zwischen den Antworten und den soziodemografischen Merkmalen der Befragten. Signifikante regionale Unterschiede treten bei der Aussage über die Beibehaltung der Freiwilligkeit eines Orientierungstages für Frauen sowie der separaten Durchführung eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen auf. Befürworter und Befürworterinnen für die Beibehaltung der

4 Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen signifikant mit der abhängigen Variable in Zusammenhang stehen.

Freiwilligkeit des Frauenorientierungstages sind im Tessin (54%) und der Deutschschweiz (55%) signifikant weniger stark vertreten als in der Westschweiz (69%; Cramer's $V = 0.1^5$). In der Deutschschweiz (26%) befürworten signifikant mehr Befragte als in der Westschweiz und im Tessin (W-CH: 15%, Tessin: 8%; $V = 0.13$), dass der Frauenorientierungstag separat von Männern durchgeführt werden soll, würde ein solcher eingeführt. Insgesamt wird aber die Durchführung eines separaten Orientierungstages für Frauen in allen drei Sprachregionen deutlich abgelehnt.

Zwischen den Antworten und dem Geschlecht der befragten Personen bestehen ebenfalls kleine jedoch signifikante Zusammenhänge. Im Allgemeinen sind Frauen kritischer gegenüber einem obligatorischen Orientierungstag eingestellt als Männer. Einem Obligatorium mit Verweis auf die gleichen Rechte und Pflichten stimmen 65% der Männer und 57% der Frauen zu ($V = 0.1$). 60% der Männer und 52% der Frauen begrüssen einen obligatorischen Orientierungstag für Frauen ($V = 0.1$). Mit 64% sprechen sich signifikant mehr Frauen dafür aus, dass der Orientierungstag für Frauen weiterhin freiwillig bleiben soll, während sich Männer mit einer Zustimmung von 53% in diesem Punkt uneinig sind ($V = 0.13$).

Ab 65-Jährige befürworten signifikant häufiger (66%), dass zur Stärkung der Sicherheit eine obligatorische Orientierungsveranstaltung für Frauen eingeführt werden sollte als die jüngeren Altersgruppen (50–64-Jährige: 54%; $V = 0.12$). Dabei sind die zwei jüngeren Altersgruppen bezüglich dieser Aussage unentschlossen (18–34-Jährige: 47%, 35–49-Jährige: 48%). Ebenso begrüssen ab 65-Jährige es am stärksten (63%), dass ein Obligatorium eingeführt wird, auch wenn der Aspekt der Sicherheit nicht explizit betont wird (18–34-Jährige: 53%, 35–49-Jährige: 53%, 50–64-Jährige: 55%; $V = 0.1$).

Das Bildungsniveau steht nur mit der Freiwilligkeit eines Frauenorientierungstages in Zusammenhang. Befragte mit hoher Bildung (52%) sind sich uneinig hinsichtlich der Freiwilligkeit eines Orientierungstages für Frauen. Personen mit tiefer und mittlerer Bildung sprechen sich dagegen mit 69% respektive 64% für die Beibehaltung der Freiwilligkeit aus ($V = 0.1$).

Für einen obligatorischen Frauenorientierungstag aufgrund des Aspektes der Sicherheit stimmen Personen der politischen Mitte und rechts davon mehrheitlich zu (links: 49%, Mitte: 58%, rechts: 59%; $V = 0.1$). Jene Befragte, welche sich politisch links einstufen, sind sich dagegen uneinig bei der Frage, ob sie einen obligatorischen Orientierungstag für Frauen begrüssen, welchen die politische Mitte sowie die politische Rechte mehrheitlich befürworten (links: 53%, Mitte 58%, Rechts 59%; $V = 0.1$).

5 Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, wobei: $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt.

Weitere signifikante Unterschiede⁶: Wer die Notwendigkeit der Armee befürwortet ($V = 0.18$), die Armee in der Schweizer Gesellschaft als zentral betrachtet ($V = 0.15$) und weiterhin an der allgemeinen Wehrpflicht in der Schweiz festhalten möchte ($V = 0.20$), begrüsst auch stärker die Aussage, dass ein obligatorischer Orientierungstag für Frauen eingeführt werden sollte. Vergleichbare Zusammenhangsstärken dieser drei Fragen zur Einstellung gegenüber der Armee gelten auch, wenn der Aspekt der gleichen Rechte und Pflichten oder die Sicherheit betont werden.

Umgekehrt gilt konsequenterweise, dass Personen, welche keine Notwendigkeit der Armee sehen ($V = 0.1$) und nicht mehr an der Wehrpflicht in der Schweiz festhalten möchten ($V = 0.16$) sich eher für die Beibehaltung der Freiwilligkeit eines Orientierungstages für Frauen aussprechen. Dabei ist die Zustimmung für die Beibehaltung der Freiwilligkeit unabhängig davon, welche gesellschaftliche Rolle die Befragten der Schweizer Armee zuschreiben.

Zwischen den vier Ansichten zum obligatorischen Orientierungstag bestehen die stärksten Zusammenhänge. Schweizer und Schweizerinnen, welche begrüssen, dass der Orientierungstag für Frauen obligatorisch würde, befürworten auch die Einführung eines Frauenorientierungstages unter Anfügung des Argumentes der gleichen Rechte und Pflichten ($V = 0.69$) oder des Sicherheitsaspektes ($V = 0.71$). Im Gegenzug lehnen es jene Schweizer und Schweizerinnen ab, dass der Orientierungstag weiterhin freiwillig bleibt ($V = 0.50$).

Fazit

In Bezug auf einen obligatorischen Orientierungstag für Frauen ist die Schweizer Bevölkerung gespalten, befürwortet aber leicht stärker ein Obligatorium. Dies insbesondere, wenn in der Argumentation die «gleichen Rechte und Pflichten» angesprochen werden. Die Stärke und Eindeutigkeit der Zustimmung zu einem obligatorischen Orientierungstag für Frauen ist jedoch im Vergleich zu 2018 signifikant gesunken. Wird in der Fragenstellung der «Sicherheitsaspekt» ins Spiel gebracht, zeigt sich ebenfalls, dass die Zustimmung zu einem Orientierungstag für Frauen gegenüber 2018 signifikant gesunken ist, dieser aber immer noch mehrheitlich befürwortet wird. Eine indifferente Einstellung des Schweizer Stimmvolkes hinsichtlich eines obligatorischen Orientierungstages für Schweizer Frauen zeigt sich darin, dass jeweils eine Mehrheit der Umwandlung in ein Obligatorium als auch der Beibehaltung der Freiwilligkeit zustimmt. Die Aussage, dass, wenn der

6 Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanzhaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Zusammenhang mit den abhängigen Variablen haben.

Orientierungstag sowohl für Männer als auch für Frauen verpflichtend würde, ein separater Orientierungstag für Frauen abgehalten werden sollte, ist in der Stimmbevölkerung am wenigsten beliebt und wird nach wie vor nur von einem Fünftel der Befragten unterstützt.

11 Freiheit versus Sicherheit

Die Debatte um das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit hat ihre neuzeitlichen philosophischen Wurzeln in den Schriften von Thomas Hobbes und John Locke¹ (Hess 2018, 17–20; Miller 2003). Fragen zum Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit werden im Rahmen der Studie «Sicherheit» seit den 1980er Jahren in unregelmässigen Abständen erfragt (siehe Abbildung 11.1). In der Studie «Sicherheit 2018» wurde das letzte Mal das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit abgebildet. Dabei wurde ein spezieller Fokus auf die Bekämpfung von Terrorismus gelegt (Szvircsev Tresch et al. 2018, 101–113). Im vorliegenden Kapitel wird die Meinungsbildung der Schweizerinnen und Schweizer in Bezug auf die «Freiheit versus Sicherheit»-Debatte ohne spezifischen thematischen Schwerpunkt diskutiert.

Im ersten Abschnitt dieses Kapitels wird auf das Spannungsfeld Freiheit versus Sicherheit aus politikphilosophischer Perspektive eingegangen (11.1). Anschliessend werden im zweiten Abschnitt mögliche Aspekte diskutiert, welche die Meinung in Bezug auf das Verhältnis Freiheit versus Sicherheit beeinflussen (11.2). Im dritten Abschnitt wird das Meinungsbild der Schweizer Stimmbevölkerung deskriptiv erörtert (11.3). Die Erkenntnisse werden abschliessend in einem Fazit zusammengefasst.

11.1 Freiheit versus Sicherheit

In einer liberalen Demokratie wie der Schweiz muss das «richtige» Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit stets neu abgewogen und ausgehandelt werden. Dabei kommt dem Staat eine zentrale Rolle zu. Zum einen funktioniert der Staat als Wächter, der die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantieren muss. Zum anderen ist der Staat der potenzielle Wiederpart der Bürgerinnen und Bürger, der ihre negativen Freiheiten² einschränken könnte (Ferst 2019; Steinbrecher et al. 2018, 2).

Thomas Hobbes beschrieb 1651 die beiden Extreme der Dimensionen Freiheit und Sicherheit. Der Zustand absoluter Freiheit (Naturzustand) ohne jegliche hie-

1 Als Werke zu nennen sind dabei unter anderem der «Leviathan» von Thomas Hobbes oder die «Zweite Abhandlung über die Regierung» von John Locke (Hess 2018; Miller 2003; Steinbrecher et al. 2018).

2 «Negative Freiheit ist die Abwesenheit von Einschränkungen und Zwängen, also der «Freiheit von etwas». Unter diesem Begriff werden auch die individuellen Abwehrrechte (Grundrechte) gegenüber dem Staat subsumiert» (Ferst 2019, 20–21).

rarchische Kontrolle wird von Hobbes als Zustand absoluten Chaos beschrieben – «der Krieg aller gegen alle». Das Leben der Menschen ist entsprechend «einsam, arm, scheusslich, brutal und kurz» (Hobbes 1651 in Miller 2003, 22; *Übersetzung des Autors aus dem Englischen*). Als Lösung schlägt Hobbes die Etablierung eines absoluten Souveräns vor, der uneingeschränkte und ungeteilte Autorität besitzt (Leviathan). Der Leviathan ist zuallererst für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zuständig. Die Freiheit der Gesellschaft ist zweitrangig (Miller 2003, 23).

John Locke äusserte sich rund vier Jahrzehnte später (1689) zur Debatte und kritisierte die absolute Macht des Leviathans. Locke argumentiert, dass die absolute Autorität eines Leviathans, beispielsweise in Form eines Monarchen, nicht notwendigerweise eine bessere Alternative zum Naturzustand darstellt. «Die Menschen sind so töricht, dass sie sich vor dem Unheil hüten, das ihnen Iltisse oder Füchse antun könnten, aber sich damit zufriedengeben, ja es sogar für sicher halten, von Löwen gefressen zu werden» (Locke 1689 in Miller 2003, 37; *Übersetzung des Autors aus dem Englischen*). Folglich soll der Staat neben der Sicherheit auch die Freiheit und das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger garantieren. Sobald der Staat die negativen Freiheiten der Gesellschaft verfassungs- oder gesetzeswidrig einschränkt, verliert er seine Legitimität (Hess 2018, 18–19). Die Freiheit muss nicht wie bei Hobbes der Sicherheit geopfert werden. Entsprechend müssen Freiheit und Sicherheit im Gleichgewicht behalten werden (ebd., 19).

Der Soziologe Emile Durkheim geht basierend auf den Überlegungen von Locke noch weiter und argumentiert, dass Freiheit die Sicherheit in einem Staat sogar verbessert³ (ebd., 19). Zudem existiert ergänzend dazu Forschung, die ähnlich argumentiert und davon ausgeht, dass sich Sicherheit und Freiheit gegenseitig konstituieren (Pavone et al 2016). Pavone et al. (2016) argumentieren aus einer systemischen Perspektive, aus der es möglich ist, Freiheit und Sicherheit nicht bezogen auf ein spezifisches Problemfeld, sondern gesamtheitlich zu verbessern.

11.2 Theoretische Erklärungsansätze der individuellen Sicherheits- und Freiheitspräferenz

Im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» werden Individualdaten erhoben und gemessen. Demzufolge ist es von Interesse zu diskutieren, wieso gewisse Individuen Freiheit höher als Sicherheit gewichten (Freiheitspräferenz) und umgekehrt

3 Negative Freiheiten befreien nach Durkheim das Individuum aus dem Kollektivdenken. Die Gruppenbindung nimmt ab, wobei gleichzeitig der Wert des Individuums steigt. Dadurch wird Gewalt zwischen Kollektiven reduziert, da die Individuen weniger bereit sind im Namen des Kollektives Gewalt anzuwenden oder zu erfahren (Hess 2018, 19).

(Sicherheitspräferenz). Der wissenschaftliche Diskurs bietet diverse theoretische Erklärungsansätze, die im vorliegenden Abschnitt behandelt werden.

Devos et al. (2002) untersuchen den Zusammenhang von Wertvorstellungen und Vertrauen in Institutionen.⁴ Die Autoren messen zehn verschiedene Werte, die miteinander kompatibel sein können oder in Konflikt stehen, basierend auf dem Wertemodell von Schwartz (ebd., 482). Daraus ergibt sich eine zweidimensionale Struktur. Die erste Dimension bildet den Wertekonflikt zwischen «Offenheit für Veränderung» und «Bewahrung» ab. Die zweite Dimension beschreibt den Konflikt zwischen «Selbsttranszendenz» und «Selbstoptimierung».⁵ Sicherheit ist ein eigenständiger Wert, der zu den konservativen Werten gezählt wird. Individuen, die sich stärker mit Sicherheit als Wert und weniger mit selbstständigem Denken und Handeln («self-direction») identifizieren, werden Sicherheit gegenüber Freiheit bevorzugen. Demnach kann die Freiheits- bzw. Sicherheitspräferenz durch die individuellen Wertvorstellungen einer Person erklärt werden (ebd.). Allerdings sind individuelle Wertvorstellungen stabil (Knill et al. 2012, 101). Dies bedeutet, dass kurzfristige Veränderungen in der Freiheits- oder Sicherheitspräferenz nur unzureichend mit Werten erklärt werden können.

Dragu (2011) argumentiert, dass sich insbesondere in Bezug auf die Terrorismusbekämpfung im Nachgang der terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 an der US-Amerikanischen Ostküste im wissenschaftlichen Diskurs ein Konsens entwickelte, wonach die Einschränkungen von Freiheitsrechten die Sicherheit vor Terrorismus erhöht. Entsprechend wurden auch im politischen Diskurs die potenzielle Bedrohung durch Terrorismus als Begründung für erweiterte Ermächtigungen von Sicherheitsbehörden angeführt (ebd., 65). Diese wissenschaftliche und politische Argumentation legt nahe, dass Personen, die ein erhöhtes individuelles Bedrohungsempfinden aufweisen eher bereit sind, Freiheit zugunsten von Sicherheit zu opfern. Dementsprechend macht es wenig Sinn, dass eine Person, die sich vollumfänglich sicher fühlt, auf Freiheit verzichten würde, um ihre Sicherheit zu erhöhen.

Ferst (2019) bestätigt diese Argumentation teilweise. Der Autor setzt sich zudem mit der subjektiven Wahrnehmung des Verhältnisses von Freiheit und Sicherheit auseinander. «Bei den Begriffen «Freiheit» und «Sicherheit» handelt es sich um

4 Institutionen werden mit der Freiheit versus Sicherheit Debatte verknüpft, da Devos et al. (2002) anerkennen, dass Institutionen zur Stabilität der Gesellschaft beitragen, gleichzeitig aber auch die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger einschränken können (Devos et al 2002, 481). Die untersuchten Institutionen sind: «Das Bildungssystem, das Justizsystem, die Medien (Fernsehen, Radio, Zeitungen), die Polizei, das politische System, die religiösen Institutionen, die Armee, das Gesundheitssystem und das Wirtschaftssystem» (Devos et al. 2002, 486–487 *Übersetzung des Autors aus dem Englischen*).

5 Siehe bei Devos et al. (2002, 482) betreffend die Zuordnung der zehn Werte in der dimensionalen Ausprägung.

ein begriffliches Zwillingsspaar [...]. Beide Werte setzen sich gegenseitig voraus [...], ohne dass dabei zwischen ihnen ein fester Wechselkurs besteht» (ebd., 24). Folglich muss «das «richtige» Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit [...] immer wieder neu justiert und angepasst werden» (ebd., 24). Diese Argumentation legt nahe, dass Freiheit- oder Sicherheitspräferenzen nicht monokausal durch individuelle Wertevorstellungen erklärt werden können, sondern ebenfalls Perioden- und Struktureffekten ausgesetzt sind.⁶ Ferst stellt zudem fest, dass ältere Menschen Sicherheit tendenziell vor Freiheit stellen. Dies wird mit der relativen Verletzlichkeit und dem davon abgeleiteten verminderten Sicherheitsempfinden von älteren Personen erklärt (ebd., 24–26).

11.3 Die Meinungsbildung der Schweizer Stimmbevölkerung zur Debatte Freiheit versus Sicherheit

Der vorliegende Abschnitt befasst sich deskriptiv mit dem Meinungsbild der Schweizerinnen und Schweizer zu Freiheit versus Sicherheit (siehe Abbildung 11.1). Dabei werden die Veränderungen der erhobenen Variablen zum letzten Messzeitpunkt diskutiert und mögliche Erklärungen angeführt. Zudem werden signifikante soziodemografische Einflüsse auf die Meinungsbildung sowie weitere signifikante Effekte erläutert.

Individuelle Sicherheitspräferenz

Die Präferenz der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auch auf Kosten der persönlichen Freiheiten unterlag verschiedenen Schwankungen über die letzten 40 Jahre hinweg. 1983 waren Schweizerinnen und Schweizer diesbezüglich gespalten (52% Zustimmung). In den Jahren 1990/91 (39%), 2002 (43%) und 2004 (41%) befürwortete nur eine Minderheit den Vorrang der Sicherheit. 2007 erhöhte sich dieser Anteil auf 48%. In den folgenden Messungen der Jahre 2016 (55%), 2018 (56%) und 2022 (57%) teilt erstmalig eine Mehrheit der Befragten die Auffassung, dass der Staat die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger auch auf Kosten der persönlichen Freiheit garantieren sollte. Mit der Aussage zeigen sich anfangs Januar 2022 12% der Befragten «sehr» und 45% «eher einverstanden». Die Veränderung zu 2018 ist statistisch nicht signifikant. Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass die COVID-19-Pandemie bei dieser Frage keinen unmittelbaren Einfluss hatte.

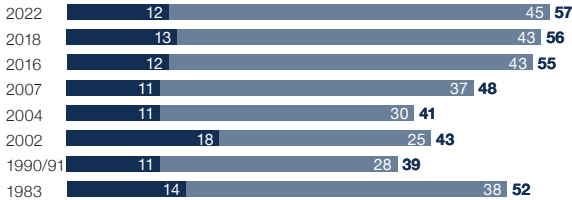
6 Periodeneffekte sind temporär und kurzfristig, wie sie beispielsweise bei fokussierenden Ereignissen (11. September 2001, Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011) auftreten. Struktureffekte sind langfristiger Natur (Klein 2018, 51).

Abbildung 11.1: **Freiheit versus Sicherheit**

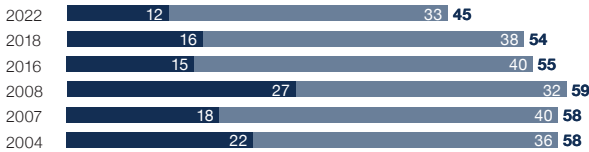
«Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik?»

Angaben in Prozent, gerundet und inklusive der jeweiligen Summen

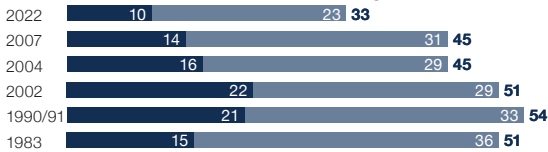
«Der Staat sollte die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantieren, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit geht.»



«Wenn ich wählen müsste, so wäre mir meine persönliche Freiheit letztlich wichtiger als meine persönliche Sicherheit.»



«In der Schweiz sind wir bald soweit, dass sich der Staat überall einmischt, alles reglementiert und die Freiheit des einzelnen verloren geht.»



«Wir kommen nicht mehr darum herum, dass der Staat in der heutigen Zeit immer mehr Aufgaben übernehmen muss.»



- sehr einverstanden
- eher einverstanden

free|si22

Soziodemografische Einflüsse⁷: Die gemessenen soziodemografischen Variablen haben im Januar 2022 keinen Einfluss auf die Meinungsbildung zur Frage, ob der Staat die Sicherheit auch auf Kosten der persönlichen Freiheit garantieren soll. Mit anderen Worten, weder das Geschlecht, das Alter, das Bildungsniveau, die politische Einstellung noch die Sprachregion der befragten Person haben einen Einfluss auf die Zustimmung oder Ablehnung der genannten Aussage. Dieser Mangel an statistischer Signifikanz ist insbesondere in Bezug auf die politische Selbstverortung der Befragten bemerkenswert. In den letzten 20 Jahren konnte die Sicherheitspräferenz stets teilweise durch die politische Einstellung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erklärt werden. Es zeigt sich zudem, dass sich die aktuellen Werte von der durchschnittlichen Zustimmung von 2002 bis 2018 bei allen drei politischen Lagern signifikant unterscheiden, ja sogar teilweise diametral gegenüberstehen (Werte im Januar 2022: links: 63%, Mitte: 57%, rechts: 54%; durchschnittliche Zustimmung von 2002 bis 2018: links: 36%, Mitte: 49%, rechts: 57%). Personen, die sich dem linken politischen Lager oder der Mitte zugehörig fühlen, bevorzugen die Sicherheit deutlich stärker als im langjährigen Schnitt (links: +27 Prozentpunkte, Mitte: +8 Pp). Hingegen hat die Zustimmung zur Sicherheitspräferenz von Schweizerinnen und Schweizern aus dem rechten politischen Spektrum im Vergleich zum langjährigen Schnitt abgenommen (-3 Pp).

Weitere signifikante Unterschiede⁸: Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die der Aussage zustimmen, dass der Staat auch auf Kosten der persönlichen Freiheit die Sicherheit garantieren soll, lehnen tendenziell die Aussage ab, dass die persönliche Freiheit wichtiger sei als die persönliche Sicherheit (Cramer's $V = 0.33^9$). Ein positiver Zusammenhang besteht allerdings zwischen der Zustimmung zur Aussage der Sicherheitspräferenz und dem Vertrauen in diverse Institutionen (Bundesrat: $V = 0.27$, Polizei: $V = 0.17$, Medien: $V = 0.22$, Wissenschaft: $V = 0.21$). Mit anderen Worten: Je grösser das Vertrauen in die genannten Institutionen ist, desto eher bevorzugen Schweizerinnen und Schweizer Sicherheit, auch wenn dies auf Kosten der individuellen Freiheit geht.

- 7 Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.
- 8 Unter «weitere signifikante Unterschiede» werden nur Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multiplen Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die jeweilige abhängige Variable haben.
- 9 Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt.

Individuelle Freiheitspräferenz

Im Vergleich zu 2018 ist die Zustimmung zur Aussage, dass die persönliche Freiheit letztlich wichtiger ist als die persönliche Sicherheit, 2022 deutlich und statistisch signifikant gesunken (45%, -9 Pp). In den Jahren 2004 (58%), 2007 (58%), 2008 (59%), 2016 (55%) und 2018 (54%) war die Zustimmung relativ stabil und stets im Mehrheitsbereich (siehe Abbildung 11.1). Im Januar 2022 wird diese Aussage nur noch von einer Minderheit befürwortet. Von den Schweizerinnen und Schweizern, die der Aussage zustimmen, sind 12% «sehr» und 33% «eher» damit einverstanden.

Zur Erklärung dieser deutlich geringeren Zustimmung kann ein Kohorteneffekt ausgeschlossen werden, da zwischen dem jetzigen und dem letzten Messzeitpunkt nur vier Jahre liegen. Folglich ist die Zeit zu kurz für einen «Generationenwechsel». Allerdings kann mit den vorliegenden Daten nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, ob ein Periodeneffekt vorliegt. Es kann möglich sein, dass die COVID-19-Pandemie einen Einfluss auf die spezifische Meinungsbildung der Schweizerinnen und Schweizer hatte. Ein weiterer Effekt könnte aber auch durch eine veränderte Bedrohungswahrnehmung hervorgerufen werden. Dadurch kann die kausale Ursache der gesunkenen Zustimmung hier nicht abschliessend mit der COVID-19-Pandemie erklärt werden.

Soziodemografische Einflüsse: Im Gegensatz zu Frauen ist Männern die persönliche Freiheit tendenziell wichtiger als die persönliche Sicherheit (Männer: 53%, Frauen: 37%; $V = 0.16$). Während die Aussage bei Schweizern knapp mehrheitsfähig ist, wird sie aber von Schweizerinnen deutlich abgelehnt. Des Weiteren beeinflusst die politische Einstellung einer Person die Meinungsbildung. Grundsätzlich wird die Aussage von Personen, die sich dem linken politischen Spektrum zuordnen, weniger stark befürwortet als von Personen, die sich weiter rechts einordnen (links: 36%, Mitte: 48%, rechts: 49%; $V = 0.11$). Die Aussage wird somit von Befragten des politisch linken Spektrums mehrheitlich abgelehnt. Personen, die politisch der Mitte oder dem rechten Spektrum angehören, sind sich in der Antwort auf die Vorgabe uneinig. Die aktuelle Zustimmung zur Freiheitspräferenz ist allgemein tiefer als der langjährige Schnitt der Zustimmung der politischen Lager. Insbesondere bezogen auf Befragte, die sich dem linken politischen Spektrum zugehörig fühlen, unterscheidet sich die Zustimmung diametral (durchschnittliche Zustimmung von 2002 bis 2018: links: 64%, Mitte: 55%, rechts: 55%).

Weitere signifikante Unterschiede: Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, denen die persönliche Freiheit wichtiger als die persönliche Sicherheit ist, stimmen eher der Aussage zu, dass der Staat sich überall einmischt und alles regle-

mentiert ($V = 0.26$). Des Weiteren bevorzugen Befragte die persönliche Freiheit eher, je stärker sie das Gefühl haben, dass die Politik in entscheidenden Dingen versage ($V = 0.14$). Zudem besteht ein negativer Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in verschiedene Institutionen und der Zustimmung zur Aussage, dass die persönliche Freiheit wichtiger sei als die persönliche Sicherheit (Bundesrat: $V = 0.24$, Medien: $V = 0.22$, Wissenschaft: $V = 0.21$). Dies bedeutet, dass je tiefer das Vertrauen in die genannten Institutionen ist, desto eher wird die persönliche Freiheit gegenüber der persönlichen Sicherheit bevorzugt.

Staatliche Einmischung und Reglementierung

Der Aussage, dass wir in der Schweiz bald soweit sind, dass der Staat sich auf Kosten der individuellen Freiheit überall einmischt und alles reglementiert, stimmen 33% der Befragten zu. 10% sind mit der Aussage «sehr» und 23% «eher einverstanden». Die staatliche Reglementierung wurde seit Messbeginn noch nie derart unproblematisch betrachtet. Im Vergleich zum letzten Messzeitpunkt 2007 ist die Zustimmung deutlich und statistisch signifikant gesunken (-12 Pp). 1983 (51%), 1990/91 (54%) und 2002 (51%) waren Schweizerinnen und Schweizer bei der Beurteilung der Vorgabe gespalten. 2004 und 2007 wurde die Aussage jeweils nur noch von einer Minderheit von 45% befürwortet.

Die Gründe für diesen deutlichen Unterschied können vielseitig sein. Da der letzte Messzeitpunkt 15 Jahre zurückliegt, kann ein Kohorteneffekt nicht ausgeschlossen werden. Jedoch muss es sich beim Effekt nicht zwingend um einen längerfristigen Effekt handeln. Es ist ebenfalls nicht ausgeschlossen, dass es sich um einen Periodeneffekt handelt, der auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist. Dies könnte beispielsweise der Fall sein, wenn Befragte die relativ lockeren staatlichen Massnahmen gegen die COVID-19-Pandemie der Schweiz mit den vergleichbar strengeren Massnahmen der Nachbarländer vergleichen (Gros et al. 2021, 122). Folglich könnten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zum Schluss gekommen sein, dass die staatliche Macht in der Schweiz verglichen mit den Nachbarländern zurückhaltender agiert. Die kausale Ursache des Effekts kann allerdings nicht abschliessend geklärt werden.

Soziodemografische Einflüsse: Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit hohem Bildungsniveau stimmen dieser Aussage weniger stark zu als Personen mit mittlerem oder tiefem Bildungsniveau (hoch: 27%, mittel: 38%, tief: 39%; $V = 0.10$). Die Aussage wird jedoch von allen Bildungsniveaus abgelehnt. Die politische Einstellung ist eine weitere soziodemografische Variable, die die Zustimmung zur

Aussage, wonach der Schweizer Staat bald eine omnipräsente Rolle einnimmt, teilweise erklärt. Schweizerinnen und Schweizer, die sich dem linken politischen Spektrum zuordnen, stimmen dieser Aussage weniger stark zu als Personen, die sich in der politischen Mitte oder dem rechten politischen Spektrum sehen (links: 20%, Mitte: 35%, rechts: 42%; $V = 0.17$).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Variable der staatlichen Einmischung und Reglementierung verhält sich ähnlich wie die Variable der Freiheitspräferenz ($V = 0.26$). Je stärker Schweizerinnen und Schweizer das Gefühl haben, dass die Politik in entscheidenden Dingen versage, desto eher wird der Aussage zugestimmt, wonach der Staat sich in der Schweiz überall einmischt und alles reglementiert ($V = 0.14$). Des Weiteren besteht ein negativer Zusammenhang mit dem Vertrauen in diverse Institutionen (Bundesrat: $V = 0.29$, Medien: $V = 0.21$, Wissenschaft: $V = 0.23$). Mit anderen Worten: Je grösser das Vertrauen der Befragten in die genannten Institutionen, desto geringer die Zustimmung zur Aussage, dass sich der Staat in der Schweiz überall einmischt und alles reglementiert.

Vermehrte Übernahme diverser Aufgaben durch den Staat

Im Januar 2022 stimmen 50% der Schweizerinnen und Schweizer der Aussage zu, dass wir nicht mehr darum herumkommen, dass der Staat in der heutigen Zeit immer mehr Aufgaben übernehmen muss. Gegenüber dem letzten Messzeitpunkt im Jahr 2008 ist die Zustimmung statistisch signifikant gesunken (-7 Pp). Mit der Aussage zeigen sich 8% der Befragten «sehr» und 42% «eher einverstanden». Der Zustimmungswert befindet sich in der historischen Bandbreite (siehe Abbildung 11.1). 2002 (59%) und 2008 (57%) wurde die Aussage von einer Mehrheit befürwortet. 1990/91 (49%), 2004 (51%) und 2022 (50%) war die Schweizer Stimmbevölkerung bei der Bewertung der Aussage gespalten. Die schwankende Zustimmung zu dieser Aussage in den vergangenen Jahrzehnten lässt vermuten, dass die Zustimmung durch Periodeneffekte beeinflusst wird. Die erhobenen Daten zeigen keine langfristige, gerichtete Entwicklung. Da der letzte Messzeitpunkt 14 Jahre zurückliegt, ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass seither ein Trend einsetzte, der nicht gemessen wurde. Die Veränderung der heutigen Zustimmung im Vergleich zu 2008 kann folglich nicht klar einem Perioden-, Struktur- oder Kohorteneffekt zugeordnet werden.

Soziodemografische Einflüsse: Männer stimmen der Aussage tendenziell weniger zu als Frauen (Männer: 46%, Frauen: 54%; $V = 0.11$). Eine weitere soziodemografische Variable mit Erklärungspotenzial ist die politische Einstellung der Befragten.

Personen, die sich im rechten politischen Spektrum einordnen, stimmen der Aussage tendenziell weniger stark zu als Befragte, die sich der Mitte oder dem linken politischen Spektrum zuordnen (rechts: 40%, Mitte: 52%, links: 60%; $V = 0.14$). Mit anderen Worten sind politisch rechts Eingestellte mit der Aussage nicht einverstanden. Personen, die sich der politischen Mitte zuordnen sind unentschlossen und Befragte, die sich dem linken Spektrum zuordnen, befürworten die Aussage.

Weitere signifikante Unterschiede: Personen, die eher die Aussage bejahen, dass der Staat heutzutage immer mehr Aufgaben übernehmen muss, sind verstärkt der Auffassung, dass der Staat die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger auch auf Kosten der persönlichen Freiheit garantieren sollte ($V = 0.26$). Hingegen wird die Aussage eher abgelehnt, wenn Befragte denken, dass die persönliche Freiheit wichtiger ist als die persönliche Sicherheit ($V = 0.22$) und dass sich der Staat in der Schweiz überall einmischt und alles reglementiert ($V = 0.18$). Zwischen der Zustimmung zur spezifischen Aussage und dem Vertrauen in den Bundesrat ist eine positive Korrelation zu beobachten ($V = 0.17$). Dieser Zusammenhang bedeutet, dass Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eher das Gefühl haben, dass der Staat zwangsläufig mehr Aufgaben übernehmen muss, je grösser das Vertrauen in den Bundesrat ist.

Fazit

Im Vergleich zum jeweiligen letzten Messzeitpunkt hat sich die Einstellung der Schweizerinnen und Schweizer zum Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit unterschiedlich stark verändert.

Im Vergleich zu 2018 ist die Befürwortung der *Sicherheitspräferenz* gleichgeblieben. Eine Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung ist der Auffassung, dass Sicherheit wichtiger ist als die persönliche Freiheit (57%). Die Sicherheitspräferenz korreliert nicht mit den gemessenen soziodemografischen Variablen. Es zeigt sich jedoch, dass Personen, die sich politisch dem linken Lager zuordnen die Sicherheit deutlicher bevorzugen verglichen mit dem langjährigen Schnitt von 2002 bis 2018. Des Weiteren ist ein negativer Zusammenhang mit der Freiheitspräferenz und der Auffassung, dass sich der Staat überall einmischt, feststellbar. Zudem kann die Zustimmung zur Sicherheitspräferenz mit dem Vertrauen in Institutionen (Bundesrat, Polizei, Medien, Wissenschaft) teilweise erklärt werden.

Die Zustimmung zur *Freiheitspräferenz* ist im Vergleich zu 2018 deutlich und signifikant gesunken. 2022 ist eine Minderheit der Meinung, dass die persönliche Freiheit wichtiger ist als die persönliche Sicherheit (45%). Die Freiheitspräferenz lässt sich teilweise mit dem Geschlecht und der politischen Einstellung der Befrag-

ten erklären. Weiter zeigt sich, dass die Freiheitspräferenz steigt, je stärker rechts eine Person eingestellt ist. Befragte, welche der Auffassung sind, dass der Staat sich überall einmischt und alles reglementiert sowie Befragte, welche das Gefühl haben, dass die Politik in wichtigen Dingen versage, stellen tendenziell Freiheit vor Sicherheit. Zudem besteht eine negative Korrelation zwischen der Freiheitspräferenz und dem Vertrauen in Institutionen (Bundesrat, Medien, Wissenschaft).

Die Auffassung in der Schweizer Stimmbevölkerung, dass *der Staat sich überall einmische und alles reglementiere*, ist im Vergleich zum letzten Messzeitpunkt (2007) deutlich und signifikant gesunken. Eine Minderheit von 33% der Befragten stimmt dieser Auffassung zu. Je höher gebildet und je weiter links eine Person eingestellt ist, desto tiefer ist die Zustimmung zur Aussage, dass sich der Staat in der Schweiz überall einmischt. Des Weiteren wird der Aussage tendenziell eher zugestimmt, je stärker die Befragten der Auffassung sind, dass die Politik in entscheidenden Dingen versage. Eine negative Korrelation zeigt sich zwischen dem Vertrauen in diverse Institutionen (Bundesrat, Medien, Wissenschaft) und der Auffassung, dass sich der Staat überall einmische.

Die Zustimmung zur Aussage, wonach *der Staat in der heutigen Zeit immer mehr Aufgaben übernehmen muss*, ist seit der letzten Befragung von 2008 ebenfalls deutlich und signifikant gesunken. Die Schweizer Stimmbevölkerung ist diesbezüglich mit einer Zustimmung von 50% gespalten. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Sicherheit bevorzugen, sind eher mit dieser Aussage einverstanden. Hingegen lehnen Schweizerinnen und Schweizer, welche die Freiheit bevorzugen oder der Meinung sind, dass der Staat eine omnipräsente Rolle innehat, die Aussage eher ab.

«SVV Sicherheitsmonitor 2021»

Zwischen 2018 und 2021 wurde vom Schweizerischen Versicherungsverband (SVV) der «SVV Sicherheitsmonitor» publiziert, welcher Fragen zu Sicherheit, Risiko und Freiheit behandelt (Schweizerischer Versicherungsverband 2022). Die Daten wurden jeweils durch das Meinungsforschungsinstitut sotomo erhoben. Im Fall des SVV Sicherheitsmonitors 2021 wurden die Daten zwischen dem 12. und 28. Mai 2021 mittels einer Online-Umfrage («opt-in» online survey: 608 intervista-Panel, 1001 sotomo-Panel) erhoben. Die Stichprobe umfasste 1609 Personen. Die nach Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und politischer Positionierung (Parteinähe) der Befragten gewichtete Umfrage ist repräsentativ für die erwachsene und ständige Wohnbevölkerung der Deutsch- und Westschweiz (Schweizerischer Versicherungsverband 2021, 71).

Die Konzepte Freiheit und Sicherheit sind für die Schweizer Wohnbevölkerung zentrale gesellschaftliche Grundwerte. Freiheit und Sicherheit stehen jedoch in einem Spannungsverhältnis, das sich verschärft hat. Freiheit (49%, +4 Prozentpunkte) wird gemäss SVV-Umfrage vom Mai 2021 etwas wichtiger betrachtet im Vergleich zur Befragung aus dem Jahr 2020. Diese Veränderung ist auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen. Insbesondere gewichten konservative Kräfte Freiheit höher als zuvor, während liberale Befragte der Sicherheit mehr Bedeutung beimessen. Eine weitere signifikante Veränderung ist bei der Zustimmung zu den von der Politik verordneten COVID-19-Massnahmen auszumachen. Personen, die dem politisch linken Spektrum angehören, stimmen den Massnahmen eher zu. Hingegen sind Befragte, welche der politischen Rechten angehören diesbezüglich eher kritischer (Schweizerischer Versicherungsverband 2021, 7).

Schweizerischer Versicherungsverband (2021). SVV Sicherheitsmonitor 2021. *Sicherheit, Stabilität und Perspektiven der Gesellschaft in der Schweiz*. 07.03.2022. <https://www.svv.ch/de/svv-sicherheitsmonitor-2021>

Der «SVV Sicherheitsmonitor 2021» und die Studie «Sicherheit 2022» im Vergleich

Die Resultate der Studie «Sicherheit 2022» zeigen, dass sich 2022 das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit zu Gunsten der Sicherheit verschoben hat. Gegenüber 2018 unverändert, sind Schweizerinnen und Schweizer 2022 mehrheitlich der Auffassung, dass der Staat die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantieren sollte, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit geht (57%). Aktuell ist die Zustimmung, dass die persönliche Freiheit letztlich wichtiger als die persönliche Sicherheit sei, im Vergleich zu 2018 signifikant gesunken und wird von einer Minderheit von 45% bejaht. Die beiden Studien zeichnen ein differenziertes Bild davon, wie Schweizerinnen und Schweizer das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit beurteilen. In Zeiten von COVID-19 gewichten Befragte gemäss der Studie «Sicherheit 2022» die Sicherheit höher als die Freiheit. Der SVV Sicherheitsmonitor 2021 kommt zum Schluss, dass die Freiheit im Laufe der Pandemie an Wichtigkeit gewonnen hat. Diese Diskrepanz könnte durch den unterschiedlichen Befragungszeitraum erklärt werden (SVV Sicherheitsmonitor 2021: Mai 2021; Studie «Sicherheit 2022»: Januar 2022). Die Ansteckungen und COVID-19-bedingten Spitaleintritte waren im Mai 2021 beispielsweise deutlich geringer als im Januar 2022 (Neue Zürcher Zeitung 2022b). Zudem sind die Grundgesamtheiten und somit die Stichproben unterschiedlich, da der SVV Sicherheitsmonitor 2021 auch Ausländerinnen und Ausländer miteinschliesst.

Literaturverzeichnis

Verwendete Literatur

- Abbott, K.W., Snidal, D. (1998). Why states act through formal international organizations. *Journal of conflict resolution*, 42(1), 3–32.
- Aeschimann, S., Bichet, E., Catrina, C., Huser, B., Kaufmann, U., Margelist, S., Moser, H., Oswald, M., Plüss, R., Rusch, M., Seger, P., Stüssi-Lauterburg, J., Suremann, T., Thalmann, A., Zemp, S. (2004). *Die Neutralität der Schweiz*. (28.03.2022). https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/SchweizerischeAussenpolitik/Die-Neutralitaet-der-Schweiz-2004_de.pdf
- Allison, G.T. (1969). Conceptual models and the Cuban missile crisis. *American political science review*, 63(3), 689–718.
- Andrey, M. (2010). Security Implications of Neutrality: Switzerland in the Partnership for Peace Framework. *Connections*, 9(4), 83–96.
- Anliker, N. (2018). *Wie funktioniert ein Land ohne funktionierende Währung? Ein Erfahrungsbericht aus Venezuela*. Neue Zürcher Zeitung, 12.10.2018. <https://www.nzz.ch/vertrauen/venezuela-wenn-vertrauen-in-waerung-und-institutionen-zerbricht-ld.1426671>.
- Atteslander, P. (2010). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. Erich Schmidt Verlag, Berlin.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W., Weiber, R. (2011). *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 13., überarb. Aufl. Springer, Berlin.
- Baier, D. (2019). *Kriminalitätsoffererfahrungen und Kriminalitätswahrnehmungen in der Schweiz. Ergebnisse einer Befragung*. Institut für Delinquenz und Kriminalprävention, Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, August 2019, Zürich.

- Baier, D., Biberstein, L., Markwalder, N. (2022). *Kriminalitätsoffererfahrungen der Schweizer Bevölkerung. Entwicklungen im Dunkelfeld 2011 bis 2021*. Institut für Delinquenz und Kriminalprävention, Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Kompetenzzentrum für Strafrecht und Kriminologie Universität St. Gallen, März 2022.
- Barzilai, M., Nissen, M., Njiokiktjien, I., Herrmann, J., Taylor-Lind, A. (2018). *Fünf Fotojournalisten erzählen, wie sie das Vertrauen ihrer Protagonisten gewonnen haben*. Neue Zürcher Zeitung, 05.10.2018. <https://www.nzz.ch/vertrauen/vertrauen-gewinnen-fotojournalisten-erzaehlen-wie-es-gelingt-ld.1422797>.
- Bauer, D., Schilliger, M. (2018). *Was ist Vertrauen überhaupt? Eine Annäherung in 32 Fakten und Anekdoten*. Neue Zürcher Zeitung, 05.04.2019. <https://www.nzz.ch/vertrauen/vertrauen-was-istdas-32-episoden-ld.1421094>.
- Bauer, P.C., Barberá, P., Ackermann, K., Venetz, A. (2017). Is the Left-Right Scale a Valid Measure of Ideology? *Political Behavior*, 39(3), 553–583.
- Bender, L. (2014). *Neutralität als Mittel der Sicherheitsgewährleistung. Über die Herausforderung, Andere von der eigenen Friedfertigkeit zu überzeugen*. Springer VS, Wiesbaden.
- Bentele, G. (1994). Öffentliches Vertrauen – normative und soziale Grundlage für Public Relations. In: Armbrrecht, W., Zabel, U. J. (Hrsg.) (1994). *Normative Aspekte der Public Relations. Grundlegende Fragen und Perspektiven. Eine Einführung*. Springer VS, Wiesbaden, 131–158.
- BFS (2020). *Übersetzungshilfe Strukturerhebung 2020*. (20.02.2022). <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/erhebungen/volkszaehlung/vier-kernelemente/strukturerhebung.assetdetail.14981900.html>
- BFS (2021a). *Telefoninfrastruktur*. (07.04.2022). <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/informationsgesellschaft/gesamtindikatoren/infrastrukturen/telefoninfrastruktur.html>.
- BFS (2021b). *SAKE in Kürze 2020. Schweizerische Arbeitskräfteerhebung*. (07.04.2022) <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.18144204.html>.
- BFS (2021c). *Ständige Wohnbevölkerung nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeitskategorie, 2010–2020; nur Schweizer Bevölkerung* (03.03.2022). <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/stand-entwicklung/alter-zivilstand-staatsangehoerigkeit.assetdetail.18344193.html>

- BfS (2022a). *Höchste abgeschlossene Ausbildung in der Schweiz, 2020. Ständige Wohnbevölkerung ab 25 Jahren, Stimmbevölkerung.* (03.02.2022). <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft.assetdetail.20964013.html>
- BfS (2022b). *Räumliche Typologien.* (16.03.2022). <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/raeumliche-analysen/raeumliche-gliederungen/raeumliche-typologien.html>
- Bieri, U., Frind, A., Bohn, D. Venetz, A. (2021). *Institutionelles Abkommen mehrheitlich akzeptiert, allerdings nicht als Königsweg.* Standort Schweiz 2021 – Europafragen. Bern.
- Bieri, U., Kocher, J. Jenzer, O., Bohn, D. (2022). *Nach Verhandlungsabbruch weiterhin stabile Vorteilsicht auf Bilaterale.* Standort Schweiz 2022 – Europafragen. Bern.
- Birrer, R., Stäubli, M. (2021). *Die Serie ‹Tschugger› erklärt, warum es im VBS so viele Walliser hat.* Tages-Anzeiger. (05.04.2022). <https://www.vbs.admin.ch/it/home.detail.news.html/vbs-internet/interviews/2021/211220b.html#:~:text=alla%20Pagina%20iniziale-,%C2%ABDie%20Serie%20%E2%80%B9Tschugger%E2%80%BA%20erkl%C3%A4rt%2C%20warum%20es%20im%20VBS,dem%20Personal%20in%20ihrem%20Departement>
- Bondolfi, S. (2012). Wehrpflicht und Geschlecht. *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift (ASMZ)*, 178(6), 42–51. (05.04.2022). https://css.ethz.ch/en/publications/journal-articles/details.html?id=w/e/h/r/wehrpflicht_und_geschlecht
- Bortz, J. (1984). *Lehrbuch der empirischen Forschung.* Springer, Berlin.
- Bortz, J., Döring, N. (2006). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler.* 4., überarb. Auflage. Springer, Berlin.
- Bortz, J., Schuster, C. (2010). *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler.* 7., vollst. überarb. und aktual. Aufl. Springer, Berlin.
- Braun, D., Schmitt, H. (2009). Politische Legitimität. In: Kaina, V., Römmerle, A. (Hrsg) (2009). *Politische Soziologie.* VS Verlag, Wiesbaden, 53–82.
- Budnik, C. (2018). Trust, Reliance, Democracy. *International Journal of Philosophical Studies*, 26 (2), 221–239.

- Bundeskanzlei (Hrsg.). (1995). *Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG) vom 3. Februar 1995*. (Stand am 1. Januar 2022). Bundeshaus, Bern. (12.04.2022). https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1995/4093_4093_4093/de
- Bundeskanzlei (Hrsg.). (1999). *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999*. (Stand am 7. März 2021). Bundeshaus, Bern. (12.04.2022). <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1999/404/de>
- Bundeskanzlei (Hrsg.). (2002). *Verordnung des VBS über die Rekrutierung (VREK-VBS) vom 16. April 2002*. Bundeshaus, Bern. (12.04.2022). <https://www.fedlex.admin.ch/eli/oc/2002/158/de>
- Bundeskanzlei (Hrsg.). (2017). *Verordnung über die Militärdienstpflicht (VMDP) vom 22. November 2017*. (Stand am 1. Januar 2022). Bundeshaus, Bern. (12.04.2022). <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2017/810/de>
- Bundesrat (2016). *Die Sicherheitspolitik der Schweiz. Bericht des Bundesrates vom 24. August 2016 (SIPOL B 2016)*. (23.03.2022). <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2016/1678/de>.
- Bundesrat (2021). *Die Sicherheitspolitik der Schweiz. Bericht des Bundesrates vom 24. November 2021 (SIPOL B 2021)*. (23.03.2022). <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/2895/de>.
- Buri, C., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. *Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*, Heft Nr. 18. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH, Zürich.
- Christin, T., Trechsel, A. H. (2002). Joining the EU? Explaining public opinion in Switzerland. *European Union Politics*, 3(4), 415–443.
- COSMO (2022). *Vertrauen in Institutionen*. (14.01.2022). <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/vertrauen-ablehnung-demos/10-vertrauen/>
- Credit Suisse (Schweiz) AG, Public Policy Switzerland (Hrsg.) (2021). *Kompass für die Schweiz. Die Schweiz im Jahr der Pandemie: Resultate und Interpretationen zum Credit Suisse Sorgenbarometer 2021*.
- CS Sorgenbarometer (2021). *Die Pandemie in der zweiten Phase, Resilienz und Rückzug in individuelle Lebenswelten*. Credit Suisse Sorgenbarometer 2021, Bern.

- Daase, C., Rühlig, N. T. (2016). Der Wandel der Sicherheitskultur nach 9/11. In: Fischer, S., Masala, C. (Hrsg.) (2016). *Innere Sicherheit nach 9/11. Sicherheitsbedrohungen und (immer) neue Sicherheitsmassnahmen?* Springer Fachmedien, Wiesbaden, 13–33.
- Decker, F., Best, V., Fischer, S., Küppers, A. (2019). *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Devos, T., Spini, D., Schwartz, S. H. (2002). Conflicts among human values and trust in institutions. *British Journal of Social Psychology*, 41, 481–494.
- Diaz-Bone, R. (2013). *Statistik für Soziologen*. 2. Edition. UVK Verlag, Konstanz.
- Diaz-Bone, Rainer (2019). Convention Theory, Surveys and Moral Collectives. In: Stefan Joller/Marija Stanisavljevic (Hrsg.) (2019). *Moralische Kollektive. Theoretische Grundlagen und empirische Einsichten*. Springer Fachmedien, Wiesbaden, 115–135.
- Diekmann, A. (2007). *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg.
- Dragu, T. (2011). Is There a Trade-Off between Security and Liberty? Executive Bias, Privacy Protection, and Terrorism Prevention. *American Political Science Review*, 105(1), 64–78.
- EDA (2020). *Aussenpolitische Strategie 2020–2023*. (04.03.2021). <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/publikationen/alle-publikationen.html/content/publikationen/de/eda/schweizer-aussenpolitik/Aussenpolitische-Strategie-2020-2023.html>
- EDA (2021). *Der bilaterale Weg*. (06.03.2022). https://www.eda.admin.ch/dam/europa/de/documents/fohlen/Folien-Bilateraler-Weg_de.pdf
- EDA (2022a). *Die wichtigsten bilateralen Abkommen Schweiz–EU*. (02.03.2022) (https://www.eda.admin.ch/dam/europa/de/documents/fohlen/Folien-Abkommen_de.pdf)
- EDA (2022b). *Institutionelles Abkommen*. (10.03.2022). <https://www.eda.admin.ch/europa/de/home/europapolitik/ueberblick/institutionelles-abkommen.html>

- EDA (2022c). *Die Neutralität der Schweiz*. (07.03.2022). https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/SchweizerischeAussenpolitik/neutralitaet-schweiz_DE.pdf
- Edelman Trust Barometer (2021). *21st ANNUAL EDELMAN TRUST BAROMETER*. (22.04.2022). <https://www.edelman.com/sites/g/files/aatus191/files/2021-01/2021-edelman-trust-barometer.pdf>
- Fanzun, J.A., Lehmann, P. (2000). *Die Schweiz und die Welt*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich.
- Felley, E. (2022). *Armée: vers une journée d'information obligatoire pour les femmes*. 20 Minutes. (05.04.2022). <https://www.20min.ch/fr/story/armee-vers-une-journee-dinformation-obligatoire-pour-les-femmes-123345939026>
- Ferst, T. (2019). Das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit in der Schweiz. Was Schweizerinnen und Schweizer unter «Freiheit» und «Sicherheit» verstehen und wie sie deren Verhältnis beurteilen. *SIAK-Journal- Zeitschrift für Polzeiwissenschaft und polizeiliche Praxis*, (3), 18–30.
- Ferst, T. (2021). Spiegelt sich die veränderte Bedrohungslage auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung wieder? *KRIMINALISTIK*, Nr. 10, 2021, 569–573.
- Fossati, F., Milic, T., Widmer, T. (2013). *Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 22. September 2013*. gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft Universität Zürich.
- Freitag, M. (2014). Politische Kultur. In: Knoepfel, P., Papadopoulos, Y., Sciarini, P., Vatter, A., Häusermann, S. (Hrsg.) (2014). *Handbuch der Schweizer Politik/Manuel de la politique suisse*. Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 71–94.
- Gehler, M. (2001). *Finish Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich; Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich*. Zentrum für Europäische Integrationsforschung Center for European Integration Studie: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn.
- Geser, H. (2008). *The limits of ideological globalization. Current patterns of «left and right» in different geographical regions*. Sociology in Switzerland: World Society and International Relations 5: University of Zurich.
- gfs.bern (2016). *Links-Rechts-Einschätzung*. (26.02.2018). <http://www.gfsbern.ch/de-ch/Publikationen/VOX-Trend>

- gfs-bern (2002). *Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002*. Vox-Analyse, Hauptergebnisse; Bern, April 2002.
- Gilpin, R. (2001). *Global Political Economy. Understanding the International Economic Order*. Princeton University Press, New Jersey.
- Goetschel, L. (2000). Die Entwicklung der Neutralität und die schweizerische Integrationspolitik. In: Gehler, M., Steininger, R. (Hrsg.) (2000). *Die Neutralen und die europäische Integration 1945–1995*. Verlag Böhlau, Wien, Köln und Weimar, 359–388.
- Goetschel, L. (2007). Neutralität: Handicap oder Branding der Schweizer Aussenpolitik. In: Kreis, G. (Hrsg.) (2007). *Die Schweizer Neutralität. Beibehalten, umgestalten oder doch abschaffen?* Werd Verlag, Zürich, 81–94.
- Goetschel, L. (2017). Aussenpolitik. In: Knoepfel, P., Papadipoulos, Y., Sciarini, P., Vatter, A., Häusermann, S. (Hrsg.) (2017). *Handbuch der Schweizer Politik/Manuel de la politique suisse*. NZZ Libro, Zürich, 623–644.
- Golder, L., Mousson, M., Keller, T., Venert, A., Salathe, L., Rey, R. (2021). *VOX-Analyse März 2021. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 7. März 2021*. Gfs.bern. (22.04.2022). <https://swissvotes.ch/vote/640.00>
- Golder, L., Mousson, M., Keller, T., Venetz, A., Seebacher, L., Jenzer, O., Rey, R. (2022). *Analysebericht VOX-Analyse November 2021. Nachbefragung zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. November 2021*. (03.02.2022). <https://swissvotes.ch/attachments/d3ee0a9914673689dfaa81a9eaa3b6e133cdofb359b-477a758c0065631bb193f>
- Grieco, J., Ikenberyy, G. J., Mastanduno, M. (2019). *Introduction to International Relations. Perspectives, Connections, and Enduring Questions*. London: Red Globe Press.
- Gros, D., Ounnas, A., Yu-Cheong Yeung, T. (2021). A new Covid policy stringency index for Europe. *Covid Economics*, 66, 115–137.
- Haltiner, K. W., Bertossa, L., Spillmann, K. R. (1996). *Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität: aussen-und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend* (Vol. 38). Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zürich.

- Haltiner, K.W., Anker, H. (1986). *Die Bürger und seine Verteidigung: Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz. Auswertung einer Repräsentativbefragung*. Institut für Soziologie, Universität Bern.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (1999). *Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH und Militärische Führungsschule an der ETH, Zürich und Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2002). *Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T., Tresch, T. (2004). *Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Au/Wädenswil.
- Havel, B. F. (2000). An international law institution in crisis: rethinking permanent neutrality. *Ohio State Law Journal*, 61–167.
- Heimgartner, S. (2021). *Postulat 21.3815: Teilnahmepflicht am Orientierungstag für Frauen*. (05.04.2022). <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20213815>
- Hess, J. (2018). Herr Kagame träumt von Singapur. Eine globale quantitative Analyse zum Verhältnis von Freiheit, Sicherheit und Staatlichkeit. In: Steinbrecher, M., Biehl, H., Bytzeck, E., Rosar, U. (Hrsg.) (2018). *Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger*. Springer VS, Wiesbaden, 11–50.
- Hirschi, C., Serdült, U., Widmer, T. (1999). Schweizerische Aussenpolitik im Wandel: Internationalisierung, Globalisierung und Multilateralisierung. *Swiss Political Science Review*, 5(1), 31–56.
- Huber, M. (1934). *Grundlagen nationaler Erinnerungen*. Schulthess & Co, Zürich.
- Institute for Economics & Peace (2021). *Global Peace Index 2021. Measuring peace in a complex world*. (09.02.2022). <https://www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2021/06/GPI-2021-web-1.pdf>

- International SOS (2022). *Travel Risk Map. Security Risk. Switzerland*. (09.02.2022). <https://travelriskmap.com/#/planner/map/security>
- Kälin, W., Epiney, A., Caroni, M., Künzli, J., Pirkner, B. (2022). *Völkerrecht. Eine Einführung*. 5. Stämpfli Verlag, Bern.
- Klein, M. (2018). Security Matters. Sicherheitsbezogene Wertorientierung der deutschen Bevölkerung im Nachgang von 9/11. In: Steinbrecher, M., Biehl, H., Bytzek, E., Rosar, U. (Hrsg.) (2018). *Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger*. Springer VS, Wiesbaden, 51–75.
- Knill, C., Tosun, J. (2012). *Public Policy. A New Introduction*. Palgrave MacMillan, New York.
- Knoepfel, P., Papadipoulos, Y., Sciarini, P., Vatter, A., Häusermann, S. (2017). *Handbuch der Schweizer Politik/Manuel de la politique suisse*. NZZ Libro, Zürich.
- Kohler, A., Misteli, S., Urech, F. (2018). *Wo Vertrauen zunimmt und wo es schwindet – wir haben Personen auf der ganzen Welt gefragt, wem sie vertrauen*. Neue Zürcher Zeitung. (05.10.2018). <https://www.nzz.ch/vertrauen/vertrauen-wo-es-zunimmt-und-wo-es-schwindet-ld.1414872>.
- Körper-Stiftung (2021). *Vertrauen in demokratische Institutionen schwindet*. (15.12.2021). <https://www.koerber-stiftung.de/vertrauen-in-demokratische-institutionen-schwindet-2509>
- Krasner, S. D. (Ed.). (1983). *Structural causes and regime consequences: regimes as intervening variables*. Cornell University Press, Ithaca and London.
- Kriesi, H., Trechsel, A. H. (2008). *The politics of Switzerland. Continuity and Change in a Consensus Democracy*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Lange, H.-J. (2006). *Wörterbuch zur Inneren Sicherheit*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Lavenex, S. (2011). Concentric Circles of “European” Integration: A Typology of EU External Governance Relations. *Comparative European Politics*, 9(4), 372–393.
- Linder, W. (2013). Switzerland and the EU: the Puzzling Effects of Europeanisation without Institutionalisation. *Contemporary Politics*, 19(2), 190–202.

- Linder, W., Wirz, R. (2017). Direkte Demokratie. In: Knoepfel, P., Papadipoulos, Y., Sciarini, P., Vatter, A., Häusermann, S. (Hrsg.) (2017). *Handbuch der Schweizer Politik/Manuel de la politique suisse*. NZZ Libro, Zürich, 145–167.
- Loepfe, A. (2016). *Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem*. (05.04.2022). <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/44794.pdf>
- Lottaz, P. (2019a). *Pascal Lottaz über die Auslegung der Neutralität*. Schon viele Staaten bezeichneten sich als neutral, aber mit unterschiedlichen Auslegungen. Eine Analyse von Historiker Pascal Lottaz. (22.04.2022). <https://www.nau.ch/news/stimmen-der-schweiz/pascal-lottaz-uber-die-auslegung-der-neutralitat-65543520>
- Lottaz, P. (2019b). *Pascal Lottaz über die verschiedenen neutralen Staaten*. Die neutralen Staaten bilden einen speziellen Club: Die Schweiz ist also nicht allein. Eine Analyse von Historiker Pascal Lottaz. (22.04.2022). <https://www.nau.ch/news/stimmen-der-schweiz/pascal-lottaz-uber-die-verschiedenen-neutralen-staaten-65547898>
- Luhmann, N. (1968). *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Ferdinand Enke, Stuttgart.
- Maissen, T. (2015). *Schweizer Heldengeschichten und was dahintersteckt*. Hier und Jetzt, Baden.
- Mearsheimer, J. J. (2018). *The Great Delusion: Liberal Dreams and International Realities*. Yale University Press, New Haven.
- Meier-Dallach, H.- P., Hohermuth, S., Walter, T. (2003). *Isola elvetica. Das Bild der Schweiz im Zeitalter der Globalisierung*, (ch-x; Band 17). Verlag Rüegger, Zürich.
- Milic, T., Feller, A., Kübler, D. (2020). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2020*. FORS, ZDA, LINK, Lausanne/Aarau/Luzern.
- Miller, D. (2003). *Political Philosophy. A very short Introduction*. Oxford University Press, Oxford und New York.
- Mirow, Wilhelm Theodor (2012). The Idiosyncrasies of Contemporary Swiss Security Policy and Practice: A Strategic Culture-Based Explanation. *Contemporary Security Policy*, 33:2, 337–359, DOI: 10.1080/13523260.2012.693799.

- Möckli, D. (2003). The Long Road to Membership: Switzerland and the United Nations. In: Gabriel, J. M., Fischer, T. (Hrsg.) (2003). *Swiss Foreign Policy, 1945–2002*. Palgrave MacMillan, 46–73, New York.
- Moravcsik, A. (1997). Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics. *International Organization*, 51(4), 513–553.
- Morris, K., White, T. J. (2011). Neutrality and the European Union: The case of Switzerland. *Journal of Law and Conflict Resolution*, 3(7), 104–111.
- Neubacher, F. (2020). *Kriminologie*. 4. Auflage. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Neue Zürcher Zeitung (2022a). *Rahmenabkommen Schweiz-EU*. (10.03.2022). <https://www.nzz.ch/themen/rahmenabkommen>
- Neue Zürcher Zeitung (2022b). *Der 7-Tage-Schnitt der Neuinfektionen sinkt nach einem Anstieg wieder: Die wichtigsten Daten und Fakten zum Coronavirus in der Schweiz in Grafiken*. (04.04.2022). <https://www.nzz.ch/panorama/coronavirus-in-der-schweiz-die-wichtigsten-grafiken-ld.1542774#subtitlesituation-auf-den-intensivstationen-und-bersterblichkeit-second>
- Neuhaus, C., Fontana, K., Biner, D., Aschwanden, E. (2022). *Zeitenwende in der Sicherheitspolitik*. Neue Zürcher Zeitung, 1.3.2022, 9.
- Neuhold, H. (1979). Permanent Neutrality and Non-Alignment: Similarities and Differences. *Österreichische Zeitschrift für Aussenpolitik (ÖZA)*, 19 Jg., Heft 2 (1979), 79–99.
- Nohlen, D., Schultze R.-O. (2010). *Lexikon der Politikwissenschaft*. Verlag C. H. Beck, München.
- Nünlist, C. (2018). Switzerland and NATO: From Non-Relationship to Cautious Partnership. In: Cottey A. (Hrsg.) (2018). *The European Neutrals and NATO. New Security Challenges*. Palgrave Macmillan, London, 181–210.
- Pavone, V., Santiago Gomez, E., Jaquet-Chiffelle, D. (2016). A Systemic Approach to Security: Beyond the Tradeoff between Security and Liberty. *Democracy and Security*, 12:4, 225–246.
- Personelles der Armee (2021). *Armeeauszählung 2021*. (24.03.2022). <https://www.vtg.admin.ch/de/organisation/kdo-ausb/pers-a.html#publikationen>.
- Prifti, B. (2017). *US Foreign Policy in the Middle East – The Case for Continuity*. Springer Nature, Cham.

- Riklin, A (2010). Neutralität. *Historisches Lexikon der Schweiz HLS*. (22.03.2022). <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016572/2010-11-09/>
- RK MZF (Hrsg.) (2017). *Ein Tag für die Sicherheit der Schweiz: Obligatorischer Orientierungstag für Schweizerinnen*. (05.04.2022). <http://rkmf.ch/downloads/dokumente/obligatorischer-orientierungstag-fuer-schweizerinnen/>
- Rump, M. (2020). *Die Wahl euroskeptischer Parteien als Folge der Finanz- und Staatsschuldenkrise: Ein Vergleich von 16 europäischen Ländern zwischen 2002 und 2016*. (24.03.2021). [https://ul.qucosa.de/landingpage/?tx_dlf\[id\]=https%3A%2F%2Ful.qucosa.de%2Fapi%2Fqucosa%253A73292%2Fmets](https://ul.qucosa.de/landingpage/?tx_dlf[id]=https%3A%2F%2Ful.qucosa.de%2Fapi%2Fqucosa%253A73292%2Fmets)
- Schieder, S. (2006). Neuer Liberalismus. In: Schieder, S., Spindler, M. (Hrsg.) (2006). *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Verlag Barbara Budrich, Opladen, 175–211.
- Schimmelfennig, F. (2021). *Internationale Politik*. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn.
- Schindler, B., Egli, P. (2018). *Verfassungsänderungsbedarf bei Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Schweizerinnen*. Universität St. Gallen, Kurzgutachten erstellt im Auftrag des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, St. Gallen. (05.04.2022). <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/66014.pdf>
- Schindler, D. (1990). *Neutralität am Wendepunkt*. Neue Zürcher Zeitung, Nr. 220 22./23. September 1990, 25.
- Schubiger, M. (2018). *Die Kantone prüfen einen obligatorischen Orientierungstag für Frauen*. (05.04.2022). <https://anneepolitique.swiss/prozesse/57657-die-kantone-pruefen-einen-obligatorischen-orientierungstag-fur-frauen>
- Schweizer Armee (2021). *Weiterentwicklung der Armee*. (22.04.2022). <https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/themen/wea.html>
- Schweizer Armee (2020). *Informationen zur Vorbereitung auf die Rekrutierung*. Ausgabe 2021. (05.04.2022). https://www.vtg.admin.ch/content/vtg-internet/de/mein-militaerdienst/stellungspflichtige/rekrutierung/_jcr_content/contentPar/downloadlist/downloadItems/299_1598246670597.download/92_055_d_Rekrutierung_2021.pdf
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2021a). *Die Armee in Zahlen*. Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). (05.04.2022). <https://www.vbs.admin.ch/de/vbs/zahlen-fakten/armee.html>

- Schweizerische Eidgenossenschaft (2021b). *Alimentierung von Armee und Zivilschutz Teil 1: Analyse und kurz- und mittelfristige Massnahmen – Bericht des Bundesrates*. Bern. (05.04.2022). <https://www.newsadmin.ch/newsd/message/attachments/67495.pdf>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2022). *Alimentierung von Armee und Zivilschutz Teil 2: Möglichkeiten zur langfristigen Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems*. Bern. (05.04.2022). <https://www.newsadmin.ch/newsd/message/attachments/70488.pdf>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (o. J.). *Mein Orientierungstag*. Schweizer Armee. (05.04.2022). <https://www.vtg.admin.ch/de/mein-militaerdienst/stellungspflichtige/orientierungstag.html>
- Schweizerischer Bundesrat (2016). Neuer sicherheitspolitischer Bericht der Schweiz. (22.03.2021). <https://www.newsadmin.ch/newsd/message/attachments/45068.pdf>
- Schweizerischer Versicherungsverband (2018). *SVV Sicherheitsmonitor 2018*. Die Schweiz zwischen Sicherheit, Risiko und Freiheit. (20.02.2020). <https://www.svv.ch/de/der-svv/svv-publikationen/weitere-publikationen/svv-sicherheitsmonitor>
- Schweizerischer Versicherungsverband (2021). *SVV Sicherheitsmonitor 2021*. Sicherheit, Stabilität und Perspektiven der Gesellschaft in der Schweiz. (07.03.2022). <https://www.svv.ch/de/svv-sicherheitsmonitor-2021>
- Schweizerischer Versicherungsverband (2022). *SVV Publikationen*. Sicherheitsmonitor (08.02.2022). <https://www.svv.ch/de/der-svv/svv-publikationen#section-802>.
- Schwind, H.-D. (2013). *Kriminologie*. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen. Kriminalistik, Heidelberg.
- Shotwell, M. (2016). *Round values while preserve their rounded sum in R*. (13.04.2022). <https://biostatmatt.com/archives/2902>
- Spindler, M. (2013). *International Relations. A Self-Study Guide to Theory*. Verlag Barbara Budrich, Opladen.

- Steinbrecher, M., Biehl, H., Bytzek, E., Rosar, U. (2018). Einleitung: Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. In: Steinbrecher, M., Biehl, H., Bytzek, E., Rosar, U. (Hrsg.) (2018). *Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger*. Springer VS, Wiesbaden, 1–10.
- Sucher, S. J., Gupta, S. (2021). The Breach of the U.S. Capitol Was a Breach of Trust. *Harvard Business Review*. (11.01.2021). <https://hbr.org/2021/01/the-breach-of-the-u-s-capitol-was-a-breach-of-trust>
- Swissinfo (2019). *Schweiz – Nato: ein langer Flirt ohne Hochzeit*. (12.03.2021). https://www.swissinfo.ch/ger/70-jahre-nato_schweiz---nato--ein-langer-flirt-ohne-hochzeit/44874512
- Szvircev Tresch, T. (2005). *Europas Streitkräfte im Wandel: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft. Eine empirische Untersuchung europäischer Streitkräfte 1975 bis 2003*. Dissertation, Universität Zürich.
- Szvircev Tresch, T. (2010). *Gibt es das «ideale» Wehrmodell? Wehrmodelle im Vergleich*. Jahresschrift 2010 der AOG. Allgemeine Offiziersgesellschaft von Zürich und Umgebung, Dübendorf, 6–11.
- Szvircev Tresch, T. (2011). The Transformation of Switzerland's Militia Armed Forces and the Role of the Citizen in Uniform. *Armed Forces & Society*, Volume 37, Number 2, 239–260.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Craviolini, J., Vogler-Bisig, E., Krämer, E., Pfister, S. (2014). *Sicherheit 2014 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Giovanoli, M., Moehlecke de Baseggio, E., Reiss, T., Rinaldo, A., Schneider, O., Scurrrell, J. V. (2019). *Sicherheit 2019 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Giovanoli, M., Moehlecke de Baseggio, E., Schneider, O., Scurrrell, J.V. (2018). *Sicherheit 2018 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.

- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Gloor, C., Robert, J. (2021). *Sicherheit 2021 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J. (2020). *Sicherheit 2020 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Ferst, T., Pfister, S., Rinaldo, A. (2015). *Sicherheit 2015 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2011). *Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.
- Thürer, D. (1991). *Weltoffene, verantwortliche Neutralität*. Neue Zürcher Zeitung, Nr. 75, 2. April 1991, 19.
- Tresch, A., Lauener, L., Bernhard, L., Lutz, G., Scaperrotta, L. (2020). *Eidgenössische Wahlen 2019. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*. Selects- FORS, Lausanne.
- Vatter, A. (2008). Vom Extremfall zum Normalfall? Die schweizerische Konsensdemokratie im Wandel: Eine Reanalyse von Lijpharts Studie für die Schweiz von 1997 bis 2007. *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 14 (1), 1–47.
- VOX (1986). *Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 16. März 1986*. Universität Bern.
- VOX (2002). *Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002*. Universität Bern.
- Wendt, A. (1992). Anarchy is what States Make of it: The Social Construction of Power Politics. *International Organization*, 46(2), 391–425.
- Wendt, A. (1999). *Social Theory of International Politics*. Cambridge University Press, Cambridge.

- Wenger, A. (2017). Sicherheitspolitik. In: Knoepfel, P., Papadipoulos, Y., Sciarini, P., Vatter, A., Häusermann, S. (Hrsg.) (2017). *Handbuch der Schweizer Politik/Manuel de la politique suisse*. NZZ Libro, Zürich, 645–669.
- Widmer, P. (2007). *Die Schweiz als Sonderfall*. Neue Zürcher Zeitung, Zürich.
- Wolter, S.C. (2017). *Der Bildungsmittelstand steigt auf*. (07.02.2020). https://dievolkswirtschaft.ch/content/uploads/2017/11/DV_12-2017_DE.pdf
- Würmli, S. (2015). *Die Entwicklung der zivil-militärischen Beziehungen in der Schweiz. Eine Analyse anhand von stimmbevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen, 1983–2013*. Buchbinderei Bommer GmbH, Zürich.

Quellenhinweise nach chronologischer Reihenfolge zu den Daten der Erhebungsreihe «Sicherheit 2022» (siehe Tabelle 4.3)

- Meyer, R. (1976). *Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung*. Unveröffentlichte Randauszählung. Bern: Soziologisches Institut der Universität Bern.
- Haltiner, K.W., Anker, H. (1986). *Die Bürger und seine Verteidigung: Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz*. Auswertung einer Repräsentativbefragung. Institut für Soziologie, Universität Bern.
- Riklin, A., Frei, Ch. (1986). *Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»*. GfS-Forschungsinstitut, Zürich.
- Riklin, A., Laggner, B. (1988). *Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»*. GfS-Forschungsinstitut, Zürich.
- Haltiner, K.W., Gut, H. (1990). *Nachbefragung zur Abstimmung vom 26.11.1989; Initiative «Schweiz ohne Armee»: Abstimmungsmotive und sicherheitspolitische Meinungstrends – eine erste Auswertung*. Militärwissenschaftliche Arbeitsgruppe des Ausbildungschefs Armeestabsteil 360.I, Unterbözberg.
- Riklin, A., Hafen, Th. (1990). *Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»*. GfS-Forschungsinstitut, Zürich.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). *Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH, Zürich.

- Haltiner, K.W., Bertossa, L. (1993). *Stand der Sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung: Eine Untersuchung am Beispiel der Wehrpolitischen Initiativen*. Militärische Führungsschule an der ETH, Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH, Zürich.
- Haltiner, K.W. (1994). *Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung*. Militärische Führungsschule an der ETH, Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W. (1995). *Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 1. Militärische Führungsschule an der ETH, Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1996). *Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 38. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH, Zürich.
- Haltiner, K.W. (1996). *Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 3. Militärische Führungsschule an der ETH, Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). *Sicherheit '97. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*, Heft Nr. 42. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH, Zürich.
- Haltiner, K.W. (1998). *Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 4. Militärische Führungsschule an der ETH, Au/Wädenswil.
- Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J., Szvircev T. (1999). *Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH und Militärische Führungsschule an der ETH, Zürich und Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2000). *Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und Militärische Führungsschule an der ETH, Zürich und Au/Wädenswil.

- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2001). *Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und Militärische Führungsschule an der ETH, Zürich und Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2002). *Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev Tresch, T. (2003). *Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev Tresch, T. (2004). *Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircsev Tresch, T., Würmli, S. (2005). *Sicherheit 2005 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircsev Tresch, T., Würmli, S. (2006). *Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U. (2007). *Sicherheit 2007 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Au/Wädenswil.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U., Lipowicz, A. (2008). *Sicherheit 2008 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.

- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Pletscher M., Wenger U. (2009). *Sicherheit 2009 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2010). *Sicherheit 2010 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2011). *Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Craviolini, J., Vogler-Bisig, E. (2012). *Sicherheit 2012 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Craviolini, J., Krämer, E., Sokoli, E. (2013). *Sicherheit 2013 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Craviolini, J., Vogler-Bisig, E., Krämer, E., Pfister, S. (2014). *Sicherheit 2014 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Ferst, T., Pfister, S., Rinaldo, A. (2015). *Sicherheit 2015 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Ferst, T., Graf, T., Pfister, S., Rinaldo, A., (2016). *Sicherheit 2016 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.

Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Moehlecke de Baseggio, E., Schneider, O., Scurrall, J.V. (2017). *Sicherheit 2017 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH, Zürich und Birmensdorf.

Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Giovanoli, M., Moehlecke de Baseggio, E., Schneider, O., Scurrall, J.V. (2018). *Sicherheit 2018 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.

Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Giovanoli, M., Moehlecke de Baseggio, E., Reiss, T., Rinaldo, A., Schneider, O., Scurrall, J. V. (2019). *Sicherheit 2019 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.

Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J. (2020). *Sicherheit 2020 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.

Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Gloor, C., Robert, J. (2021). *Sicherheit 2021 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.

Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J., Rohr, P. (2022). *Sicherheit 2022 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.

Anhang I Methode

I Variablen und deren Eigenschaften¹

Die Antworten von Umfragen liegen in Form von Datensätzen vor. Dabei werden in den Datensätzen die Antworten durch Variablen repräsentiert. Beispiele für Variablen aus Umfragen sind Geschlecht, höchster Bildungsabschluss oder Alter. Diese Variablen können verschiedene Ausprägungen (Werte) annehmen, welche durch Zahlen dargestellt werden. Dabei ist jeweils klar definiert, welcher Wert welcher Merkmalsausprägung (umgangssprachlich: Antwort) zugeordnet ist.

Variablen unterscheiden sich bezüglich ihrer Eigenschaften voneinander. Die wichtigste Eigenschaft einer Variable ist deren Skalenniveau (auch als Messniveau bezeichnet). Das Skalenniveau bestimmt, welche Vergleichsaussagen, Rechenoperationen und Transformationen mit der Variable durchgeführt werden können. Ein höheres Skalenniveau bedeutet, dass für die Variable vielfältigere Vergleichsaussagen und Berechnungen durchgeführt werden können.

Eine Variable verfügt über eine *Nominalskala*, wenn sich deren Merkmalsausprägungen nur daraufhin vergleichen lassen, ob diese gleich oder unterschiedlich sind (z. B. Haarfarbe, Religion). Lässt eine Variable zusätzlich zu, dass Aussagen über ein «Mehr» oder «Weniger» Vorhandensein der Merkmalsausprägung gemacht werden können, spricht man von einer *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Weltcup-Punkte). Die Werte ordinal skaliert Variablen können damit als Rangordnung dargestellt werden. Die Abstände zwischen den einzelnen Werten lassen sich jedoch nicht quantifizieren bzw. nicht sinnvoll interpretieren. Eine Skala, bei der gleiche Wertedifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, welche somit quantifiziert werden können, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Temperatur in Grad Celsius, IQ-Skala). Zuletzt gibt es noch die Ratio- bzw. *Verhältnisskala*, die zusätzlich zu den interpretierbaren Wertedifferenzen einen natürlichen Nullpunkt aufweist, womit auch Aussagen über Verhältnisse zwischen Merkmalsausprägungen getroffen werden können (z. B. Alter, Einkommen). In den Sozialwissenschaften liegen Variablen zu empirischen Daten meistens in Form von Nominal- und Ordinalskalen vor.

1 Verwendete Literatur: Atteslander (2010), Bortz & Döring (2006).

II Korrelationen und Koeffizienten²

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der bivariaten Statistik. Als geeignete Masse haben sich sogenannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, welche ein Mass für den Zusammenhang zweier (oder mehrerer) Variablen darstellen. Im Folgenden werden die verwendeten Zusammenhangsmasse einzeln beschrieben und erläutert.

Viele Korrelationskoeffizienten geben neben der Stärke des Zusammenhangs zusätzlich die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Dies ist durch das Skalenniveau (siehe Abschnitt I) bedingt. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmen, auch der Frage B zu und lehnen gleichzeitig diejenigen, die die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, spricht man von einem positiven Zusammenhang. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen würden und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Zusammenhangsmasse für nominalskalierte und ordinalskalierte Variablen (vgl. Abschnitt I) *Cramer's V* (V) oder der *Gamma-Koeffizient* (γ) verwendet.

Das Zusammenhangsmass *Cramer's V* (V) ist eine von Harald Cramér entwickelte Masszahl für die Stärke der Zusammenhänge kategorialer Daten. Das Mass basiert auf einer Normierung des Chi²-Wertes (χ^2). V variiert im Wertebereich zwischen 0 bis +1 und ist unabhängig von der Tabellengrösse und Fallzahlen. Dadurch ist das Mass geeignet, die Stärke des Zusammenhanges von Variablenpaaren zu vergleichen, welche eine unterschiedliche Anzahl von Ausprägungen haben (Diaz-Bone 2013, 85). Der Wert 0 bedeutet, dass gar kein Zusammenhang zwischen den Variablen vorhanden ist. Bei einem perfekten Zusammenhang nimmt Cramér's V den Wert 1 an. Der *Gamma-Koeffizient* (γ) nach Goodman und Kruskal gelangt zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen ordinal skaliert sind und der Vergleich der Zusammenhangsstärken von Variablenpaaren mit gleicher Tabellengrössen im Vordergrund steht. Der Wertebereich variiert zwischen -1 und +1. Ein negativer Wert zeigt einen negativen Zusammenhang und umgekehrt. Je näher er bei 0 ist, desto schwächer ist der Zusammenhang. Die *Produkt-Moment-Korrelation*

2 Verwendete Literatur: Bortz (1984), Bortz & Döring (2006), Atteslander (2010), Diekmann (2007).

(r), auch *Pearsonscher-Koeffizient* genannt, wird für Korrelationen intervallskalierter Variablen verwendet. Der Wertebereich variiert ebenfalls zwischen -1 und $+1$.

Signifikanz: In der Sozialforschung wird meistens mit Stichproben gearbeitet, da Vollerhebungen der untersuchten Grundgesamtheit (Population) meist nicht verfügbar oder sehr kostenintensiv und nicht praktikabel sind. Deshalb beziehen sich die Korrelationskoeffizienten in den allermeisten Fällen, und so auch die der Studienreihe «Sicherheit», auf die gezogene Stichprobe (N) und haben deshalb teilweise einen zufälligen Charakter. Es kann sein, dass in der Stichprobe eine Korrelation auftritt, die es in der Gesamtpopulation nicht gibt. In diesem Fall spricht man davon, dass die statistische Inferenz nicht gesichert ist. Dies bedeutet, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs in der Stichprobe auf die Gesamtheit der Schweizer Stimmbevölkerung (Grundgesamtheit) einen gewissen Fehlerbereich aufweist, da die Stichprobe zufällig gezogen wurde. Die Grösse dieses Fehlerbereichs wird durch die Grösse der Stichprobe und der Varianz innerhalb der Stichprobe beeinflusst. Um zu bestimmen, ob eine Korrelation in einer Stichprobe auch in der Gesamtpopulation auftritt, wird jeweils ein p -Wert (Signifikanzwert) ausgerechnet. Dieser Wert drückt die Wahrscheinlichkeit aus, dass die Korrelation zufällig zustande kam und nicht in der Gesamtpopulation vorhanden ist. Deshalb wird sie auch Irrtumswahrscheinlichkeit genannt. Normalerweise wird in den Sozialwissenschaften der Grenzwert von 0.05 verwendet. Das heisst, dass das Risiko der Schlussfolgerung, dass eine Korrelation vorhanden ist, wenn tatsächlich keine Korrelation vorhanden ist, 5% beträgt.

Bei Zusammenhängen mit einem p -Wert von unter 0.05 (5%) wird deshalb von einem signifikanten Zusammenhang gesprochen. Ist dies gegeben, wird davon ausgegangen, dass der gemessene Zusammenhang auch in der Grundgesamtheit vorhanden ist.

III Cronbachs Alpha³

Cronbachs Alpha α ist ein Reliabilitätsmass, welches die interne Konsistenz von verschiedenen intervallskalierten Items (z.B. Vertrauensindex 10er Skala) wiedergibt. Es ist ein Mass für die Konstanz des Zusammenhangs zwischen den gemessenen und den tatsächlichen Werten. Cronbachs Alpha gibt dabei den Anteil der beobachteten Item-Varianz aus, die als wahrheitsgetreu gilt. Cronbachs Alpha kann Werte zwischen 0 und $+1$ annehmen, wobei das Maximum von $+1$ das Vorliegen einer perfekten internen Konsistenz anzeigt.

3 Verwendete Literatur: Diekmann (2007, 254), Bortz & Döring (2006).

IV Das Testen von Zusammenhangshypothesen mittels χ^2 -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete χ^2 -Test beruht auf dem $k \times l$ - χ^2 -Verfahren zur Überprüfung von Zusammenhangshypothesen, wobei k die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und l die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnen (Atteslander 2010, 285f.). Es wird geprüft, ob sich k voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von k unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zu Stande gekommen sind.

V Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels Mittelwert-Tests⁴

Anhand des t-Tests wird untersucht, ob sich die Mittelwerte einer Variable zweier Stichproben, oder einer Variable mit zwei Gruppen in einer Stichprobe, voneinander signifikant unterscheiden. Der Mittelwert ist der Durchschnittswert aller Nennungen und errechnet sich durch die Summe aller genannten Werte, geteilt durch die Anzahl Nennungen. Ist die zu untersuchende Variable nicht normalverteilt und damit die Voraussetzung dieses Mittelwerttests nicht gegeben, eignet sich das auf der Rangierung der Daten basierende, nicht-parametrische Unterschiedsmass des U-Test von Mann-Whitney. Eine Untersuchung der Mittelwerte von drei und mehr Stichproben bzw. Gruppen erlaubt die einfaktorielle Varianzanalyse. Wie dem t-Test liegt ihr die Annahme der Normalverteilung zugrunde. Die einfaktorielle Varianzanalyse zeigt dabei an, ob signifikante Mittelwertunterschiede auftreten. Welche Gruppen bzw. Stichproben sich dabei unterscheiden, berechnet die einfaktorielle Varianzanalyse nicht. Mittels im Nachhinein eingerichteter Tests (sog. Post hoc Tests), kann diesem Manko der einfaktoriellen Varianzanalysen entgegengetreten werden. Post hoc Tests führen nur dann zu einem interpretierbaren Resultat, wenn die einfaktorielle Varianzanalyse signifikante Gruppenunterschiede anzeigt. Als Post hoc Test findet in dieser Studie der Scheffé-Test Verwendung. Der Scheffé-Test berechnet bei ungleicher Gruppengrösse automatisch die homogenen Untergruppen. Dabei wird eine Gewichtung vorgenommen, welche die unterschiedlichen Gruppengrössen berücksichtigt.

⁴ Verwendete Literatur: Bortz & Schuster (2010).

VI Einfache (bivariate) und multivariate Regressionsanalyse⁵

Die Regressionsanalyse dient zwei statistischen Fragestellungen: Einerseits wird sie zur Vorhersage einer erklärten (abhängigen) Variable durch erklärende (unabhängige) Variablen angewandt. Bei der Regressionsanalyse geht man in der Regel von einem linearen Zusammenhang aus (je-desto-Beziehung) und im Gegensatz zur Korrelation, die einen ungerichteten Zusammenhang untersucht, wird bei der Regressionsanalyse aufgrund theoretischer Vorkenntnisse eine Richtung der Beziehung vorbestimmt. Es kann zum Beispiel untersucht werden, wie stark sich der Verkauf eines Produktes verändern wird, wenn die Ausgaben für die Werbung verdoppelt werden.

So werden anhand der Regressionsgleichung die theoretisch begründeten Ursache-Wirkung-Beziehungen (Kausalitäten) untersucht. Es wird berechnet, wie gut sich die erklärte Variable durch die erklärenden Variablen beobachten lässt, das heißt, welche *Varianz* (erklärte Veränderung der abhängigen durch die unabhängige Variable) durch letztere erklärt werden kann und welchen Beitrag die erklärenden Variablen zur Varianzaufdeckung der erklärten Variable beitragen. Es können auch Aussagen über die Stärke der einzelnen unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable getroffen werden. Wenn man also zum Beispiel wissen will, ob und wie gut sich die politische Partizipation durch die Bildung, durch das Elternhaus und durch das Vertrauen in die Politik erklären lässt, dann bedient man sich der Regressionsanalyse.

Es wird zwischen einfachen, bzw. bivariaten, und multivariaten Regressionen unterschieden. Bei ersterer wird lediglich eine erklärende (unabhängige) Variable in das Modell genommen. Wird einer bivariaten Regression eine dritte Variable hinzugefügt, kann untersucht werden, inwieweit diese dritte Variable den bivariaten Zusammenhang beeinflusst (Drittvariablenkontrolle mittels Regressionsrechnung). So können Konfundierungseffekte durch Störfaktoren in bivariaten Zusammenhängen aufgedeckt werden.

Werden hingegen mehrere erklärende Variablen beigezogen, dann handelt es sich um eine multiple oder multivariate Regression. Im Text wird das R-Quadrat (R^2) ausgewiesen. Dieses gibt den Anteil der erklärten Varianz der abhängigen Variable im Verhältnis zur gesamten Varianz an.

Die abhängige Variable der Regressionsgleichung muss mindestens intervallskaliert sein. Ist sie nominal oder ordinal skaliert, wird eine logistische oder Probit-Regressionsanalyse durchgeführt. Hierbei wird im Text das Nagelkerke- r^2 ausgewiesen.

5 Verwendete Literatur: Backhaus et al. (2011).

VII Rundungsalgorithmus für Grafiken und Mittelwerte

Um die Lesbarkeit zu erhöhen, weist die Sicherheitsstudie in allen Grafiken nur ganzzahlige Werte aus. Deshalb werden die aggregierten prozentualen Werte aller Antwortmöglichkeiten (Spaltenprozentwerte) jeweils ganzzahlig gerundet. Ganz allgemein ist die Summe von gerundeten Spaltenprozentwerten nicht dasselbe, wie die gerundete Summe der nicht gerundeten Spaltenprozentwerte. Es kann vorkommen, dass die Summe von gerundeten Spaltenprozentwerten nicht mehr 100% ergeben.

Um zu gewährleisten, dass die Summe der gerundeten Spaltenprozentwerte in der Publikation der Sicherheitsstudie jeweils 100% ergeben, wird seit 2022 ein neuer Rundungsalgorithmus verwendet. Dieser Rundungsalgorithmus wurde rückwirkend auch auf die Daten früherer Umfragejahre angewendet. Es kommt deshalb teils zu leichten Abweichungen der Prozentwerte in grafischen Darstellungen der Sicherheitsstudie 2022 und früheren Ausgaben. Als Rundungsalgorithmus wurde folgendes Verfahren verwendet:

1. Abrunden auf den nächsten ganzen Zahlenwert
2. Ordnen der Zahlen nach ihren Restwerten
3. Erhöhen der Zahlenwerte mit 'k' grössten Restwerten, wobei 'k' die Anzahl der Werte ist, die erhöht werden müssen, um ihre gerundete Summe zu erhalten.

Umgesetzt wurde dieser Algorithmus in der Programmiersprache R mit folgender Funktion (Shotwell 2016):

```
round_preserve_sum <- function(x, digits = 0) {
  up <- 10 ^ digits
  x <- x * up
  y <- floor(x)
  indices <- tail(order(x-y), round(sum(x)) - sum(y))
  y[indices] <- y[indices] + 1
  y / up}
```

Alle in der Publikation angegebenen numerischen Mittelwerte wurden ausgehend von den ungerundeten Werten berechnet. Der daraus resultierende Mittelwert wurde nach dem Prinzip des Kaufmännischen Rundens (DIN 1333) gerundet. Dies bedeutet, dass abgerundet wurde, wenn die erste wegfallende Dezimalstelle eine 0, 1, 2, 3 oder 4 war. Aufgerundet wurde in der Publikation, wenn die erste wegfallende Dezimalstelle eine 5, 6, 7, 8 oder 9 war.

Anhang II Erhebung 2022

I Sicherheit 2022 – Fragebogen

Befragungszeitraum: 04.–20. Januar 2022

Befragungsinstitut: LINK Marketing Services AG

Stichprobenziehung: LINK CATI-Pool, Random-Quota-Verfahren, N=1217;
Deutschschweiz, Westschweiz, Tessin

Stichprobenfehler: $\pm 2.9\%$

Interviewdauer: Durchschnittlich 16.8 Minuten

Ausschöpfung: Brutto 16.2%, Netto 30.5%

Die helvetischen Frageformulierungen wurden bewusst gewählt, da die Interviews in der Deutschschweiz grossmehrheitlich auf Schweizerdeutsch (Mundart) durchgeführt wurden.

Guten Tag, hier ist ... Ich läute Ihnen im Auftrag vom Bund an.

Wir vom Forschungsinstitut LINK sind mit der Durchführung von einer Befragung von Stimmberechtigten zum Thema Sicherheit beauftragt worden. Das Interview dauert ungefähr 15 bis 20 Minuten. Aufgrund von unserem statistischen Auswahlverfahren sollte ich das Interview führen mit *[Einblendung Vor- und Nachname, Geschlecht, Alter]*. Sind Sie das selber oder können Sie mich mit dieser Person verbinden?

Zunächst einige Einstiegsfragen.

1. Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

[INTERN] Alter notieren.

(-98) weiss nicht

(-99) keine Antwort

2. Sind Sie in der Schweiz auf eidgenössischer Ebene stimmberechtigt?

(1) Ja

(0) Nein

(-98) weiss nicht

(-99) keine Antwort

7. **Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?
Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?**
- (2) sehr sicher
 - (1) eher sicher
 - (-1) eher unsicher
 - (-2) ganz unsicher
 - (-98) *weiss nicht*
 - (-99) *keine Antwort*
8. **Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?
Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?**
- (2) sehr optimistisch
 - (1) eher optimistisch
 - (-1) eher pessimistisch
 - (-2) sehr pessimistisch
 - (-98) *weiss nicht*
 - (-99) *keine Antwort*
9. **Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren?
Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?**
- (2) sehr optimistisch
 - (1) eher optimistisch
 - (-1) eher pessimistisch
 - (-2) sehr pessimistisch
 - (-98) *weiss nicht*
 - (-99) *keine Antwort*

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur weltpolitischen Lage an Sie.

- 10. Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.**

[[INTERN] Definition EU = Europäische Union.

(2) sehr einverstanden

(1) eher einverstanden

(-1) eher nicht einverstanden

(-2) gar nicht einverstanden

(-98) weiss nicht

(-99) keine Antwort

Itemreihenfolge = random.

- 10.1 Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.**
- 10.2 Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.**
- 10.3 Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.**
- 10.4 Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der UNO anstreben.**
- 10.5 Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.**
- 10.6 Die Schweiz sollte der NATO beitreten.**
- 10.7 Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.**
- 10.8 Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.**
- 10.9 Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.**

- 11. Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.**

(2) sehr einverstanden

(1) eher einverstanden

(-1) eher nicht einverstanden

(-2) gar nicht einverstanden

(-98) weiss nicht

(-99) keine Antwort

Itemreihenfolge = random.

- 11.1 Der Staat sollte die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantieren, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit geht.**
- 11.2 Wenn ich wählen müsste, so wäre mir meine persönliche Freiheit letztlich wichtiger als meine persönliche Sicherheit.**
- 11.3 In der Schweiz sind wir bald soweit, dass sich der Staat überall einmischt, alles reglementiert und die Freiheit des einzelnen verloren geht.**
- 11.4 Wir kommen nicht mehr darum herum, dass der Staat in der heutigen Zeit immer mehr Aufgaben übernehmen muss.**

12. Wie häufig haben Sie das Gefühl, die Politik versage in entscheidenden Dingen?

- (3) meistens
- (2) ab und zu
- (1) selten
- (0) nie

(-98) weiss nicht

(-99) keine Antwort

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Neutralität an Sie.

13. Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- (2) sehr einverstanden
- (1) eher einverstanden
- (-1) eher nicht einverstanden
- (-2) gar nicht einverstanden

(-98) weiss nicht

(-99) keine Antwort

Itemreihenfolge = random.

13.1 Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.

13.2 Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.

13.3 Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.

13.4 Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.

13.5 Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.

13.6 Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.

13.7 Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

13.8 Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.

Jetzt kommen wir zum letzten Thema, der Schweizer Armee.

14. Vor dem Militärdienst müssen heutzutage die 18-jährigen Männer den Orientierungstag obligatorisch besuchen. Am Orientierungstag werden die jungen Erwachsenen über die Armee, den Zivilschutz, den Zivildienst und die Sicherheitspolitik im Allgemeinen informiert. Bis anhin ist dieser Orientierungstag freiwillig für Frauen. Zum Orientierungstag für Frauen haben wir ein paar Aussagen gesammelt. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

(2) sehr einverstanden

(1) eher einverstanden

(-1) eher nicht einverstanden

(-2) gar nicht einverstanden

(-98) weiss nicht

(-99) keine Antwort

Itemreihenfolge = random.

- 14.1 Ich finde es gut, dass junge Frauen den Orientierungstag weiterhin nur freiwillig besuchen können.

- 14.2 Ich würde es begrüssen, wenn auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssten.

- 14.3 Als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger haben wir Rechte und Pflichten. Diese sollten für Männer und Frauen die gleichen sein. Deswegen sollten auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssen.

- 14.4 In unserer heutigen Zeit wird Sicherheit immer wichtiger. Darum sollten auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssen.

15. Nehmen wir jetzt an, dass der Orientierungstag für Männer und Frauen obligatorisch wäre, sollte dann ein separater Orientierungstag nur für Frauen, also nicht mit den Männern zusammen, durchgeführt werden? Nutzen Sie wiederum die Antwortmöglichkeiten sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden.

(2) sehr einverstanden

(1) eher einverstanden

(-1) eher nicht einverstanden

(-2) gar nicht einverstanden

(-98) weiss nicht

(-99) keine Antwort

16. Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

(2) unbedingt notwendig

(1) eher notwendig

(-1) eher nicht notwendig

(-2) überhaupt nicht notwendig

(-98) weiss nicht

(-99) keine Antwort

- 17. Über die Bedeutung von dem Militär für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.**
- (3) Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und das ist auch gut so.
(2) Das Militär ist ein notwendiges Übel.
(1) Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.
(-98) *weiss nicht*
(-99) *keine Antwort*
- 18. Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?**
- (1) Die Milizarmee ist auch in Zukunft genügend.
(0) Wir würden in Zukunft eine Berufsarmee brauchen.
(-98) *weiss nicht*
(-99) *keine Antwort*
- 19. Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?**
- (2) viel zu viel
(1) zu viel
(0) gerade richtig
(-1) zu wenig
(-2) viel zu wenig
(-98) *weiss nicht*
(-99) *keine Antwort*
- 20. Im Folgenden habe ich weitere Aussagen zur Schweizer Armee. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.**
- (2) sehr einverstanden
(1) eher einverstanden
(-1) eher nicht einverstanden
(-2) gar nicht einverstanden
(-98) *weiss nicht*
(-99) *keine Antwort*
Itemreihenfolge = random.
- 20.1 Die Schweiz sollte eine vollständig ausgerüstete Armee unterhalten.**
- 20.2 Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.**
- 20.2 Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.**

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

age: Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
18-34	287 23.6%	208 23.2%	69 25.5%	10 20.0%	146 24.9%	141 22.4%	287 100.0%+ GHI	- --	- --	- --	6 8.0%-	110 20.6% J	171 28.2%+ JK	113 28.0%+ O	78 22.2%	83 21.0%
35-49	266 21.9%	197 22.0%	59 21.8%	10 20.0%	132 22.5%	134 21.3%	- --	266 100.0%+ FHI	- --	- --	12 16.0%	97 18.2%-	157 25.9%+ K	88 21.8%	72 20.5%	91 23.0%
50-64	327 26.9%	242 27.0%	70 25.8%	15 30.0%	159 27.1%	168 26.7%	- --	- --	327 100.0%+ FGI	- --	19 25.3%	157 29.4%	150 24.8%	107 26.6%	90 25.6%	110 27.8%
65+	337 27.7%	249 27.8%	73 26.9%	15 30.0%	150 25.6%	187 29.7%	- --	- --	- --	337 100.0%+ FGH	38 50.7%+ KL	170 31.8%+ L	128 21.1%-	95 23.6%	111 31.6% M	112 28.3%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
 * small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

vote: Sind Sie in der Schweiz auf eidgenössischer Ebene stimmberechtigt?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
Nein	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ja	1217 100.0%	896 100.0%	271 100.0%	50 100.0%	587 100.0%	630 100.0%	287 100.0%	266 100.0%	327 100.0%	337 100.0%	75 100.0%	534 100.0%	606 100.0%	403 100.0%	351 100.0%	396 100.0%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
 * small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

plz: Wie lautet die Postleitzahl von Ihrem Hauptwohnsitz?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
REGION																
Deutscheschweiz	896 73.6%	896 100.0%+ BC	- --	- --	435 74.1%	461 73.2%	208 72.5%	197 74.1%	242 74.0%	249 73.9%	42 56.0% J	401 75.1% J	451 74.4% J	324 80.4%+ NO	251 71.5%	285 72.0%
Westschweiz	271 22.3%	- --	271 100.0%+ AC	- --	128 21.8%	143 22.7%	69 24.0%	59 22.2%	70 21.4%	73 21.7%	28 37.3%+ KL	108 20.2%	135 22.3%	73 18.1% -	82 23.4%	89 22.5%
Tessin	50 4.1%	- --	- --	50 100.0%+ AB	24 4.1%	26 4.1%	10 3.5%	10 3.8%	15 4.6%	15 4.5%	5 6.7%	25 4.7%	20 3.3%	6 1.5% -	18 5.1% M	22 5.6% M

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
 * small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

gndr: Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
Mann	587 48.2%	435 48.5%	128 47.2%	24 48.0%	587 100.0%+ E	-	146 50.9%	132 49.6%	159 48.6%	150 44.5%	21 28.0%-	223 41.8%- J	342 56.4%+ JK	194 48.1%	145 41.3%-	224 56.6%+ MN
Frau	630 51.8%	461 51.5%	143 52.8%	26 52.0%	-	630 100.0%+ D	141 49.1%	134 50.4%	168 51.4%	187 55.5%	54 72.0%+ KL	311 58.2%+ L	264 43.6%-	209 51.9% O	206 58.7%+ O	172 43.4%-
Anderes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
 * small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

trst: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» genießt und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Inwiefern genießt/geniessen ... Ihr Vertrauen?

	01	02	03	04	05	06	07	08	09
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)
BASIS	1217	1217	1217	1217	1217	1217	1217	1217	1217
(10) volles Vertrauen	102 8.4%	52 4.3%	111 9.1%	162 13.3%	92 7.6%	8 0.7%	60 4.9%	14 1.2%	154 12.7%
(9)	193 15.9%	114 9.4%	231 19.0%	275 22.6%	106 8.7%	33 2.7%	118 9.7%	17 1.4%	275 22.6%
(8)	359 29.5%	316 26.0%	372 30.6%	420 34.5%	295 24.2%	158 13.0%	341 28.0%	102 8.4%	366 30.1%
(7)	265 21.8%	295 24.2%	247 20.3%	180 14.8%	255 21.0%	227 18.7%	294 24.2%	237 19.5%	180 14.8%
(6)	94 7.7%	157 12.9%	98 8.1%	85 7.0%	144 11.8%	206 16.9%	187 15.4%	245 20.1%	105 8.6%
(5)	96 7.9%	153 12.6%	84 6.9%	48 3.9%	127 10.4%	225 18.5%	120 9.9%	306 25.1%	68 5.6%
(4)	36 3.0%	44 3.6%	29 2.4%	23 1.9%	74 6.1%	145 11.9%	38 3.1%	135 11.1%	24 2.0%
(3)	26 2.1%	32 2.6%	18 1.5%	13 1.1%	41 3.4%	86 7.1%	15 1.2%	72 5.9%	14 1.2%
(2)	15 1.2%	18 1.5%	8 0.7%	1 0.1%	32 2.6%	56 4.6%	17 1.4%	31 2.5%	1 0.1%
(1) überhaupt kein Vertrauen	27 2.2%	21 1.7%	6 0.5%	8 0.7%	36 3.0%	70 5.8%	9 0.7%	34 2.8%	9 0.7%
weiss nicht	1 0.1%	11 0.9%	7 0.6%	2 0.2%	8 0.7%	3 0.2%	13 1.1%	14 1.2%	12 1.0%
keine Antwort	3 0.2%	4 0.3%	6 0.5%	-	7 0.6%	-	5 0.4%	10 0.8%	9 0.7%
ANTW	1213	1202	1204	1215	1202	1214	1199	1193	1196
MIWE	7.26	6.80	7.55	7.91	6.69	5.45	7.01	5.55	7.79
STAW	BEFGH	FH	ABEFGH	ABCEFGH	FH	2.06	BEFH	1.74	ABCEFGH
	1.93	1.84	1.66	1.57	2.14		1.67		1.65
SUMMARY									
Top-Three-Boxes	654 53.7%	482 39.6%	714 58.7%	857 70.4%	493 40.5%	199 16.4%	519 42.6%	133 10.9%	795 65.3%
Bottom-Three-Boxes	68 5.6%	71 5.8%	32 2.6%	22 1.8%	109 9.0%	212 17.4%	41 3.4%	137 11.3%	24 2.0%

LEGENDE

- (01) der Bundesrat
- (02) das Eidgenössische Parlament in Bern
- (03) die Gerichte
- (04) die Polizei
- (05) die Armee
- (06) die Medien
- (07) die Schweizer Wirtschaft
- (08) die politischen Parteien
- (09) die Wissenschaft

Means: All Columns Tested (5% risk level)

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

trstfedc: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» genießt und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

Inwiefern genießt/geniessen der Bundesrat Ihr Vertrauen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(10) volles Vertrauen	102 8.4%	71 7.9%	27 10.0%	4 8.0%	46 7.8%	56 8.9%	14 4.9%-	23 8.6%	28 8.6%	37 11.0% F	11 14.7%+ L	47 8.8%	44 7.3%	26 6.5%	41 11.7%+ M	31 7.8%
(9)	193 15.9%	143 16.0%	42 15.5%	8 16.0%	96 16.4%	97 15.4%	40 13.9%	37 13.9%	48 14.7%	68 20.2%+ FG	8 10.7%	72 13.5%	113 18.6% K	75 18.6%	52 14.8%	60 15.2%
(8)	359 29.5%	270 30.1%	75 27.7%	14 28.0%	177 30.2%	182 28.9%	75 26.1%	71 26.7%	114 34.9%+ FG	99 29.4%	24 32.0%	154 28.8%	181 29.9%	126 31.3%	102 29.1%	119 30.1%
(7)	265 21.8%	198 22.1%	51 18.8%	16 32.0% B	119 20.3%	146 23.2%	75 26.1% HI	66 24.8%	62 19.0%	62 18.4%	10 13.3%	121 22.7%	133 21.9%	101 25.1%	70 19.9%	77 19.4%
(6)	94 7.7%	72 8.0%	20 7.4%	2 4.0%	52 8.9%	42 6.7%	26 9.1%	20 7.5%	26 8.0%	22 6.5%	5 6.7%	39 7.3%	50 8.3%	24 6.0%	22 6.3%	45 11.4%+ MN
(5)	96 7.9%	66 7.4%	26 9.6%	4 8.0%	42 7.2%	54 8.6%	25 8.7%	22 8.3%	20 6.1%	29 8.6%	9 12.0% L	50 9.4% L	36 5.9%	27 6.7%	30 8.5%	30 7.6%
(4)	36 3.0%	29 3.2%	7 2.6%	- -	21 3.6%	15 2.4%	8 2.8%	9 3.4%	10 3.1%	9 2.7%	2 2.7%	16 3.0%	18 3.0%	11 2.7%	10 2.8%	13 3.3%
(3)	26 2.1%	19 2.1%	6 2.2%	1 2.0%	14 2.4%	12 1.9%	9 3.1% I	8 3.0%	6 1.8%	3 0.9%	- -	16 3.0%	10 1.7%	8 2.0%	5 1.4%	11 2.8%
(2)	15 1.2%	9 1.0%	5 1.8%	1 2.0%	9 1.5%	6 1.0%	7 2.4% H	5 1.9% H	- -	3 0.9%	- -	8 1.5%	7 1.2%	2 0.5%	8 2.3% M	4 1.0%
(1) überhaupt kein Vertrauen	27 2.2%	19 2.1%	8 3.0%	- -	11 1.9%	16 2.5%	7 2.4%	5 1.9%	11 3.4%	4 1.2%	4 5.3% K	9 1.7%	14 2.3%	3 0.7%-	9 2.6% M	6 1.5%
weiss nicht	1 0.1%	- -	1 0.4%	- -	- -	1 0.2%	1 0.3%	- -	- -	- -	- -	1 0.2%	- -	- -	1 0.3%	- -
keine Antwort	3 0.2%	- -	3 1.1%+ A	- -	- -	3 0.5%	- -	- -	2 0.6%	1 0.3%	2 2.7%+ KL	1 0.2%	- -	- -	1 0.3%	- -
ANTW	1213	896	267	50	587	626	286	266	325	336	73	532	606	403	349	396
MIWE	7.26	7.27	7.19	7.46	7.24	7.28	6.94	7.14	7.33	7.56	7.27	7.18	7.34	7.45	7.30	7.22
STAW	1.93	1.90	2.10	1.63	1.94	1.93	1.99	1.98	1.93	1.80	2.21	1.95	1.89	1.65	2.07	1.88
SUMMARY																
Top-Three-Boxes	654 53.7%	484 54.0%	144 53.1%	26 52.0%	319 54.3%	335 53.2%	129 44.9%-	131 49.2%	190 58.1% FG	204 60.5%+ FG	43 57.3%	273 51.1%	338 55.8%	227 56.3%	195 55.6%	210 53.0%
Bottom-Three-Boxes	68 5.6%	47 5.2%	19 7.0%	2 4.0%	34 5.8%	34 5.4%	23 8.0% I	18 6.8% I	17 5.2%	10 3.0%-	4 5.3%	33 6.2%	31 5.1%	13 3.2%-	22 6.3% M	21 5.3%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

trstparlament: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» genießt und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

Inwiefern genießt/geniessen das Eidgenössische Parlament in Bern Ihr Vertrauen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(10) volles Vertrauen	52 4.3%	29 3.2%	19 7.0%+ A	4 8.0%	24 4.1%	28 4.4%	13 4.5%	14 5.3% H	6 1.8%-	19 5.6% H	6 8.0%	22 4.1%	24 4.0%	14 3.5%	18 5.1%	17 4.3%
(9)	114 9.4%	75 8.4%	30 11.1%	9 18.0%+ A	58 9.9%	56 8.9%	25 8.7%	20 7.5%	31 9.5%	38 11.3%	5 6.7%	45 8.4%	64 10.6%	43 10.7%	29 8.3%	37 9.3%
(8)	316 26.0%	227 25.3%	76 28.0%	13 26.0%	137 23.3%	179 28.4% D	70 24.4%	64 24.1%	97 29.7%	85 25.2%	20 26.7%	138 25.8%	156 25.7%	107 26.6%	100 28.5%	101 25.5%
(7)	295 24.2%	234 26.1% B	48 17.7%-	13 26.0%	144 24.5%	151 24.0%	74 25.8%	67 25.2%	84 25.7%	70 20.8%	15 20.0%	120 22.5%	160 26.4%	105 26.1%	85 24.2%	89 22.5%
(6)	157 12.9%	122 13.6%	31 11.4%	4 8.0%	76 12.9%	81 12.9%	39 13.6%	34 12.8%	42 12.8%	42 12.5%	9 12.0%	73 13.7%	75 12.4%	59 14.6% N	31 8.8%- N	60 15.2% N
(5)	153 12.6%	114 12.7%	35 12.9%	4 8.0%	78 13.3%	75 11.9%	33 11.5%	39 14.7%	34 10.4%	47 13.9%	9 12.0%	75 14.0%	69 11.4%	36 8.9%-	58 16.5%+ M	50 12.6%
(4)	44 3.6%	34 3.8%	7 2.6%	3 6.0%	27 4.6%	17 2.7%	12 4.2%	8 3.0%	11 3.4%	13 3.9%	- -	18 3.4%	26 4.3%	17 4.2%	8 2.3%	16 4.0%
(3)	32 2.6%	25 2.8%	7 2.6%	- -	19 3.2%	13 2.1%	9 3.1%	8 3.0%	7 2.1%	8 2.4%	- -	20 3.7%	12 2.0%	11 2.7%	4 1.1%	13 3.3%
(2)	18 1.5%	13 1.5%	5 1.8%	- -	11 1.9%	7 1.1%	5 1.7%	6 2.3%	3 0.9%	4 1.2%	3 4.0% L	12 2.2% L	3 0.5%-	4 1.0%	4 1.1%	7 1.8%
(1) überhaupt kein Vertrauen	21 1.7%	16 1.8%	5 1.8%	- -	11 1.9%	10 1.6%	4 1.4%	5 1.9%	6 1.8%	6 1.8%	4 5.3%+ K	6 1.1%	11 1.8%	2 0.5%	8 2.3% M	5 1.3%
weiss nicht	11 0.9%	7 0.8%	4 1.5%	- -	2 0.3%	9 1.4% D	3 1.0%	1 0.4%	4 1.2%	3 0.9%	2 2.7%	5 0.9%	4 0.7%	4 1.0%	5 1.4%	1 0.3%
keine Antwort	4 0.3%	- -	4 1.5%+ A	- -	- -	4 0.6%	- -	- -	2 0.6%	2 0.6%	2 2.7%+ KL	- -	2 0.3%	1 0.2%	1 0.3%	- -
ANTW	1202	889	263	50	585	617	284	265	321	332	71	529	600	398	345	395
MIWE	6.80	6.72	6.95	7.44 A	6.68	6.91 D	6.76	6.69	6.86	6.86	6.75	6.70	6.89	6.94	6.88	6.75
STAW	1.84	1.81	1.97	1.58	1.91	1.77	1.84	1.91	1.72	1.90	2.25	1.87	1.77	1.67	1.84	1.85
SUMMARY																
Top-Three-Boxes	482 39.6%	331 36.9%	125 46.1%+ A	26 52.0% A	219 37.3%	263 41.7%	108 37.6%	98 36.8%	134 41.0%	142 42.1%	31 41.3%	205 38.4%	244 40.3%	164 40.7%	147 41.9%	155 39.1%
Bottom-Three-Boxes	71 5.8%	54 6.0%	17 6.3%	- -	41 7.0%	30 4.8%	18 6.3%	19 7.1%	16 4.9%	18 5.3%	7 9.3%	38 7.1% L	26 4.3%	17 4.2%	16 4.6%	25 6.3%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

trstcourt: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» genieisst und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Inwiefern geniessst/geniessen die Gerichte Ihr Vertrauen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(10) volles Vertrauen	111 9.1%	89 9.9%	19 7.0%	3 6.0%	62 10.6%	49 7.8%	31 10.8%	22 8.3%	31 9.5%	27 8.0%	6 8.0%	42 7.9%	63 10.4%	43 10.7%	27 7.7%	34 8.6%
(9)	231 19.0%	180 20.1%	40 14.8%	11 22.0%	121 20.6%	110 17.5%	61 21.3%	56 21.1%	67 20.5%	47 13.9%	11 14.7%	87 16.3%	133 21.9%	79 19.6%	67 19.1%	76 19.2%
(8)	372 30.6%	258 28.8%	96 35.4%	18 36.0%	168 28.6%	204 32.4%	84 29.3%	78 29.3%	104 31.8%	106 31.5%	22 29.3%	158 29.6%	191 31.5%	121 30.0%	107 30.5%	133 33.6%
(7)	247 20.3%	192 21.4%	46 17.0%	9 18.0%	112 19.1%	135 21.4%	67 23.3%	58 21.8%	54 16.5%	68 20.2%	8 10.7%	127 23.8%+	112 18.5%	84 20.8%	78 22.2%	72 18.2%
(6)	98 8.1%	72 8.0%	22 8.1%	4 8.0%	45 7.7%	53 8.4%	16 5.6%	14 5.3%	31 9.5%	37 11.0%+	11 14.7%+	39 7.3%	47 7.8%	33 8.2%	25 7.1%	35 8.8%
(5)	84 6.9%	53 5.9%	29 10.7%+	2 4.0%	40 6.8%	44 7.0%	17 5.9%	18 6.8%	25 7.6%	24 7.1%	11 14.7%+	49 9.2%+	24 4.0%-	25 6.2%	26 7.4%	22 5.6%
(4)	29 2.4%	20 2.2%	7 2.6%	2 4.0%	17 2.9%	12 1.9%	6 2.1%	4 1.5%	8 2.4%	11 3.3%	3 4.0%	13 2.4%	13 2.1%	6 1.5%	6 1.7%	11 2.8%
(3)	18 1.5%	14 1.6%	3 1.1%	1 2.0%	9 1.5%	9 1.4%	1 0.3%	7 2.6%	3 0.9%	7 2.1%	2 2.7%	8 1.5%	8 1.3%	5 1.2%	10 2.8%+	3 0.8%
(2)	8 0.7%	6 0.7%	2 0.7%	-	6 1.0%	2 0.3%	-	4 1.5%	1 0.3%	3 0.9%	-	3 0.6%	5 0.8%	2 0.5%	1 0.3%	4 1.0%
(1) überhaupt kein Vertrauen	6 0.5%	4 0.4%	2 0.7%	-	3 0.5%	3 0.5%	-	3 1.1%	1 0.3%	2 0.6%	1 1.3%	-	5 0.8%	2 0.5%	1 0.3%	1 0.3%
weiss nicht	7 0.6%	5 0.6%	2 0.7%	-	2 0.3%	5 0.8%	2 0.7%	1 0.4%	1 0.3%	3 0.9%	-	4 0.7%	3 0.5%	2 0.5%	1 0.3%	3 0.8%
keine Antwort	6 0.5%	3 0.3%	3 1.1%	-	2 0.3%	4 0.6%	2 0.7%	1 0.4%	1 0.3%	2 0.6%	-	4 0.7%	2 0.3%	1 0.2%	2 0.6%	2 0.5%
ANTW	1204	888	266	50	583	621	283	264	325	332	75	526	601	400	348	391
MIWE	7.55	7.60	7.37	7.62	7.58	7.53	7.80	7.48	7.62	7.33	7.08	7.45	7.71	7.66	7.51	7.61
STAW	1.66	1.66	1.70	1.54	1.75	1.58	1.43	1.83	1.61	1.73	1.91	1.59	1.67	1.61	1.64	1.61
SUMMARY																
Top-Three-Boxes	714 58.7%	527 58.8%	155 57.2%	32 64.0%	351 59.8%	363 57.6%	176 61.3%	156 58.6%	202 61.8%	180 53.4%	39 52.0%	287 53.7%-	387 63.9%+	243 60.3%	201 57.3%	243 61.4%
Bottom-Three-Boxes	32 2.6%	24 2.7%	7 2.6%	1 2.0%	18 3.1%	14 2.2%	1 0.3%-	14 5.3%+	5 1.5%	12 3.6%	3 4.0%	11 2.1%	18 3.0%	9 2.2%	12 3.4%	8 2.0%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

trspolice: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» genießt und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Inwiefern genießt/geniessen die Polizei Ihr Vertrauen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(10) volles Vertrauen	162 13.3%	125 14.0%	30 11.1%	7 14.0%	63 10.7%	99 15.7% D	36 12.5%	39 14.7%	36 11.0%	51 15.1%	13 17.3%	78 14.6%	70 11.6%	43 10.7%	46 13.1%	61 15.4% M
(9)	275 22.6%	222 24.8% B	43 15.9% B	10 20.0%	129 22.0%	146 23.2%	62 21.6%	59 22.2%	85 26.0%	69 20.5%	16 21.3%	114 21.3%	145 23.9%	85 21.1%	81 23.1%	96 24.2%
(8)	420 34.5%	306 34.2%	98 36.2%	16 32.0%	203 34.6%	217 34.4%	92 32.1%	95 35.7%	115 35.2%	118 35.0%	27 36.0%	186 34.8%	207 34.2%	135 33.5%	129 36.8%	144 36.4%
(7)	180 14.8%	126 14.1%	44 16.2%	10 20.0%	99 16.9% E	81 12.9%	35 12.2%	37 13.9%	50 15.3%	58 17.2%	9 12.0%	81 15.2%	89 14.7%	60 14.9%	51 14.5%	56 14.1%
(6)	85 7.0%	55 6.1%	23 8.5%	7 14.0% A	46 7.8%	39 6.2%	28 9.8% G	13 4.9%	25 7.6%	19 5.6%	5 6.7%	26 4.9%	54 8.9% K	40 9.9% NO	21 6.0%	19 4.8%
(5)	48 3.9%	33 3.7%	15 5.5%	-	17 2.9%	31 4.9%	18 6.3% HI	14 5.3% H	6 1.8% -	10 3.0%	3 4.0%	25 4.7%	20 3.3%	20 5.0%	13 3.7%	10 2.5%
(4)	23 1.9%	16 1.8%	7 2.6%	-	15 2.6%	8 1.3%	9 3.1% I	5 1.9%	6 1.8%	3 0.9%	-	10 1.9%	13 2.1%	9 2.2%	6 1.7%	6 1.5%
(3)	13 1.1%	9 1.0%	4 1.5%	-	7 1.2%	6 1.0%	4 1.4%	2 0.8%	1 0.3%	6 1.8%	-	9 1.7%	4 0.7%	7 1.7%	2 0.6%	3 0.8%
(2)	1 0.1%	-	1 0.4%	-	1 0.2%	-	-	1 0.4%	-	-	-	-	1 0.2%	1 0.2%	-	-
(1) überhaupt kein Vertrauen	8 0.7%	3 0.3%	5 1.8% A	-	6 1.0%	2 0.3%	2 0.7%	1 0.4%	2 0.6%	3 0.9%	2 2.7% L	4 0.7%	2 0.3%	3 0.7%	2 0.6%	1 0.3%
weiss nicht	2 0.2%	1 0.1%	1 0.4%	-	1 0.2%	1 0.2%	1 0.3%	-	1 0.3%	-	-	1 0.2%	1 0.2%	-	-	-
ANTW	1215	895	270	50	586	629	286	266	326	337	75	533	605	403	351	396
MIWE	7.91	8.01	7.55	8.00	7.78	8.03	7.72	7.96	7.99	7.95	8.00	7.90	7.89	7.68	7.98	8.12
STAW	1.57	1.49	1.80	1.25	1.62	1.51	1.71	1.56	1.42	1.58	1.73	1.63	1.49	1.67	1.47	1.40
SUMMARY																
Top-Three-Boxes	857 70.4%	653 72.9% B	171 63.1% -	33 66.0%	395 67.3%	462 73.3% D	190 66.2%	193 72.6%	236 72.2%	238 70.6%	56 74.7%	378 70.8%	422 69.6%	263 65.3% -	256 72.9% M	301 76.0% M
Bottom-Three-Boxes	22 1.8%	12 1.3%	10 3.7% A	-	14 2.4%	8 1.3%	6 2.1%	4 1.5%	3 0.9%	9 2.7%	2 2.7%	13 2.4%	7 1.2%	11 2.7%	4 1.1%	4 1.0%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

trstarmy: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» genieisst und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Inwiefern geniessst/geniessen die Armee Ihr Vertrauen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(10) volles Vertrauen	92 7.6%	63 7.0%	24 8.9%	5 10.0%	46 7.8%	46 7.3%	17 5.9%	17 6.4%	21 6.4%	37 11.0%+ FH	12 16.0%+ KL	41 7.7%	39 6.4%	21 5.2%	27 7.7%	40 10.1% M
(9)	106 8.7%	79 8.8%	20 7.4%	7 14.0%	55 9.4%	51 8.1%	23 8.0%	23 8.6%	28 8.6%	32 9.5%	11 14.7%	44 8.2%	51 8.4%	28 6.9%	33 9.4%	38 9.6%
(8)	295 24.2%	223 24.9%	60 22.1%	12 24.0%	141 24.0%	154 24.4%	42 14.6%-	62 23.3% F	97 29.7%+ F	94 27.9% F	13 17.3%	147 27.5% L	134 22.1%	66 16.4%-	97 27.6% M	124 31.3%+ M
(7)	255 21.0%	193 21.5%	51 18.8%	11 22.0%	132 22.5%	123 19.5%	66 23.0%	57 21.4%	62 19.0%	70 20.8%	16 21.3%	115 21.5%	123 20.3%	79 19.6%	70 19.9%	86 21.7%
(6)	144 11.8%	115 12.8%	24 8.9%	5 10.0%	71 12.1%	73 11.6%	34 11.8%	31 11.7%	41 12.5%	38 11.3%	10 13.3%	59 11.0%	75 12.4%	51 12.7%	42 12.0%	43 10.9%
(5)	127 10.4%	92 10.3%	30 11.1%	5 10.0%	51 8.7%	76 12.1%	36 12.5% I	29 10.9%	39 11.9% I	23 6.8%-	4 5.3%	56 10.5%	67 11.1%	56 13.9%+ O	34 9.7%	35 8.8%
(4)	74 6.1%	52 5.8%	21 7.7%	1 2.0%	32 5.5%	42 6.7%	24 8.4%	12 4.5%	20 6.1%	18 5.3%	1 1.3%	25 4.7%	48 7.9% JK	37 9.2%+ NO	18 5.1%	16 4.0%
(3)	41 3.4%	31 3.5%	10 3.7%	- -	19 3.2%	22 3.5%	14 4.9% H	14 5.3% HI	6 1.8%	7 2.1%	- -	17 3.2%	24 4.0%	22 5.5%+ O	13 3.7% O	3 0.8%-
(2)	32 2.6%	22 2.5%	8 3.0%	2 4.0%	18 3.1%	14 2.2%	11 3.8%	9 3.4%	6 1.8%	6 1.8%	2 2.7%	12 2.2%	18 3.0%	18 4.5%+ NO	5 1.4%	5 1.3%
(1) überhaupt kein Vertrauen	36 3.0%	18 2.0%	16 5.9%+ A	2 4.0%	20 3.4%	16 2.5%	17 5.9%+ HI	8 3.0%	3 0.9%-	8 2.4%	4 5.3%	11 2.1%	21 3.5%	23 5.7%+ NO	8 2.3% O	2 0.5%-
weiss nicht	8 0.7%	5 0.6%	3 1.1%	- -	1 0.2%	7 1.1% D	1 0.3%	3 1.1%	2 0.6%	2 0.6%	- -	4 0.7%	4 0.7%	2 0.5%	2 0.6%	2 0.5%
keine Antwort	7 0.6%	3 0.3%	4 1.5%+ A	- -	1 0.2%	6 1.0%	2 0.7%	1 0.4%	2 0.6%	2 0.6%	2 2.7%+ L	3 0.6%	2 0.3%	- -	2 0.6%	2 0.5%
ANTW	1202	888	264	50	585	617	284	262	323	333	73	527	600	401	347	392
MIWE	6.69	6.74 B	6.43	7.02	6.72	6.66	6.11	6.56 F	6.89 FG	7.08 FG	7.22 L	6.84 L	6.48	5.99	6.87 M	7.28 MN
STAW	2.14	2.04	2.42	2.22	2.18	2.11	2.35	2.19	1.87	2.05	2.33	2.02	2.20	2.34	2.03	1.74
SUMMARY																
Top-Three-Boxes	493 40.5%	365 40.7%	104 38.4%	24 48.0%	242 41.2%	251 39.8%	82 28.6%-	102 38.3% F	146 44.6% F	163 48.4%+ FG	36 48.0%	232 43.4% L	224 37.0%	115 28.5%-	157 44.7% M	202 51.0%+ M
Bottom-Three-Boxes	109 9.0%	71 7.9%	34 12.5%+ A	4 8.0%	57 9.7%	52 8.3%	42 14.6%+ HI	31 11.7% HI	15 4.6%-	21 6.2%	6 8.0%	40 7.5%	63 10.4%	63 15.6%+ NO	26 7.4% O	10 2.5%-

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

trstmedia: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» geniessst und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimfen.

Inwiefern geniessst/geniessen die Medien Ihr Vertrauen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(10) volles Vertrauen	8 0.7%	4 0.4%	1 0.4%	3 6.0%+ AB	4 0.7%	4 0.6%	2 0.7%	4 1.5%	1 0.3%	1 0.3%	2 2.7%+ L	4 0.7%	2 0.3%	2 0.5%	3 0.9%	1 0.3%
(9)	33 2.7%	21 2.3%	8 3.0%	4 8.0%+ A	17 2.9%	16 2.5%	7 2.4%	9 3.4%	6 1.8%	11 3.3%	3 4.0%	12 2.2%	18 3.0%	17 4.2% O	8 2.3%	6 1.5%
(8)	158 13.0%	118 13.2%	33 12.2%	7 14.0%	77 13.1%	81 12.9%	23 8.0%-	36 13.5% F	46 14.1% F	53 15.7% F	11 14.7%	70 13.1%	77 12.7%	73 18.1%+ NO	40 11.4%	43 10.9%
(7)	227 18.7%	177 19.8%	40 14.8%	10 20.0%	105 17.9%	122 19.4%	50 17.4%	42 15.8%	58 17.7%	77 22.8%+ G	9 12.0%	83 15.5%	134 22.1%+ JK	83 20.6%	71 20.2%	65 16.4%
(6)	206 16.9%	154 17.2%	42 15.5%	10 20.0%	104 17.7%	102 16.2%	45 15.7%	48 18.0%	60 18.3%	53 15.7%	9 12.0%	85 15.9%	112 18.5%	67 16.6%	52 14.8%	81 20.5% N
(5)	225 18.5%	173 19.3%	47 17.3%	5 10.0%	108 18.4%	117 18.6%	62 21.6%	45 16.9%	59 18.0%	59 17.5%	14 18.7%	118 22.1%+ L	93 15.3%-	68 16.9%	66 18.8%	79 19.9%
(4)	145 11.9%	101 11.3%	39 14.4%	5 10.0%	73 12.4%	72 11.4%	35 12.2%	30 11.3%	43 13.1%	37 11.0%	11 14.7%	65 12.2%	69 11.4%	42 10.4%	44 12.5%	53 13.4%
(3)	86 7.1%	61 6.8%	23 8.5%	2 4.0%	37 6.3%	49 7.8%	23 8.0%	19 7.1%	26 8.0%	18 5.3%	7 9.3%	35 6.6%	43 7.1%	25 6.2%	32 9.1%	22 5.6%
(2)	56 4.6%	40 4.5%	15 5.5%	1 2.0%	28 4.8%	28 4.4%	16 5.6% I	17 6.4% I	15 4.6%	8 2.4%	4 5.3%	23 4.3%	29 4.8%	14 3.5%	14 4.0%	22 5.6%
(1) überhaupt kein Vertrauen	70 5.8%	46 5.1%	21 7.7%	3 6.0%	34 5.8%	36 5.7%	22 7.7% H	16 6.0%	13 4.0%	19 5.6%	5 6.7%	38 7.1%	27 4.5%	11 2.7%-	21 6.0% M	23 5.8% M
weiss nicht	3 0.2%	1 0.1%	2 0.7%	-	-	3 0.5%	2 0.7%	-	-	1 0.3%	-	1 0.2%	2 0.3%	1 0.2%	-	1 0.3%
ANTW	1214	895	269	50	587	627	285	266	327	336	75	533	604	402	351	395
MIWE	5.45	5.49	5.16	6.16	5.45	5.44	5.12	5.42	5.46	5.72	5.33	5.32	5.57	5.88	5.36	5.29
STAW	2.06	2.00	2.16	2.28	2.06	2.06	2.08	2.17	1.96	2.01	2.29	2.08	2.00	1.94	2.06	1.97
SUMMARY																
Top-Three-Boxes	199 16.4%	143 16.0%	42 15.5%	14 28.0%+ AB	98 16.7%	101 16.0%	32 11.1%-	49 18.4% F	53 16.2%	65 19.3% F	16 21.3%	86 16.1%	97 16.0%	92 22.8%+ NO	51 14.5%	50 12.6%-
Bottom-Three-Boxes	212 17.4%	147 16.4%	59 21.8% A	6 12.0%	99 16.9%	113 17.9%	61 21.3% I	52 19.5% I	54 16.5%	45 13.4%-	16 21.3%	96 18.0%	99 16.3%	50 12.4%-	67 19.1% M	67 16.9%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

trsteco: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» geniessst und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Inwiefern geniessst/geniessen die Schweizer Wirtschaft Ihr Vertrauen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(10) volles Vertrauen	60 4.9%	37 4.1%	19 7.0%	4 8.0%	36 6.1%	24 3.8%	13 4.5%	15 5.6%	13 4.0%	19 5.6%	8 10.7%+ KL	24 4.5%	28 4.6%	10 2.5%-	27 7.7%+ M	19 4.8%
(9)	118 9.7%	84 9.4%	24 8.9%	10 20.0%+ AB	72 12.3%+ E	46 7.3%-	28 9.8%	21 7.9%	28 8.6%	41 12.2%	6 8.0%	53 9.9%	59 9.7%	19 4.7%-	35 10.0% M	59 14.9%+ MN
(8)	341 28.0%	261 29.1% B	61 22.5%-	19 38.0% B	181 30.8% E	160 25.4%	69 24.0%	82 30.8%	106 32.4% FI	84 24.9%	19 25.3%	143 26.8%	178 29.4%	98 24.3%	103 29.3%	128 32.3% M
(7)	294 24.2%	225 25.1%	60 22.1%	9 18.0%	135 23.0%	159 25.2%	81 28.2%	58 21.8%	75 22.9%	80 23.7%	19 25.3%	133 24.9%	141 23.3%	99 24.6%	79 22.5%	105 26.5%
(6)	187 15.4%	145 16.2%	37 13.7%	5 10.0%	70 11.9%-	117 18.6%+ D	46 16.0%	41 15.4%	51 15.6%	49 14.5%	10 13.3%	82 15.4%	95 15.7%	73 18.1% O	56 16.0%	47 11.9%
(5)	120 9.9%	83 9.3%	36 13.3% C	1 2.0%	46 7.8%	74 11.7% D	24 8.4%	29 10.9%	27 8.3%	40 11.9%	7 9.3%	59 11.0%	54 8.9%	51 12.7% O	33 9.4%	27 6.8%-
(4)	38 3.1%	28 3.1%	8 3.0%	2 4.0%	18 3.1%	20 3.2%	12 4.2%	6 2.3%	9 2.8%	11 3.3%	2 2.7%	14 2.6%	22 3.6%	20 5.0%+ NO	7 2.0%	6 1.5%
(3)	15 1.2%	12 1.3%	3 1.1%	- -	10 1.7%	5 0.8%	4 1.4%	4 1.5%	4 1.2%	3 0.9%	- -	9 1.7%	6 1.0%	8 2.0%	4 1.1%	3 0.8%
(2)	17 1.4%	9 1.0%	8 3.0%+ A	- -	12 2.0%	5 0.8%	6 2.1%	4 1.5%	2 0.6%	5 1.5%	- -	6 1.1%	11 1.8%	12 3.0%+ NO	3 0.9%	1 0.3%
(1) überhaupt kein Vertrauen	9 0.7%	4 0.4%	5 1.8%+ A	- -	4 0.7%	5 0.8%	1 0.3%	4 1.5% I	4 1.2% I	- -	2 2.7% K	1 0.2%	6 1.0%	4 1.0% O	1 0.3%	- -
weiss nicht	13 1.1%	7 0.8%	6 2.2% A	- -	3 0.5%	10 1.6%	2 0.7%	2 0.8%	6 1.8%	3 0.9%	1 1.3%	7 1.3%	5 0.8%	8 2.0% O	2 0.6%	1 0.3%
keine Antwort	5 0.4%	1 0.1%	4 1.5%+ A	- -	- -	5 0.8% D	1 0.3%	- -	2 0.6%	2 0.6%	1 1.3%	3 0.6%	1 0.2%	1 0.2%	1 0.3%	- -
ANTW	1199	888	261	50	584	615	284	264	319	332	73	524	600	394	348	395
MIWE	7.01	7.03	6.81	7.76 AB	7.16 E	6.88	6.94	6.97	7.06	7.07	7.18	7.01	6.99	6.53 M	7.21 M	7.42 M
STAW	1.67	1.58	1.96	1.38 AB	1.76 E	1.58	1.68	1.77	1.62	1.65	1.83	1.60	1.72	1.75	1.61	1.38
SUMMARY																
Top-Three-Boxes	519 42.6%	382 42.6%	104 38.4%	33 66.0%+ AB	289 49.2%+ E	230 36.5%-	110 38.3%	118 44.4%	147 45.0%	144 42.7%	33 44.0%	220 41.2%	265 43.7%	127 31.5%-	165 47.0% M	206 52.0%+ M
Bottom-Three-Boxes	41 3.4%	25 2.8%	16 5.9%+ A	- -	26 4.4% E	15 2.4%	11 3.8%	12 4.5%	10 3.1%	8 2.4%	2 2.7%	16 3.0%	23 3.8%	24 6.0%+ NO	8 2.3%	4 1.0%-

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

trstpolp: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» genießt und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

Inwiefern genießt/geniessen die politischen Parteien Ihr Vertrauen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(10) volles Vertrauen	14 1.2%	6 0.7%	5 1.8%	3 6.0%+ A	5 0.9%	9 1.4%	1 0.3%	5 1.9%	2 0.6%	6 1.8%	3 4.0%+ K	4 0.7%	7 1.2%	1 0.2%	6 1.7% M	6 1.5%
(9)	17 1.4%	14 1.6%	1 0.4%	2 4.0% B	6 1.0%	11 1.7%	4 1.4%	3 1.1%	3 0.9%	7 2.1%	-	8 1.5%	9 1.5%	4 1.0%	8 2.3%	3 0.8%
(8)	102 8.4%	79 8.8%	21 7.7%	2 4.0%	60 10.2% E	42 6.7%	23 8.0%	18 6.8%	30 9.2%	31 9.2%	7 9.3%	47 8.8%	48 7.9%	37 9.2%	29 8.3%	35 8.8%
(7)	237 19.5%	192 21.4% B	40 14.8% -	5 10.0%	99 16.9%	138 21.9% D	64 22.3%	48 18.0%	60 18.3%	65 19.3%	12 16.0%	99 18.5%	126 20.8%	84 20.8%	65 18.5%	82 20.7%
(6)	245 20.1%	195 21.8% B	39 14.4% -	11 22.0%	121 20.6%	124 19.7%	67 23.3%	53 19.9%	63 19.3%	62 18.4%	9 12.0%	112 21.0%	124 20.5%	78 19.4%	68 19.4%	91 23.0%
(5)	306 25.1%	217 24.2%	69 25.5%	20 40.0%+ AB	143 24.4%	163 25.9%	59 20.6%	67 25.2%	87 26.6%	93 27.6% F	25 33.3%	128 24.0%	152 25.1%	91 22.6%	107 30.5%+ M	96 24.2%
(4)	135 11.1%	96 10.7% C	38 14.0% C	1 2.0% -	70 11.9%	65 10.3%	35 12.2%	34 12.8%	37 11.3%	29 8.6%	7 9.3%	62 11.6%	65 10.7%	48 11.9%	28 8.0%	47 11.9%
(3)	72 5.9%	46 5.1%	22 8.1%	4 8.0%	39 6.6%	33 5.2%	15 5.2%	20 7.5%	17 5.2%	20 5.9%	4 5.3%	32 6.0%	36 5.9%	29 7.2%	17 4.8%	18 4.5%
(2)	31 2.5%	19 2.1%	11 4.1%	1 2.0%	20 3.4%	11 1.7%	7 2.4%	6 2.3%	10 3.1%	8 2.4%	4 5.3%	12 2.2%	15 2.5%	14 3.5%	8 2.3%	6 1.5%
(1) überhaupt kein Vertrauen	34 2.8%	17 1.9%	16 5.9%+ A	1 2.0%	17 2.9%	17 2.7%	8 2.8%	7 2.6%	10 3.1%	9 2.7%	2 2.7%	20 3.7%	12 2.0%	9 2.2%	10 2.8%	7 1.8%
weiss nicht	14 1.2%	9 1.0%	5 1.8%	-	5 0.9%	9 1.4%	3 1.0%	4 1.5%	3 0.9%	4 1.2%	1 1.3%	6 1.1%	7 1.2%	6 1.5%	4 1.1%	3 0.8%
keine Antwort	10 0.8%	6 0.7%	4 1.5%	-	2 0.3%	8 1.3%	1 0.3%	1 0.4%	5 1.5%	3 0.9%	1 1.3%	4 0.7%	5 0.8%	2 0.5%	1 0.3%	2 0.5%
ANTW	1193	881	262	50	580	613	283	261	319	330	73	524	594	395	346	391
MIWE	5.55	5.67 B	5.12	5.68	5.47	5.62	5.59	5.46	5.48	5.65	5.47	5.50	5.61	5.49	5.64	5.70
STAW	1.74	1.64	1.96	1.89	1.78	1.71	1.69	1.76	1.73	1.79	1.94	1.77	1.69	1.73	1.75	1.62
SUMMARY																
Top-Three-Boxes	133 10.9%	99 11.0%	27 10.0%	7 14.0%	71 12.1%	62 9.8%	28 9.8%	26 9.8%	35 10.7%	44 13.1%	10 13.3%	59 11.0%	64 10.6%	42 10.4%	43 12.3%	44 11.1%
Bottom-Three-Boxes	137 11.3%	82 9.2% -	49 18.1%+ A	6 12.0%	76 12.9%	61 9.7%	30 10.5%	33 12.4%	37 11.3%	37 11.0%	10 13.3%	64 12.0%	63 10.4%	52 12.9% O	35 10.0%	31 7.8% -

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

trstsci: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» geniessst und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Inwiefern geniessst/geniessen die Wissenschaft Ihr Vertrauen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(10) volles Vertrauen	154 12.7%	109 12.2%	37 13.7%	8 16.0%	86 14.7% E	68 10.8%	42 14.6% H	42 15.8% H	29 8.9%-	41 12.2%	13 17.3% K	42 7.9%-	99 16.3%+ K	75 18.6%+ NO	33 9.4%	38 9.6%
(9)	275 22.6%	207 23.1%	55 20.3%	13 26.0%	135 23.0%	140 22.2%	77 26.8% I	57 21.4%	76 23.2%	65 19.3%	9 12.0%-	102 19.1%	164 27.1%+ JK	103 25.6%	81 23.1%	86 21.7%
(8)	366 30.1%	264 29.5%	84 31.0%	18 36.0%	183 31.2%	183 29.0%	73 25.4%	78 29.3%	107 32.7% F	108 32.0%	22 29.3%	157 29.4%	186 30.7%	121 30.0%	112 31.9%	117 29.5%
(7)	180 14.8%	145 16.2% B	30 11.1%	5 10.0%	81 13.8%	99 15.7%	44 15.3%	36 13.5%	44 13.5%	56 16.6%	13 17.3%	90 16.9% L	76 12.5%	45 11.2%-	53 15.1%	78 19.7%+ M
(6)	105 8.6%	78 8.7%	25 9.2%	2 4.0%	44 7.5%	61 9.7%	28 9.8%	23 8.6%	30 9.2%	24 7.1%	4 5.3%	62 11.6%+ L	39 6.4%	26 6.5%	32 9.1%	37 9.3%
(5)	68 5.6%	47 5.2%	18 6.6%	3 6.0%	25 4.3%	43 6.8%	9 3.1%	17 6.4%	20 6.1%	22 6.5%	8 10.7% L	43 8.1%+ L	17 2.8%-	15 3.7%	21 6.0%	21 5.3%
(4)	24 2.0%	20 2.2%	4 1.5%	- -	13 2.2%	11 1.7%	3 1.0%	7 2.6%	8 2.4%	6 1.8%	2 2.7%	10 1.9%	12 2.0%	7 1.7%	6 1.7%	7 1.8%
(3)	14 1.2%	9 1.0%	4 1.5%	1 2.0%	9 1.5%	5 0.8%	4 1.4%	- -	5 1.5% G	5 1.5% G	1 1.3%	9 1.7%	4 0.7%	8 2.0% N	1 0.3%	3 0.8%
(2)	1 0.1%	1 0.1%	- -	- -	- -	1 0.2%	- -	1 0.4%	- -	- -	- -	1 0.2%	- -	- -	- -	1 0.3%
(1) überhaupt kein Vertrauen	9 0.7%	6 0.7%	3 1.1%	- -	4 0.7%	5 0.8%	3 1.0%	4 1.5%	1 0.3%	1 0.3%	- -	5 0.9%	4 0.7%	- -	3 0.9%	5 1.3% M
weiss nicht	12 1.0%	9 1.0%	3 1.1%	- -	6 1.0%	6 1.0%	2 0.7%	- -	4 1.2%	6 1.8% G	2 2.7% L	7 1.3%	3 0.5%	3 0.7%	5 1.4%	2 0.5%
keine Antwort	9 0.7%	1 0.1%-	8 3.0%+ A	- -	1 0.2%	8 1.3% D	2 0.7%	1 0.4%	3 0.9%	3 0.9%	1 1.3%	6 1.1%	2 0.3%	- -	4 1.1% M	1 0.3%
ANTW	1196	886	260	50	580	616	283	265	320	328	72	521	601	400	342	393
MIWE	7.79	7.79	7.76	8.12	7.89 E	7.70	7.93	7.80	7.71	7.76	7.68	7.46	8.10 JK	8.11 NO	7.76	7.65
STAW	1.65	1.63	1.75	1.49	1.65	1.65	1.66	1.78	1.59	1.59	1.73	1.70	1.54	1.58	1.56	1.65
SUMMARY																
Top-Three-Boxes	795 65.3%	580 64.7%	176 64.9%	39 78.0%	404 68.8% E	391 62.1%	192 66.9%	177 66.5%	212 64.8%	214 63.5%	44 58.7%	301 56.4%-	449 74.1%+ JK	299 74.2%+ NO	226 64.4%	241 60.9%
Bottom-Three-Boxes	24 2.0%	16 1.8%	7 2.6%	1 2.0%	13 2.2%	11 1.7%	7 2.4%	5 1.9%	6 1.8%	6 1.8%	1 1.3%	15 2.8%	8 1.3%	8 2.0%	4 1.1%	9 2.3%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

savegnrl: Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit? Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr sicher	435 35.7%	337 37.6% B	84 31.0%	14 28.0%	228 38.8% E	207 32.9%	99 34.5%	102 38.3%	125 38.2%	109 32.3%	16 21.3%-	168 31.5%-	250 41.3%+ JK	166 41.2%+ NO	117 33.3%	134 33.8%
(1) eher sicher	711 58.4%	506 56.5%	172 63.5% A	33 66.0%	328 55.9%	383 60.8%	169 58.9%	148 55.6%	186 56.9%	208 61.7%	53 70.7%+ L	334 62.5% L	323 53.3%-	214 53.1%-	215 61.3% M	240 60.6% M
(-1) eher unsicher	67 5.5%	52 5.8%	12 4.4%	3 6.0%	28 4.8%	39 6.2%	18 6.3%	15 5.6%	14 4.3%	20 5.9%	5 6.7%	30 5.6%	32 5.3%	21 5.2%	18 5.1%	21 5.3%
(-2) ganz unsicher	3 0.2%	1 0.1%	2 0.7%	- -	2 0.3%	1 0.2%	1 0.3%	- -	2 0.6%	- -	1 1.3% L	2 0.4%	- -	1 0.2%	1 0.3%	1 0.3%
weiss nicht	1 0.1%	- -	1 0.4%	- -	1 0.2%	- -	- -	1 0.4%	- -	- -	- -	- -	1 0.2%	1 0.2%	- -	- -
keine Antwort	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
ANTW	1216	896	270	50	586	630	287	265	327	337	75	534	605	402	351	396
MIWE	1.24	1.26	1.20	1.16	1.28 E	1.20	1.21	1.27	1.28	1.20	1.04	1.19	1.31 JK	1.30	1.22	1.22
STAW	0.74	0.74	0.72	0.71	0.73	0.74	0.77	0.73	0.73	0.72	0.78	0.73	0.73	0.75	0.72	0.72
SUMMARY Top-Two-Boxes	1146 94.2%	843 94.1%	256 94.5%	47 94.0%	556 94.7%	590 93.7%	268 93.4%	250 94.0%	311 95.1%	317 94.1%	69 92.0%	502 94.0%	573 94.6%	380 94.3%	332 94.6%	374 94.4%
Bottom-Two-Boxes	70 5.8%	53 5.9%	14 5.2%	3 6.0%	30 5.1%	40 6.3%	19 6.6%	15 5.6%	16 4.9%	20 5.9%	6 8.0%	32 6.0%	32 5.3%	22 5.5%	19 5.4%	22 5.6%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

futch: Wie sehen Sie die nähere Zukunft - etwa die nächsten fünf Jahre - für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr optimistisch	119 9.8%	97 10.8%	19 7.0%	3 6.0%	76 12.9%+ E	43 6.8%-	23 8.0%	32 12.0%	39 11.9%	25 7.4%	8 10.7%	49 9.2%	62 10.2%	37 9.2%	39 11.1%	35 8.8%
(1) eher optimistisch	925 76.0%	692 77.2% B	193 71.2%	40 80.0%	430 73.3%	495 78.6% D	218 76.0%	207 77.8%	246 75.2%	254 75.4%	45 60.0%-	405 75.8% J	474 78.2% J	321 79.7%	268 76.4%	298 75.3%
(-1) eher pessimistisch	144 11.8%	93 10.4%	47 17.3%+ A	4 8.0%	69 11.8%	75 11.9%	39 13.6%	23 8.6%	36 11.0%	46 13.6%	14 18.7% L	67 12.5%	62 10.2%	39 9.7%	35 10.0%	54 13.6%
(-2) ganz pessimistisch	16 1.3%	7 0.8%	7 2.6% A	2 4.0% A	8 1.4%	8 1.3%	6 2.1%	2 0.8%	4 1.2%	4 1.2%	6 8.0%+ KL	7 1.3%	3 0.5%	3 0.7%	6 1.7%	6 1.5%
weiss nicht	7 0.6%	4 0.4%	2 0.7%	1 2.0%	2 0.3%	5 0.8%	- -	1 0.4%	1 0.3%	5 1.5%+ F	1 1.3%	3 0.6%	3 0.5%	2 0.5%	- -	3 0.8%
keine Antwort	6 0.5%	3 0.3%	3 1.1%	- -	2 0.3%	4 0.6%	1 0.3%	1 0.4%	1 0.3%	3 0.9%	1 1.3%	3 0.6%	2 0.3%	1 0.2%	3 0.9%	- -
ANTW	1204	889	266	49	583	621	286	264	325	329	73	528	601	400	348	393
MIWE	0.82	0.88 B	0.64	0.78	0.85	0.79	0.74	0.92 FI	0.86	0.76	0.48	0.80 J	0.88 J	0.88	0.86	0.77
STAW	0.82	0.76	0.94	0.85	0.84	0.79	0.87	0.73	0.81	0.83	1.17	0.83	0.74	0.73	0.81	0.85
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	1044 85.8%	789 88.1% B	212 78.2%-	43 86.0%	506 86.2%	538 85.4%	241 84.0%	239 89.8% FI	285 87.2%	279 82.8%	53 70.7%-	454 85.0% J	536 88.4% J	358 88.8%	307 87.5%	333 84.1%
Bottom-Two-Boxes	160 13.1%	100 11.2%	54 19.9%+ A	6 12.0%	77 13.1%	83 13.2%	45 15.7% G	25 9.4%	40 12.2%	50 14.8% G	20 26.7%+ KL	74 13.9%	65 10.7%	42 10.4%	41 11.7%	60 15.2% M

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

futworld15: Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr optimistisch	17 1.4%	11 1.2%	6 2.2%	- -	10 1.7%	7 1.1%	3 1.0%	3 1.1%	8 2.4%	3 0.9%	3 4.0%	7 1.3%	7 1.2%	6 1.5%	5 1.4%	4 1.0%
(1) eher optimistisch	362 29.7%	286 31.9%	61 22.5% B	15 30.0%	164 27.9%	198 31.4%	95 33.1%	88 33.1%	91 27.8%	88 26.1%	25 33.3%	152 28.5%	184 30.4%	120 29.8%	120 34.2% O	109 27.5%
(-1) eher pessimistisch	749 61.5%	546 60.9%	172 63.5%	31 62.0%	370 63.0%	379 60.2%	173 60.3%	149 56.0%	206 63.0%	221 65.6% G	33 44.0% J	334 62.5% J	382 63.0% J	250 62.0%	202 57.5%	259 65.4% N
(-2) ganz pessimistisch	70 5.8%	45 5.0%	23 8.5% A	2 4.0%	37 6.3%	33 5.2%	13 4.5%	20 7.5%	18 5.5%	19 5.6%	10 13.3% KL	31 5.8%	28 4.6%	20 5.0%	17 4.8%	23 5.8%
weiss nicht	14 1.2%	6 0.7%	6 2.2% A	2 4.0% A	5 0.9%	9 1.4%	2 0.7%	5 1.9%	3 0.9%	4 1.2%	3 4.0% L	8 1.5%	3 0.5%	5 1.2%	6 1.7% O	1 0.3%
keine Antwort	5 0.4%	2 0.2%	3 1.1%	- -	1 0.2%	4 0.6%	1 0.3%	1 0.4%	1 0.3%	2 0.6%	1 1.3%	2 0.4%	2 0.3%	2 0.5%	1 0.3%	- -
ANTW	1198	888	262	48	581	617	284	260	323	331	71	524	601	396	344	395
MIWE	-0.41	-0.37 B	-0.55	-0.42	-0.45	-0.38	-0.35	-0.37	-0.42	-0.50	-0.31	-0.44	-0.40	-0.40	-0.31 O	-0.48
STAW	1.02	1.03	1.01	0.99	1.02	1.03	1.03	1.07	1.03	0.98	1.21	1.01	1.01	1.02	1.05	0.99
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	379 31.1%	297 33.1% B	67 24.7% B	15 30.0%	174 29.6%	205 32.5%	98 34.1%	91 34.2%	99 30.3%	91 27.0%	28 37.3%	159 29.8%	191 31.5%	126 31.3%	125 35.6% O	113 28.5%
Bottom-Two-Boxes	819 67.3%	591 66.0%	195 72.0%	33 66.0%	407 69.3%	412 65.4%	186 64.8%	169 63.5%	224 68.5%	240 71.2% G	43 57.3%	365 68.4%	410 67.7%	270 67.0%	219 62.4%	282 71.2% N

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

coop: Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

ÜBERSICHTSTABELLE

	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS	1217	1217	1217	1217	1217	1217	1217	1217	1217	1217
(2) sehr einverstanden	39 3.2%	439 36.1%	285 23.4%	245 20.1%	211 17.3%	163 13.4%	47 3.9%	143 11.8%	83 6.8%	131 10.8%
(1) eher einverstanden	157 12.9%	572 47.0%	624 51.3%	561 46.1%	564 46.3%	595 48.9%	271 22.3%	357 29.3%	264 21.7%	536 44.0%
(-1) eher nicht einverstanden	397 32.6%	138 11.3%	244 20.0%	307 25.2%	284 23.3%	337 27.7%	468 38.5%	479 39.4%	501 41.2%	350 28.8%
(-2) gar nicht einverstanden	610 50.1%	50 4.1%	49 4.0%	87 7.1%	93 7.6%	88 7.2%	354 29.1%	210 17.3%	341 28.0%	159 13.1%
weiss nicht	10 0.8%	8 0.7%	10 0.8%	8 0.7%	41 3.4%	24 2.0%	54 4.4%	15 1.2%	17 1.4%	30 2.5%
keine Antwort	4 0.3%	10 0.8%	5 0.4%	9 0.7%	24 2.0%	10 0.8%	23 1.9%	13 1.1%	11 0.9%	11 0.9%
ANTW	1203	1199	1202	1200	1152	1183	1140	1189	1189	1176
MIWE	-1.15	1.01	0.71	0.47	0.45	0.34	-0.71	-0.22	-0.63	0.11
STAW	1.14	1.10	1.15	1.27	1.26	1.23	1.25	1.36	1.29	1.31
SUMMARY										
Top-Two-Boxes	196 16.1%	1011 83.1%	909 74.7%	806 66.2%	775 63.7%	758 62.3%	318 26.1%	500 41.1%	347 28.5%	667 54.8%
Bottom-Two-Boxes	1007 82.7%	188 15.4%	293 24.1%	394 32.4%	377 31.0%	425 34.9%	822 67.5%	689 56.6%	842 69.2%	509 41.8%

LEGENDE

- (01) Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- (02) Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.
- (03) Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- (04) Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
- (05) Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der UNO anstreben.
- (06) Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.
- (07) Die Schweiz sollte der NATO beitreten.
- (08) Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.
- (09) Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.
- (10) Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.

Means: All Columns Tested (5% risk level)

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

coopujoin: Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	39 3.2%	22 2.5%	14 5.2% A	3 6.0%	15 2.6%	24 3.8%	2 0.7% A	9 3.4% F	14 4.3% F	14 4.2% F	6 8.0%+ L	20 3.7%	13 2.1%	20 5.0%+ O	11 3.1%	5 1.3% -
(1) eher einverstanden	157 12.9%	109 12.2%	45 16.6%	3 6.0%	71 12.1%	86 13.7%	29 10.1%	28 10.5%	44 13.5%	56 16.6%+ FG	13 17.3%	57 10.7%	87 14.4%	92 22.8%+ NO	36 10.3%	27 6.8% -
(-1) eher nicht einverstanden	397 32.6%	297 33.1%	79 29.2%	21 42.0%	163 27.8% -	234 37.1%+ D	95 33.1%	81 30.5%	106 32.4%	115 34.1%	23 30.7%	165 30.9%	208 34.3%	159 39.5%+ O	120 34.2% O	102 25.8% -
(-2) gar nicht einverstanden	610 50.1%	462 51.6%	125 46.1%	23 46.0%	336 57.2%+ E	274 43.5% -	156 54.4% I	145 54.5% I	160 48.9%	149 44.2% -	31 41.3%	286 53.6% J	292 48.2%	126 31.3% -	183 52.1% M	261 65.9%+ MN
weiss nicht	10 0.8%	4 0.4%	6 2.2%+ A	- -	1 0.2%	9 1.4% D	4 1.4%	2 0.8%	3 0.9%	1 0.3%	1 1.3%	6 1.1%	3 0.5%	3 0.7%	1 0.3%	1 0.3%
keine Antwort	4 0.3%	2 0.2%	2 0.7%	- -	1 0.2%	3 0.5%	1 0.3%	1 0.4%	- -	2 0.6%	1 1.3% K	- -	3 0.5%	3 0.7%	- -	- -
ANTW	1203	890	263	50	585	618	282	263	324	334	73	528	600	397	350	395
MIWE	-1.15	-1.20	-0.97 A	-1.16	-1.25	-1.05 D	-1.33	-1.24	-1.09 F	-0.99 FG	-0.82 KL	-1.21	-1.13	-0.70 NO	-1.22 O	-1.49
STAW	1.14	1.09	1.28	1.11	1.11	1.16	0.96	1.11	1.19	1.22	1.37	1.13	1.12	1.27	1.08	0.90
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	196 16.1%	131 14.6%	59 21.8%+ A	6 12.0%	86 14.7%	110 17.5%	31 10.8% -	37 13.9%	58 17.7% F	70 20.8%+ FG	19 25.3%+ K	77 14.4%	100 16.5%	112 27.8%+ NO	47 13.4% O	32 8.1% -
Bottom-Two-Boxes	1007 82.7%	759 84.7% B	204 75.3% -	44 88.0% B	499 85.0% E	508 80.6%	251 87.5%+ HI	226 85.0% I	266 81.3%	264 78.3% -	54 72.0% -	451 84.5% J	500 82.5% J	285 70.7% -	303 86.3% M	363 91.7%+ MN

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

coopeco: Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	439 36.1%	346 38.6% B	74 27.3% -	19 38.0%	239 40.7% + E	200 31.7% -	96 33.4%	93 35.0%	129 39.4%	121 35.9%	25 33.3%	177 33.1%	236 38.9% K	148 36.7%	112 31.9%	164 41.4% + N
(1) eher einverstanden	572 47.0%	411 45.9%	142 52.4%	19 38.0%	255 43.4%	317 50.3% D	142 49.5%	127 47.7%	148 45.3%	155 46.0%	33 44.0%	265 49.6%	273 45.0%	165 40.9% -	189 53.8% + MO	183 46.2%
(-1) eher nicht einverstanden	138 11.3%	95 10.6%	37 13.7%	6 12.0%	63 10.7%	75 11.9%	37 12.9%	32 12.0%	29 8.9%	40 11.9%	10 13.3%	59 11.0%	69 11.4%	62 15.4% + O	37 10.5%	30 7.6% -
(-2) gar nicht einverstanden	50 4.1%	35 3.9%	10 3.7%	5 10.0% + A	24 4.1%	26 4.1%	6 2.1%	10 3.8%	18 5.5% F	16 4.7%	6 8.0% L	25 4.7%	19 3.1%	4 4.7%	9 2.6%	18 4.5%
weiss nicht	8 0.7%	5 0.6%	2 0.7%	1 2.0%	2 0.3%	6 1.0%	3 1.0%	3 1.1%	- -	2 0.6%	- -	3 0.6%	5 0.8%	4 1.0%	2 0.6%	1 0.3%
keine Antwort	10 0.8%	4 0.4%	6 2.2% + A	- -	4 0.7%	6 1.0%	3 1.0%	1 0.4%	3 0.9%	3 0.9%	1 1.3%	5 0.9%	4 0.7%	5 1.2% O	2 0.6%	- -
ANTW	1199	887	263	49	581	618	281	262	324	332	74	526	597	394	347	395
MIWE	1.01	1.06 B	0.89	0.84	1.07	0.95	1.01	1.00	1.05	0.98	0.82	0.97	1.07	0.92	1.03	1.13 M
STAW	1.10	1.08	1.09	1.34	1.10	1.09	1.03	1.09	1.12	1.13	1.26	1.10	1.07	1.20	0.99	1.06
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	1011 83.1%	757 84.5%	216 79.7%	38 76.0%	494 84.2%	517 82.1%	238 82.9%	220 82.7%	277 84.7%	276 81.9%	58 77.3%	442 82.8%	509 84.0%	313 77.7% -	301 85.8% M	347 87.6% + M
Bottom-Two-Boxes	188 15.4%	130 14.5%	47 17.3%	11 22.0%	87 14.8%	101 16.0%	43 15.0%	42 15.8%	47 14.4%	56 16.6%	16 21.3%	84 15.7%	88 14.5%	81 20.1% + NO	46 13.1%	48 12.1%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

coopconf: Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	285 23.4%	192 21.4%	81 29.9%+ A	12 24.0%	157 26.7% E	128 20.3%	45 15.7%-	57 21.4%	89 27.2% F	94 27.9% F	22 29.3% K	97 18.2%-	166 27.4%+ K	119 29.5%+ NO	75 21.4%	76 19.2%-
(1) eher einverstanden	624 51.3%	462 51.6%	140 51.7%	22 44.0%	303 51.6%	321 51.0%	153 53.3%	138 51.9%	167 51.1%	166 49.3%	26 34.7%-	273 51.1% J	324 53.5% J	212 52.6%	177 50.4%	210 53.0%
(-1) eher nicht einverstanden	244 20.0%	196 21.9% B	35 12.9%-	13 26.0% B	106 18.1%	138 21.9%	74 25.8%+ HI	54 20.3%	55 16.8%	61 18.1%	17 22.7%	131 24.5%+ L	96 15.8%-	60 14.9%-	77 21.9% M	89 22.5% M
(-2) gar nicht einverstanden	49 4.0%	36 4.0%	11 4.1%	2 4.0%	18 3.1%	31 4.9%	12 4.2%	15 5.6% I	14 4.3%	8 2.4%	8 10.7%+ KL	26 4.9% L	14 2.3%-	8 2.0%-	15 4.3%	19 4.8% M
weiss nicht	10 0.8%	8 0.9%	1 0.4%	1 2.0%	3 0.5%	7 1.1%	2 0.7%	2 0.8%	1 0.3%	5 1.5%	1 1.3%	4 0.7%	5 0.8%	4 1.0%	3 0.9%	2 0.5%
keine Antwort	5 0.4%	2 0.2%	3 1.1%	-	-	5 0.8% D	1 0.3%	-	1 0.3%	3 0.9%	1 1.3%	3 0.6%	1 0.2%	-	4 1.1%+ MO	-
ANTW	1202	886	267	49	584	618	284	264	325	329	73	527	600	399	344	394
MIWE	0.71	0.65	0.92 A	0.59	0.81 E	0.61	0.51	0.64	0.81 F	0.84 FG	0.51	0.54	0.89 JK	0.94 NO	0.64	0.60
STAW	1.15	1.16	1.09	1.24	1.11	1.18	1.16	1.19	1.14	1.11	1.42	1.19	1.06	1.04	1.17	1.17
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	909 74.7%	654 73.0%	221 81.5%+ AC	34 68.0%	460 78.4%+ E	449 71.3%-	198 69.0%-	195 73.3%	256 78.3% F	260 77.2% F	48 64.0%-	370 69.3%-	490 80.9%+ JK	331 82.1%+ NO	252 71.8%	286 72.2%
Bottom-Two-Boxes	293 24.1%	232 25.9% B	46 17.0%-	15 30.0% B	124 21.1%	169 26.8% D	86 30.0%+ HI	69 25.9%	69 21.1%	69 20.5%	25 33.3% L	157 29.4%+ L	110 18.2%-	68 16.9%-	92 26.2% M	108 27.3% M

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

coopdev: Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	245 20.1%	161 18.0%	79 29.2%+ AC	5 10.0%	106 18.1%	139 22.1%	63 22.0% I	67 25.2%+ I	67 20.5% I	48 14.2%-	14 18.7%	95 17.8%	136 22.4%	143 35.5%+ NO	53 15.1%- O	39 9.8%-
(1) eher einverstanden	561 46.1%	385 43.0%	146 53.9%+ A	30 60.0%+ A	271 46.2%	290 46.0%	159 55.4%+ GHI	117 44.0%	133 40.7%-	152 45.1%	37 49.3%	251 47.0%	273 45.0%	189 46.9% O	194 55.3%+ MO	154 38.9%-
(-1) eher nicht einverstanden	307 25.2%	265 29.6%+ B	28 10.3%-	14 28.0% B	156 26.6%	151 24.0%	52 18.1%-	68 25.6% F	93 28.4%	94 27.9% F	12 16.0%	141 26.4%	154 25.4%	48 11.9%-	86 24.5% M	153 38.6%+ MN
(-2) gar nicht einverstanden	87 7.1%	77 8.6% B	9 3.3%-	1 2.0%	50 8.5%	37 5.9%	12 4.2%	8 3.0%-	27 8.3% FG	40 11.9%+ FG	12 16.0%+ KL	42 7.9%	31 5.1%	17 4.2%-	14 4.0%-	47 11.9%+ MN
weiss nicht	8 0.7%	3 0.3%	5 1.8%+ A	-	2 0.3%	6 1.0%	-	3 1.1%	4 1.2%	1 0.3%	-	2 0.4%	6 1.0%	3 0.7%	3 0.9%	1 0.3%
keine Antwort	9 0.7%	5 0.6%	4 1.5%	-	2 0.3%	7 1.1%	1 0.3%	3 1.1%	3 0.9%	2 0.6%	-	3 0.6%	6 1.0%	3 0.7%	1 0.3%	2 0.5%
ANTW	1200	888	262	50	583	617	286	260	320	334	75	529	594	397	347	393
MIWE	0.47	0.32	0.98 AC	0.48	0.39	0.56 D	0.73 HI	0.64 HI	0.38	0.22	0.39	0.41	0.55	0.99 NO	0.54 O	-0.04
STAW	1.27	1.30	1.02	1.07	1.29	1.24	1.12	1.21	1.32	1.32	1.38	1.27	1.24	1.11	1.14	1.29
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	806 66.2%	546 60.9%-	225 83.0%+ AC	35 70.0%	377 64.2%	429 68.1%	222 77.4%+ GHI	184 69.2% HI	200 61.2%	200 59.3%-	51 68.0%	346 64.8%	409 67.5%	332 82.4%+ NO	247 70.4% O	193 48.7%-
Bottom-Two-Boxes	394 32.4%	342 38.2%+ B	37 13.7%-	15 30.0% B	206 35.1%	188 29.8%	64 22.3%-	76 28.6%	120 36.7% FG	134 39.8%+ FG	24 32.0%	183 34.3%	185 30.5%	65 16.1%-	100 28.5% M	200 50.5%+ MN

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

coopunoseat: Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der UNO anstreben.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	211 17.3%	162 18.1%	37 13.7%	12 24.0%	103 17.5%	108 17.1%	31 10.8%-	40 15.0%	68 20.8% F	72 21.4% FG	13 17.3%	89 16.7%	109 18.0%	85 21.1%+ N	48 13.7%	67 16.9%
(1) eher einverstanden	564 46.3%	402 44.9%	137 50.6%	25 50.0%	231 39.4%-	333 52.9%+ D	137 47.7%	125 47.0%	145 44.3%	157 46.6%	31 41.3%	251 47.0%	281 46.4%	198 49.1% O	180 51.3% O	164 41.4%-
(-1) eher nicht einverstanden	284 23.3%	225 25.1% B	48 17.7%-	11 22.0%	164 27.9%+ E	120 19.0%-	80 27.9% I	67 25.2%	70 21.4%	67 19.9%	14 18.7%	130 24.3%	140 23.1%	84 20.8%	76 21.7%	108 27.3% M
(-2) gar nicht einverstanden	93 7.6%	72 8.0%	20 7.4%	1 2.0%	66 11.2%+ E	27 4.3%-	16 5.6%	21 7.9%	32 9.8%	24 7.1%	5 6.7%	39 7.3%	48 7.9%	16 4.0%-	26 7.4% M	45 11.4%+ M
weiss nicht	41 3.4%	23 2.6%	17 6.3%+ A	1 2.0%	15 2.6%	26 4.1%	14 4.9%	9 3.4%	7 2.1%	11 3.3%	8 10.7%+ KL	17 3.2%	16 2.6%	13 3.2%	14 4.0% O	5 1.3%-
keine Antwort	24 2.0%	12 1.3%	12 4.4%+ A	-	8 1.4%	16 2.5%	9 3.1%	4 1.5%	5 1.5%	6 1.8%	4 5.3%+ K	8 1.5%	12 2.0%	7 1.7%	7 2.0%	7 1.8%
ANTW	1152	861	242	49	564	588	264	253	315	320	63	509	578	383	330	384
MIWE	0.45	0.41	0.51	0.73	0.25	0.64 D	0.33	0.38	0.47	0.58 F	0.52	0.43	0.46	0.66 NO	0.45	0.26
STAW	1.26	1.28	1.21	1.13	1.36	1.13	1.20	1.26	1.32	1.25	1.27	1.25	1.27	1.17	1.21	1.35
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	775 63.7%	564 62.9%	174 64.2%	37 74.0%	334 56.9%-	441 70.0%+ D	168 58.5%	165 62.0%	213 65.1%	229 68.0% F	44 58.7%	340 63.7%	390 64.4%	283 70.2%+ O	228 65.0%	231 58.3%-
Bottom-Two-Boxes	377 31.0%	297 33.1% B	68 25.1%-	12 24.0%	230 39.2%+ E	147 23.3%-	96 33.4%	88 33.1%	102 31.2%	91 27.0%	19 25.3%	169 31.6%	188 31.0%	100 24.8%-	102 29.1%	153 38.6%+ MN

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

coopunohelp: Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	163 13.4%	117 13.1%	40 14.8%	6 12.0%	87 14.8%	76 12.1%	26 9.1%-	36 13.5%	55 16.8%	46 13.6%	10 13.3%	54 10.1%-	99 16.3%+ K	84 20.8%+ NO	35 10.0%	40 10.1%
(1) eher einverstanden	595 48.9%	443 49.4%	127 46.9%	25 50.0%	274 46.7%	321 51.0%	135 47.0%	120 45.1%	157 48.0%	183 54.3%+ G	37 49.3%	254 47.6%	303 50.0%	216 53.6% O	173 49.3%	175 44.2%
(-1) eher nicht einverstanden	337 27.7%	252 28.1%	68 25.1%	17 34.0%	158 26.9%	179 28.4%	100 34.8%+ HI	83 31.2% HI	75 22.9%	79 23.4%	18 24.0%	153 28.7%	166 27.4%	84 20.8%-	106 30.2% M	130 32.8%+ M
(-2) gar nicht einverstanden	88 7.2%	67 7.5%	19 7.0%	2 4.0%	55 9.4%+ E	33 5.2%	17 5.9%	20 7.5%	32 9.8% I	19 5.6%	6 8.0%	53 9.9%+ L	28 4.6%-	11 2.7%-	25 7.1% M	45 11.4%+ MN
weiss nicht	24 2.0%	13 1.5%	11 4.1%+ A	-	11 1.9%	13 2.1%	6 2.1%	5 1.9%	7 2.1%	6 1.8%	2 2.7%	16 3.0% L	6 1.0%	7 1.7%	7 2.0%	6 1.5%
keine Antwort	10 0.8%	4 0.4%	6 2.2%+ A	-	2 0.3%	8 1.3%	3 1.0%	2 0.8%	1 0.3%	4 1.2%	2 2.7%	4 0.7%	4 0.7%	1 0.2%	5 1.4% O	-
ANTW	1183	879	254	50	574	609	278	259	319	327	71	514	596	395	339	390
MIWE	0.34	0.33	0.40	0.32	0.31	0.37	0.19	0.27	0.40	0.48	0.38	0.20	0.47	0.70	0.26	0.09
STAW	1.23	1.23	1.24	1.19	1.28	1.18	1.20	1.26	1.29	1.17	1.25	1.26	1.19	1.11	1.21	1.28
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	758 62.3%	560 62.5%	167 61.6%	31 62.0%	361 61.5%	397 63.0%	161 56.1%-	156 58.6%	212 64.8% F	229 68.0%+ FG	47 62.7%	308 57.7%-	402 66.3%+ K	300 74.4%+ NO	208 59.3%	215 54.3%-
Bottom-Two-Boxes	425 34.9%	319 35.6%	87 32.1%	19 38.0%	213 36.3%	212 33.7%	117 40.8%+ HI	103 38.7% I	107 32.7%	98 29.1%-	24 32.0%	206 38.6% L	194 32.0%	95 23.6%-	131 37.3% M	175 44.2%+ M

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

coopnatojoin: Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte der NATO beitreten.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	47 3.9%	35 3.9%	9 3.3%	3 6.0%	18 3.1%	29 4.6%	6 2.1%	9 3.4%	13 4.0%	19 5.6%	6 8.0%	21 3.9%	20 3.3%	20 5.0%	15 4.3%	9 2.3%
(1) eher einverstanden	271 22.3%	195 21.8%	63 23.2%	13 26.0%	98 16.7% -	173 27.5% +	80 27.9% +	68 25.6% +	62 19.0%	61 18.1%	19 25.3%	107 20.0%	145 23.9%	104 25.8%	78 22.2%	81 20.5%
(-1) eher nicht einverstanden	468 38.5%	361 40.3% B	85 31.4% -	22 44.0%	231 39.4%	237 37.6%	107 37.3%	102 38.3%	121 37.0%	138 40.9%	26 34.7%	204 38.2%	237 39.1%	146 36.2%	149 42.5%	149 37.6%
(-2) gar nicht einverstanden	354 29.1%	266 29.7%	77 28.4%	11 22.0%	227 38.7% +	127 20.2% -	72 25.1%	72 27.1%	116 35.5% +	94 27.9%	17 22.7%	157 29.4%	179 29.5%	104 25.8%	85 24.2% -	143 36.1% +
weiss nicht	54 4.4%	25 2.8% -	28 10.3% +	1 2.0%	8 1.4% -	46 7.3% +	15 5.2%	10 3.8%	14 4.3%	15 4.5%	3 4.0%	34 6.4% +	17 2.8%	24 6.0% O	16 4.6% O	7 1.8% -
keine Antwort	23 1.9%	14 1.6%	9 3.3%	-	5 0.9%	18 2.9% D	7 2.4% H	5 1.9%	1 0.3% -	10 3.0% H	4 5.3% +	11 2.1%	8 1.3%	5 1.2%	8 2.3%	7 1.8%
ANTW	1140	857	234	49	574	566	265	251	312	312	68	489	581	374	327	382
MIWE	-0.71	-0.73	-0.68	-0.51	-0.96	-0.46	-0.60	-0.64	-0.85	-0.73	-0.43	-0.75	-0.71	-0.56	-0.65	-0.88
STAW	1.25	1.23	1.29	1.28	1.17	1.27	1.24	1.25	1.23	1.25	1.36	1.24	1.24	1.30	1.23	1.19
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	318 26.1%	230 25.7%	72 26.6%	16 32.0%	116 19.8% -	202 32.1% +	86 30.0% H	77 28.9%	75 22.9%	80 23.7%	25 33.3%	128 24.0%	165 27.2%	124 30.8% +	93 26.5%	90 22.7%
Bottom-Two-Boxes	822 67.5%	627 70.0% B	162 59.8% -	33 66.0%	458 78.0% +	364 57.8% -	179 62.4%	174 65.4%	237 72.5% +	232 68.8%	43 57.3%	361 67.6%	416 68.6% J	250 62.0% -	234 66.7%	292 73.7% +

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

coopselfdef: Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	143 11.8%	110 12.3%	30 11.1%	3 6.0%	83 14.1% E	60 9.5%	23 8.0%-	22 8.3%	51 15.6%+ FG	47 13.9% FG	11 14.7%	72 13.5%	60 9.9%	22 5.5%-	35 10.0% M	71 17.9%+ MN
(1) eher einverstanden	357 29.3%	258 28.8%	77 28.4%	22 44.0%+ AB	180 30.7%	177 28.1%	79 27.5%	76 28.6%	85 26.0%	117 34.7%+ H	23 30.7%	187 35.0%+ L	145 23.9%-	82 20.3%-	119 33.9% M	137 34.6%+ M
(-1) eher nicht einverstanden	479 39.4%	359 40.1%	100 36.9%	20 40.0%	219 37.3%	260 41.3%	132 46.0%+ HI	106 39.8%	116 35.5%	125 37.1%	23 30.7%	204 38.2%	252 41.6%	176 43.7% O	149 42.5% O	136 34.3%- O
(-2) gar nicht einverstanden	210 17.3%	158 17.6% C	50 18.5% C	2 4.0%-	101 17.2%	109 17.3%	49 17.1% I	57 21.4% I	66 20.2% I	38 11.3%-	10 13.3%	60 11.2%-	140 23.1%+ K	119 29.5%+ NO	39 11.1%-	46 11.6%-
weiss nicht	15 1.2%	6 0.7%	7 2.6%+ A	2 4.0% A	2 0.3%	13 2.1% D	3 1.0%	3 1.1%	6 1.8%	3 0.9%	4 5.3%+ KL	8 1.5%	3 0.5%	1 0.2%	3 0.9%	4 1.0%
keine Antwort	13 1.1%	5 0.6%	7 2.6%+ A	1 2.0%	2 0.3%	11 1.7% D	1 0.3%	2 0.8%	3 0.9%	7 2.1%	4 5.3%+ KL	3 0.6%	6 1.0%	3 0.7%	6 1.7%	2 0.5%
ANTW	1189	885	257	47	583	606	283	261	318	327	67	523	597	399	342	390
MIWE	-0.22	-0.22	-0.25	0.09	-0.13 E	-0.30	-0.37	-0.38	-0.19	0.03 FGH	0.03 L	0.01 L	-0.45	-0.72	-0.11 M	0.13 MN
STAW	1.36	1.36	1.37	1.16	1.39	1.32	1.28	1.33	1.44	1.34	1.40	1.33	1.34	1.24	1.28	1.37
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	500 41.1%	368 41.1%	107 39.5%	25 50.0%	263 44.8% E	237 37.6%	102 35.5%	98 36.8%	136 41.6%	164 48.7%+ FG	34 45.3% L	259 48.5%+ L	205 33.8%-	104 25.8%-	154 43.9% M	208 52.5%+ MN
Bottom-Two-Boxes	689 56.6%	517 57.7%	150 55.4%	22 44.0%	320 54.5%	369 58.6%	181 63.1%+ I	163 61.3% I	182 55.7%	163 48.4%-	33 44.0%-	264 49.4%-	392 64.7%+ JK	295 73.2%+ NO	188 53.6% O	182 46.0%-

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

coopnoally: Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	83 6.8%	71 7.9% B	9 3.3% -	3 6.0%	40 6.8%	43 6.8%	10 3.5% -	17 6.4%	27 8.3% F	29 8.6% F	8 10.7% L	50 9.4% L	24 4.0% -	12 3.0% -	27 7.7% M	37 9.3% M
(1) eher einverstanden	264 21.7%	209 23.3% B	40 14.8% -	15 30.0% B	122 20.8%	142 22.5%	66 23.0%	52 19.5%	58 17.7%	88 26.1% H	20 26.7% L	140 26.2% L	104 17.2% -	56 13.9% -	91 25.9% M	100 25.3% M
(-1) eher nicht einverstanden	501 41.2%	379 42.3%	99 36.5%	23 46.0%	236 40.2%	265 42.1%	109 38.0%	125 47.0% FI	144 44.0%	123 36.5%	24 32.0%	220 41.2%	256 42.2%	143 35.5% -	167 47.6% M	170 42.9% M
(-2) gar nicht einverstanden	341 28.0%	226 25.2%	107 39.5% AC	8 16.0%	184 31.3% E	157 24.9%	98 34.1% GI	70 26.3%	91 27.8%	82 24.3%	17 22.7%	109 20.4% -	215 35.5% JK	184 45.7% NO	55 15.7% -	85 21.5% N
weiss nicht	17 1.4%	9 1.0%	7 2.6%	1 2.0%	2 0.3% -	15 2.4% D	3 1.0%	1 0.4%	4 1.2%	9 2.7% G	3 4.0% L	11 2.1% L	3 0.5%	6 1.5%	7 2.0%	2 0.5%
keine Antwort	11 0.9%	2 0.2% -	9 3.3% A	- -	3 0.5%	8 1.3%	1 0.3%	1 0.4%	3 0.9%	6 1.8%	3 4.0% KL	4 0.7%	4 0.7%	2 0.5%	4 1.1%	2 0.5%
ANTW	1189	885	255	49	582	607	283	264	320	322	69	519	599	395	340	392
MIWE	-0.63	-0.54 B	-1.00	-0.37 B	-0.69	-0.58	-0.77	-0.68	-0.67	-0.44 FGH	-0.32 L	-0.38 L	-0.89	-1.09	-0.39 M	-0.42 M
STAW	1.29	1.31	1.17	1.25	1.30	1.29	1.25	1.24	1.29	1.36	1.42	1.33	1.19	1.14	1.26	1.33
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	347 28.5%	280 31.3% B	49 18.1% -	18 36.0% B	162 27.6%	185 29.4%	76 26.5%	69 25.9%	85 26.0%	117 34.7% FGH	28 37.3% L	190 35.6% L	128 21.1% -	68 16.9% -	118 33.6% M	137 34.6% M
Bottom-Two-Boxes	842 69.2%	605 67.5%	206 76.0% AC	31 62.0%	420 71.6%	422 67.0%	207 72.1% I	195 73.3% I	235 71.9% I	205 60.8% -	41 54.7% -	329 61.6% -	471 77.7% JK	327 81.1% NO	222 63.2% -	255 64.4% -

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

coopunotroop: Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	131 10.8%	95 10.6%	33 12.2%	3 6.0%	67 11.4%	64 10.2%	26 9.1%	22 8.3%	48 14.7%+	35 10.4%	11 14.7%	43 8.1% K	77 12.7%	64 15.9%+	29 8.3%	34 8.6%
(1) eher einverstanden	536 44.0%	405 45.2%	101 37.3% B	30 60.0%+ AB	251 42.8%	285 45.2%	124 43.2%	133 50.0%	127 38.8%	152 45.1%	31 41.3%	235 44.0%	270 44.6%	187 46.4%	157 44.7%	161 40.7%
(-1) eher nicht einverstanden	350 28.8%	269 30.0%	69 25.5%	12 24.0%	159 27.1%	191 30.3%	94 32.8%	72 27.1%	91 27.8%	93 27.6%	14 18.7%	162 30.3% J	173 28.5%	102 25.3%	108 30.8%	126 31.8% M
(-2) gar nicht einverstanden	159 13.1%	108 12.1%	47 17.3%+ A	4 8.0%	104 17.7%+ E	55 8.7% -	33 11.5%	29 10.9%	50 15.3%	47 13.9%	7 9.3%	80 15.0%	71 11.7%	38 9.4% -	40 11.4%	70 17.7%+ MN
weiss nicht	30 2.5%	17 1.9%	12 4.4%+ A	1 2.0%	6 1.0% -	24 3.8%+ D	9 3.1%	8 3.0%	8 2.4%	5 1.5%	7 9.3%+ KL	12 2.2%	11 1.8%	9 2.2%	13 3.7% O	4 1.0%
keine Antwort	11 0.9%	2 0.2% -	9 3.3%+ A	- -	- -	11 1.7%+ D	1 0.3%	2 0.8%	3 0.9%	5 1.5%	5 6.7%+ KL	2 0.4%	4 0.7%	3 0.7%	4 1.1%	1 0.3%
ANTW	1176	877	250	49	581	595	277	256	316	327	63	520	591	391	334	391
MIWE	0.11	0.13	0.02	0.33	0.03	0.19	0.06	0.18	0.10	0.11	0.40 K	* K	0.18 K	0.35 NO	0.08	-0.09
STAW	1.31	1.30	1.40	1.16	1.37	1.25	1.28	1.25	1.39	1.32	1.31	1.31	1.31	1.29	1.27	1.34
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	667 54.8%	500 55.8%	134 49.4%	33 66.0%+ B	318 54.2%	349 55.4%	150 52.3%	155 58.3%	175 53.5%	187 55.5%	42 56.0%	278 52.1%	347 57.3%	251 62.3%+ NO	186 53.0%	195 49.2% -
Bottom-Two-Boxes	509 41.8%	377 42.1%	116 42.8%	16 32.0%	263 44.8% E	246 39.0%	127 44.3%	101 38.0%	141 43.1%	140 41.5%	21 28.0% -	242 45.3% J	244 40.3% J	140 34.7% -	148 42.2% M	196 49.5%+ MN

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

free: Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

ÜBERSICHTSTABELLE

	01	02	03	04
	(A)	(B)	(C)	(D)
BASIS	1217	1217	1217	1217
(2) sehr einverstanden	145 11.9%	148 12.2%	123 10.1%	92 7.6%
(1) eher einverstanden	554 45.5%	397 32.6%	276 22.7%	514 42.2%
(-1) eher nicht einverstanden	375 30.8%	491 40.3%	501 41.2%	445 36.6%
(-2) gar nicht einverstanden	124 10.2%	151 12.4%	305 25.1%	132 10.8%
weiss nicht	7 0.6%	11 0.9%	7 0.6%	18 1.5%
keine Antwort	12 1.0%	19 1.6%	5 0.4%	16 1.3%
ANTW	1198	1187	1205	1183
MIWE	0.18	-0.08	-0.49	-0.01
STAW	1.28	1.32	1.35	1.25
SUMMARY				
Top-Two-Boxes	699 57.4%	545 44.8%	399 32.8%	606 49.8%
Bottom-Two-Boxes	499 41.0%	642 52.8%	806 66.2%	577 47.4%

LEGENDE

(01) Der Staat sollte die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantieren, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit geht.

(02) Wenn ich wählen müsste, so wäre mir meine persönliche Freiheit letztlich wichtiger als meine persönliche Sicherheit.

(03) In der Schweiz sind wir bald soweit, dass sich der Staat überall einmischt, alles reglementiert und die Freiheit des einzelnen verloren geht.

(04) Wir kommen nicht mehr darum herum, dass der Staat in der heutigen Zeit immer mehr Aufgaben übernehmen muss.

Means: All Columns Tested (5% risk level)

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

freeargument: Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Der Staat sollte die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantieren, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit geht.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	145 11.9%	103 11.5%	38 14.0%	4 8.0%	68 11.6%	77 12.2%	25 8.7%	29 10.9%	36 11.0%	55 16.3%+ FH	15 20.0%+ K	53 9.9%	77 12.7%	60 14.9%	39 11.1%	42 10.6%
(1) eher einverstanden	554 45.5%	415 46.3%	108 39.9%	31 62.0%+ AB	267 45.5%	287 45.6%	127 44.3%	105 39.5%+	156 47.7% G	166 49.3% G	29 38.7%	244 45.7%	279 46.0%	194 48.1%	160 45.6%	171 43.2%
(-1) eher nicht einverstanden	375 30.8%	295 32.9% B	68 25.1%+	12 24.0%	186 31.7%	189 30.0%	98 34.1%	91 34.2%	93 28.4%	93 27.6%	18 24.0%	165 30.9%	192 31.7%	118 29.3%	113 32.2%	131 33.1%
(-2) gar nicht einverstanden	124 10.2%	76 8.5%	45 16.6%+ A	3 6.0%	60 10.2%	64 10.2%	35 12.2% I	35 13.2% I	37 11.3% I	17 5.0%+	10 13.3%	60 11.2%	54 8.9%	27 6.7%+	32 9.1%	48 12.1% M
weiss nicht	7 0.6%	3 0.3%	4 1.5%+ A	- -	- -	7 1.1% D	- -	3 1.1%	1 0.3%	3 0.9%	3 4.0%+ KL	3 0.6%	1 0.2%	1 0.2%	2 0.6%	1 0.3%
keine Antwort	12 1.0%	4 0.4%	8 3.0%+ A	- -	6 1.0%	6 1.0%	2 0.7%	3 1.1%	4 1.2%	3 0.9%	- -	9 1.7% L	3 0.5%	3 0.7%	5 1.4%	3 0.8%
ANTW	1198	889	259	50	581	617	285	260	322	331	72	522	602	399	344	392
MIWE	0.18	0.20	0.10	0.42	0.17	0.20	0.03	0.01	0.19	0.45 FGH	0.29	0.12	0.22	0.36 O	0.18	0.07
STAW	1.28	1.25	1.40	1.13	1.28	1.28	1.28	1.32	1.28	1.21	1.41	1.28	1.27	1.24	1.26	1.30
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	699 57.4%	518 57.8%	146 53.9%	35 70.0%+ B	335 57.1%	364 57.8%	152 53.0%	134 50.4%+	192 58.7% G	221 65.6%+ FG	44 58.7%	297 55.6%	356 58.7%	254 63.0%+ O	199 56.7%	213 53.8%
Bottom-Two-Boxes	499 41.0%	371 41.4%	113 41.7%	15 30.0%	246 41.9%	253 40.2%	133 46.3% I	126 47.4%+ I	130 39.8%	110 32.6%+	28 37.3%	225 42.1%	246 40.6%	145 36.0%+	145 41.3%	179 45.2% M

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

freemoreimp: Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Wenn ich wählen müsste, so wäre mir meine persönliche Freiheit letztlich wichtiger als meine persönliche Sicherheit.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	148 12.2%	111 12.4%	32 11.8%	5 10.0%	80 13.6%	68 10.8%	41 14.3%	33 12.4%	42 12.8%	32 9.5%	7 9.3%	68 12.7%	73 12.0%	41 10.2%	36 10.3%	53 13.4%
(1) eher einverstanden	397 32.6%	294 32.8%	84 31.0%	19 38.0%	231 39.4%+ E	166 26.3%-	103 35.9% H	90 33.8%	92 28.1%	112 33.2%	28 37.3%	182 34.1%	186 30.7%	102 25.3%-	133 37.9%+ M	141 35.6% M
(-1) eher nicht einverstanden	491 40.3%	367 41.0%	103 38.0%	21 42.0%	211 35.9%-	280 44.4%+ D	114 39.7%	109 41.0%	135 41.3%	133 39.5%	20 26.7%-	211 39.5% J	259 42.7% J	179 44.4%	134 38.2%	162 40.9%
(-2) gar nicht einverstanden	151 12.4%	108 12.1%	40 14.8%	3 6.0%	55 9.4%-	96 15.2%+ D	25 8.7%	27 10.2%	50 15.3% F	49 14.5% F	16 21.3%+ KL	57 10.7%	78 12.9%	69 17.1%+ NO	40 11.4%	36 9.1%-
weiss nicht	11 0.9%	6 0.7%	3 1.1%	2 4.0%+ A	1 0.2%	10 1.6% D	2 0.7%	4 1.5%	2 0.6%	3 0.9%	1 1.3%	6 1.1%	4 0.7%	3 0.7%	3 0.9%	2 0.5%
keine Antwort	19 1.6%	10 1.1%	9 3.3%+ A	- -	9 1.5%	10 1.6%	2 0.7%	3 1.1%	6 1.8%	8 2.4%	3 4.0% L	10 1.9%	6 1.0%	9 2.2% O	5 1.4%	2 0.5%
ANTW	1187	880	259	48	577	610	283	259	319	326	71	518	596	391	343	392
MIWE	-0.08	-0.08	-0.14	0.04	0.12 E	-0.28	0.07 HI	-0.03	-0.18	-0.17	-0.14	-0.01	-0.14	-0.34	-0.03 M	0.03 M
STAW	1.32	1.32	1.35	1.24	1.30	1.32	1.30	1.30	1.36	1.31	1.41	1.31	1.32	1.32	1.29	1.30
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	545 44.8%	405 45.2%	116 42.8%	24 48.0%	311 53.0%+ E	234 37.1%-	144 50.2% H	123 46.2%	134 41.0%	144 42.7%	35 46.7%	250 46.8%	259 42.7%	143 35.5%-	169 48.1% M	194 49.0% M
Bottom-Two-Boxes	642 52.8%	475 53.0%	143 52.8%	24 48.0%	266 45.3%-	376 59.7%+ D	139 48.4%	136 51.1%	185 56.6% F	182 54.0%	36 48.0%	268 50.2%	337 55.6%	248 61.5%+ NO	174 49.6%	198 50.0%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

freenomere: Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

In der Schweiz sind wir bald soweit, dass sich der Staat überall einmischt, alles reglementiert und die Freiheit des einzelnen verloren geht.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	123 10.1%	83 9.3%	33 12.2%	7 14.0%	67 11.4%	56 8.9%	33 11.5%	32 12.0%	33 10.1%	25 7.4%	8 10.7%	62 11.6%	51 8.4%	23 5.7%-	36 10.3% M	54 13.6% M
(1) eher einverstanden	276 22.7%	208 23.2%	58 21.4%	10 20.0%	136 23.2%	140 22.2%	69 24.0%	55 20.7%	74 22.6%	78 23.1%	21 28.0%	143 26.8%+ L	112 18.5%-	57 14.1%-	87 24.8% M	113 28.5%+ M
(-1) eher nicht einverstanden	501 41.2%	374 41.7%	106 39.1%	21 42.0%	237 40.4%	264 41.9%	115 40.1%	114 42.9%	130 39.8%	142 42.1%	28 37.3%	216 40.4%	257 42.4%	166 41.2%	154 43.9%	154 38.9%
(-2) gar nicht einverstanden	305 25.1%	223 24.9%	71 26.2%	11 22.0%	144 24.5%	161 25.6%	67 23.3%	64 24.1%	88 26.9%	86 25.5%	15 20.0%	107 20.0%-	183 30.2%+ K	152 37.7%+ NO	69 19.7%-	74 18.7%-
weiss nicht	7 0.6%	5 0.6%	1 0.4%	1 2.0%	2 0.3%	5 0.8%	2 0.7%	1 0.4%	2 0.6%	2 0.6%	2 2.7%+ L	4 0.7%	1 0.2%	2 0.5%	3 0.9%	1 0.3%
keine Antwort	5 0.4%	3 0.3%	2 0.7%	-	1 0.2%	4 0.6%	1 0.3%	-	-	4 1.2%+ H	1 1.3%	2 0.4%	2 0.3%	3 0.7%	2 0.6%	-
ANTW	1205	888	268	49	584	621	284	265	325	331	72	528	603	398	346	395
MIWE	-0.49	-0.50	-0.46	-0.39	-0.44	-0.54	-0.40	-0.46	-0.51	-0.56	-0.29 L	-0.31 L	-0.68	-0.92	-0.38 M	-0.21 M
STAW	1.35	1.34	1.40	1.41	1.38	1.33	1.38	1.37	1.36	1.30	1.38	1.37	1.31	1.21	1.33	1.39
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	399 32.8%	291 32.5%	91 33.6%	17 34.0%	203 34.6%	196 31.1%	102 35.5%	87 32.7%	107 32.7%	103 30.6%	29 38.7% L	205 38.4%+ L	163 26.9%-	80 19.9%-	123 35.0% M	167 42.2%+ MN
Bottom-Two-Boxes	806 66.2%	597 66.6%	177 65.3%	32 64.0%	381 64.9%	425 67.5%	182 63.4%	178 66.9%	218 66.7%	228 67.7%	43 57.3%	323 60.5%-	440 72.6%+ JK	318 78.9%+ NO	223 63.5%	228 57.6%-

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

freemorestate: Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Wir kommen nicht mehr darum herum, dass der Staat in der heutigen Zeit immer mehr Aufgaben übernehmen muss.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	92 7.6%	61 6.8%	24 8.9%	7 14.0%	41 7.0%	51 8.1%	20 7.0%	20 7.5%	20 6.1%	32 9.5%	6 8.0%	41 7.7%	45 7.4%	41 10.2%+ O	25 7.1%	21 5.3%
(1) eher einverstanden	514 42.2%	366 40.8%	120 44.3%	28 56.0%+ A	227 38.7%	287 45.6% D	129 44.9%	110 41.4%	137 41.9%	138 40.9%	34 45.3%	248 46.4%+ L	232 38.3%-	199 49.4%+ O	159 45.3% O	136 34.3%-
(-1) eher nicht einverstanden	445 36.6%	363 40.5%+ BC	70 25.8%-	12 24.0%	227 38.7%	218 34.6%	111 38.7%	97 36.5%	110 33.6%	127 37.7%	18 24.0%-	186 34.8%	240 39.6% J	124 30.8%-	127 36.2%	172 43.4%+ MN
(-2) gar nicht einverstanden	132 10.8%	98 10.9%	32 11.8%	2 4.0%	84 14.3%+ E	48 7.6%-	16 5.6%-	35 13.2% F	51 15.6%+ FI	30 8.9%	11 14.7%	46 8.6%	74 12.2% K	26 6.5%-	30 8.5%	62 15.7%+ MN
weiss nicht	18 1.5%	5 0.6%-	12 4.4%+ A	1 2.0%	3 0.5%	15 2.4% D	6 2.1%	3 1.1%	7 2.1%	2 0.6%	2 2.7%	9 1.7%	7 1.2%	8 2.0%	4 1.1%	4 1.0%
keine Antwort	16 1.3%	3 0.3%-	13 4.8%+ A	-	5 0.9%	11 1.7%	5 1.7%	1 0.4%	2 0.6%	8 2.4% G	4 5.3%+ KL	4 0.7%	8 1.3%	5 1.2%	6 1.7% O	1 0.3%
ANTW	1183	888	246	49	579	604	276	262	318	327	69	521	591	390	341	391
MIWE	-0.01	-0.08	0.14	0.53	-0.15	0.12	0.09	-0.06	-0.11	0.05	0.09	0.10	-0.11	0.27	0.06	-0.30
STAW	1.25	1.24	1.29	1.14	1.28	1.22	1.18	1.28	1.29	1.25	1.33	1.22	1.26	1.20	1.22	1.24
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	606 49.8%	427 47.7%	144 53.1%	35 70.0%+ AB	268 45.7%-	338 53.7% D	149 51.9%	130 48.9%	157 48.0%	170 50.4%	40 53.3%	289 54.1%+ L	277 45.7%-	240 59.6%+ NO	184 52.4% O	157 39.6%-
Bottom-Two-Boxes	577 47.4%	461 51.5%+ BC	102 37.6%-	14 28.0%-	311 53.0%+ E	266 42.2%-	127 44.3%	132 49.6%	161 49.2%	157 46.6%	29 38.7%	232 43.4%	314 51.8%+ JK	150 37.2%-	157 44.7% M	234 59.1%+ MN

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

polemo: Wie häufig haben Sie das Gefühl, die Politik versage in entscheidenden Dingen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(0) nie	12 1.0%	7 0.8%	5 1.8%	-	7 1.2%	5 0.8%	-	4 1.5% F	2 0.6%	6 1.8% F	4 5.3%+ KL	3 0.6%	5 0.8%	4 1.0%	3 0.9%	4 1.0%
(1) selten	297 24.4%	248 27.7%+ B	40 14.8%-	9 18.0%	158 26.9% E	139 22.1%	75 26.1%	66 24.8%	83 25.4%	73 21.7%	13 17.3%	108 20.2%-	176 29.0%+ JK	104 25.8%	97 27.6%	90 22.7%
(2) ab und zu	793 65.2%	558 62.3%	198 73.1%+ A	37 74.0%	365 62.2%	428 67.9% D	183 63.8%	168 63.2%	217 66.4%	225 66.8%	45 60.0%	366 68.5% L	380 62.7%	259 64.3%	223 63.5%	270 68.2%
(3) meistens	105 8.6%	77 8.6%	24 8.9%	4 8.0%	55 9.4%	50 7.9%	28 9.8%	28 10.5%	22 6.7%	27 8.0%	11 14.7% L	52 9.7%	42 6.9%	33 8.2%	27 7.7%	29 7.3%
weiss nicht	5 0.4%	3 0.3%	2 0.7%	-	1 0.2%	4 0.6%	1 0.3%	-	1 0.3%	3 0.9%	1 1.3%	2 0.4%	2 0.3%	1 0.2%	-	2 0.5%
keine Antwort	5 0.4%	3 0.3%	2 0.7%	-	1 0.2%	4 0.6%	-	-	2 0.6%	3 0.9%	1 1.3%	3 0.6%	1 0.2%	2 0.5%	1 0.3%	1 0.3%
ANTW	1207	890	267	50	585	622	286	266	324	331	73	529	603	400	350	393
MIWE	1.82	1.79	1.90 A	1.90	1.80	1.84	1.84	1.83	1.80	1.82	1.86	1.88 L	1.76	1.80	1.78	1.82
STAW	0.58	0.59	0.55	0.51	0.61	0.56	0.58	0.62	0.56	0.59	0.73	0.56	0.58	0.59	0.59	0.56
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	309 25.4%	255 28.5%+ B	45 16.6%-	9 18.0%	165 28.1% E	144 22.9%	75 26.1%	70 26.3%	85 26.0%	79 23.4%	17 22.7%	111 20.8%-	181 29.9%+ K	108 26.8%	100 28.5%	94 23.7%
Bottom-Two-Boxes	898 73.8%	635 70.9%-	222 81.9%+ A	41 82.0%	420 71.6%	478 75.9%	211 73.5%	196 73.7%	239 73.1%	252 74.8%	56 74.7%	418 78.3%+ L	422 69.6%-	292 72.5%	250 71.2%	299 75.5%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

ntr: Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

ÜBERSICHTSTABELLE

	01	02	03	04	05	06	07	08
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)
BASIS	1217	1217	1217	1217	1217	1217	1217	1217
(2) sehr einverstanden	858 70.5%	529 43.5%	55 4.5%	611 50.2%	280 23.0%	122 10.0%	35 2.9%	192 15.8%
(1) eher einverstanden	312 25.6%	519 42.6%	307 25.2%	541 44.5%	559 45.9%	453 37.2%	115 9.4%	472 38.8%
(-1) eher nicht einverstanden	39 3.2%	115 9.4%	579 47.6%	40 3.3%	306 25.1%	436 35.8%	456 37.5%	370 30.4%
(-2) gar nicht einverstanden	2 0.2%	23 1.9%	240 19.7%	13 1.1%	54 4.4%	147 12.1%	598 49.1%	162 13.3%
weiss nicht	-	16 1.3%	24 2.0%	8 0.7%	10 0.8%	36 3.0%	5 0.4%	11 0.9%
keine Antwort	6 0.5%	15 1.2%	12 1.0%	4 0.3%	8 0.7%	23 1.9%	8 0.7%	10 0.8%
ANTW	1211	1186	1181	1205	1199	1158	1204	1196
MIWE	1.64	1.19	-0.54	1.41	0.59	-0.03	-1.22	0.14
STAW	BCDEFGH	CEFGH	G	BCEFGH	CFGH	CG	CFG	CFG
SUMMARY								
Top-Two-Boxes	1170 96.1%	1048 86.1%	362 29.7%	1152 94.7%	839 68.9%	575 47.2%	150 12.3%	664 54.6%
Bottom-Two-Boxes	41 3.4%	138 11.3%	819 67.3%	53 4.4%	360 29.6%	583 47.9%	1054 86.6%	532 43.7%

LEGENDE

- (01) Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.
(02) Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.
(03) Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
(04) Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.
(05) Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
(06) Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.
(07) Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.
(08) Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.

Means: All Columns Tested (5% risk level)

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

nrkeep: Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	858 70.5%	641 71.5% B	176 64.9% -	41 82.0% B	442 75.3% + E	416 66.0% -	193 67.2%	177 66.5%	247 75.5% + FG	241 71.5%	46 61.3%	395 74.0% JL	415 68.5%	247 61.3% -	250 71.2% M	316 79.8% + MN
(1) eher einverstanden	312 25.6%	220 24.6%	84 31.0% + AC	8 16.0%	123 21.0% -	189 30.0% + D	81 28.2% H	73 27.4%	69 21.1%	89 26.4%	26 34.7% K	122 22.8%	164 27.1%	128 31.8% + O	90 25.6% O	75 18.9% -
(-1) eher nicht einverstanden	39 3.2%	32 3.6%	6 2.2%	1 2.0%	19 3.2%	20 3.2%	10 3.5%	14 5.3% I	9 2.8%	6 1.8%	1 1.3%	16 3.0%	22 3.6%	24 6.0% + NO	10 2.8%	5 1.3% -
(-2) gar nicht einverstanden	2 0.2%	1 0.1%	1 0.4%	- -	2 0.3%	- -	- -	2 0.8% +	- -	- -	1 1.3% + K	- -	1 0.2%	1 0.2%	1 0.3%	- -
weiss nicht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
keine Antwort	6 0.5%	2 0.2%	4 1.5% + A	- -	1 0.2%	5 0.8%	3 1.0%	- -	2 0.6%	1 0.3%	1 1.3%	1 0.2%	4 0.7%	3 0.7%	- -	- -
ANTW	1211	894	267	50	586	625	284	266	325	336	74	533	602	400	351	396
MIWE	1.64	1.64	1.60	1.78	1.68 E	1.60	1.61	1.54	1.70 G	1.68 G	1.55	1.68	1.61	1.49 M	1.65 M	1.77 MN
STAW	0.67	0.68	0.65	0.55	0.67	0.66	0.67	0.81	0.61	0.57	0.71	0.63	0.69	0.80	0.66	0.50
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	1170 96.1%	861 96.1%	260 95.9%	49 98.0%	565 96.3%	605 96.0%	274 95.5%	250 94.0%	316 96.6%	330 97.9% G	72 96.0%	517 96.8%	579 95.5%	375 93.1% -	340 96.9% M	391 98.7% + M
Bottom-Two-Boxes	41 3.4%	33 3.7%	7 2.6%	1 2.0%	21 3.6%	20 3.2%	10 3.5%	16 6.0% + HI	9 2.8%	6 1.8%	2 2.7%	16 3.0%	23 3.8%	25 6.2% + NO	11 3.1%	5 1.3% -

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

ntrstatecon: Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	529 43.5%	399 44.5%	112 41.3%	18 36.0%	285 48.6%+ E	244 38.7%- E	99 34.5%- I	111 41.7%	154 47.1% F	165 49.0%+ F	26 34.7%	238 44.6%	263 43.4%	158 39.2%	138 39.3%	208 52.5%+ MN
(1) eher einverstanden	519 42.6%	379 42.3%	116 42.8%	24 48.0%	224 38.2%- D	295 46.8%+ D	140 48.8%+ I	109 41.0%	136 41.6%	134 39.8%	36 48.0%	223 41.8%	260 42.9%	176 43.7%	168 47.9%+ O	153 38.6%
(-1) eher nicht einverstanden	115 9.4%	91 10.2%	19 7.0%	5 10.0%	61 10.4%	54 8.6%	37 12.9%+ I	31 11.7% I	28 8.6%	19 5.6%- I	5 6.7%	45 8.4%	65 10.7%	50 12.4%+ NO	27 7.7%	28 7.1%
(-2) gar nicht einverstanden	23 1.9%	13 1.5%	7 2.6%	3 6.0%+ A	11 1.9%	12 1.9%	5 1.7%	6 2.3%	4 1.2%	8 2.4%	5 6.7%+ KL	7 1.3%	11 1.8%	11 2.7%	6 1.7%	5 1.3%
weiss nicht	16 1.3%	9 1.0%	7 2.6%	- -	3 0.5%	13 2.1% D	3 1.0%	5 1.9%	2 0.6%	6 1.8%	1 1.3%	12 2.2% L	3 0.5%	3 0.7%	6 1.7% O	1 0.3%
keine Antwort	15 1.2%	5 0.6%	10 3.7%+ A	- -	3 0.5%	12 1.9% D	3 1.0%	4 1.5%	3 0.9%	5 1.5%	2 2.7%	9 1.7%	4 0.7%	5 1.2%	6 1.7% O	1 0.3%
ANTW	1186	882	254	50	581	605	281	257	322	326	72	513	599	395	339	394
MIWE	1.19	1.20	1.21	0.98	1.22	1.17	1.04	1.12	1.27	1.32	1.01	1.25	1.17	1.06	1.19	1.35
STAW	0.99	0.98	0.97	1.15	1.02	0.96	1.02	1.06	0.93	0.93	1.13	0.94	1.01	1.08	0.92	0.90
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	1048 86.1%	778 86.8%	228 84.1%	42 84.0%	509 86.7%	539 85.6%	239 83.3%	220 82.7%	290 88.7% G	299 88.7% FG	62 82.7%	461 86.3%	523 86.3%	334 82.9%	306 87.2%	361 91.2%+ M
Bottom-Two-Boxes	138 11.3%	104 11.6%	26 9.6%	8 16.0%	72 12.3%	66 10.5%	42 14.6% I	37 13.9% I	32 9.8%	27 8.0%	10 13.3%	52 9.7%	76 12.5%	61 15.1%+ NO	33 9.4%	33 8.3%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

ntnposs: Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	55 4.5%	41 4.6%	14 5.2%	- -	27 4.6%	28 4.4%	10 3.5%	13 4.9%	18 5.5%	14 4.2%	5 6.7%	28 5.2%	22 3.6%	20 5.0%	12 3.4%	19 4.8%
(1) eher einverstanden	307 25.2%	236 26.3%	61 22.5%	10 20.0%	124 21.1% -	183 29.0% +	83 28.9% H	77 28.9% H	64 19.6% -	83 24.6% -	12 16.0%	157 29.4% +	137 22.6% JL	118 29.3% O	87 24.8% -	84 21.2% -
(-1) eher nicht einverstanden	579 47.6%	435 48.5% B	112 41.3% -	32 64.0% +	281 47.9% -	298 47.3% +	149 51.9% -	118 44.4% -	157 48.0% -	155 46.0% -	31 41.3% -	243 45.5% -	304 50.2% -	187 46.4% -	173 49.3% -	197 49.7% -
(-2) gar nicht einverstanden	240 19.7%	162 18.1% A	70 25.8% +	8 16.0% -	150 25.6% +	90 14.3% -	38 13.2% -	52 19.5% F	79 24.2% +	71 21.1% F	17 22.7% -	88 16.5% -	135 22.3% K	66 16.4% -	66 18.8% -	93 23.5% M
weiss nicht	24 2.0%	16 1.8%	8 3.0%	- -	2 0.3% -	22 3.5% +	5 1.7%	6 2.3%	7 2.1%	6 1.8%	8 10.7% +	11 2.1%	5 0.8% -	7 1.7%	9 2.6% O	2 0.5% -
keine Antwort	12 1.0%	6 0.7%	6 2.2% +	- -	3 0.5%	9 1.4%	2 0.7%	- -	2 0.6%	8 2.4% +	2 2.7% L	7 1.3%	3 0.5%	5 1.2%	4 1.1%	1 0.3%
ANTW	1181	874	257	50	582	599	280	260	318	323	65	516	598	391	338	393
MIWE	-0.54	-0.50	-0.63	-0.76	-0.69	-0.40	-0.44 H	-0.46 H	-0.68	-0.58	-0.66	-0.40 L	-0.66	-0.41 O	-0.57	-0.66
STAW	1.21	1.20	1.26	0.96	1.20	1.20	1.15	1.24	1.21	1.21	1.27	1.23	1.17	1.22	1.17	1.19
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	362 29.7%	277 30.9%	75 27.7%	10 20.0%	151 25.7% -	211 33.5% +	93 32.4% H	90 33.8% H	82 25.1%	97 28.8% -	17 22.7% -	185 34.6% +	159 26.2% -	138 34.2% +	99 28.2% -	103 26.0% -
Bottom-Two-Boxes	819 67.3%	597 66.6%	182 67.2%	40 80.0%	431 73.4% +	388 61.6% -	187 65.2% -	170 63.9% -	236 72.2% +	226 67.1% -	48 64.0% -	331 62.0% -	439 72.4% +	253 62.8% -	239 68.1% -	290 73.2% +

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

ntsolidar: Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	611 50.2%	461 51.5%	129 47.6%	21 42.0%	332 56.6%+ E	279 44.3%- E	113 39.4%- E	122 45.9% E	190 58.1%+ FG	186 55.2% FG	33 44.0%	243 45.5%- K	333 55.0%+ K	209 51.9%	161 45.9%	214 54.0% N
(1) eher einverstanden	541 44.5%	396 44.2%	117 43.2%	28 56.0%	229 39.0%- D	312 49.5%+ D	149 51.9%+ HI	127 47.7% H	124 37.9%- H	141 41.8%	36 48.0%	263 49.3%+ L	242 39.9%- L	176 43.7%	165 47.0%	168 42.4%
(-1) eher nicht einverstanden	40 3.3%	26 2.9%	13 4.8%	1 2.0%	18 3.1%	22 3.5%	17 5.9%+ HI	9 3.4%	8 2.4%	6 1.8%	2 2.7%	18 3.4%	20 3.3%	14 3.5%	14 4.0%	8 2.0%
(-2) gar nicht einverstanden	13 1.1%	5 0.6%	8 3.0%+ A	- -	5 0.9%	8 1.3%	4 1.4%	4 1.5%	3 0.9%	2 0.6%	4 5.3%+ KL	6 1.1%	3 0.5%	1 0.2%	3 0.9%	6 1.5%
weiss nicht	8 0.7%	7 0.8%	1 0.4%	- -	3 0.5%	5 0.8%	4 1.4% HI	4 1.5% HI	- -	- -	- -	2 0.4%	6 1.0%	3 0.7%	5 1.4% O	- -
keine Antwort	4 0.3%	1 0.1%	3 1.1%+ A	- -	- -	4 0.6%	- -	- -	2 0.6%	2 0.6%	- -	2 0.4%	2 0.3%	- -	3 0.9%	- -
ANTW	1205	888	267	50	584	621	283	262	325	335	75	530	598	400	343	396
MIWE	1.41	1.44 B	1.30 B	1.38	1.48 E	1.34 E	1.24	1.35	1.51 FG	1.50 FG	1.23	1.36 JK	1.47 JK	1.45	1.36	1.45
STAW	0.76	0.70	0.93	0.60	0.73	0.77	0.84	0.79	0.71	0.66	0.99	0.76	0.71	0.70	0.76	0.74
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	1152 94.7%	857 95.6% B	246 90.8%- B	49 98.0%	561 95.6%	591 93.8%	262 91.3%- F	249 93.6%	314 96.0% F	327 97.0% FG	69 92.0%	506 94.8%	575 94.9%	385 95.5%	326 92.9%	382 96.5% N
Bottom-Two-Boxes	53 4.4%	31 3.5%	21 7.7%+ A	1 2.0%	23 3.9%	30 4.8%	21 7.3%+ HI	13 4.9%	11 3.4%	8 2.4%	6 8.0%	24 4.5%	23 3.8%	15 3.7%	17 4.8%	14 3.5%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

ntnoconf: Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	280 23.0%	220 24.6%	40 14.8% B	20 40.0%+ AB	149 25.4%	131 20.8%	64 22.3%	53 19.9%	75 22.9%	88 26.1%	24 32.0% L	139 26.0% L	116 19.1% L	69 17.1% L	89 25.4% M	109 27.5% M
(1) eher einverstanden	559 45.9%	422 47.1%	119 43.9%	18 36.0%	265 45.1%	294 46.7%	133 46.3%	140 52.6%+ I	150 45.9%	136 40.4% I	31 41.3%	241 45.1%	286 47.2%	180 44.7%	170 48.4%	185 46.7%
(-1) eher nicht einverstanden	306 25.1%	216 24.1%	79 29.2%	11 22.0%	140 23.9%	166 26.3%	76 26.5%	57 21.4%	81 24.8%	92 27.3%	15 20.0%	124 23.2%	167 27.6%	132 32.8%+ NO	74 21.1%	79 19.9% NO
(-2) gar nicht einverstanden	54 4.4%	28 3.1%	25 9.2%+ A	1 2.0%	28 4.8%	26 4.1%	13 4.5%	13 4.9%	16 4.9%	12 3.6%	3 4.0%	20 3.7%	31 5.1%	17 4.2%	13 3.7%	19 4.8%
weiss nicht	10 0.8%	7 0.8%	3 1.1%	-	3 0.5%	7 1.1%	1 0.3%	3 1.1%	2 0.6%	4 1.2%	1 1.3%	6 1.1%	3 0.5%	3 0.7%	2 0.6%	2 0.5%
keine Antwort	8 0.7%	3 0.3%	5 1.8%+ A	-	2 0.3%	6 1.0%	-	-	3 0.9%	5 1.5% FG	1 1.3%	4 0.7%	3 0.5%	2 0.5%	3 0.9%	2 0.5%
ANTW	1199	886	263	50	582	617	286	263	322	328	73	524	600	398	346	392
MIWE	0.59	0.67 B	0.27	0.90 B	0.63	0.55	0.56	0.62	0.58	0.60	0.79 L	0.68 L	0.48	0.38	0.72 M	0.73 M
STAW	1.22	1.18	1.29	1.22	1.23	1.21	1.23	1.17	1.23	1.25	1.22	1.21	1.23	1.23	1.17	1.20
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	839 68.9%	642 71.7% B	159 58.7% B	38 76.0% B	414 70.5%	425 67.5%	197 68.6%	193 72.6%	225 68.8%	224 66.5%	55 73.3%	380 71.2%	402 66.3%	249 61.8% M	259 73.8%+ M	294 74.2%+ M
Bottom-Two-Boxes	360 29.6%	244 27.2%	104 38.4%+ A	12 24.0%	168 28.6%	192 30.5%	89 31.0%	70 26.3%	97 29.7%	104 30.9%	18 24.0%	144 27.0%	198 32.7% K	149 37.0%+ NO	87 24.8% NO	98 24.7% NO

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

ntncred: Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	122 10.0%	90 10.0%	29 10.7%	3 6.0%	63 10.7%	59 9.4%	20 7.0%	34 12.8% F	40 12.2% F	28 8.3%	5 6.7%	50 9.4%	66 10.9%	61 15.1%+ NO	26 7.4%	29 7.3%
(1) eher einverstanden	453 37.2%	341 38.1%	93 34.3%	19 38.0%	204 34.8%	249 39.5%	106 36.9%	86 32.3%	118 36.1%	143 42.4%+ G	27 36.0%	216 40.4% L	209 34.5%	145 36.0%	146 41.6%	139 35.1%
(-1) eher nicht einverstanden	436 35.8%	330 36.8% B	82 30.3%	24 48.0% B	222 37.8%	214 34.0%	122 42.5%+ GHI	90 33.8%	112 34.3%	112 33.2%	19 25.3%	189 35.4%	228 37.6% J	128 31.8%	123 35.0%	164 41.4%+ M
(-2) gar nicht einverstanden	147 12.1%	100 11.2%	45 16.6%+ AC	2 4.0%	87 14.8%+ E	60 9.5%-	27 9.4%	41 15.4% F	43 13.1%	36 10.7%	13 17.3%	60 11.2%	74 12.2%	46 11.4%	40 11.4%	53 13.4%
weiss nicht	36 3.0%	26 2.9%	8 3.0%	2 4.0%	6 1.0%-	30 4.8%+ D	10 3.5%	9 3.4%	7 2.1%	10 3.0%	4 5.3%	15 2.8%	17 2.8%	13 3.2%	8 2.3%	8 2.0%
keine Antwort	23 1.9%	9 1.0%	14 5.2%+ A	- -	5 0.9%	18 2.9% D	2 0.7%	6 2.3%	7 2.1%	8 2.4%	7 9.3%+ KL	4 0.7%	12 2.0%	10 2.5%	8 2.3%	3 0.8%
ANTW	1158	861	249	48	576	582	275	251	313	319	64	515	577	380	335	385
MIWE	-0.03	-0.01	-0.08	-0.06	-0.11	0.06 D	-0.11	-0.07	0.00	0.05	-0.13	0.01	-0.06	0.12 O	-0.01	-0.19
STAW	1.30	1.29	1.38	1.16	1.33	1.27	1.23	1.38	1.34	1.27	1.36	1.28	1.31	1.35	1.26	1.27
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	575 47.2%	431 48.1%	122 45.0%	22 44.0%	267 45.5%	308 48.9%	126 43.9%	120 45.1%	158 48.3%	171 50.7%	32 42.7%	266 49.8%	275 45.4%	206 51.1% O	172 49.0%	168 42.4%
Bottom-Two-Boxes	583 47.9%	430 48.0%	127 46.9%	26 52.0%	309 52.6%+ E	274 43.5%-	149 51.9% I	131 49.2%	155 47.4%	148 43.9%	32 42.7%	249 46.6%	302 49.8%	174 43.2%	163 46.4%	217 54.8%+ MN

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

ntrgiveupif: Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	35 2.9%	21 2.3%	10 3.7%	4 8.0%+ A	18 3.1%	17 2.7%	8 2.8%	11 4.1%	7 2.1%	9 2.7%	3 4.0%	14 2.6%	18 3.0%	8 2.0%	11 3.1%	15 3.8%
(1) eher einverstanden	115 9.4%	86 9.6%	23 8.5%	6 12.0%	55 9.4%	60 9.5%	44 15.3%+ GHI	23 8.6%	25 7.6%	23 6.8%	9 12.0%	55 10.3%	51 8.4%	40 9.9%	34 9.7%	34 8.6%
(-1) eher nicht einverstanden	456 37.5%	344 38.4%	94 34.7%	18 36.0%	205 34.9%	251 39.8%	126 43.9%+ HI	96 36.1%	113 34.6%	121 35.9%	30 40.0%	196 36.7%	229 37.8%	161 40.0%	138 39.3%	136 34.3%
(-2) gar nicht einverstanden	598 49.1%	438 48.9%	138 50.9%	22 44.0%	304 51.8%	294 46.7%	107 37.3%- F	134 50.4% F	178 54.4% F	179 53.1% F	31 41.3%	265 49.6%	301 49.7%	190 47.1%	163 46.4%	210 53.0%
weiss nicht	5 0.4%	4 0.4%	1 0.4%	-	3 0.5%	2 0.3%	1 0.3%	1 0.4%	2 0.6%	1 0.3%	-	2 0.4%	3 0.5%	2 0.5%	2 0.6%	1 0.3%
keine Antwort	8 0.7%	3 0.3%	5 1.8%+ A	-	2 0.3%	6 1.0%	1 0.3%	1 0.4%	2 0.6%	4 1.2%	2 2.7%+ K	2 0.4%	4 0.7%	2 0.5%	3 0.9%	-
ANTW	1204	889	265	50	582	622	285	264	323	332	73	530	599	399	346	395
MIWE	-1.22	-1.23	-1.23	-0.96	-1.24	-1.20	-0.98 GHI	-1.21	-1.33	-1.32	-1.05	-1.21	-1.24	-1.22	-1.18	-1.25
STAW	1.05	1.02	1.08	1.29	1.06	1.03	1.12	1.09	0.97	0.98	1.14	1.05	1.03	1.01	1.06	1.08
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	150 12.3%	107 11.9%	33 12.2%	10 20.0%	73 12.4%	77 12.2%	52 18.1%+ HI	34 12.8%	32 9.8%	32 9.5%	12 16.0%	69 12.9%	69 11.4%	48 11.9%	45 12.8%	49 12.4%
Bottom-Two-Boxes	1054 86.6%	782 87.3%	232 85.6%	40 80.0%	509 86.7%	545 86.5%	233 81.2%- F	230 86.5%	291 89.0%	300 89.0% F	61 81.3%	461 86.3%	530 87.5%	351 87.1%	301 85.8%	346 87.4%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

ntrclearpos: Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	192 15.8%	152 17.0% C	38 14.0% C	2 4.0% -	102 17.4%	90 14.3%	22 7.7% -	35 13.2% F	61 18.7% F	74 22.0% + FG	17 22.7%	89 16.7%	86 14.2%	60 14.9%	60 17.1%	63 15.9%
(1) eher einverstanden	472 38.8%	377 42.1% + B	68 25.1% -	27 54.0% + B	210 35.8%	262 41.6% D	107 37.3%	96 36.1%	126 38.5%	143 42.4%	26 34.7%	216 40.4%	230 38.0%	176 43.7% + O	138 39.3%	136 34.3%
(-1) eher nicht einverstanden	370 30.4%	258 28.8%	97 35.8% A	15 30.0%	180 30.7%	190 30.2%	122 42.5% + GHI	83 31.2% I	91 27.8%	74 22.0% -	16 21.3%	151 28.3%	202 33.3% J	117 29.0%	104 29.6%	130 32.8%
(-2) gar nicht einverstanden	162 13.3%	97 10.8% -	60 22.1% + A	5 10.0%	88 15.0%	74 11.7%	35 12.2%	48 18.0% + I	45 13.8%	34 10.1%	13 17.3%	68 12.7%	80 13.2%	44 10.9%	40 11.4%	64 16.2% M
weiss nicht	11 0.9%	8 0.9%	3 1.1%	- -	3 0.5%	8 1.3%	1 0.3%	3 1.1%	1 0.3%	6 1.8%	2 2.7%	5 0.9%	4 0.7%	4 1.0%	3 0.9%	2 0.5%
keine Antwort	10 0.8%	4 0.4%	5 1.8% A	1 2.0%	4 0.7%	6 1.0%	- -	1 0.4%	3 0.9%	6 1.8% F	1 1.3%	5 0.9%	4 0.7%	2 0.5%	6 1.7% O	1 0.3%
ANTW	1196	884	263	49	580	616	286	262	323	325	72	524	598	397	342	393
MIWE	0.14	0.26 B	-0.28	0.12	0.10	0.17	-0.14	-0.05	0.21 FG	0.46 FGH	0.25	0.20	0.07	0.23 O	0.22 O	0.01
STAW	1.37	1.33	1.43	1.20	1.41	1.33	1.26	1.40	1.40	1.34	1.49	1.36	1.35	1.32	1.35	1.41
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	664 54.6%	529 59.0% + B	106 39.1% -	29 58.0% B	312 53.2%	352 55.9%	129 44.9% -	131 49.2%	187 57.2% F	217 64.4% + FG	43 57.3%	305 57.1%	316 52.1%	236 58.6% O	198 56.4%	199 50.3%
Bottom-Two-Boxes	532 43.7%	355 39.6% -	157 57.9% + AC	20 40.0%	268 45.7%	264 41.9%	157 54.7% + HI	131 49.2% I	136 41.6% I	108 32.0% -	29 38.7%	219 41.0%	282 46.5%	161 40.0%	144 41.0%	194 49.0% + MN

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

odaywon: Zum Orientierungstag für Frauen haben wir ein paar Aussagen gesammelt. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

ÜBERSICHTSTABELLE

	01	02	03	04
	(A)	(B)	(C)	(D)
BASIS	1217	1217	1217	1217
(2) sehr einverstanden	395 32.5%	345 28.3%	393 32.3%	307 25.2%
(1) eher einverstanden	316 26.0%	340 27.9%	343 28.2%	356 29.3%
(-1) eher nicht einverstanden	339 27.9%	288 23.7%	295 24.2%	319 26.2%
(-2) gar nicht einverstanden	158 13.0%	237 19.5%	172 14.1%	223 18.3%
weiss nicht	3 0.2%	1 0.1%	4 0.3%	3 0.2%
keine Antwort	6 0.5%	6 0.5%	10 0.8%	9 0.7%
ANTW	1208	1210	1203	1205
MIWE	0.37	0.22	0.41	0.17
STAW	BD	BD	BD	BD
STAW	1.50	1.55	1.50	1.51
SUMMARY				
Top-Two-Boxes	711 58.4%	685 56.3%	736 60.5%	663 54.5%
Bottom-Two-Boxes	497 40.8%	525 43.1%	467 38.4%	542 44.5%

LEGENDE

(01) Ich finde es gut, dass junge Frauen den Orientierungstag weiterhin nur freiwillig besuchen können.

(02) Ich würde es begrüßen, wenn auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssten.

(03) Als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger haben wir Rechte und Pflichten. Diese sollten für Männer und Frauen die gleichen sein. Deswegen sollten auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssen.

(04) In unserer heutigen Zeit wird Sicherheit immer wichtiger. Darum sollten auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssen.

Means: All Columns Tested (5% risk level)

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

odaywomvol: Zum Orientierungstag für Frauen haben wir ein paar Aussagen gesammelt. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

Ich finde es gut, dass junge Frauen den Orientierungstag weiterhin nur freiwillig besuchen können.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	395 32.5%	268 29.9%	111 41.0%+ A	16 32.0%	159 27.1%-	236 37.5%+ D	94 32.8%	84 31.6%	124 37.9%+ I	93 27.6%	30 40.0% L	194 36.3% L	170 28.1%-	130 32.3%	113 32.2%	125 31.6%
(1) eher einverstanden	316 26.0%	228 25.4%	77 28.4%	11 22.0%	151 25.7%	165 26.2%	76 26.5%	68 25.6%	72 22.0%	100 29.7% H	22 29.3%	149 27.9%	145 23.9%	105 26.1%	101 28.8%	90 22.7%
(-1) eher nicht einverstanden	339 27.9%	272 30.4% B	51 18.8%-	16 32.0% B	184 31.3% E	155 24.6%	88 30.7%	80 30.1%	84 25.7%	87 25.8%	12 16.0%-	126 23.6%-	200 33.0%+ JK	122 30.3%	87 24.8%	119 30.1%
(-2) gar nicht einverstanden	158 13.0%	124 13.8%	27 10.0%	7 14.0%	91 15.5% E	67 10.6%	26 9.1%-	32 12.0%	46 14.1%	54 16.0% F	10 13.3%	60 11.2%	88 14.5%	42 10.4%	49 14.0%	61 15.4% M
weiss nicht	3 0.2%	2 0.2%	1 0.4%	-	1 0.2%	2 0.3%	1 0.3%	1 0.4%	1 0.3%	-	-	2 0.4%	1 0.2%	2 0.5%	-	-
keine Antwort	6 0.5%	2 0.2%	4 1.5%+ A	-	1 0.2%	5 0.8%	2 0.7%	1 0.4%	-	3 0.9%	1 1.3%	3 0.6%	2 0.3%	2 0.5%	1 0.3%	1 0.3%
ANTW	1208	892	266	50	585	623	284	264	326	334	74	529	603	399	350	395
MIWE	0.37	0.27	0.73 AC	0.26	0.18	0.56 D	0.44	0.35	0.44	0.27	0.68 L	0.55 L	0.18	0.40	0.41	0.25
STAW	1.50	1.50	1.43	1.54	1.50	1.47	1.44	1.48	1.54	1.50	1.48	1.46	1.50	1.46	1.49	1.53
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	711 58.4%	496 55.4%	188 69.4%+ AC	27 54.0%	310 52.8%-	401 63.7%+ D	170 59.2%	152 57.1%	196 59.9%	193 57.3%	52 69.3% L	343 64.2%+ L	315 52.0%-	235 58.3%	214 61.0%	215 54.3%
Bottom-Two-Boxes	497 40.8%	396 44.2%+ B	78 28.8%-	23 46.0% B	275 46.8%+ E	222 35.2%-	114 39.7%	112 42.1%	130 39.8%	141 41.8%	22 29.3%-	186 34.8%-	288 47.5%+ JK	164 40.7%	136 38.7%	180 45.5%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

odaywomobi: Zum Orientierungstag für Frauen haben wir ein paar Aussagen gesammelt. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

Ich würde es begrüßen, wenn auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssten.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	345 28.3%	251 28.0%	77 28.4%	17 34.0%	195 33.2%+ E	150 23.8%-	62 21.6%-	64 24.1%	103 31.5% FG	116 34.4%+ FG	27 36.0% K	134 25.1%	183 30.2%	91 22.6%-	104 29.6% M	138 34.8%+ M
(1) eher einverstanden	340 27.9%	250 27.9%	75 27.7%	15 30.0%	160 27.3%	180 28.6%	89 31.0% H	76 28.6%	78 23.9%	97 28.8%	11 14.7%-	158 29.6% J	171 28.2% J	124 30.8% O	98 27.9%	96 24.2%
(-1) eher nicht einverstanden	288 23.7%	222 24.8%	57 21.0%	9 18.0%	132 22.5%	156 24.8%	69 24.0%	61 22.9%	77 23.5%	81 24.0%	20 26.7%	132 24.7%	135 22.3%	92 22.8%	85 24.2%	95 24.0%
(-2) gar nicht einverstanden	237 19.5%	171 19.1%	57 21.0%	9 18.0%	99 16.9% D	138 21.9% D	66 23.0% I	65 24.4%+ I	68 20.8% I	38 11.3%-	15 20.0%	109 20.4%	113 18.6%	94 23.3% O	63 17.9%	66 16.7%
weiss nicht	1 0.1%	-	1 0.4%	-	-	1 0.2%	-	-	-	1 0.3%	-	-	1 0.2%	-	-	-
keine Antwort	6 0.5%	2 0.2%	4 1.5%+ A	-	1 0.2%	5 0.8%	1 0.3%	-	1 0.3%	4 1.2%	2 2.7%+ KL	1 0.2%	3 0.5%	2 0.5%	1 0.3%	1 0.3%
ANTW	1210	894	266	50	586	624	286	266	326	332	73	533	602	401	350	395
MIWE	0.22	0.21	0.22	0.44	0.38 E	0.08 E	0.04	0.05	0.22	0.52 FGH	0.21	0.14	0.29	0.06	0.27	0.37 M
STAW	1.55	1.54	1.57	1.55	1.54	1.54	1.53	1.57	1.59	1.46	1.65	1.53	1.55	1.54	1.54	1.56
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	685 56.3%	501 55.9%	152 56.1%	32 64.0%	355 60.5%+ E	330 52.4%-	151 52.6%	140 52.6%	181 55.4%	213 63.2%+ FGH	38 50.7%	292 54.7%	354 58.4%	215 53.3%	202 57.5%	234 59.1%
Bottom-Two-Boxes	525 43.1%	393 43.9%	114 42.1%	18 36.0%	231 39.4%	294 46.7% D	135 47.0% I	126 47.4% I	145 44.3% I	119 35.3%-	35 46.7%	241 45.1%	248 40.9%	186 46.2%	148 42.2%	161 40.7%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

odaywomoblifair: Zum Orientierungstag für Frauen haben wir ein paar Aussagen gesammelt. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

Als Staatsbürger/innen haben wir Rechte und Pflichten. Diese sollten für Männer und Frauen die gleichen sein. Deswegen sollten auch junge Frauen den Orientierungstag obligat. besuchen müssen.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	393 32.3%	288 32.1%	89 32.8%	16 32.0%	221 37.6%+ E	172 27.3%-	79 27.5%	77 28.9%	114 34.9%	123 36.5% F	30 40.0% K	149 27.9%-	213 35.1% K	117 29.0%	115 32.8%	146 36.9% M
(1) eher einverstanden	343 28.2%	251 28.0%	79 29.2%	13 26.0%	158 26.9%	185 29.4%	81 28.2%	77 28.9%	78 23.9%	107 31.8% H	17 22.7%	164 30.7%	162 26.7%	112 27.8%	103 29.3%	107 27.0%
(-1) eher nicht einverstanden	295 24.2%	229 25.6%	55 20.3%	11 22.0%	130 22.1%	165 26.2%	79 27.5% I	65 24.4%	81 24.8%	70 20.8%	17 22.7%	134 25.1%	143 23.6%	105 26.1%	77 21.9%	95 24.0%
(-2) gar nicht einverstanden	172 14.1%	121 13.5%	41 15.1%	10 20.0%	73 12.4%	99 15.7%	44 15.3% I	44 16.5% I	52 15.9% I	32 9.5%-	10 13.3%	82 15.4%	80 13.2%	62 15.4%	53 15.1%	47 11.9%
weiss nicht	4 0.3%	3 0.3%	1 0.4%	-	1 0.2%	3 0.5%	1 0.3%	-	1 0.3%	2 0.6%	-	2 0.4%	2 0.3%	1 0.2%	2 0.6%	-
keine Antwort	10 0.8%	4 0.4%	6 2.2%+ A	-	4 0.7%	6 1.0%	3 1.0%	3 1.1%	1 0.3%	3 0.9%	1 1.3%	3 0.6%	6 1.0%	6 1.5%	1 0.3%	1 0.3%
ANTW	1203	889	264	50	582	621	283	263	325	332	74	529	598	396	348	395
MIWE	0.41	0.40	0.45	0.28	0.56 E	0.27	0.25	0.30	0.37	0.66 FGH	0.54	0.31	0.48	0.30	0.43	0.53 M
STAW	1.50	1.49	1.51	1.59	1.49	1.50	1.50	1.52	1.55	1.40	1.54	1.49	1.50	1.51	1.51	1.48
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	736 60.5%	539 60.2%	168 62.0%	29 58.0%	379 64.6%+ E	357 56.7%	160 55.7%	154 57.9%	192 58.7%	230 68.2%+ FGH	47 62.7%	313 58.6%	375 61.9%	229 56.8%	218 62.1%	253 63.9% M
Bottom-Two-Boxes	467 38.4%	350 39.1%	96 35.4%	21 42.0%	203 34.6%	264 41.9% D	123 42.9% I	109 41.0% I	133 40.7% I	102 30.3%-	27 36.0%	216 40.4%	223 36.8%	167 41.4%	130 37.0%	142 35.9%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

odaywomsave: Zum Orientierungstag für Frauen haben wir ein paar Aussagen gesammelt. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

In unserer heutigen Zeit wird Sicherheit immer wichtiger. Darum sollten auch junge Frauen den Orientierungstag obligatorisch besuchen müssen.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	307 25.2%	218 24.3%	72 26.6%	17 34.0%	169 28.8%+ E	138 21.9%	52 18.1%-	48 18.0%-	92 28.1% FG	115 34.1%+ FG	25 33.3%	127 23.8%	154 25.4%	73 18.1%-	98 27.9% M	122 30.8%+ M
(1) eher einverstanden	356 29.3%	270 30.1%	75 27.7%	11 22.0%	173 29.5%	183 29.0%	83 28.9%	81 30.5%	84 25.7%	108 32.0%	15 20.0%	169 31.6% J	172 28.4%	124 30.8%	104 29.6%	110 27.8%
(-1) eher nicht einverstanden	319 26.2%	244 27.2%	63 23.2%	12 24.0%	145 24.7%	174 27.6%	88 30.7% I	71 26.7%	82 25.1%	78 23.1%	20 26.7%	132 24.7%	167 27.6%	110 27.3%	87 24.8%	104 26.3%
(-2) gar nicht einverstanden	223 18.3%	157 17.5%	56 20.7%	10 20.0%	96 16.4%	127 20.2%	61 21.3% I	65 24.4%+ I	66 20.2% I	31 9.2%-	14 18.7%	101 18.9%	107 17.7%	91 22.6%+ O	61 17.4%	58 14.6%
weiss nicht	3 0.2%	2 0.2%	1 0.4%	-	-	3 0.5%	1 0.3%	-	-	2 0.6%	-	2 0.4%	1 0.2%	1 0.2%	-	-
keine Antwort	9 0.7%	5 0.6%	4 1.5%	-	4 0.7%	5 0.8%	2 0.7%	1 0.4%	3 0.9%	3 0.9%	1 1.3%	3 0.6%	5 0.8%	4 1.0%	1 0.3%	2 0.5%
ANTW	1205	889	266	50	583	622	284	265	324	332	74	529	600	398	350	394
MIWE	0.17	0.17	0.17	0.26	0.30 E	0.05	-0.08	-0.09	0.17 FG	0.60 FGH	0.23	0.17	0.17	-0.06	0.26 M	0.34 M
STAW	1.51	1.50	1.56	1.61	1.51	1.51	1.48	1.51	1.56	1.40	1.60	1.51	1.51	1.50	1.52	1.50
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	663 54.5%	488 54.5%	147 54.2%	28 56.0%	342 58.3% E	321 51.0%	135 47.0%-	129 48.5%	176 53.8%	223 66.2%+ FGH	40 53.3%	296 55.4%	326 53.8%	197 48.9%-	202 57.5% M	232 58.6% M
Bottom-Two-Boxes	542 44.5%	401 44.8%	119 43.9%	22 44.0%	241 41.1%	301 47.8% D	149 51.9%+ I	136 51.1%+ I	148 45.3% I	109 32.3%-	34 45.3%	233 43.6%	274 45.2%	201 49.9%+ NO	148 42.2%	162 40.9%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

odaywomsep: Nehmen wir jetzt an, dass der Orientierungstag für Männer und Frauen obligatorisch wäre, sollte dann ein separater Orientierungstag nur für Frauen, also nicht mit den Männern zusammen, durchgeführt werden? Nutzen Sie wiederum die Antwortmöglichkeiten sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	104 8.5%	85 9.5%	18 6.6%	1 2.0%	43 7.3%	61 9.7%	19 6.6%	19 7.1%	32 9.8%	34 10.1%	6 8.0%	57 10.7% L	41 6.8%	33 8.2%	28 8.0%	35 8.8%
(1) eher einverstanden	172 14.1%	145 16.2% B	24 8.9% -	3 6.0%	89 15.2%	83 13.2%	38 13.2%	29 10.9%	40 12.2%	65 19.3%+ FGH	17 22.7%+ L	75 14.0%	79 13.0%	55 13.6%	46 13.1%	60 15.2%
(-1) eher nicht einverstanden	341 28.0%	270 30.1% B	54 19.9% -	17 34.0% B	164 27.9%	177 28.1%	84 29.3%	63 23.7%	97 29.7%	97 28.8%	19 25.3%	154 28.8%	167 27.6%	106 26.3%	109 31.1%	109 27.5%
(-2) gar nicht einverstanden	588 48.3%	388 43.3% -	171 63.1%+ A	29 58.0% A	286 48.7%	302 47.9%	143 49.8% I	153 57.5%+ HI	156 47.7%	136 40.4% -	31 41.3%	244 45.7%	313 51.7% K	203 50.4%	165 47.0%	192 48.5%
weiss nicht	10 0.8%	7 0.8%	3 1.1%	-	4 0.7%	6 1.0%	3 1.0%	1 0.4%	2 0.6%	4 1.2%	2 2.7%	4 0.7%	4 0.7%	5 1.2% O	2 0.6%	-
keine Antwort	2 0.2%	1 0.1%	1 0.4%	-	1 0.2%	1 0.2%	-	1 0.4%	-	1 0.3%	-	-	2 0.3%	1 0.2%	1 0.3%	-
ANTW	1205	888	267	50	582	623	284	264	325	332	73	530	600	397	348	396
MIWE	-0.94	-0.82 BC	-1.26	-1.40	-0.96	-0.92	-1.04	-1.14	-0.94	-0.71 FGH	-0.71 L	-0.85 L	-1.05	-0.98	-0.97	-0.92
STAW	1.35	1.39	1.24	0.93	1.33	1.38	1.28	1.29	1.36	1.43	1.43	1.41	1.29	1.35	1.32	1.37
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	276 22.7%	230 25.7%+ BC	42 15.5% -	4 8.0% -	132 22.5%	144 22.9%	57 19.9%	48 18.0%	72 22.0%	99 29.4%+ FGH	23 30.7% L	132 24.7% L	120 19.8%	88 21.8%	74 21.1%	95 24.0%
Bottom-Two-Boxes	929 76.3%	658 73.4% -	225 83.0%+ A	46 92.0%+ A	450 76.7%	479 76.0%	227 79.1% I	216 81.2% I	253 77.4% I	233 69.1% -	50 66.7% -	398 74.5%	480 79.2% J	309 76.7%	274 78.1%	301 76.0%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

armyneed: Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) unbedingt notwendig	354 29.1%	271 30.2%	66 24.4%	17 34.0%	191 32.5% E	163 25.9%	50 17.4%-	64 24.1%	118 36.1%+ FG	122 36.2%+ FG	29 38.7% L	170 31.8% L	154 25.4%-	72 17.9%-	85 24.2%- M	177 44.7%+ MN
(1) eher notwendig	556 45.7%	410 45.8%	126 46.5%	20 40.0%	260 44.3%	296 47.0%	124 43.2%	132 49.6%	139 42.5%	161 47.8%	33 44.0%	257 48.1%	265 43.7%	145 36.0%-	200 57.0%+ MO	179 45.2% M
(-1) eher nicht notwendig	218 17.9%	157 17.5%	51 18.8%	10 20.0%	88 15.0%	130 20.6% D	81 28.2%+ GHI	48 18.0% I	56 17.1% I	33 9.8%-	7 9.3%	79 14.8%	132 21.8%+ JK	124 30.8%+ NO	54 15.4% O	32 8.1%-
(-2) überhaupt nicht notwendig	83 6.8%	55 6.1%	25 9.2%	3 6.0%	48 8.2%	35 5.6%	31 10.8%+ HI	21 7.9%	14 4.3%	17 5.0%	5 6.7%	27 5.1%	51 8.4% K	58 14.4%+ NO	12 3.4%-	7 1.8%-
weiss nicht	3 0.2%	2 0.2%	1 0.4%	-	-	3 0.5%	1 0.3%	1 0.4%	-	1 0.3%	1 1.3%	1 0.2%	1 0.2%	2 0.5%	-	-
keine Antwort	3 0.2%	1 0.1%	2 0.7%	-	-	3 0.5%	-	-	-	3 0.9%+	-	-	3 0.5%	2 0.5%	-	1 0.3%
ANTW	1211	893	268	50	587	624	286	265	327	333	74	533	602	399	351	395
MIWE	0.73	0.77 B	0.59	0.76	0.78	0.68	0.28	0.64 F	0.89 F	1.02 FG	1.00 L	0.87 L	0.56	0.12	0.83 M	1.23 MN
STAW	1.25	1.23	1.30	1.29	1.27	1.22	1.33	1.25	1.19	1.11	1.18	1.16	1.31	1.40	1.07	0.94
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	910 74.8%	681 76.0%	192 70.8%	37 74.0%	451 76.8%	459 72.9%	174 60.6%-	196 73.7% F	257 78.6% F	283 84.0%+ FG	62 82.7% L	427 80.0%+ L	419 69.1%-	217 53.8%-	285 81.2%+ M	356 89.9%+ MN
Bottom-Two-Boxes	301 24.7%	212 23.7%	76 28.0%	13 26.0%	136 23.2%	165 26.2%	112 39.0%+ GHI	69 25.9% I	70 21.4% I	50 14.8%-	12 16.0%	106 19.9%-	183 30.2%+ JK	182 45.2%+ NO	66 18.8%- O	39 9.8%-

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

armyrole: Über die Bedeutung von dem Militär für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.	171 14.1%	119 13.3%	46 17.0%	6 12.0%	81 13.8%	90 14.3%	59 20.6%+ HI	46 17.3% I	42 12.8% I	24 7.1% -	9 12.0%	56 10.5% -	106 17.5%+ K	119 29.5%+ NO	27 7.7% - O	15 3.8% -
Das Militär ist ein notwendiges Übel.	459 37.7%	356 39.7% C	92 33.9%	11 22.0% -	242 41.2% E	217 34.4%	109 38.0%	109 41.0%	123 37.6%	118 35.0%	17 22.7% -	180 33.7%	261 43.1%+ JK	179 44.4%+ NO	129 36.8%	126 31.8% -
Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und das ist auch gut so.	577 47.4%	418 46.7%	126 46.5%	33 66.0%+ AB	262 44.6%	315 50.0%	114 39.7% -	109 41.0% -	162 49.5% FG	192 57.0%+ FG	48 64.0%+ L	296 55.4%+ L	232 38.3% -	103 25.6% -	191 54.4%+ M	255 64.4%+ MN
weiss nicht	5 0.4%	2 0.2%	3 1.1%	- -	- -	5 0.8% D	3 1.0%	- -	- -	2 0.6%	1 1.3%	1 0.2%	3 0.5%	1 0.2%	2 0.6%	- -
keine Antwort	5 0.4%	1 0.1%	4 1.5%+ A	- -	2 0.3%	3 0.5%	2 0.7%	2 0.8%	- -	1 0.3%	- -	1 0.2%	4 0.7%	1 0.2%	2 0.6%	- -

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

armymilvsprof: Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
Wir würden in Zukunft eine Berufsarmee brauchen.	410 33.7%	281 31.4%	113 41.7%+ A	16 32.0%	188 32.0%	222 35.2%	127 44.3%+ HI	102 38.3% I	106 32.4% I	75 22.3%-	22 29.3%	172 32.2%	216 35.6%	163 40.4%+ O	128 36.5% O	102 25.8%-
Die Milizarmee ist auch in Zukunft genügend.	727 59.7%	562 62.7% B	135 49.8%-	30 60.0%	380 64.7%+ E	347 55.1%-	142 49.5%-	151 56.8%	198 60.6% F	236 70.0%+ FGH	46 61.3%	330 61.8%	349 57.6%	212 52.6%-	202 57.5%	276 69.7%+ MN
weiss nicht	53 4.4%	36 4.0%	14 5.2%	3 6.0%	9 1.5%-	44 7.0%+ D	13 4.5%	7 2.6%	16 4.9%	17 5.0%	6 8.0%	23 4.3%	24 4.0%	17 4.2%	16 4.6%	10 2.5%
keine Antwort	27 2.2%	17 1.9%	9 3.3%	1 2.0%	10 1.7%	17 2.7%	5 1.7%	6 2.3%	7 2.1%	9 2.7%	1 1.3%	9 1.7%	17 2.8%	11 2.7%	5 1.4%	8 2.0%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

armydefexp: Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) viel zu viel	165 13.6%	106 11.8%	51 18.8%+ A	8 16.0%	76 12.9%	89 14.1%	58 20.2%+ HI	47 17.7% HI	33 10.1%	27 8.0%-	9 12.0%	65 12.2%	91 15.0%	92 22.8%+ NO O	39 11.1% O	21 5.3%-
(1) zu viel	339 27.9%	252 28.1%	78 28.8%	9 18.0%	139 23.7%-	200 31.7%+ D	90 31.4% I	83 31.2% I	87 26.6%	79 23.4%	25 33.3%	141 26.4%	173 26.5%	139 34.5%+ O	103 29.3% O	79 19.9%-
(0) gerade richtig	561 46.1%	423 47.2%	111 41.0%	27 54.0%	293 49.9% E	268 42.5%	110 38.3%-	106 39.8%-	157 48.0% FG	188 55.8%+ FGH	32 42.7%	260 48.7%	267 44.1%	137 34.0%-	172 49.0% M	231 58.3%+ MN
(-1) zu wenig	79 6.5%	65 7.3%	13 4.8%	1 2.0%	59 10.1%+ E	20 3.2%-	13 4.5%	18 6.8%	26 8.0%	22 6.5%	2 2.7%	39 7.3%	38 6.3%	10 2.5%-	19 5.4% M	46 11.6%+ MN
(-2) viel zu wenig	11 0.9%	9 1.0%	2 0.7%	- -	7 1.2%	4 0.6%	1 0.3%	2 0.8%	4 1.2%	4 1.2%	2 2.7%	3 0.6%	6 1.0%	4 1.0%	2 0.6%	4 1.0%
weiss nicht	52 4.3%	34 3.8%	13 4.8%	5 10.0%+ A	11 1.9%-	41 6.5%+ D	14 4.9%	8 3.0%	17 5.2%	13 3.9%	3 4.0%	23 4.3%	26 4.3%	18 4.5%	12 3.4%	12 3.0%
keine Antwort	10 0.8%	7 0.8%	3 1.1%	- -	2 0.3%	8 1.3%	1 0.3%	2 0.8%	3 0.9%	4 1.2%	2 2.7%	3 0.6%	5 0.8%	3 0.7%	4 1.1%	3 0.8%
ANTW	1155	855	255	45	574	581	272	256	307	320	70	508	575	382	335	381
MIWE	0.49	0.45	0.64 A	0.53	0.38	0.60 D	0.70 HI	0.61 HI	0.39	0.32	0.53	0.44	0.53	0.80 NO O	0.47 O	0.18
STAW	0.85	0.84	0.88	0.81	0.88	0.81	0.87	0.89	0.84	0.78	0.86	0.83	0.87	0.87	0.80	0.75
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	504 41.4%	358 40.0%	129 47.6%+ A	17 34.0%	215 36.6%-	289 45.9%+ D	148 51.6%+ HI	130 48.9%+ HI	120 36.7%	106 31.5%-	34 45.3%	206 38.6%	264 43.6%	231 57.3%+ NO O	142 40.5% O	100 25.3%-
Bottom-Two-Boxes	90 7.4%	74 8.3%	15 5.5%	1 2.0%	66 11.2%+ E	24 3.8%-	14 4.9%	20 7.5%	30 9.2% F	26 7.7%	4 5.3%	42 7.9%	44 7.3%	14 3.5%-	21 6.0%	50 12.6%+ MN

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

army: Im Folgenden habe ich weitere Aussagen zur Schweizer Armee. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

ÜBERSICHTSTABELLE

	01	02	03
	(A)	(B)	(C)
BASIS	1217	1217	1217
(2) sehr einverstanden	329 27.0%	540 44.4%	203 16.7%
(1) eher einverstanden	524 43.1%	533 43.8%	219 18.0%
(-1) eher nicht einverstanden	227 18.7%	95 7.8%	365 30.0%
(-2) gar nicht einverstanden	91 7.5%	36 3.0%	412 33.9%
weiss nicht	25 2.1%	4 0.3%	11 0.9%
keine Antwort	21 1.7%	9 0.7%	7 0.6%
ANTW	1171	1204	1199
MIWE	0.66	1.20	-0.47
	C	AC	
STAW	1.28	1.00	1.52
SUMMARY			
Top-Two-Boxes	853 70.1%	1073 88.2%	422 34.7%
Bottom-Two-Boxes	318 26.1%	131 10.8%	777 63.8%

LEGENDE

- (01) Die Schweiz sollte eine vollständig ausgerüstete Armee unterhalten.
 (02) Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.
 (03) Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.

Means: All Columns Tested (5% risk level)

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

armyequip: Im Folgenden habe ich weitere Aussagen zur Schweizer Armee. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte eine vollständig ausgerüstete Armee unterhalten.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	329 27.0%	231 25.8%	79 29.2%	19 38.0%	210 35.8%+ E	119 18.9%-	65 22.6%	60 22.6%	99 30.3% FG	105 31.2% FG	20 26.7%	147 27.5%	160 26.4%	76 18.9%-	93 26.5% M	147 37.1%+ MN
(1) eher einverstanden	524 43.1%	398 44.4% B	101 37.3%	25 50.0%	224 38.2%-	300 47.6%+ D	118 41.1%	118 44.4%	136 41.6%	152 45.1%	34 45.3%	251 47.0% L	239 39.4%	136 33.7%-	164 46.7% M	193 48.7%+ M
(-1) eher nicht einverstanden	227 18.7%	187 20.9% BC	37 13.7%-	3 6.0%-	93 15.8%	134 21.3% D	71 24.7%+ I	48 18.0%	62 19.0%	46 13.6%-	9 12.0%	90 16.9%	128 21.1%	123 30.5%+ NO	63 17.9% O	34 8.6%-
(-2) gar nicht einverstanden	91 7.5%	68 7.6%	22 8.1%	1 2.0%	48 8.2%	43 6.8%	23 8.0%	31 11.7%+ HI	18 5.5%	19 5.6%	6 8.0%	27 5.1%-	58 9.6% K	55 13.6%+ NO	15 4.3%-	15 3.8%-
weiss nicht	25 2.1%	6 0.7%-	17 6.3%+ A	2 4.0% A	5 0.9%-	20 3.2%+ D	4 1.4%	6 2.3%	8 2.4%	7 2.1%	3 4.0%	10 1.9%	12 2.0%	4 1.0%	10 2.8%	5 1.3%
keine Antwort	21 1.7%	6 0.7%-	15 5.5%+ A	-	7 1.2%	14 2.2%	6 2.1%	3 1.1%	4 1.2%	8 2.4%	3 4.0%	9 1.7%	9 1.5%	9 2.2% O	6 1.7%	2 0.5%
ANTW	1171	884	239	48	575	596	277	257	315	322	69	515	585	390	335	389
MIWE	0.66	0.61	0.74	1.21	0.79	0.53	0.47	0.50	0.75	0.86	0.77	0.78	0.54	0.14	0.77	1.09
STAW	1.28	1.28	1.31	0.90	1.31	1.24	1.32	1.35	1.25	1.19	1.25	1.19	1.35	1.41	1.18	1.03
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	853 70.1%	629 70.2%	180 66.4%	44 88.0%+ AB	434 73.9%+ E	419 66.5%-	183 63.8%-	178 66.9%	235 71.9% F	257 76.3%+ FG	54 72.0%	398 74.5%+ L	399 65.8%-	212 52.6%-	257 73.2% M	340 85.9%+ MN
Bottom-Two-Boxes	318 26.1%	255 28.5% BC	59 21.8% C	4 8.0%-	141 24.0%	177 28.1%	94 32.8%+ HI	79 29.7% I	80 24.5%	65 19.3%-	15 20.0%	117 21.9%-	186 30.7%+ K	178 44.2%+ NO	78 22.2% O	49 12.4%-

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

armyedu: Im Folgenden habe ich weitere Aussagen zur Schweizer Armee. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	540 44.4%	380 42.4%	131 48.3%	29 58.0% A	291 49.6%+ E	249 39.5%-	96 33.4%-	101 38.0%-	158 48.3% FG	185 54.9%+ FG	34 45.3%	237 44.4%	267 44.1%	137 34.0%-	160 45.6% M	219 55.3%+ MN
(1) eher einverstanden	533 43.8%	404 45.1%	112 41.3%	17 34.0%	230 39.2%-	303 48.1%+ D	149 51.9%+ HI	126 47.4% I	139 42.5%	119 35.3%-	33 44.0%	248 46.4%	252 41.6%	188 46.7% O	157 44.7%	157 39.6%
(-1) eher nicht einverstanden	95 7.8%	83 9.3% B	11 4.1%-	1 2.0%	44 7.5%	51 8.1%	32 11.1%+ I	24 9.0%	22 6.7%	17 5.0%	2 2.7%	32 6.0%	61 10.1%+ JK	54 13.4%+ NO	24 6.8% O	13 3.3%-
(-2) gar nicht einverstanden	36 3.0%	27 3.0%	6 2.2%	3 6.0%	22 3.7%	14 2.2%	8 2.8%	13 4.9% H	5 1.5%	10 3.0%	4 5.3%	11 2.1%	21 3.5%	19 4.7%+ NO	7 2.0%	7 1.8%
weiss nicht	4 0.3%	- -	4 1.5%+ A	- -	- -	4 0.6%	- -	1 0.4%	2 0.6%	1 0.3%	1 1.3% L	3 0.6%	- -	1 0.2%	1 0.3%	- -
keine Antwort	9 0.7%	2 0.2%	7 2.6%+ A	- -	- -	9 1.4%+ D	2 0.7%	1 0.4%	1 0.3%	5 1.5%	1 1.3%	3 0.6%	5 0.8%	4 1.0% O	2 0.6%	- -
ANTW	1204	894	260	50	587	617	285	264	324	331	73	528	601	398	348	396
MIWE	1.20	1.15	1.35 A	1.36	1.23	1.17	1.03	1.05	1.31 FG	1.37 FG	1.25	1.27 L	1.14	0.93 M	1.26 M	1.43 MN
STAW	1.00	1.02	0.87	1.05	1.04	0.95	1.02	1.09	0.90	0.95	1.01	0.90	1.07	1.15	0.92	0.81
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	1073 88.2%	784 87.5%	243 89.7%	46 92.0%	521 88.8%	552 87.6%	245 85.4%	227 85.3%	297 90.8% FG	304 90.2%	67 89.3%	485 90.8% L	519 85.6%	325 80.6%-	317 90.3% M	376 94.9%+ MN
Bottom-Two-Boxes	131 10.8%	110 12.3% B	17 6.3%-	4 8.0%	66 11.2%	65 10.3%	40 13.9% HI	37 13.9% HI	27 8.3%	27 8.0%	6 8.0%	43 8.1%-	82 13.5%+ K	73 18.1%+ NO	31 8.8% O	20 5.1%-

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

armyconscript: Im Folgenden habe ich weitere Aussagen zur Schweizer Armee. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(2) sehr einverstanden	203 16.7%	132 14.7%	61 22.5%+ A	10 20.0%	93 15.8%	110 17.5%	81 28.2%+ GHI	46 17.3%	41 12.5%-	35 10.4%-	17 22.7%	82 15.4%	103 17.0%	103 25.6%+ NO	55 15.7% O	35 8.8%-
(1) eher einverstanden	219 18.0%	150 16.7%	61 22.5% A	8 16.0%	91 15.5%	128 20.3% D	61 21.3% I	51 19.2% I	66 20.2% I	41 12.2%-	7 9.3%	92 17.2%	120 19.8% J	95 23.6%+ O	67 19.1% O	48 12.1%-
(-1) eher nicht einverstanden	365 30.0%	280 31.3% B	67 24.7%	18 36.0%	164 27.9%	201 31.9%	87 30.3%	74 27.8%	99 30.3%	105 31.2%	20 26.7%	172 32.2%	173 28.5%	110 27.3%	116 33.0%	116 29.3%
(-2) gar nicht einverstanden	412 33.9%	323 36.0% B	75 27.7%-	14 28.0%	234 39.9%+ E	178 28.3%-	54 18.8%-	93 35.0% F	118 36.1% F	147 43.6%+ FGH	29 38.7%	181 33.9%	201 33.2%	90 22.3%-	108 30.8% M	193 48.7%+ MN
weiss nicht	11 0.9%	7 0.8%	4 1.5%	-	2 0.3%	9 1.4% D	3 1.0%	-	2 0.6%	6 1.8% G	1 1.3%	6 1.1%	4 0.7%	2 0.5%	2 0.6%	4 1.0%
keine Antwort	7 0.6%	4 0.4%	3 1.1%	-	3 0.5%	4 0.6%	1 0.3%	2 0.8%	1 0.3%	3 0.9%	1 1.3%	1 0.2%	5 0.8%	3 0.7%	3 0.9%	-
ANTW	1199	885	264	50	582	617	283	264	324	328	73	527	597	398	346	392
MIWE	-0.47	-0.58	-0.13 A	-0.36	-0.61	-0.34 D	0.10 GHI	-0.44 I	-0.58 I	-0.88	-0.51	-0.53	-0.42	0.03 NO	-0.45 O	-0.98
STAW	1.52	1.49	1.59	1.54	1.52	1.51	1.56	1.55	1.46	1.38	1.63	1.49	1.54	1.57	1.49	1.34
SUMMARY																
Top-Two-Boxes	422 34.7%	282 31.5%-	122 45.0%+ A	18 36.0%	184 31.3%	238 37.8% D	142 49.5%+ GHI	97 36.5% I	107 32.7% I	76 22.6%-	24 32.0%	174 32.6%	223 36.8%	198 49.1%+ NO	122 34.8% O	83 21.0%-
Bottom-Two-Boxes	777 63.8%	603 67.3%+ B	142 52.4%-	32 64.0%	398 67.8%+ E	379 60.2%	141 49.1%-	167 62.8% F	217 66.4% F	252 74.8%+ FGH	49 65.3%	353 66.1%	374 61.7%	200 49.6%-	224 63.8% M	309 78.0%+ MN

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

armysatisp: Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung von der Schweizer Armee? Bitte geben Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10 an, wie zufrieden Sie sind. 1 bedeutet, dass Sie «überhaupt nicht zufrieden» sind. 10 bedeutet, dass Sie «sehr zufrieden» sind. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
(1) überhaupt nicht zufrieden	22 1.8%	14 1.6%	6 2.2%	2 4.0%	15 2.6%	7 1.1%	10 3.5%+ HI	7 2.6% I	3 0.9%	2 0.6%	1 1.3%	9 1.7%	12 2.0%	15 3.7%+ NO	4 1.1%	2 0.5%
(2)	19 1.6%	14 1.6%	4 1.5%	1 2.0%	12 2.0%	7 1.1%	11 3.8%+ GHI	3 1.1%	1 0.3%	4 1.2%	2 2.7%	4 0.7%	13 2.1%	14 3.5%+ NO	1 0.3%	1 0.3%-
(3)	43 3.5%	30 3.3%	13 4.8%	-	22 3.7%	21 3.3%	22 7.7%+ HI	10 3.8% H	2 0.6%-	9 2.7% H	1 1.3%	17 3.2%	24 4.0%	28 6.9%+ NO	8 2.3%	6 1.5%-
(4)	52 4.3%	35 3.9%	14 5.2%	3 6.0%	32 5.5%	20 3.2%	21 7.3%+ I	12 4.5% I	14 4.3% I	5 1.5%- I	1 1.3%	20 3.7%	31 5.1%	28 6.9%+ O	13 3.7%	9 2.3%-
(5)	171 14.1%	122 13.6%	44 16.2%	5 10.0%	68 11.6%	103 16.3% D	43 15.0%	38 14.3%	48 14.7%	42 12.5%	7 9.3%	80 15.0%	84 13.9%	75 18.6%+ O	52 14.8% O	38 9.6%-
(6)	154 12.7%	115 12.8%	33 12.2%	6 12.0%	77 13.1%	77 12.2%	46 16.0% I	33 12.4%	43 13.1%	32 9.5%	5 6.7%	47 8.8%-	102 16.8%+ JK	52 12.9%	35 10.0%	61 15.4% N
(7)	291 23.9%	229 25.6% B	49 18.1%-	13 26.0%	159 27.1% E	132 21.0%	62 21.6%	62 23.3%	82 25.1%	85 25.2%	17 22.7%	124 23.2%	150 24.8%	72 17.9%-	94 26.8% M	110 27.8% M
(8)	298 24.5%	220 24.6%	66 24.4%	12 24.0%	141 24.0%	157 24.9%	47 16.4%-	69 25.9% F	90 27.5% F	92 27.3% F	16 21.3%	159 29.8%+ L	122 20.1%-	78 19.4%-	94 26.8% M	112 28.3% M
(9)	69 5.7%	57 6.4%	9 3.3%	3 6.0%	29 4.9%	40 6.3%	12 4.2%	7 2.6%-	19 5.8%	31 9.2%+ FG	7 9.3%	36 6.7%	26 4.3%	13 3.2%-	19 5.4%	34 8.6%+ M
(10) sehr zufrieden	53 4.4%	38 4.2%	11 4.1%	4 8.0%	21 3.6%	32 5.1%	8 2.8%	11 4.1%	14 4.3%	20 5.9%	12 16.0%+ KL	22 4.1%	19 3.1%	14 3.5%	17 4.8%	18 4.5%
weiss nicht	31 2.5%	17 1.9%	13 4.8%+ A	1 2.0%	8 1.4%	23 3.7% D	4 1.4%	8 3.0%	9 2.8%	10 3.0%	6 8.0%+ KL	10 1.9%	15 2.5%	8 2.0%	10 2.8% O	3 0.8%-
keine Antwort	14 1.2%	5 0.6%	9 3.3%+ A	-	3 0.5%	11 1.7% D	1 0.3%	6 2.3% F	2 0.6%	5 1.5%	-	6 1.1%	8 1.3%	6 1.5%	4 1.1%	2 0.5%
ANTW	1172	874	249	49	576	596	282	252	316	322	69	518	583	389	337	391
MIWE	6.61	6.67 B	6.38	6.76	6.51	6.71	5.93	6.50 F	6.87 FG	7.05 FG	7.35 KL	6.78 L	6.37	5.94	6.83 M	7.07 MN
STAW	1.88	1.84	1.97	2.08	1.93	1.83	2.10	1.91	1.61	1.73	2.06	1.82	1.87	2.13	1.70	1.51
SUMMARY																
Top-Three-Boxes	420 34.5%	315 35.2%	86 31.7%	19 38.0%	191 32.5%	229 36.3%	67 23.3%-	87 32.7% F	123 37.6% F	143 42.4%+ FG	35 46.7%+ L	217 40.6%+ L	167 27.6%-	105 26.1%-	130 37.0% M	164 41.4%+ M
Bottom-Three-Boxes	84 6.9%	58 6.5%	23 8.5%	3 6.0%	49 8.3%	35 5.6%	43 15.0%+ GHI	20 7.5% H	6 1.8%-	15 4.5%	4 5.3%	30 5.6%	49 8.1%	57 14.1%+ NO	13 3.7%-	9 2.3%-

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

servdich: Sind Sie in der Schweizer Armee eingeteilt oder eingeteilt gewesen und haben mindestens die Rekrutenschule gemacht?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
Ja	423 34.8%	336 37.5% B	73 26.9% -	14 28.0%	416 70.9% +	7 1.1% -	92 32.1%	91 34.2%	117 35.8%	123 36.5%	9 12.0% -	158 29.6% -	255 42.1% +	124 30.8%	107 30.5%	176 44.4% +
Nein	794 65.2%	560 62.5%	198 73.1% +	36 72.0%	171 29.1% -	623 98.9% +	195 67.9%	175 65.8%	210 64.2%	214 63.5%	66 88.0% +	376 70.4% +	351 57.9% -	279 69.2% +	244 69.5% +	220 55.6% -
weiss nicht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
keine Antwort	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
 * small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

bornch: Sind Sie von Geburt an Schweizer/Schweizerin?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
Ja	1063 87.3%	803 89.6%+ BC	223 82.3%-	37 74.0%-	514 87.6%	549 87.1%	255 88.9% H	231 86.8%	267 81.7%-	310 92.0%+ GH	58 77.3%-	481 90.1% JL	522 86.1% J	362 89.8% N	295 84.0%	352 88.9%
Nein	154 12.7%	93 10.4%-	48 17.7%+ A	13 26.0%+ A	73 12.4%	81 12.9%	32 11.1%	35 13.2%	60 18.3%+ FI	27 8.0%-	17 22.7%+ KL	53 9.9%	84 13.9% K	41 10.2%	56 16.0% M	44 11.1%
weiss nicht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
keine Antwort	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
 * small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

edulv18: Welches ist die höchste Ausbildung, wo Sie abgeschlossen haben oder wo Sie zurzeit machen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
tief	75 6.2%	42 4.7%	28 10.3%+ A	5 10.0%	21 3.6%-	54 8.6%+ D	6 2.1%-	12 4.5%	19 5.8%	38 11.3%+ F FGH	75 100.0%+ KL	- --	- --	16 4.0%	34 9.7%+ MO	14 3.5%-
mittel	534 43.9%	401 44.8%	108 39.9%	25 50.0%	223 38.0%-	311 49.4%+ D	110 38.3%	97 36.5%-	157 48.0%	170 50.4%+ FG FG	- --	534 100.0%+ JL	- --	141 35.0%-	183 52.1%+ MO	176 44.4% M
hoch	606 49.8%	451 50.3%	135 49.8%	20 40.0%	342 58.3%+ E	264 41.9%-	171 59.6%+ HI	157 59.0%+ HI	150 45.9%	128 38.0%- I	- --	- --	606 100.0%+ JK	245 60.8%+ NO	134 38.2%-	205 51.8% N
weiss nicht	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
keine Antwort	2 0.2%	2 0.2%	- -	- -	1 0.2%	1 0.2%	- -	- -	1 0.3%	1 0.3%	- -	- -	- -	1 0.2%	- -	1 0.3%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
 * small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

polatticat3: «Links, Mitte und Rechts» sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» etwa stehen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
Links	403 33.1%	324 36.2% BC	73 26.9% C	6 12.0% -	194 33.0%	209 33.2%	113 39.4% I	88 33.1%	107 32.7%	95 28.2%	16 21.3% -	141 26.4% -	245 40.4% + JK	403 100.0% +	- --	- --
Mitte	351 28.8%	251 28.0%	82 30.3%	18 36.0%	145 24.7% -	206 32.7% + D	78 27.2%	72 27.1%	90 27.5%	111 32.9%	34 45.3% + L	183 34.3% + L	134 22.1% -	- --	351 100.0% +	- --
Rechts	396 32.5%	285 31.8%	89 32.8%	22 44.0%	224 38.2% + E	172 27.3% -	83 28.9%	91 34.2%	110 33.6%	112 33.2%	14 18.7% -	176 33.0% J	205 33.8% J	- --	- --	396 100.0% + MN
weiss nicht	34 2.8%	23 2.6%	10 3.7%	1 2.0%	6 1.0% -	28 4.4% + D	6 2.1%	8 3.0%	9 2.8%	11 3.3%	8 10.7% + KL	16 3.0%	10 1.7%	- --	- --	- --
keine Antwort	33 2.7%	13 1.5% -	17 6.3% + A	3 6.0% + A	18 3.1%	15 2.4%	7 2.4%	7 2.6%	11 3.4%	8 2.4%	3 4.0%	18 3.4%	12 2.0%	- --	- --	- --

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

MILAK - Sicherheitsstudie 2022

catorcawi: Angenommen, Sie werden in Zukunft nochmals zufällig ausgewählt, wie würden Sie an dieser Umfrage lieber teilnehmen?

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT		ALTER				BILDUNGSNIVEAU			POLITISCHE EINSTELLUNG		
		D-CH	F-CH	TI	MANN	FRAU	18-34 JAHRE	35-49 JAHRE	50-64 JAHRE	65+ JAHRE	TIEF	MITTEL	HOCH	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS	1217	896	271	50*	587	630	287	266	327	337	75*	534	606	403	351	396
würde nicht mehr teilnehmen	110 9.0%	84 9.4%	24 8.9%	2 4.0%	43 7.3%	67 10.6% D	19 6.6%	17 6.4%	24 7.3%	50 14.8%+ FGH	14 18.7%+ L	69 12.9%+ L	27 4.5%-	28 6.9%	42 12.0% MO	24 6.1%-
telefonisch	478 39.3%	339 37.8%	121 44.6% A	18 36.0%	231 39.4%	247 39.2%	85 29.6%-	100 37.6% F	143 43.7% F	150 44.5%+ F	39 52.0%+ L	218 40.8%	220 36.3%	151 37.5%	130 37.0%	173 43.7%
keine Vorliebe	217 17.8%	156 17.4%	47 17.3%	14 28.0%	108 18.4%	109 17.3%	54 18.8%	53 19.9%	63 19.3%	47 13.9%	9 12.0%	90 16.9%	118 19.5%	67 16.6%	66 18.8%	72 18.2%
online	408 33.5%	313 34.9%	79 29.2%	16 32.0%	203 34.6%	205 32.5%	127 44.3%+ GHI	95 35.7% I	96 29.4%	90 26.7%-	13 17.3%-	157 29.4%- J	237 39.1%+ JK	155 38.5%+ O	113 32.2%	125 31.6%
weiss nicht	1 0.1%	1 0.1%	-	-	1 0.2%	-	1 0.3%	-	-	-	-	-	1 0.2%	1 0.2%	-	-
keine Antwort	3 0.2%	3 0.3%	-	-	1 0.2%	2 0.3%	1 0.3%	1 0.4%	1 0.3%	-	-	-	3 0.5%	1 0.2%	-	2 0.5%

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H/I - J/K/L - M/N/O
* small base

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich

Die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich ist die Aus- und Weiterbildungsstätte für Berufs-offiziere. Neben der Lehrtätigkeit wird an der MILAK Forschung in den Bereichen Führung und Kommunikation, Militärgeschichte, Militärpädagogik und -psychologie, Militärökonomie, Militärsoziologie und Strategische Studien betrieben. Die Ergebnisse schlagen sich in einer regen Vortrags- und Publikationstätigkeit nieder und bilden eine wichtige Grundlage für die Lehre.

Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich

Das Center for Security Studies der ETH Zürich (CSS) wurde 1986 gegründet und befasst sich in Forschung und Lehre mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Das Center ist Mitglied des Zentrums für Vergleichende und Internationale Studien (CIS).

Studienreihe «Sicherheit»

Die Studienreihe «Sicherheit», welche die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich gemeinsam publizieren, dienen der Ermittlung langfristiger Trends und Tendenzen in der aussen-, sicherheits-, und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen und beinhalten die Wiederholung von Kernfragen zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Erhebungen zu ausgewählten Vertiefungsthemen.